

## Die Stadt Deggendorf 1933 – 1945

*"Those who do not remember the past are condemned to relive it".*

Santayana (zitiert nach: William L. Shire, The Rise and Fall of the Third Reich)

Diese Arbeit wird wegen ihrer Länge in zwei Teilen publiziert. Teil 1 behandelt die Zeit von 1933 bis zum Weggang von Bürgermeister Hans Graf Ende August 1939. Das Schwergewicht der Betrachtung liegt dabei auf dem Stadtrat, seiner Zusammensetzung und seinen Aktivitäten. Themen wie Reichsarbeitsdienst, Eingemeindung Schachings, Krankenhausaufbau oder das Schicksal der Deggendorfer Juden, die bereits in anderen Arbeiten eingehend behandelt wurden, werden hier nicht mehr aufgegriffen. Teil 2 befasst sich mit den Ratsherren in der Zeit des Weltkrieges unter dem Stellvertreter des Bürgermeisters, Sebastian Weiß. Neben der Arbeit der Ratsherren behandelt dieser Teil vor Allem auch die Frage, welche Auswirkungen der Krieg auf das Leben der Menschen in unserer Stadt hatte.

### Teil 1: Deggendorf und sein Stadtrat 1933 - 1939

#### Der Stadtrat vom 30.Januar 1933 bis zur Gleichschaltung

Als die Nationalsozialisten am 30.Januar 1933 im Reich die Macht übernahmen, hatte die NSDAP gerade mal zwei Vertreter im Stadtrat Deggendorf.

Der neue Stadtrat 1930 1934	
* Deggendorf, 10. Dezember. In den gestrigen letzten Nachmittagsstunden fanden nach mühsamer Arbeit die Stimmen und die Mehrheiten der verschiedenen Stadtrats-erwählungen statt. Diese der abgelaufenen Wahl waren akzeptiert und unbedingt abgelehnt. Der neue Stadtrat wird für die kommenden 18 bis 19 Jahre aus folgenden Herren zusammengesetzt:	
<b>Sozialistische Volkspartei:</b>	Stimmen
Gewählt	
1. Alois Weber, Böttler, Oberinspektor	2980
2. Josef Burger, Bäckermeister, Kommerzienrat	2495
3. Josef Schneider, Bierbrennereibesitzer	2403
4. Anton Krauth, Kaufmann	2212
5. Dr. Hans Schäfer, Studien Direktor, Vorstand der Reichshaus	2027
6. Jakob Adler, Buchdruckereibesitzer und Redakteur	1864
7. Karl Hochbrenner, Fabrikarbeiter u. Gewerbetreibender	1664
8. Fritz Feig, Buchbinder und Buchhändler	1423
9. Dr. Karl Albrecht, Rechtsanwält, Richter	1342
Erststimme	
10. Alois Sulzer, Wägenmeister	1501
11. Josef Friedrich, Landwirt	1485
12. Wilhelm Seidl, Spenglermeister	1390
13. Elio Kersch, Kunstler, Oberlehrer, Schmiedmeister	1328
14. Hans Berrner, Bauarbeiter	1315
15. Johann Kirchl, Bedienter u. Müllmann	1226
16. Ernst Martini, Eisenhändler	1090
17. Bernhard Weisinger, Fabrikarbeiter	1082
18. Eberhard Berger, Fabrikarbeiter	1008
19. Eberhard Köhler, Zimmermann	926
20. Georg Halm, Wägenmeister	890
21. Maria Neumann, Fabrikarbeiter	837
22. Josef Haag, Spenglermeister	800
<b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands:</b>	
Gewählt	
1. Berthold Beckler, Schlosser	
2. Alois Grill, Bäcker	
3. August Beckler, Schlosser	
<b>Kommunisten:</b>	
Gewählt	
1. Michael Hölzereder, Holz-Arbeiter	
2. Fritz Gleichmann, Bäcker	
<b>Unparteilicher Wirtschaftsbund:</b>	
Gewählt	
1. Alois Schreiber, Bedienter	473
2. Johann Reichmeier, Schneidermeister	467
Erststimme	
3. Anton Schwarz, Kaufmann	523
4. Johann Altmann, Franzosen u. Kaufmann	556
Erststimme	
5. Josef Jäger, Kaufmann	527
6. Johann Wanner, Kaufmann	474
7. Josef Haag, Schneidermeister	491
8. Martin Hofmann, Schlossermeister	396
9. Karl Eiser, Kaufmann	315
10. Adolf Eise, ehem. Wegmeister	392
11. Heinrich Seidl, Hausbesitzer	290
12. Max Königer, Kaufmann	230
<b>Unparteiliche Interessengemeinschaft:</b>	
Gewählt	
1. Theodor Gfeller, Hausbesitzer	713
2. Josef Buchner, Hausbesitzer u. D.	627
Erststimme	
3. Georg Bergmayer, Obersteuersekretär	500
4. Hans Wlad, Schlossermeister	423
5. Josef Seidel, Schlossermeister	394
6. Ludwig Schneider, Buchhalter	301
7. Ernst Her, Knecht	381
<b>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung):</b>	
Gewählt	
1. Dr. Andreas Schmidt, Amtsrichter	
2. Sebastian Weiß, Schneidermeister	

Dieser Stadtrat war am 11.Dezember 1929 gewählt worden<sup>1</sup>. Die daraus resultierende Zusammensetzung des Stadtrats blieb im Wesentlichen gleich bis zu seiner Neubildung am 22.April 1933. Am 1.September 1930 wird Dr. Schmidt nach Passau versetzt<sup>2</sup>. Nachrücker für ihn wird der Vorsitzende der NSDAP Ortsgruppe Deggendorf, Dr. Richard Wendler<sup>3</sup>. Bei der Unparteilichen Interessengemeinschaft gab es durch Todesfall eine Veränderung. Am 4. Januar 1931 verstirbt Stadtrat Josef Buchner. Für ihn rückt Obersteuersekretär Georg Bergmayer nach<sup>4</sup>. In der BVP

Fraktion gibt es zwei Veränderungen: Nachdem Josef Schneider zum 2. Bürgermeister gewählt wurde, zieht für ihn der Malermeister Alois Sulzbeck in den Stadtrat ein. Dieser verstirbt allerdings am 15. Mai 1932<sup>5</sup>. Bürgermeister Dr. Reus beschreibt ihn bei seiner Beerdigung am 18. Mai als offenen und leutseligen Charakter, der Wortführer des Mittelstandes war. Nachrücker ist der nächste Ersatzmann, Josef Friedrich.

Die Zeit von 1930 bis 1933 ist geprägt von leidenschaftlichen und teils gewalttätigen politischen Auseinandersetzungen. Aber, wie auch in anderen Städten, verlaufen die Stadtratssitzungen in Deggendorf in relativ ruhiger und sachlicher Atmosphäre<sup>6</sup>. Laut den Sitzungsprotokollen werden die meisten Beschlüsse einstimmig gefasst. Die behandelten Themen sind vor allem Bau- und Umbaugenehmigungen, Grundabtretungen, Behandlung von Gesuchen und Festsetzung von Gebühren. So setzt zum Beispiel am 20. Mai 1932 der Stadtrat die Badegebühren für Erwachsene fest: Basisbad: 0.15 RM; Erwerbslose: 0.10 RM; Kabinenbad: 0.25 RM. Die Leihgebühr für eine Badehose beträgt 0.10 RM, für einen Frauenbadeanzug 0.15 RM. Ausnahmsweise nicht einstimmig wird der Haushaltsplan 1932/33 verabschiedet<sup>7</sup> *mit Rücksicht auf die gesamte Reichspolitik, insbesondere mit Rücksicht auf die Bürgersteuer*. So erklärt Stadtrat Fleischmann für die Gruppe der Kommunisten die Ablehnung des Haushaltes, obwohl er andererseits nicht umhin könne, den Haushalt teilweise anzuerkennen. Im Protokoll heißt es dann weiter, dass Dr. Wendler für die Nationalsozialisten erklärte, *dass der Haushalt mit äußerster Sparsamkeit aufgestellt wäre, könne aber aus politischen Momenten nicht zugestimmt werden*. Diese beiden Fraktionen verweigern die Zustimmung nicht aus faktischen Gründen, sondern weil die Verweigerung anscheinend von den Parteispitzen erwartet wird. Beide Vertreter der extremen Parteien geben aber laut Protokoll ihre Erklärungen in äußerst moderater Form ab. Die Stadträte Heckscher (SPD), Eckert (Unparteiische Interessengemeinschaft, Reithmeier (Unpolitischer Wirtschaftsbund) und Schneider (BVP) signalisieren Zustimmung zum Haushaltsentwurf. Der Entwurf wird dann mit den zwei Gegenstimmen der anwesenden Nationalsozialisten und Kommunisten angenommen. Höllerezeder Michael (KPD) und Weiss Sebastian (NSDAP) waren abwesend.

Die erste Stadtratssitzung nach dem 30. Januar 1933 findet am 17. Februar mit ganz normaler Tagesordnung statt. Alle kommunistischen und sozialdemokratischen Stadträte sind anwesend. Es fehlen Adler und Dr. Albrecht von der BVP, sowie Georg Berngehrer und Johann Reithmeier. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Verpachtung des gesamten Plakatierungswesens für 600 Goldmark an die Firma August Tiefenbacher und die Senkung der Standgebühren für die Schachinger Marktfrauen auf dem Deggendorfer Wochenmarkt<sup>8</sup>.

Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar beginnt die Regierung massiv gegen die angeblichen kommunistischen Brandstifter vorzugehen. Schon am nächsten Tag wird die sogenannte Brandverordnung erlassen. Mit dieser Verordnung konnte die Regierung Verhaftungen ohne richterlichen Beschluss vornehmen und die Haftdauer unbeschränkt ausdehnen. Diese Aufhebung der Grundrechte wird die Grundlage für das Schutzhaftsystem und bleibt bis zum Ende des "Dritten Reiches" in Kraft<sup>9</sup>. In der gleichen Nacht rollt dann eine Verhaftungswelle von kommunistischen Mandatsträgern und Funktionären an. Auch in Deggendorf beginnt man mit der Beobachtung und Überwachung der KPD Mitglieder. So fordert die Schutzmannschaft Deggendorf in einem Schreiben vom 1. März an die Stadt unter der Überschrift *Betreff: Politische Umtriebe*, dass unter anderem von den beiden KPD Stadträten Höllerezeder Michael und Fleischmann Fritz sowie deren Ehefrauen die Post- und Bahneinläufe überwacht und beschlagnahmt werden sollten<sup>10</sup>. Am 10. März gibt der Stadtrat auf Anweisung des Reichsbeauftragten für Bayern an die Schutzmannschaft eine Liste mit

den Namen von 12 Personen, die in Schutzhaft zu nehmen sind<sup>11</sup>. Die ersten zwei Namen sind Höllerzeder und Fleischmann. Höllerzeder Michael wird wohl am gleichen Tag noch verhaftet, denn in einer mit 11. März datierten Liste der jetzt Verhafteten steht sein Name wieder an erster Stelle<sup>12</sup>. Statt der 12 Personen sind nun aber 17 Namen aufgeführt: 16 Kommunisten und Zots vom Reichsbanner.



Der Name von Fleischmann fehlt allerdings. Wahrscheinlich hat sich dieser durch Flucht der Verhaftung entzogen. Umso verwunderlicher ist es, dass Fleischmann laut Protokoll zwei Tage später an der ersten Stadtratssitzung nach den Wahlen am 5. März noch teilnehmen soll. Eine plausible Erklärung dafür gibt es nicht. Wahrscheinlich hat der Protokollant ihn aus Versehen nicht als abwesend aufgeführt. Außer Höllerzeder sind die Stadträte Adler, Dr. Albrecht, Aschenbrenner, sowie Theodor Eckert und Johann Reithmeier auf dem Titelblatt als fehlend eingetragen<sup>13</sup>. Auf den Protokollblättern der einzelnen Beschlüsse heißt es jedoch, dass 7 Stadträte *entschuldigt* fehlen. Der namentlich nicht genannte fehlende Stadtrat könnte also sehr wohl Fritz Fleischmann gewesen sein.

Die politischen Veränderungen zeigen auch im Stadtrat Wirkung. Dr. Reus verliest bei den Bekanntgaben zunächst das Schreiben des Wahlkreisleiters OB Hipp an den Stadtrat, in dem er seinen *Dank für die schnelle und zuverlässige Übermittlung der Wahlergebnisse* bei den Reichstagswahlen am 5. März ausdrückt. Weiter dankt Dr. Reus der Notpolizei: *Er sprach all denen, die sich zur Verfügung gestellt haben – etwa 150 Bürgern aus allen Lagern – den herzlichen Dank des Stadtrats aus*<sup>14</sup>. Dann gibt Dr. Reus bekannt, *dass die Tage nach den Reichstagswahlen die nationale Revolution brachten und dem Gesamtstadtrat die veranlassten Massnahmen durch Presseveröffentlichung bekannt seien*<sup>15</sup>. Damit meint er wohl die in Schutzhaftnahme von Deggendorfer Kommunisten und den Flaggenerlass des Reichspräsidenten vom Vortag. Neben der Hakenkreuz-Fahne sind die Reichsfarben jetzt schwarz-weiß-rot<sup>16</sup>. Des weiteren drückt Dr. Reus seine Genugtuung aus, *dass sich in Deggendorf der Umschwung der Verhältnisse, die die national e Erhebung gebracht haben, ruhig und geordnet und soweit die Fühlung mit der S.A., der N.S.D.A.P. Ortsgruppe Deggendorf und der gebildeten Notpolizei in Frage kommt, harmonisch vollzogen hat*. Interessant ist, dass Dr. Reus mit dem Ausdruck *nationale Erhebung* schon das Vokabular der Nationalsozialisten übernommen hat und dass von Seiten der anwesenden NSDAP Stadträte keinerlei Bemerkung gemacht wird. Ansonsten verläuft die Stadtratssitzung wie üblich mit Beratungspunkten wie Betrieb des Steinbruchs Aumeier in Deggendorf oder Umbau eines Stadels.

Wo immer sich Fritz Fleischmann am 13. März aufhielt, er muss auf jeden Fall spätestens am 14. März verhaftet worden sein. Denn vom 14. März liegt eine Notiz von Dr. Reus vor, in der die Namen Höllerzeder, Fleischmann und Rimbeck aufgeführt sind. Abgestuft nach der Zahl ihrer Kinder wird eine Geldsumme vermerkt, die offensichtlich den Familien der drei Männer vom Wohlfahrtsamt ausbezahlt werden soll<sup>17</sup>. Da Höllerzeder sich seit 11. März in Schutzhaft befindet, muss Fleischmann es jetzt auch sein. Wir besitzen zwei vom 28. März datierte Listen des Stadtrats, eine mit 25 und eine mit 23 Personen, die nach *Mitteilung der Polizeiwache Deggendorf vom 17. März 1933 ... als Hetzer und Unruhestifter besonders aufgefallen* sind und auf die *ein besonderes Augenmerk zu richten* ist<sup>18</sup>. Man hatte zwei Frauen, Frau Mutzl und Frau Kölbl, aus der Liste wieder gestrichen. Die Namen von Barbara Höllerzeder und Frau Fleischmann erscheinen jedoch auch auf der zweiten Liste. Diese von Dr. Reus unterschriebene Liste wird auch an das Referat IV der Stadtverwaltung und an *Herrn Oberingenieur Graf, Standartenführer hier zur gefl. Kenntnis* geschickt. Im Stadtarchiv Deggendorf befindet sich eine undatierte und nicht unterschriebene Liste mit den Personalien von 69 offensichtlich politisch verdächtigen Personen. Die dort gegebenen Informationen können nur von der Stadtverwaltung stammen. Was bei allen diesen Vorgängen auffällt, ist, wie schnell und ohne Widerstand die Polizei und die Stadtverwaltung unter Führung von Dr. Reus sich als Handlanger des Terrors gegen Kommunisten und andere Regimegegner benutzen lassen. Ohne zu zögern übernimmt man die von den Nationalsozialisten geprägten Begriffe wie *nationale Erhebung*. Gegner des Regimes werden in Stadtratsschreiben *Hetzer* und *Unruhestifter* genannt. So schreibt Dr. Reus am 19. März 1933 einen warnenden Brief an den Gastwirt Pleintinger, dessen Lokal die Kommunisten als Versammlungsraum benutzten<sup>19</sup>: *Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass wenigstens die jetzt anbrechende neue Zeit in Ihnen den unerschütterlichen Entschluss zeitigt, in Zukunft dieser dunklen Gesellschaft, sofern sie als Organisation ..... auftreten will, die Türe zu weisen und Saal und Lokalitäten für deren zerstörerische Hetzreden nicht mehr freigegeben*. Es folgt dann die Drohung: *Nur so dürfte es möglich sein, unangenehme Weiterungen für Sie zu vermeiden und Sie auch wieder bei national gesinnten Männern- die derzeitige Verbitterung gegen Sie greift über das rein nationalsozialistische Lager hinaus-erträglich zu machen*.

Dr. Reus zeigt jedoch auch seine menschliche Seite bei der Behandlung der kommunistischen Schutzhäftlinge. So bittet er am 18. März den Stadtkommissar Schmidt, die in Schutzhaft genommenen Personen aus Deggendorf im Landgerichtsgefängnis besuchen zu dürfen, um *Unterstützungsfragen ihrer Familien usw zu besprechen*. Dies wird vom Bezirksamt genehmigt. Am 12. April werden 28 Schutzhäftlinge von Deggendorf in das neu errichtete Konzentrationslager Dachau gebracht. Dies geschieht nicht heimlich sondern mitten am Tag. *Der DB darf oder muss darüber sogar einen Bericht schreiben: Mit einem großen Omnibus der Landpolizei wurden gestern Mittag die 28 im hiesigen Landgerichtsgefängnis untergebrachten kommunistischen Schutzhäftlinge in ein Konzentrationslager abtransportiert. In der Umgebung des Landgerichtsgefängnisses hatten sich viele Angehörige der Inhaftierten eingefunden, doch ging der Transport ruhig und ohne Störung vor sich*<sup>20</sup>. Bei diesem Transport waren auch die zwei Deggendorfer KPD Stadträte Fleischmann und Höllierzeder dabei. Dr. Dirk Riedel vom Archiv der Gedenkstätte Dachau bestätigt in einer E-Mail, dass die beiden Personen im KZ Dachau inhaftiert waren.

Das Schicksal der zwei kommunistischen Deggendorfer Stadträte lässt sich nur schwer rekonstruieren. Fritz Fleischmann, der 1891 in Schopfloch in Mittelfranken geboren wurde, zieht 1918 nach Schaching 106½. Ab 1935 wohnt der Maurer Fleischmann mit seiner Frau und den drei Kindern in Siedlung 519, später, ab 1966, als Witwer in Kleinsiedlung 28. Er stirbt 1967 in Deggendorf. Auf der Meldekarte von Fleischmann befindet sich der Eintrag *vorbestraft* und ein roter Stempel mit dem Buchstaben A<sup>21</sup>, was bedeutet, dass man auf ihn besonders "aufpassen" muss. Die Verhaftung und Einlieferung in das KZ Dachau im Frühjahr 1933 ist dokumentiert<sup>22</sup>.

**KZ-Gedenkstätte**  
**Dachau** | STIFTUNG  
 BAYERISCHE GEDENKSTÄTTEN

**Häftling**

Vorname: FRITZ  
 Nachname: FLEISCHMANN  
 Geburtsdatum: 23.06.1891  
 Wohnort: Deggendorf  
 Geschlecht: m  
 Beruf: Maurer  
 Quellenhinweis: Überstellung von Schutzhäftlingen nach KL. Dachau, 10.03 - 28.04.1933, S. 33  
 Bemerkung: Angaben zum Geburtsdatum nach F. Strunz, E-mail vom 04.03.2013.  
 Zuletzt bekannte Zugangsstelle:

**Haftverlauf**

Datum	Haftnummer	Haftänderung	Außenlager	Zu-/Abgangsstelle
11.04.1933	0	Zugang		Deggendorf

**Haftkategorie**  
 Schutzhäftling

Dr. Riedel betont, dass in der Frühphase des Konzentrationslagers die Dokumentation sehr lückenhaft ist. Somit ist nicht bekannt, wann Fleischmann wieder entlassen wurde. Dies musste jedoch vor dem 14. Dezember 1933 geschehen sein, denn der *DB* vom 15. Dezember berichtet, dass Fleischmann erneut verhaftet worden sei: *In Schutzhaft genommen wurde gestern der verh. Maurer Friedrich Fleischmann, ehem. kommunistischer Stadtrat, wohnhaft in der Siedlung. Fleischmann war bereits früher in Schutzhaft*. Was mit ihm dort geschah und wann er wieder entlassen wurde, ist

nicht bekannt. Eine weitere Einlieferung nach Dachau ist jedenfalls nicht belegt. Fritz Fleischmann muss aber zumindest nach außen mit dem Regime seinen Frieden gemacht haben. Nur so ist es zu erklären, dass er 1935 als Siedler für die zweite Kleinsiedlung in Deggendorf ausgewählt wurde. Der frühere Landrat Karl Heindl sagt jedoch beim Spruchkammerverfahren gegen Sebastian Weiß aus, dass Fleischmann 1944 wiederverhaftet werden sollte<sup>23</sup>: *1944 kam vom Reichssicherheitshauptamt der Befehl, daß ehemalige Funktionäre der KPD und der SPD sofort zu verhaften seien, um sie nach Regensburg zu überstellen und ins KZ Flossenbürg einzuliefern. Auf dieser Anordnung standen die Namen Kircher, Fleischmann und Hertl. Außerdem stand in dieser Anordnung, daß sämtliche Leute, die in der A-Kartei aufgeführt sind, sofort zu verhaften wären. Von dieser Anordnung wären ca. 7 Leute betroffen gewesen.... Ich setzte mich mit Regensburg in Verbindung und erreichte, daß sämtliche Leute bis auf Kircher nicht verhaftet wurden.*

Über Michael Höllerezeder wissen wir etwas mehr, weil er durch sein Reichstagsmandat über die Grenzen Deggendorfs hinaus bekannt war. Er wurde 1898 in Untergriesbach geboren und zog 1910 nach Regen. Am 10.6.1924 heiratete er. Kurz vorher, am 11.2.1924, hatte ihm seine spätere Frau Barbara den Sohn Rudolf Michael geboren. Das Paar zieht dann am 21.6.1924 nach Marienthal, dem Geburtsort Barbaras. Beide haben bei Religionszugehörigkeit den Eintrag *gll. fr. rk.*, was bedeutet: *glaubenslos früher röm. katholisch*. Höllerezeder war von Beruf Maschinenarbeiter, engagierte sich daneben auch für die Gewerkschaftsbewegung und trat 1920 in die KPD ein<sup>24</sup>. Weil er während der Zeit des KPD Verbots die Parteiarbeit weiterführte, saß er fast ein Jahr, vom 14. Januar 1925 bis zum 14. Dezember 1925, im Gefängnis. Neben seiner Stadtratstätigkeit ab 1929 war Höllerezeder noch ehrenamtlich in zahlreichen Gremien tätig. Er war *Leiter der Oberkrankenkasse Deggendorf, Beisitzer im Arbeitsgericht Deggendorf und Beisitzer im Oberversicherungsamt Landshut sowie Beisitzer im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Deggendorf (bis 1932)*<sup>25</sup>. In diesem Jahr zog er für die KPD in den Reichstag ein, wo er den Wahlkreis Oberbayern-Schwaben vertrat. Wegen seiner Aktivitäten für die KPD wurden Höllerezeder und seine Frau Barbara von den Nationalsozialisten politisch verfolgt. In ihren Meldekarten findet sich bei beiden der rote Stempelintrag A. Das weitere politische Schicksal des Abgeordneten Höllerezeder beschreibt der Wikipedia Artikel über ihn: *Nach dem Reichstagsbrand vom Februar 1933 wurde er verhaftet und in ein Konzentrationslager verschleppt. Bei den Reichstagswahlen im März 1933 wiedergewählt war es ihm aufgrund seiner Inhaftierung nicht möglich, sein Mandat anzutreten. Bis 1934 wurde er in verschiedenen Konzentrationslagern festgehalten, zuletzt im Konzentrationslager Dachau*“. Diese Darstellung ist korrekturbedürftig. Wie oben gezeigt, wurde Höllerezeder erst am 10. oder am 11. März 33 in Deggendorf verhaftet. Es ist auch belegt, dass Höllerezeder am 11. April 33 im Konzentrationslager Dachau mit dem Deggendorfer Transport eintraf. Eine Email der Gedenkstätte Dachau bestätigt die Einlieferung von Höllerezeder:

KZ-Gedenkstätte  
Dachau STIFTUNG  
BAYERISCHE GEDENKSTÄTTEN

**Häftling**

Vorname: MICHAEL  
 Nachname: HÖLLERZEDER  
 Geburtsdatum: 15.08.1898  
 Geburtsort: Untergriesbach  
 Geschlecht: m  
 Quellenhinweis: ITS 138, S. 30 (IK Nr. 36)  
 Zuletzt bekannte Zugangsstelle: -

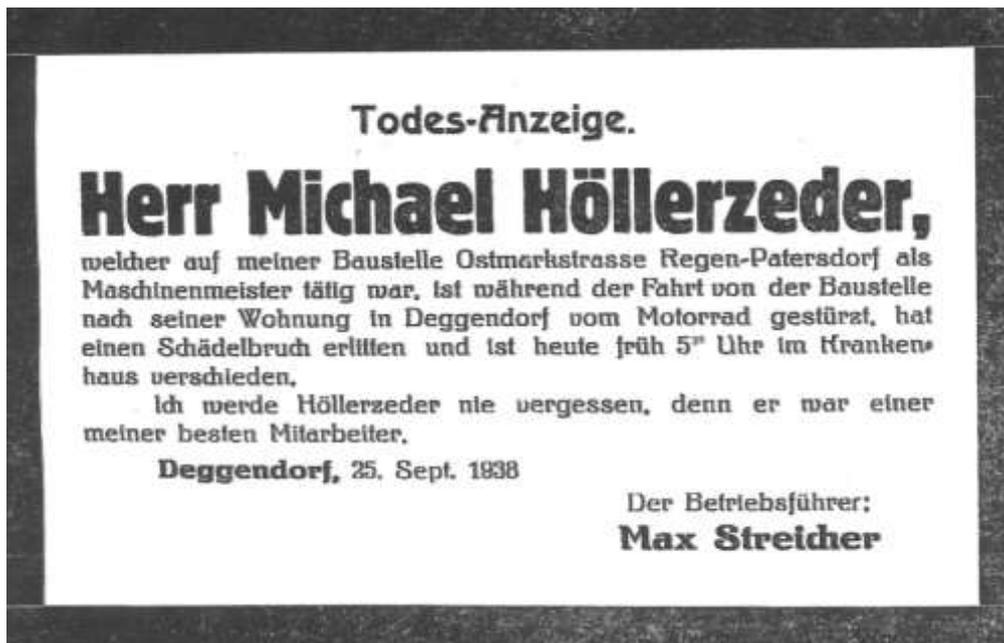
**Haftverlauf**

Datum	Haftnummer	Haftänderung	Außenlager	Zu-/Abgangsstelle
11.04.1933	0	Zugang		

**Haftkategorie**  
Schulhäftling

Wie lange Höllerzeder in Konzentrationslagern festgehalten wurde, ist ebenfalls nicht bekannt. Auf Grund der Einträge in den Einwohnerbüchern 1935 und 1938 der Stadt Deggendorf lässt sich feststellen, dass Michael Höllerzeder in diesen Jahren wieder in Deggendorf Siedlung 541 wohnte <sup>26</sup>. Am 25.9.1938 stirbt Michael Höllerzeder bei einem Verkehrsunfall. Hier der Bericht des DB vom 26. September 1938: *Tödlicher Verkehrsunfall. Am Samstag ist der bei der Baufirma Max Streicher beschäftigte Maschinenmeister Hr. Michael Höllerzeder von hier, als er von der Baustelle Ostmarkstraße Regen – Patersdorf nach Deggendorf fuhr, mit dem Motorrad gestürzt, und erlitt einen Schädelbruch. Gestern Sonntag früh, halb 6 Uhr ist er im hies. Krankenhaus verschieden. Höllerzeder genoß als fleißiger, tüchtiger Arbeiter bei seinem Betriebsführer großes Vertrauen und war auch bei seinen Arbeitskameraden sehr geschätzt und beliebt. Seiner Familie, die durch ein tragisches Geschick so plötzlich den treusorgenden Gatten und Vater verloren hat, wendet sich aufrichtige Anteilnahme zu.* Diese recht versöhnlichen Töne gegenüber dem ehemaligen kommunistischen Stadtrat und Reichstagsabgeordneten finden sich auch in den Todesanzeigen seiner Arbeitskameraden und seines Arbeitgebers.





Laut des Nachrufes von Max Streicher war der ehemalige kommunistische Aktivist bei seinem Betriebsführer, wie man die Chefs jetzt nannte, außerordentlich beliebt und angesehen. Höllierzeder war erst knapp 40 Jahre alt, als dieses Unglück passierte. Die Witwe Barbara Höllierzeder zieht am 30.3.1939 nach Würzburg, kommt aber nach dem Krieg am 13.12.1945 wieder nach Deggendorf zurück und wohnt zunächst bei Maier, Bahnhofstr. 541, später in Siedlung 548 und ab Dezember 1950 in der Bergerstr.1. Sie stirbt am 29.11.1961 in Deggendorf<sup>27</sup>.

Am 24.März 1933, einen Tag nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag, findet eine außerordentliche Stadtratssitzung statt. Bei dieser Sitzung sind nur 12 Stadträte anwesend. Es fehlen die zwei kommunistischen und die drei SPD Stadträte, sowie wiederum der erkrankte Dr. Albrecht (BVP), Johann Reithmeier (Wirtschaftsbund) und Dr. Wendler (NSDAP). Dr. Wendler war zu diesem Zeitpunkt wohl schon in München in der Abteilung der Politischen Polizei tätig. Am 13.März hatte er Dr. Reus informiert, dass er von seinem Schwager Heinrich Himmler *ab kommenden Montag in die Polizeidirektion Abteilung politische Polizei einberufen* worden war<sup>28</sup>. Die beiden kommunistischen Stadträte saßen in Schutzhaft und die drei SPD Stadtrate blieben der Sitzung fern oder waren nicht eingeladen worden, da die Haupttagesordnungspunkte dieser Sitzung die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an von Hindenburg und an Adolf Hitler, sowie die Umbenennung der *Graflinger Straße* in *Adolf Hitler Straße* waren. Hier das Protokoll des Beschlusses<sup>29</sup>:

In der heutigen ausserordentlichen Stadtratssitzung  
wird einstimmig beschlossen.

Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall v. Hindenburg

sowie

Herrn Reichskanzler Adolf Hitler

in Würdigung ihrer grossen, unvergänglichen Verdienste um Deutsch-  
lands nationale Wiedererweckung das

Ehrenbürgerrecht

der unmittelbaren Stadt Deggendorf

zu verleihen und die beiden hohen Herren zu bitten, die ihnen  
zugesagte Würde gütigst annehmen zu wollen.

Wie die Vorverhandlungen beweisen, hat diese beabsich-  
tigte Ehrung schon im Voraus in der ganzen Stadt lebhaft und  
begeisterte Zustimmung gefunden und löst die beschlussmässige  
Annahme grösste Freude aus, was sich insbesondere dadurch bekun-  
det, dass reicher Flaggenschmuck die Genugtuung über die voll-  
zogene Ehrung auch äusserlich demonstrativ in Erscheinung treten  
lässt.

Einstimmiger Stadtratsbeschluss ergeht in heutiger ausser-  
ordentlicher Stadtratssitzung ferner dahin, zu Ehren des Herrn  
Reichskanzlers Adolf Hitler die in unmittelbarer Verbindung  
mit der zum 80. Geburtstag Hindenburgs am 1. Oktober 1927 einge-  
weihte

Hindenburg-Strasse

stehende Hauptverkehrsstrasse der Stadt in den inneren Bayerischen  
Wald, die bisherige Graflingerstrasse künftig bis zur Strassen-  
kreuzung Viechtach-Eisenstein

Adolf Hitler-Strasse

zu benennen.

Unter dem Beifall des Stadtrates erklärt der Stadtratsvor-  
sitzende, dass Deggendorf stolz sein wird, wenn die beiden hohen  
Herren die ihnen zugesagten Würden annehmen. Mit dem Stadtrat  
stellt sich die ganze Stadt, wie Bürgermeister Dr. Reus in  
Uebernahme der national tiefempfundenen Worte des Antragstellers  
für die heutige Ehrung, des Stadratsmitgliedes Sebastian Weiss  
abschliessend ausführt, einmütig und aufrichtig hinter das nationa-  
le Aufbauprogramm des Herrn Reichskanzlers Adolf Hitler und  
erfleht für unsere hohen Ehrenbürger

Herrn Reichspräsidenten Generalfeldmarschall

v. Hindenburg

und

Herrn Reichskanzler Adolf Hitler

Gottes Glück und Segen zu ihrem persönlichen Wohle und zum Besten  
von Volk und Vaterland.

Stadtrat Deggendorf:

*D. Reus*

rechtsk. l. Bürgermeister.

Stadtrat Weiß hatte den Antrag für die Verleihung gestellt: *Herr Stadtrat Weiss führte aus, daß mit diesem Beschluß das Vertrauen des weitaus größten Teiles der Einwohnerschaft Deggendorfs darauf bekundet werden solle, daß die beiden Männer den Wiederaufbau Deutschlands herbeiführen werden, daß aller innerer Hader hinter uns liegen solle und daß wir zur Mitarbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes gewillt sind.* Wie aus dem Protokoll hervorgeht, haben alle 8 anwesenden Stadträte von der BVP, sowie Theodor Eckert, Josef Buchner und Alois Schreiber diesem Beschluss zugestimmt. Beim Lesen dieses Stadtratsprotokolls überrascht die Diktion in der es verfasst wurde: *...und das ganze nationale Deutschland schlug in die dargebotene Hand ein...* Dies wurde geschrieben einen Tag nachdem das Zentrum unter größten politischen Druck dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte. Diese Ehrenbürgerverleihungen fanden in allen Städten und Gemeinden statt, manchmal aber auch etwas später als in Deggendorf. So wurde in Würzburg die Ehrenbürgerwürde an Hitler und Hindenburg erst am 2. Mai *in dankbarer Anerkennung der großen Verdienste um Volk und Vaterland* vergeben. Wie Peter Weidisch in seinem Artikel *Würzburg im "Dritten Reich"* betont, lag der Zeitpunkt dieser Ehrungen *sehr spät*. Zwischen dem 6. März und dem 4. Mai 1933 seien *allein in Bayern* von 110 Gemeinden *Ehrenbürgerrechte an Hindenburg und Hitler* übertragen worden<sup>30</sup>. In Regensburg fand die Verleihung auch erst am 27. April statt. Der Beschluss erfolgte dort ebenfalls einstimmig, nachdem fünf SPD Stadträte inhaftiert worden waren und die anderen zwei SPD Stadträte demonstrativ den Sitzungssaal vor der Abstimmung verlassen hatten<sup>31</sup>. Weidisch versucht die nachgiebige Haltung der BVP, die ja in den meisten Gremien die Mehrheit hatte, damit zu erklären, dass man in dieser Zeit *durch bedingte Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten und in Anpassung an die neuen Verhältnisse* glaubte, sich retten zu können<sup>32</sup>.

#### **Die Gleichschaltung des Stadtrates.**

Am 13. April steht im Amtsblatt des Stadtrates Deggendorf folgende Ankündigung<sup>33</sup>:

## Neubildung des Stadtrates der unmittelbaren Stadt Deggendorf.

Nach dem Gesetz zur Gleichschaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände mit Land und Reich vom 7. April 1933 ist der Stadtrat neu zu bilden.

Der Stadtrat besteht künftighin aus 15 ehrenamtlichen Mitgliedern. Die Neubildung des Stadtrates erfolgt nach der Zahl der gültigen Stimmen, die bei der Wahl zum deutschen Reichstag am 5. März 1933 in der Stadt Deggendorf abgegeben worden sind; dabei bleiben die Stimmen unberücksichtigt, die auf Wahlvorschläge der Kommunistischen Partei entfallen sind.

Die für die Stadt Deggendorf in Frage kommenden Parteien haben bei der letzten Reichstagswahl die beigefugte Stimmzettelzahl erhalten:

1. Bayer. Volkspartei . . . . .	1670
2. N. S. D. A. P. . . . .	1338
3. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	161
4. Sozialdemokratische Partei . . . . .	556

Von den 15 Mandaten entfallen somit auf:

1. Bayer. Volkspartei . . . . .	7
2. N. S. D. A. P. . . . .	6
3. Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	—
4. Sozialdemokratische Partei . . . . .	2

Wahlvorschläge sind bis zum 20. April 1933 abends 8 Uhr beim unterfertigten Gemeindevorsteher auf Zimmer Nr. 1 des Rathauses einzureichen.

Die Wahlvorschläge dürfen doppeltsovielt Bewerber enthalten, als der neue Stadtrat Mitglieder hat.

Die Wahlvorschläge müssen enthalten:

- a) die Bezeichnung der den Wahlvorschlag einreichenden Partei oder Wählergruppe;
- b) die Namen der Bewerber in erkennbarer Reihenfolge mit Angabe von Vor- und Zunamen, Geburtstag, Religion, Stand oder Beruf, Wohnort oder Wohnung;

- c) die Unterschrift von zwei Beauftragten der den Wahlvorschlag einreichenden Partei oder Wählergruppe;

Der Wahlvorschlag soll ferner einen möglichst am Orte des Wahlleiters wohnhaften Vertrauensmann bezeichnen, der zur Entgegennahme und zur Abgabe von Erklärungen für die Unterzeichner des Wahlvorschlags befugt ist. Fehlt diese Angabe oder ist der Vertrauensmann verhindert, so gilt jeder Unterzeichner als Vertrauensmann.

Dem Wahlvorschlag sind beizufügen:

- a) die schriftliche Erklärung der im Wahlvorschlage benannten Bewerber, daß sie ihrer Aufnahme in den Wahlvorschlag zustimmen und eine auf sie treffende Verurteilung als ehrenamtliches Stadtratsmitglied annehmen;
- b) die gemeindefürsorgliche Bestätigung, daß die vorgeschlagenen Bewerber die Voraussetzungen der Wählbarkeit erfüllen. Nach den Art. 63 und 64 sind zu Gemeindefürsorgern wählbar Personen, die seit wenigstens zwölf Monaten in Deggendorf wohnen, das 25. Lebensjahr zurückgelegt und nicht durch Richterpruch die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren haben.

Nach § 14 Abs. 3 des Gleichschaltungsgesetzes kann eine zur Einreichung von Wahlvorschlägen berechtigte Wählergruppe sich mit anderen oder allen Wählergruppen zur Einreichung eines gemeinsamen Wahlvorschlags verbinden. Da andere Formen der Verbindung von Parteien oder Wählergruppen reichsgesetzlich nicht vorgesehen sind, ist die Verbindung von Wahlvorschlägen nach Art. 66 Abs. 4 Unterabs. III GG. **unzulässig**. Bei Einreichung eines gemeinsamen Wahlvorschlags können die Bewerber der einzelnen Gruppen als zusammengehörig bezeichnet werden, mit der Wirkung, daß beim Wegfall eines Bewerbers nur die zur gleichen Gruppe gehörigen Ersatzmänner in der Reihenfolge ihrer Benennung einzutreten.

Deggendorf, den 12. April 1933

Der Gemeindevorsteher:

**Dr. Reus.**

Nach dem Gesetz der Gleichschaltung sollten alle Länder- Provinzial- und Kommunalvertretungen<sup>34</sup> neu gebildet werden, nicht durch demokratische Neuwahlen, sondern nach den jeweiligen Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März 1933<sup>35</sup>, die für die NSDAP große Gewinne gebracht hatte. Damit sollte erreicht werden, dass die Nationalsozialisten in den kommunalen Gremien gestärkt werden. Unabhängige Wählergruppen wie *Unpolitischer Wirtschaftsbund* und *Unparteiische Interessengemeinschaft* sind nicht mehr im Stadtrat vertreten, da sie ja nicht bei den Reichstagswahlen kandidierten. So bezeichnet Helmut Halter zu Recht dieses Verfahren als einen *reinen Willkürakt*<sup>36</sup>, der das Ende der demokratischen Wahl der Kommunalparlamente einläutete. Der im Amtsblatt bekanntgegebene Verfahrensmodus soll wohl diesem Willkürakt den Anschein rechtlichen Vorgehens geben. Die Fraktion der NSDAP ist in Deggendorf jetzt von 2 auf 6 Stadtratsmitglieder angewachsen. Dennoch ist die BVP mit 7 Stadträten noch immer stärkste Fraktion. Zusammen mit den jetzt noch 2 verbliebenen SPD Stadträten hätte sie die NSDAP jederzeit überstimmen können. Ähnlich sieht es auch in anderen kreisfreien Städten in Niederbayern und der Oberpfalz aus. Halter gibt in seiner Arbeit eine Aufstellung über die Zusammensetzung der Stadträte nach der Gleichschaltung der Gemeinden<sup>37</sup>:

Neubildung der Stadträte in den kreisfreien Städten <sup>35</sup>					
	Sitze	NSDAP	BVP	SPD	Kampffront
Amberg	20	6	9	4	1
Deggendorf	15	6	7	2	-
Landshut	24	9	9	5	1
Neumarkt	15	6	7	2	-
Passau	20	11	8	-	1
Regensburg	28	10	12	5	1
Schwandorf	15	9	6	-	-
Straubing	20	8	8	3	1
Weiden	20	7	8	5	-

Es fällt auf, dass mit Ausnahme von Passau und Schwandorf die NSDAP nirgendwo die Mehrheit im Stadtrat hatte. In Amberg, Deggendorf, Neumarkt, Regensburg und Weiden blieb die BVP die stärkste Fraktion.

Auch in der Umgebung Deggendorfs fällt das Ergebnis ähnlich aus<sup>38</sup>:

Ort:	Sitze insgesamt:	NSDAP	BVP	SPD
Schaching	10	5	4	1
Metten	10	2	6	2
Mietraching	10	3	4	3
Winzer	10	8	2	
Deggenau	8	2	2	4
Grafling	8	4	4	
Greising	8	3	5	
Fischerdorf	8	1	4	1(Bauernbund 2)
Bernried <sup>39</sup>	8	2	6	
Plattling	15	8	5	2

In Deggenau und Mietraching ist die SPD noch immer relativ stark. Aus dem Rahmen fallen die starken Ergebnisse der NSDAP in Schaching und ganz besonders in Winzer, wo die NSDAP 8 von 10 Gemeinderatssitzen einnimmt. Auch in Plattling besitzt die NSDAP schon die absolute Mehrheit der Sitze.

In Deggendorf gibt am 22. April Wahlleiter Dr. Reus das Ergebnis der Sitzung des Wahlausschusses bekannt<sup>40</sup>, das dann Anfang Mai im Amtsblatt bekanntgegeben wird:



Obwohl nur zweitstärkste Fraktion, ist die NSDAP im Amtsblatt schon an erster Stelle aufgeführt. Der bisherige Stadtrat war von 20 auf 15 Mitglieder verkleinert worden. Vom bisherigen Stadtrat blieben nur 6 Mitglieder im Amt, die anderen 15 Räte waren ausgeschieden. In dieser Zusammensetzung wird der Stadtrat allerdings insgesamt nur zweimal tagen. Jetzt ein Blick auf die einzelnen Stadträte. Vorauszuschicken ist, dass die Zahl der Informationen, die über die einzelnen Personen vorliegen, sehr unterschiedlich ist. Während wir über die meisten Nationalsozialisten aus deren Spruchkammerakten relativ gut informiert sind, ist das zur Verfügung stehende Material über die Stadträte der BVP und der SPD recht spärlich. Manchmal liegen praktisch nur deren Meldekarten vor.

Bei der BVP Fraktion haben sich neben der Verringerung der Zahl der Stadträte von 9 auf 7 interessante personelle Veränderungen ergeben. So ist Alois Weber, der 1930 die größte Stimmenzahl erzielt hatte, nicht mehr Mitglied der Fraktion. Der Grund dafür war der Druck, der von dem kommissarischen Bevollmächtigten der SA und SA Standartenführer, Hans Graf, auf ihn ausgeübt worden war. Auf dessen Betreiben war Weber am 5. April *vorrübergehend seiner polizeilichen Befugnisse enthoben* worden<sup>41</sup>. Nur wenn er parteipolitisch nicht mehr im Stadtrat mitarbeite, sei seine Stelle gesichert. Weiterhin für die BVP ist nicht mehr im Stadtrat der Leiter der Realschule, Dr. Hans Schlaffner. Unter politischem Druck hatte er sich 1933 nach Memmingen versetzen lassen. Doch auch dies hatte auf Dauer nichts genützt. Obwohl ihm Sebastian Weiß bestätigt, dass er *in keiner Weise besonders gehässig gegen die nationalsozialistische Partei vor der Machtübernahme aufgetreten ist*, wurde Dr. Schlaffner 1941 aus dem Dienst entlassen<sup>42</sup>. Auch Josef Adler (Buchdruckereibesitzer), Karl Aschenbrenner (Bäckermeister), Fritz Leiß (Kohlenhändler) und Dr. Karl Albrecht (Rechtsanwalt) sind ausgeschieden. Bei Dr. Albrecht spielen auch gesundheitliche Gründe eine Rolle. Er hatte schon bei den vergangenen Sitzungen öfters gefehlt und war laut Todesanzeige im DB vom 15. Juni 1934 am Tag zuvor verstorben<sup>42</sup>. Zum Tode des langjährigen Stadtratsmitglieds gibt weder die Stadt eine Anzeige in die Zeitung, noch erwähnt der Stadtrat in seiner darauffolgenden Sitzung den Tod von Dr. Albrecht. Ob die anderen Personen aus Furcht vor beruflichen Nachteilen nicht mehr antraten, ist nicht bekannt. Ferner ist auffallend, dass eines der

neuen Mitglieder der BVP Fraktion 1930 nicht einmal auf der Liste der Ersatzleute gestanden hatte. Es müssen sich also auch viele dieser Ersatzleute gescheut haben, für die BVP in den Stadtrat einzutreten. Der BVP Stadtrat, der nicht auf der Liste der Ersatzleute stand, ist der Kaufmann Josef Bielmeier. Er ist Jahrgang 1889 und wohnt mit seiner Frau in Haus Nr.59, später Nr.48. Auf der Meldekarte steht als Berufsbezeichnung *Landesproduckthandlung*. Neulinge in der Fraktion sind auch Seidl Wilhelm und Koller Franz. Der Spenglermeister Seidl Wilhelm ist Jahrgang 1876 und wohnt mit seiner Frau und seinen sechs Kindern im Haus Nr. 183<sup>43</sup>. Koller Xaver ist von Beruf Säger und Jahrgang 1889. Er wohnt im Haus Nr.366 und lebt bis zu seinem Tod 1967 in Deggendorf<sup>44</sup>. Friedrich Josef hat eine Landwirtschaft und wohnt im Haus Nr. 475 ½. Er rückte 1932 für den verstorbenen Stadtrat Alois Sulzbeck in den Stadtrat nach. Der Kaufmann Krauth Anton gehört zur Riege der etablierten BVP Stadträte. Er ist mit Markmüller Hermine verheiratet und wohnt mit den drei Kindern in Haus Nr. 177<sup>45</sup>. Burger Josef ist Jahrgang 1876, Gastwirt und Mälzereibesitzer. Er kam am 1.1.1900 von Weiden nach Deggendorf. In den Augen von Dr. Reus hatte er sich um die Stadt besondere Verdienste erworben, was Dr. Reus in einem Dankschreiben an Burger nach dessen erzwungenem Ausscheiden aus dem Stadtrat bestätigt<sup>46</sup>. Auch der Brauereibesitzer Schneider Josef erhält ein solches Dankeschreiben von Dr. Reus. Schneider wurde 1887 in Deggendorf geboren und heiratet 1912 die Tochter des Gutsbesitzers Krinner. Er ist neben Dr. Reus vor 1933 eine der führenden politischen Persönlichkeiten in Deggendorf und dann auch wieder nach 1945. Von 1930 bis 1933 war er 2. Bürgermeister und somit Stellvertreter von Dr. Reus. Sein erzwungener Rücktritt von dieser Stellung wird später besprochen. Nach dem Krieg ist Schneider als politisch Unbelasteter, der nach eigener Aussage nie der NSDAP angehört hatte, Bürgermeister vom 16.07.1946 bis 30.05.1948<sup>47</sup>. Als solcher gibt er eidesstattliche Erklärungen für Sebastian Weiß und Hans Graf ab, die zur Entlastung der beiden beitragen sollen. So nennt er Weiß einen *gemässigten Nationalsozialisten, dessen anfängliche Begeisterung für Hitler und den Nationalsozialismus ... in späteren Jahren merklich nachgelassen habe*<sup>48</sup>.

Auch bei der SPD Fraktion kommt neben August Heckscher mit dem Heizer Gregor Süßmeier ein ganz neuer Mann in den Stadtrat. Der Maurer Alois Ertl trat wohl nicht mehr an, weil er bei der Stadt beschäftigt war und als SPD Stadtrat vielleicht um seinen Posten fürchtete. Aus dem Beratungsprotokoll vom 27.Dezember 1938 geht hervor, dass Alois Ertl am 1.Januar 1939 von der Stadt die Siedlerstelle 506 1/12 in der Kleinsiedlung übereignet wurde<sup>49</sup>. Warum sich der Gastwirt Berthold Heckscher nicht mehr zur Verfügung stellte, ist unbekannt. Auf das Schicksal der beiden SPD Stadträte soll später eingegangen werden.

Über die Mitglieder der NSDAP Fraktion wissen wir zum Teil etwas mehr, weil, wie gesagt, die meisten von ihnen in ein Spruchkammerverfahren verwickelt waren. Nur wenn sie vor 1945 verstarben oder aus Deggendorf wegezogen waren, liegen in der Regel keine Akten der Spruchkammer Deggendorf vor.

Obersteuerinspektor Göb Andreas wurde 1888 in Würzburg geboren. Er zog am 2.Juni 1925 von Mitterfels nach Deggendorf zu. Am 30.7.1935 meldet er sich mit seiner Familie von Deggendorf wieder ab und zieht aus beruflichen Gründen nach Vilshofen<sup>50</sup>. In der Stadtratssitzung vom 7.Januar 1935 wird festgestellt, dass er schon Ende September 1934 an das Finanzamt Vilshofen versetzt worden sei:

Betreff:  
Erledigung des Stadtratsmandates  
Andreas G ö b .

Stadtratsmitglied Obersteuerinspektor Andreas G ö b wurde mit Verfügung des Präsidenten des Landesfinanzamtes München vom 29.9.1934 mit sofortiger Wirkung an das Finanzamt Vilshofen versetzt und musste sein Stadtratsmandat und die Verwaltung des städt. Elisabethenheims niederlegen.

Gelegentlich der Erstellung des Tätigkeitsberichts 1934 sprach Bürgermeister G r a f dem ausgeschiedenen Stadtratsmitglied Andreas G ö b den herzlichen Dank der Stadtgemeinde für seine erspriessliche Arbeit als Gemeindevertreter aus und bedauerte es, dass ihn dieser vortreffliche Mann, der seine Arbeit und Pflicht nur vorbildlich erfüllt habe, verlassen musste. Innerhalb der NSV. und bei Durchführung des Winterhilfswerkes habe G ö b besonders muster-gütlich gearbeitet, sodass ihm der aufrichtige Dank des Stadtrates für sein wirken sicher ist und ihn die besten Wünsche begleiten.

gez. G r a f,  
Bürgermeister.

Dies bestätigt auch der *DB* vom 10. Januar 1935. Wegen seines Wegzuges liegt kein Akt der Spruchkammer Deggendorf über ihn vor.

Der Elektriker Jedersberger Josef gehörte dem Stadtrat vom April 1933 bis Oktober 1935 an. Geboren 1896 in Otterskirchen, zog er am 5. Juli 1926 nach Deggendorf Haus Nr. 473 um. Nach dem Tod seiner ersten Frau heiratete er 1927 ein zweites Mal. Aus dieser Ehe gingen zwei Kinder hervor<sup>51</sup>. Nach eigenen Angaben trat Jedersberger am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und bekam die Mitgliedsnummer 1 904 904<sup>52</sup>. Diese Angabe ist zumindest fraglich. Laut Auskunft der örtlichen Militärregierung in Deggendorf soll er schon vom 20.1. bis 25.1.1932 an einer politischen Schulung der Partei in Fürstzell teilgenommen haben<sup>53</sup>. Der Zeuge Willibald Hillermeier war mit Jedersberger bei den städtischen Elektrowerken beschäftigt und gibt bei der Spruchkammer an, dass Jedersberger schon vor der Machtübernahme für die Partei Propaganda gemacht habe und er ihn zu Parteiversammlungen mitnehmen wollte. Er fährt dann fort: *Ich bin öfters von Leuten gewarnt worden, mich vor Jedersberger in Acht zu nehmen. Im Betrieb fing er gleich am frühen Morgen an, Politik zu treiben. Die Kameradschaft war vorher gut gewesen, aber seitdem Jedersberger in den Betrieb kam war es damit vorbei*<sup>54</sup>. In seinem Betrieb war Jedersberger von 1933 bis 1935 Betriebsobmann der DAF, von 1935 bis 1945 war er dann Ortsobmann der DAF. Sonst hatte er keine Funktionen in der Partei<sup>55</sup>. Ein anderer Arbeitskollege und Belastungszeuge behauptet, dass Jedersberger ein solch eifriger Propagandist im Betrieb war, weil er gerne in das Beamtenverhältnis aufrücken wollte. Dies sei auch der Hauptgrund für seinen frühen Parteieintritt gewesen. Jedersberger hat jedoch auch Zeugen, die ihn entlasten. Neben einer eher nichtssagenden Erklärung des Instituts der Englischen Fräulein findet sich die Aussage des Malermeisters Heinrich Blöchl aus der Rosengasse, der bestätigt, dass Jedersberger ihm als einziger Stadtrat geholfen habe, sein Geschäft wieder aufzumachen, *nachdem dies auf Veranlassung des Malermeisters und damaligen Stadtrates Stadler geschlossen worden war*<sup>56</sup>. Theodor Karl, SPD Stadtrat in Kulmbach, beschreibt ihn

als Mitläufer. Er war einer jener unzähligen braven und anständigen Arbeiter, die an dieses phrasenreiche Programm der Nationalsozialisten geglaubt haben ...<sup>57</sup>. Seine Frau sei auf Grund ihrer religiösen Einstellung eine ausgesprochene Gegnerin der Nazis gewesen. Am 27. April 1948 reiht ihn die Spruchkammer in die Gruppe III der Belasteten ein und verurteilt ihn zu einer Geldsühne von 3.200 RM. Dann beginnt die übliche Prozedur bei Entnazifizierungsverfahren. Ein Jahr später, am 7. Mai 1948, wird er von der Spruchkammer in Gruppe IV eingereiht, die Sühne wird auf 400 RM reduziert. Die Begründung lautet wie immer: *Da der öffentliche Kläger gemäß seinem Auftrag die Bewährungsfrist für abgegolten erklärt, fällt der Betroffene automatisch in die Gruppe IV der Mitläufer*<sup>58</sup>. Jedersberger erklärt in einem Schreiben an die Spruchkammer, dass es ihm nicht möglich sei, den Betrag aufzubringen, da er seit 14.6.48 arbeitslos sei und in seine frühere Stellung bei den Stadtwerken nicht zurückkehren könne. Nach einem positiven Leumundszeugnis der Stadt Deggendorf mit den üblichen Formulierungen wie: *Herr Jedersberger... ist hieramts als anständiger und ruhiger Bürger bekannt, welcher bereit ist, sein Tun und Handeln dem neuen demokratischen Staatsaufbau zu widmen*<sup>59</sup>, wird Jedersberger am 6.10.48 von der Berufungskammer Regensburg die Geldsühne auf dem Gnadenweg erlassen<sup>60</sup>.

August Schiller wurde 1900 als Sohn des Metzgermeisters Alois Schiller in Deggendorf geboren. Er ging 6 Jahre in die Realschule, wo er eng mit Sebastian Weiß befreundet war. An der landwirtschaftlichen Hochschule Weihenstephan trat er der Ceresia, einer katholischen Studentenverbindung, bei<sup>61</sup>. August Schiller war ein stattlicher Mann, 183 cm groß mit einem Gewicht von 82 kg. Sein Rufname war *Gustl*. In die NSDAP kam Schiller nach eigenen Angaben durch die enge Freundschaft mit Sebastian Weiß. Das Eintrittsdatum ist nicht bekannt, muss aber im Frühjahr 1933 liegen, da Schiller im April Stadtrat für die NSDAP wurde. Er selbst gibt allerdings an, dass er in den Stadtrat gekommen sei, *ohne bei der Partei* gewesen zu sein<sup>62</sup>. Er muss jedoch spätestens bei der Stadtratssitzung am 26. April Parteimitglied gewesen sein, da laut Bericht des DB die *sechs Mitglieder der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion* in Parteiuniform erschienen<sup>63</sup>. Als Nichtmitglied hätte Schiller die Uniform sicher nicht tragen dürfen. Schiller selbst und sein Stadtratskollege Ludwig Wiedemann betonten beim Spruchkammerverfahren, dass sie sich *von allen parteipolitischen Beeinflussungen fernhielten und lediglich von wirtschaftlichen und sportlichen Momenten leiten lassen*<sup>64</sup>. August Schiller war einige Jahre Vorsitzender der Spvg Deggendorf. Der DB meldet am 26. April 1937, dass er bei der Generalversammlung des Vereins aus geschäftlichen Gründen den Vorsitz abgegeben habe. Sein Nachfolger in der Führung des Vereins sei Otto Hosemann, der spätere Leiter der NSDAP Ortsgruppe Deggendorf Nord. Schiller war im Stadtrat jedoch mehr als nur *Sportvertreter*. So ist er ab 2. August 1933 Mitglied im wichtigsten städtischen Hauptausschuss, dem Finanzausschuss<sup>65</sup>. Außerdem ist er im Sparkassenausschuss, im Ortsfürsorgeausschuss und bekommt folgende ehrenamtliche Verwalterstellen übertragen. *Städt. Schlachthaus – Fleischbank – Realschule – Städt. Schülerheim – Städt. Berufsschule – Landwirtschaftsschule*<sup>66</sup>. Fragen wirft auch das Ausscheiden Schillers aus dem Stadtrat im September 1935 auf. Er selbst gibt an, dass ihn Altparteigenossen wegen seiner distanzierten Einstellung zum Nationalsozialismus aus dem Stadtrat entfernen wollten: *Wegen unnationalsozialistischen Verhaltens meinerseits von Bürgermeister Graf und Rechtsrat Haas als Stadtrat entfernt*<sup>67</sup>. Ludwig Wiedemann bestätigt die Anfeindungen und Gehässigkeiten von Seiten anderer Stadträte in der schon zitierten Erklärung. Andererseits ist da aber die Freundschaft mit dem einflussreichen Ortsgruppenleiter Sebastian Weiß. Da auch die Frauen der beiden eine Jugendfreundschaft verband und sie auch regelmäßig zusammen ausgingen, wie das Therese Koller vom Hotel 3 Mohren bestätigt<sup>68</sup>, ist die Begründung Schillers für sein Ausscheiden zumindest zu hinterfragen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass man den Freund von Ortsgruppenleiter Weiß im Stadtrat öffentlich anfeindet

und verlacht, wie Wiedemann das behauptet. Auf jeden Fall stellt August Schiller am 21. September 1935 in einem Schreiben an den Stadtrat den Antrag, ihn seines *Amtes als Stadtrat zu entheben*<sup>69</sup>:



Obwohl Schiller bis 1945 Mitglied der NSDAP bleibt, gibt es keine weiteren Belege über seine politischen Aktivitäten. Wohl auf Grund der Anzeige eines Geschäftskonkurrenten wird Schiller 1938 wegen *Schlachtsteuerhinterziehung* verhaftet und ins Gefängnis in Osterhofen gebracht<sup>70</sup>. Nach der Bezahlung einer hohen Geldstrafe kann Schiller sein Geschäft aber wieder sehr schnell öffnen. Der Innungsmeister der Metzger, Max Schmierdorfer, erwähnt in seiner Erklärung beim Spruchkammerverfahren, man habe sich im Volk erzählt, dass dies auf die *guten Beziehungen des Betroffenen zum Ortsgruppenleiter zurückzuführen* sei<sup>71</sup>. Die Verteidigung weist dies aber mit zahlreichen Argumenten zurück, denn bei der Strafbemessung im Spruchkammerverfahren spielen als Kriterien neben dem Zeitpunkt des Parteieintritts, die Mitgliedschaft in NSDAP Organisationen wie der SA oder SS, "politischer Aktivismus" wie Werben für die Partei, das Verhältnis zur Kirche und zu Juden, sowie die persönliche Bereicherung durch das NS Regime eine entscheidende Rolle. Die Spruchkammer übernimmt dann auch in ihrer Urteilsbegründung die Argumente der Verteidigung. Auch andere Metzgereibetriebe seien wegen Schwarzschlachtungen verurteilt worden, *ohne daß die Firmen deshalb geschlossen wurden*<sup>72</sup>. Die Firma des Betroffenen sei die *größte und am modernsten eingerichtete Fleischerei am Orte* gewesen. Der Fleischerei von Schiller hätte auch nicht auf Dauer geschlossen werden können, weil sie *für die Herstellung von Wehrmachtswurst mit Soja-Zusatz dringend benötigt wurde und allein in der Lage war, auf Grund ihrer modernen Betriebseinrichtungen die Ansprüche der Heeresstandortverwaltung ... zu erfüllen*<sup>73</sup>. Andere Mitglieder der Familie Schiller gerieten ebenfalls in Konflikt mit dem nationalsozialistischen Staat. In seinem für die Spruchkammer verfassten Lebenslauf führt August Schiller an, dass seine Schwägerin vom Sondergericht München

wegen *Kriegswirtschaftsverbrechen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei*. Die Metzgermeisterehefrau Schiller hatte von dem 1942 hingerichteten Rudolf Fritsche illegal entwendete Fleisch- und Kleiderkarten erworben<sup>74</sup>. Der Bruder von Gustl Schillers Frau soll 1944 als politischer Häftling im KZ Buchenwald verstorben sein. August Schiller weiß sich in seinem Spruchkammerverfahren sehr beredt und geschickt zu verteidigen. Er gewinnt 13 zum Teil recht gewichtige Zeugen für seine Entlastung, die ihn sogar zu einem vehementen Gegner des Regimes hochstilisieren. So erklärt der Leiter der Kriminalpolizei Passau, Herbert Rösner, dass Schiller sich *nicht nur antinationalsozialistisch, sondern geradezu hasserfüllt* über die Partei geäußert habe<sup>75</sup>. Landwirtschaftsrat Leuchs sagt aus, dass Schiller sogar *gegenüber dem Deggendorfer Ortsgruppenleiter* nie ein Hehl aus seiner Meinung machte<sup>76</sup>. Diese Aussagen werden dann auch in der Anklageschrift übernommen: *Durch die eidesstattlichen Versicherungen der Zeugen ... ist aber glaubhaft dargetan, dass Schiller nicht nur gesinnungsmäßig kein Anhänger des Nationalsozialismus war, sondern offenkundlicher Gegner ... war*<sup>77</sup>. So verwundert es nicht, dass der öffentliche Kläger lediglich den Antrag auf Einreihung in Gruppe IV der Mitläufer und der Bezahlung einer Sühne von 1.500 RM stellt. Selbst dem Gericht war diese Summe zu gering und es erhöht sie auf 2.000 RM<sup>78</sup>. August Schiller nimmt das Urteil an.

Über den Malermeister Franz-Xaver Stadler liegt relativ viel Material vor, da er einer der aktivsten Nationalsozialisten in Deggendorf war. Er wurde 1892 in Rohrstetten geboren und wohnt laut Meldekarte seit 22.2.1920 in Deggendorf Haus Nr. 139 ½<sup>79</sup>. Daneben gibt es aber auf der gleichen Meldekarte den Eintrag: *Am 27.2.21 von der Kriegsgefangenschaft nach Deggendorf gekommen*. Bei einer dieser Datierungen muss wohl ein Irrtum vorliegen. Laut Meldebogen tritt Stadler 1929 bei einer Versammlung mit Gregor Straßer in die NSDAP ein und bekommt die Mitgliedsnummer 160.000<sup>80</sup>. In seiner Beurteilung nach einem Lehrgang an der Gauschule Bayerische Ostmark heißt, dass er am 1.9.1929 eingetreten sei und die Mitgliedsnummer 154.901 bekommen habe<sup>81</sup>. Die Abweichung ist wohl so zu erklären, dass Stadler erstere Angabe ohne seine Unterlagen in der Internierungshaft gemacht hat. Warum er nicht schon bei der Wiedergründung der Ortsgruppe durch Gregor Straßer im Mai 1928 dabei war, lässt sich nicht eruieren<sup>82</sup>. Auf Grund seiner Charaktereigenschaften und seines politischen Auftretens soll Stadler in Deggendorf eine umstrittene Persönlichkeit werden. Die schon erwähnte Beurteilung Stadlers durch die Gauschule gibt wohl ein realistisches Bild dieses Mannes, da sie im Gegensatz zu Aussagen mancher Entlastungszeugen nicht als Apologie gedacht ist. Dort wird ihm gute Dienstauffassung und Disziplin konstatiert. Seine körperliche Leistungsfähigkeit sei durchschnittlich, manchmal sei er etwas nervös und aufgeregt. Er sei zwar *gewissenhaft und gerade*, manchmal aber *etwas rechthaberisch und eigensinnig*. Über seine rednerische Fähigkeit heißt es, dass er *im Ausdruck nicht unbeholfen sei, aber rednerisch wohl weniger wirksam* sei. Stadler erregt immer wieder Anstoß bei den Bürgern. Hier seien nur einige Beispiele angeführt. Laut des Zeugen Augustin hisste er am 10. März 33 *zusammen mit einigen Andern* die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus<sup>83</sup>. Stadlers Verteidiger, Rechtsanwalt Heinrich, sieht das nicht als großes Vergehen. Das hätten *100.000nde andere auch getan*<sup>84</sup>. Stadler findet auch einen Gegenzeugen, der erklärt, dass nicht er, sondern der Pflastermeister Aumeier die Flagge gehisst habe<sup>85</sup>. Rechtsanwalt Heinrich weist auch die Aussage von Dr. Reus zurück, dass der *Altparteigenosse Stadler* im Mai 1933 verlangt habe, *die Juden vom Maimarkt zu verteiben*<sup>86</sup>. Er, Reus, habe dies jedoch abgelehnt. Diese Aussage von Dr. Reus findet sich in seinem chronologischen Rückblick auf das Jahr 1933, den er 1946/47 verfasste, und der in der Arbeit des Enkels des langjährigen Deggendorfer Bürgermeisters abgedruckt ist<sup>87</sup>. Auf Grund seiner Stellung als *Marktkommissär* war Stadler für die Zulassung der Händler zuständig. Johann Müller, dessen

Aufgabenbereich das Aufstellen der Jahrmarktstände auf dem Marktplatz war, gibt jedoch an, dass sich Stadler nicht viel um den Markt gekümmert habe. Er fährt dann fort<sup>88</sup>:

**Betreff der Judenfrage:** Bei uns in Deggendorf war es Stadtratsbeschluss, die Juden auf Märkte zuzulassen. Soviel ich mich noch zurückerinnere waren es in Bayern nur 4 Städte, wo die Juden auf Jahrmärkte verkaufen durften. Laut Stadtratsbeschluss und Marktordnung war für die meisten Juden der obere Stadtplatz bestimmt, daher auch der Name "Judenreihe". Nur 6 ältere Judenführanten welche unsere Stadt schon Jahrzehnte besuchten, waren am unteren Stadtplatz und sind auch dort geblieben. Auch Stadler gab da keine anderen Anweisungen. Er konnte ja gar nicht, denn er war selbst Ratsherr und hat die Marktordnung mit ausgearbeitet.

Als Stadler sich mit seiner Forderung nicht gegen Dr. Reus durchsetzen konnte, soll er laut Dr. Reus folgende Äußerung gemacht haben: „*Der gehört vom Rathaus runtergehaut*“.

Franz-Xaver Stadler spielte auch bei der Entlassung von Stadtbaurat Friedrich Wolf eine Schlüsselrolle<sup>89</sup>. Der Verfasser zeigte in einer anderen Arbeit auf, dass diese Entlassung nicht, wie behauptet, aus politischen Gründen geschah, sondern weil Wolf wegen seiner genauen Auslegung der Bauvorschriften bei Bauunternehmern und Handwerkern äußerst unbeliebt war und man ihn als Stadtbaurat loswerden wollte. Als Führer des einflussreichen Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes schickte Stadler am 10. Juli 1933 ein Schreiben an die NSDAP Stadtratsfraktion mit 25 Unterschriften von Deggendorfer Bauherren und Baumeistern mit der Forderung, dass Wolf wegen seiner schikanösen Auslegung der Bauordnung seines Postens enthoben wird<sup>90</sup>. Ein für die Spruchkammer schwerwiegender Vorwurf war, dass er Handwerker, die einen Auftrag von der Stadt wollten, zwang, in den Kampfbund einzutreten<sup>91</sup>. Ihm wurde auch vorgeworfen, dass er seine Stellung in der Partei benutzt habe, sich Arbeitsaufträge der Stadt für seine Firma zu sichern. Dabei soll er vor verbalen Grobheiten und auch körperlicher Gewalt gegen Mitkonkurrenten nicht zurückgeschreckt sein. Vier Malermeister, darunter Hans Augustin, beklagen sich, dass sie *auf Jahre hinaus mit Arbeitsaufträgen zurückgestellt wurden*<sup>92</sup>. Auf die Bitte von Stadlers Frau Anna fertigte der Stadtrat Deggendorf am 6. Mai 1948 eine Zusammenstellung über die Vergabe der Malerarbeiten durch die Stadt zwischen 1933 und 1945 an. Das Ergebnis zeigt, dass an Hans Augustin Arbeiten im Werte von 10.361 RM vergeben wurden. An Stadler wurden im gleichen Zeitraum Arbeiten im Wert von nur 8.246 RM vergeben<sup>93</sup>. So sei die Klage von Hans Augustin nicht gerechtfertigt. Im Spruch der Spruchkammer Deggendorf vom 12. Juli 1946 wird Stadler vorgeworfen, dass er als *nationalsozialistischer Stadtrat die schärfste nationalsozialistische Richtung vertreten* habe und *auch zur Verhaftung und Entfernung aller nicht-nationalsozialistischen Stadträte wie des Bürgermeisters selbst, wesentlich beigetragen* habe<sup>94</sup>. Den zweiten Vorwurf weist Hans Graf in einer handschriftlichen Stellungnahme aus dem Internierungslager als falsch zurück. Die Entfernung von Bürgermeister Dr. Reus sei geschehen *durch die Gauleitung im Einvernehmen mit der örtl. Parteileitung in Deggendorf*<sup>95</sup>. Mit der erst genannten Beschuldigung befasst sich Stadlers Anwalt Rosner. Er behauptet, dass sich nach 1933 im Stadtrat *andere Personen in den Vordergrund gedrängt* hätten, und fährt dann fort: *Es kam dahin, dass der Betr. sich ein ganzes Jahr (35/36) nicht im Stadtrat sehen ließ*<sup>96</sup>. Eine Überprüfung der Anwesenheitslisten in den Protokollen zeigt tatsächlich, dass Franz-Xaver Stadler 1936 nur an 2 von insgesamt 13 Beratungen mit den Ratsherren teilgenommen hatte, nämlich am 12. März und am 4. Mai. Er nahm auch an keiner der Beratungen des Finanzausschusses und des Bauausschusses teil. Was dafür der Grund war, lässt sich nach heutigem Kenntnisstand nicht sagen. Aber 1937 fehlte Stadler dann nur bei 5 von insgesamt 17 Beratungen. Von der Spruchkammer wird Stadler als Parteiaktivist bezeichnet, da er für die Partei in zahlreichen



Vier Jahre Arbeitslager scheinen eine sehr lange Zeit. Im Vergleich dazu waren Ortsgruppenleiter Sebastian Weiß nur knapp 2 ½ Jahre, Bürgermeister Graf und Kreisleiter Brandl nur 3 Jahre in Internierungshaft. Die von den Spruchkammern ausgesprochenen Berufsverbote trafen die Betroffenen natürlich sehr hart, konnten aber in vielen Fällen aus gesamtwirtschaftlichen Gründen nicht aufrecht erhalten werden<sup>105</sup>. Wie die Auflistung unten zeigt, beginnt jetzt ein jahrelanges Ringen zwischen den Spruchkammern und Stadlers Anwälten um den Urteilspruch<sup>106</sup>:

Spruchkammer D e g g e n d o r f	
Verfahren gegen S t a d l e r Franz X., Malermeister, Deggendorf, z.Zt. Stadtau 304	
Az.: ohne	
1. Meldebogen vom 13.5.46	Bl. 1 d.A.
2. Klageschrift vom 25.6.46 - Gruppe II - mündliche Verhandlung.	Bl. 4 d.A.
3. Protokoll der öffentl. Sitzung v. 28.6.46	Bl. 19=22 d.A.
4. Kammerbeschluss vom 28.6.46 "Die Sache wird vertagt".	Bl. 22 R. d.A.
5. Protokoll der öffentlichen Sitzung v. 12.7.46	Bl. 28/31 d.A.
6. Spruch vom 12.7.46 - Gruppe II -	Bl. 32/33 d.A.
7. Zustellung des Spruches:	
a) dem öffentl. Kläger am 11.8.46	Bl. 33 R. d.A.
b) dem Verteidiger des Betroffenen am 3.8.46	Bl. 34 d.A.
8. Berufung des Betroffenen durch seinen Rechtsanwalt vom 17.7.46 - eingegangen am 2.8.46.	Bl. 35 d.A.
9. Durch Spruch der Berufungskammer Regensburg wird die Berufung als unzulässig verworfen (25774)	Bl. 113/114 d.A.
10. Die Zustellung des Spruches erfolgte am 3.12.47.	Bl. 121 R. d.A.
11. Der Betroffene beantragt durch seinen Rechtsbeistand die Wiederaufnahme des Verfahrens.	Bl. 123/124 d.A.
12. Durch Beschluss vom 19.2.48 gibt die Spruchkammer dem Wiederaufnahmeantrag statt.	Bl. 128 d.A.
13. Protokoll der öffentl. Sitzung v. 26.5.48.	Bl. 148/159 d.A.
14. Spruch vom 26.5.1948 - Gruppe II -	Bl. 160/161 d.A.
15. Zustellung des Spruches:	
a) dem öffentl. Kläger durch Vorlage am 3.6.48	Bl. 160 d.A.
b) dem Betroffenen am 4.6.1948	Bl. 162 d.A.
16. Berufung des Betroffenen vom 22.6.48, eingegangen am 24.6.48.	Bl. 167 d.A.
17. Die Berufung ist form- und fristgerecht (vgl. Bl. 173/185 d.A.)	

b.w.

Der Streit zwischen Stadlers neuem Anwalt Dr. Heinrich und der Spruchkammer Deggendorf eskaliert derart, dass die Spruchkammer am 8. Juli 1948 gegen Dr. Heinrich Anzeige wegen Beleidigung erstellt<sup>107</sup>. Er hatte bei der Berufung gegen den Spruch der Kammer Deggendorf vom 8. Juli 1948 behauptet, dass man *von der Spruchkammer Deggendorf nicht erwarten könne, dass sie so viele kunsthistorische Kenntnis besitzt, dass grösste Künstler zu allen Zeiten ihren Figuren die Gesichtszüge zeitgenössischer Personen gaben*<sup>108</sup>. Dr. Heinrich bezieht sich dabei auf den Vorwurf, dass Stadler *religiöse Symbole verunglimpft habe, indem er an seinem Hause in einer öffentliches Ärgernis erregenden Weise einen Heiligen Georg mit den Zügen Hitlers und mit einer Hakenkreuzfahne anbrachte*<sup>109</sup>. Man kann mit Recht sagen, dass die Spruchkammer Deggendorf bei den Verfahren gegen Stadler nicht immer souverän gehandelt hatte. Die Hauptkammer Regensburg erkennt schließlich mit dem Spruch vom 27.5.1949 an, dass Stadler durch neue Zeugenaussagen die Anschuldigungen wegen *Nutznießerschaft* entkräften konnte, und er wird somit in die Gruppe IV (Mitläufer) eingeordnet. Weiterhin heißt es in diesem Spruch: *Von der Verhängung von Sühnemassnahmen war abzusehen, da der Betr. bereits 2 Jahre interniert war und damit seine Mitläuferschuld genügend gesühnt ist*<sup>110</sup>.

Von Sebastian Weiß soll in dieser Arbeit nur seine Rolle als Stadtratsmitglied und später als Stellvertreter des Bürgermeisters behandelt werden und nicht, soweit das überhaupt zu trennen ist, seine Rolle als Ortsgruppenleiter der NSDAP. Bei Sebastian Weiß wirft schon die Schreibung seines Namens Fragen auf. Im Protokoll der Spruchkammer des Internierungslagers Regensburg vom 27. August 1947 wird sein Name einmal *Sebastian Weiss* geschrieben, ein andermal *Sebastian Weiß*<sup>111</sup>. In den Stadtratsratsprotokollen wird sein Name immer mit *ss* geschrieben, da es offensichtlich auf der Schreibmaschine der Stadt kein *ß* gab. Er selbst unterschreibt aber immer mit *Weiß*. Dass die Firma seiner Nachkommen sich heute *Weiss Druckerei* schreibt, hat wohl lithographische Gründe.



Sebastian Weiß: 9. Januar 1901 – 23. September 1978 (Bildquelle: Georg Haberl & Walburga Fricke, Anfang und Ende des Tausendjährigen Reiches, 31)

Über Sebastian Weiß liegt im Stadtarchiv Deggendorf keine Meldekarte vor, dafür gibt es im Staatsarchiv Landshut eine dicke Spruchkammerakte über ihn. Sebastian Weiß wurde am 9. Januar

1901 in Deggendorf geboren, 1917 schloss er die Realschule mit mittlerer Reife ab und bestand 1919 Bankbeamtenprüfung. Von 1924 bis September 1933 ist er Angestellter im elterlichen Geschäft und fungiert dort als *Reisevertreter*<sup>112</sup>. Nach dem Tod seines Vaters 1933 wird er *Geschäftsteilhaber*. Nach eigenen Angaben ist er dabei bis 1939 wöchentlich 3 bis 4 Tage auf Geschäftsreisen unterwegs. Im Dezember 1936 hat Weiß auf einer Dienstreise nach München einen schweren Verkehrsunfall<sup>113</sup> und kann erst wieder am 16. April 1937 an der *Beratung mit den Ratsherren* teilnehmen<sup>114</sup>. Als *geschäftsführender Bürgermeister* ab September 1939 wird er vom Militärdienst zurückgestellt, ab Oktober 1944 gehört zum *Aufgebot II* des Volkssturms<sup>115</sup>. Sebastian Weiß trat 1925 in die NSDAP Ortsgruppe ein, die damals wahrscheinlich von Peter Straßer geführt wurde<sup>116</sup>. Nach deren Auflösung Ende 1925 scheint sich Weiß politisch nicht weiter betätigt zu haben. Gregor Straßer gründete bei einer der Wahlversammlungen zur Reichstagswahl am 8. Mai 1928 die NSDAP Ortsgruppe neu. Weiß stieß aber erst später zu dieser Ortsgruppe: *1928 verständigten mich meine Kameraden davon, dass Strasser wieder in Deggendorf gewesen sei und bei dieser Gelegenheit die Ortsgruppe neu gegründet wurde*<sup>117</sup>. Nach eigenen Angaben sei er erst am 20. November 1928 wieder in die Partei eingetreten<sup>118</sup>. In seiner Aussage im Spruchkammerverfahren erklärt er seine sehr niedrige Pg. Nummer 23.903 damit, dass er *die Nummer aus dem Jahre 1925 bekam*<sup>119</sup>. Nach der Berufung des Ortsgruppenleiters Dr. Wendler im März 1933 nach München wurde ihm *als Einheimischen und Kenner der lokalen Verhältnisse* von Kreisleiter Brandl die Leitung der Ortsgruppe übertragen<sup>120</sup>. Als solcher hatte er in der Ortsgruppenverwaltung die *unumschränkte Führungsposition*<sup>121</sup>. Seine Hauptaufgabe war, die Aufnahme der Mitglieder zu überwachen und die regelmäßige parteipolitische Schulung dieser Mitglieder in Versammlungen zu organisieren. Dass Weiß diese Aufgabe erfolgreich erfüllte, zeigt die Tatsache, dass bis 1938 die Mitgliederzahl der Ortsgruppe auf 1.100 Mitglieder anwuchs und diese dann in eine Ortsgruppe Nord und eine Ortsgruppe Süd geteilt werden musste. Weiß wurde vom Kreisleiter für die Leitung der Ortsgruppe Süd bestellt. Als jedoch der Leiter der Ortsgruppe Nord, Otto Hosemann, 1943 hauptamtlich als Kreisschulungsleiter in die Kreisleitung berufen wurde, musste Weiß auch die Führung der Ortsgruppe Nord wieder übernehmen<sup>122</sup>. Die Leitung der Ortsgruppe war ehrenamtlich aber wegen der vielen Termine sehr arbeitsaufwendig. Wie Weiß diese Aufgabe mit seinen beruflichen Pflichten vereinbaren konnte, bleibt rätselhaft. Wenn der Ortsgruppenleiter nicht gleichzeitig Bürgermeister war, konnte das Engagement der Partei *zu Konflikten zwischen Gemeinde und Ortsgruppenleiter führen*<sup>123</sup>. Dies wird sich auch in Deggendorf im Verhältnis zwischen Hans Graf und Sebastian Weiß zeigen. Ein Zeichen der Macht des Ortsgruppenleiters war das Privileg des Tragens einer Dienstpistole. Dies sollte die *exponierte Position des Ortsgruppenleiters innerhalb seiner Partei und der Gesellschaft vor Ort herausstellen, sowie zur Verdeutlichung der Rolle des Ortsgruppenleiters als Ordnungsinstanz dienen*<sup>124</sup>. Die Seite 2 der *Parteistatischen Erhebung 1939*, ausgefüllt von Sebastian Weiß, zeigt, wie seine Dienstkleidung als Ortsgruppenleiter aussah<sup>125</sup>:

E Dienstkleidung und eigene Ausrüstung als Politischer Leiter							
An Dienstkleidung und eigener Ausrüstung sind vorhanden: (Zutreffendes ankreuzen)							
						a	b
						braun	grau
1	Stiefel (schwarz)	X	6	Dienstmantel	X		
2	Schuhe und Gamaschen		7	Dienstmütze Wehrmachtsschnitt IV	X		
3	Diensthose (hellbraun)	X	8	Leibriemen (hellhavannabr. 60 mm br.)	X		
4	Dienstbluse (hellbraun)	X	9	Pistole PPK. mit Tasche	X		
5	Dienstrock (hellbraun)	X	10	Kochgeschirr			
					11	Brotbeutel und Feldflasche	
					12	Tornister	
					13	Zeltbahn	

F Sportabzeichen	
(Zutreffendes ankreuzen)	
1	SA-Sportabzeichen (Wehrsportabzeichen)
2	Reichssportabzeichen

Ich versichere, alle Angaben vollständig und wahrheitsgemäß gemacht zu haben.

den 3. Juli 1939

Unterschrift

Auf Grund seines Amtes war Weiß in Deggendorf zweifellos einer der führenden Nationalsozialisten. Stadtrat Zeuschl (KPD) sagt, Weiß sei ihm *als besonders aktiver Nazi bekannt* und er sei *ein grosser Werber für die Partei* gewesen<sup>126</sup>. Sebastian Weiß hatte eine sehr laute Stimme und war ein begabter Redner. So hielt er bei Versammlungen und anderen Zusammenkünften stets die Eingangsreden und nicht, wie es manchmal zu erwarten gewesen wäre, der Bürgermeister Hans Graf<sup>127</sup>. In seiner eidesstattlichen Erklärung behauptet Zeuschl, dass Weiß die Führung in Deggendorf an sich gerissen habe und fährt dann fort: *Bereits als 2. Bürgermeister stellte er den 1. Bürgermeister Graf in den Schatten*<sup>128</sup>. Gegen die Formulierung, dass Weiß die Leitung der Ortsgruppe an sich gerissen habe, wendet sich Hanns Brandl in seiner eidesstattlichen Versicherung mit Vehemenz, nicht aber gegen den zweiten Teil der Aussage Zeuschls zum Verhältnis zwischen Graf und Weiß<sup>129</sup>. Trotz seiner Führungsrolle gehörte Weiß in den Augen vieler Deggendorfer *doch der gemässigten Richtung an*, wie der BVP Mann und spätere Bürgermeister Schneider in seiner Aussage zu Weiß betont<sup>130</sup>. Sebastian Weiß und dessen Anwalt sammeln für das Spruchkammerverfahren Dutzende von eidesstattlichen Erklärungen, die ihn fast alle in einem positiven Licht erscheinen lassen. Der öffentliche Ermittler stellt allerdings fest, dass enormer Druck auf manche Gegner von Weiß ausgeübt wurde, ihre Aussage nicht zu machen oder zu revidieren: *Zusammenfassend muss ich sagen, dass es in Deggendorf sehr schwer ist verwertbare Auskünfte zu erhalten. Die Kreise, welche für eine Belastung in Frage kämen, (s. auch Gewerkschaft) sind durch die ihnen unverständlichen milden Urteile schwer erschüttert und haben das Vertrauen in die Spruchkammer verloren. Ich habe auch den Eindruck gewonnen, dass fast jeder die Hände von der Sache lassen und durch Abgabe von Adressenmaterial andere Personen vorschicken möchte*<sup>131</sup>. Wohl nicht unter Druck dürften die Aussagen von Pfarrer Dr. Stich, Berthold Heckscher und Bürgermeister Maderer entstanden sein. Maderer bestätigt, dass Weiß ihm versprach, ihn als politischen Gegner nicht zu verfolgen, wenn er sich *ruhig verhalte und gegen die Partei nichts unternahme*<sup>132</sup>. Berthold Heckscher sen., der Halbjuden war und von 1930 bis 1933 für die SPD im Stadtrat saß, sagt aus, dass er über Weiß nichts Nachteiliges sagen könne. Er führt aus, dass Weiß eingewilligt habe, dass der Stiefbruder Bertholds, der Volljude war und sich im Judenlager in München befand, von Berthold aufgenommen werden durfte. So hätte der Stiefbruder aus dem Lager entlassen werden können. Nach einigen Tagen

erfolgte jedoch von der Kreisleitung die Zurückziehung des Bürgermeisterbeschlusses und ich durfte meinen Bruder nicht aufnehmen<sup>133</sup>. Pfarrer Dr. Stich sagt aus, dass er seine religiöse Überzeugung gegenüber der Partei gewahrt habe<sup>134</sup>. Ein anderer Zeuge sah Weiß hin und wieder in die Kirche gehen, obwohl er von seinen Parteigenossen darüber verspottet wurde<sup>135</sup>. Weiter fällt auf, dass immer wieder politisch Verfolgte oder deren Angehörigen bestätigen, dass er ihnen nichts getan, ja sie manchmal auch finanziell unterstützt habe<sup>136</sup>. Daneben gibt es eine kleine Zahl von kritischen Stimmen, die Weiß als hundertprozentigen Nazi sahen, aber beim Spruchkammerverfahren ihre zuerst gemachten Aussagen abschwächten oder zum Verfahren nicht erschienen<sup>137</sup>. Bei Kriegsende setzt sich Weiß nach Cham ab. wo er am 2. Juni 1945 um 10 Uhr zusammen mit Hanns Brandl verhaftet wird. Die amerikanischen Militärbehörden geben als Grund der Verhaftung seine Stellung als Ortsgruppenleiter an<sup>138</sup>. Sebastian Weiß wird dann in das Internierungslager Natternberg gebracht. Von dort kommt er in das Internierungs- und Arbeitslager Regensburg. Er wird gut 2 Jahre später, am 11. Oktober 1947, entlassen<sup>139</sup>. Am 3. Juli 1947 hatte der öffentliche Ankläger die Klageschrift verfasst und für Weiß die Einstufung in die Gruppe I der Hauptschuldigen beantragt<sup>140</sup>. Durch ein Großaufgebot von scheinbar glaubhaften Entlastungszeugen gelang es ihm, das Gericht umzustimmen, so dass er von der Spruchkammer des Internierungslagers Regensburg am 27. August 1947 in die Gruppe III (Minderbelastete) eingereiht wurde<sup>141</sup>.

Aktenzeichen: 210/W

Auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 erläßt die  
Spruchkammer des Internierungslagers Regensburg

bestehend aus

1. Grünes, Franz als Vorsitzender
2. Christoph, Johann als Beisitzer
3. Hartl, Ferdinand als Beisitzer
4. \_\_\_\_\_ als Beisitzer
5. \_\_\_\_\_ als Beisitzer
6. \_\_\_\_\_ als Beisitzer
7. Linnemann, Alfred als öffentlicher Kläger
- Beyer, Elisabeth als Protokollführer

gegen Weiß, Sebastian, Buchdruckereibesitzer, geb. am 9.1.1901  
in Deggendorf, wohnhaft in Deggendorf, zur Zeit Internierungs-  
und Arbeitslager Regensburg.

auf Grund der mündlichen Verhandlung - ~~in schriftlicher Verhandlung~~ - folgenden

### Spruch:

Der Betroffene ist: Minderbelasteter (III).

Eine Bewährungsfrist von 2 Jahren wird angeordnet.

Es werden ihm folgende Sühnemaßnahmen auferlegt:

- 1.) Während der Dauer der Bewährungsfrist ist ihm untersagt:
  - a) ein Unternehmen als Inhaber, Gesellschafter, Vorstandmitglied oder Geschäftsführer zu leiten oder ein Unternehmen zu beaufsichtigen oder zu kontrollieren, ein Unternehmen oder eine Beteiligung daran ganz oder teilweise zu erwerben,
  - b) in nicht selbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu sein,  $\checkmark$
  - c) als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunk-Kommentator tätig zu sein.
- 2.) Während der Zeit der Bewährungsfrist ist ihm als Teilhaber eines Unternehmens untersagt:  
Als Inhaber oder Gesellschafter tätig zu sein.

Begründung: Die Dauer der Bewährungsfrist wird ein Treuhänder bestellt.

- 3.) Aus dem Geschäftsgewinn ist dem Betroffenen monatlich ein Betrag von mindestens RM 200,- auszubezahlen.
- 4.) An den Wiedergutmachungsfonds ist einmalig der Betrag von RM 2000,- zu bezahlen.

Die Kosten des Verfahrens fallen dem Betroffenen zur Last.

Der Streitwert wird mit RM 12 377,- festgesetzt.

Wie zu sehen ist, war diese Verurteilung mit großen finanziellen Nachteilen verbunden, denn auch nach seiner Entlassung durfte Weiß während der Bewährungsfrist von zwei Jahren sein Geschäft nicht betreiben. Er musste es verpachten, und es wurde ein Treuhänder eingesetzt. Am 28. April 1948 schickt der Anwalt von Weiß, Dr. Huber, ein Gnadengesuch an die Spruchkammer mit der Bitte, die Bewährungsfrist abzukürzen<sup>142</sup>. Nachdem der Stadtrat Deggendorf Weiß ein positives Leumundszeugnis ausgestellt hatte, entscheidet Staatsminister Dr. Hagenauer am 23.9.1948: *Die Bewährungsfrist wird mit Wirkung vom 1.10.1948 für beendet erklärt*<sup>143</sup>. Am 19.10.1948 reiht ihn dann die Hauptkammer Deggendorf auf Antrag des Öffentlichen Klägers im obligatorischen Nachverfahren *gem. Art. 53* in die Gruppe der Mitläufer ein mit der Begründung, dass die Bewährungsfrist für beendet erklärt sei und dass sich Sebastian Weiß als *Bürger eines friedlichen demokratischen Deutschlands bewährt* habe<sup>144</sup>. Auf dem schon erwähnten Blatt *Parteistatistische Erhebung* hatte Weiß als seine Dienststellung *Ortsgruppenleiter* eingetragen. Ein späterer Bearbeiter oder Leser dieser Akte schrieb mit Rotstift auf dieses Blatt: *Und so einer wird Minderbelasteter?*

5. Wird der angegebene Dienst innerhalb der Wohn-Ortsgruppe ausgeübt <input checked="" type="checkbox"/> ja — <input type="checkbox"/> nein <small>(Nichtzutreffendes streichen)</small>	Wenn nein, in welcher	
	a	Ortsgruppe: (Ortsverwaltung) <i>Und so einer</i>
	b	Kreisleitung: (Kreisverwaltung) <i>mit Minderbelastet</i>
	c	Gauleitung: (Gauverwaltung)

Da der Verfasser vor dieser Arbeit schon eine Biographie des SA Führers, Bürgermeisters, Wehrmachtsoffiziers, Volkssturmführers und Internierungshäftlings Hans Graf erstellte<sup>145</sup>, erübrigt sich an dieser Stelle eine erneute zusammenfassende Besprechung seiner Tätigkeit in Deggendorf.

### Der Stadtrat vom April bis Ende Juli 1933

Zum Geburtstag von Adolf Hitler am 20. April 1933 hatte sich der neu zusammengesetzte Stadtrat noch nicht konstituiert und spielte auch keine Rolle bei der Durchführung der Feierlichkeiten. Es muss generell festgestellt werden, dass der Stadtrat und ab 1935 das Ratsgremium bei den propagandistischen Veranstaltungen des nationalsozialistischen *Feierjahres* nur eine untergeordnete Rolle spielten. Der Festabend wird im überfüllten Schwarzmannsaal von der Ortsgruppe der NSDAP veranstaltet. Hans Graf begrüßt als SA Standartenführer die Gäste, und auch Bürgermeister Dr. Reus hält eine Ansprache, die der *DB* so beschreibt: *Er feierte den Volkskanzler als Ehrenbürger unserer Stadt, seine markanten von völkischem Geiste getragenen Worte riefen wiederholten stürmischen Beifall hervor...*<sup>146</sup>. Die Festrede hält aber Kreisleiter Brandl: *In wichtigen Bildern entrollte der temperamentvolle Redner die Geschichte der deutschen Freiheitsbewegung von ihren Anfängen bis zum heutigen Tage...*<sup>147</sup>. Sebastian Weiß wird im Bericht nicht erwähnt, da er zu diesem Zeitpunkt noch nicht Ortsgruppenleiter war.

Der neue Stadtrat trat am 26. April 1933 zum ersten Mal zusammen. Der *DB* meldet, dass die Stadträte vollzählig erschienen waren<sup>148</sup>. Auf dem Deckblatt des Protokolls dieser Sitzung befindet sich allerdings noch die alte Namensliste. Das Abhaken der Namen der Anwesenden ist äußerst verwirrend. So sind Fleischmann Fritz und Höllerezeder Michael als anwesend angekreuzt, obwohl sich beide schon seit Wochen in Haft befinden. Es gibt nun eine neue Sitzordnung im Stadtrat:

\* Deggendorf, 27. April. Gestern nachmittags trat der neue Stadtrat zu seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Die neuen Stadratsmitglieder waren vollzählig erschienen. In der Platzverteilung ist eine Aenderung eingetreten. Die sechs Mitglieder der nationalsozialistischen Stadratsfraktion, die in der Parteiuniform erschienen sind, nahmen auf der rechten Seite Platz. Die 7 Mitglieder der Fraktion der Bayer. Volkspartei und die 2 sozialdemokratischen Stadratsmitglieder haben auf der linken Seite Platz genommen.

In seiner Begrüßung weist Dr. Reus auf die 700-jährige Geschichte der Stadt Deggendorf hin und auf die daraus für die Stadträte entstandene Verpflichtung, *treue und wackere Vertreter der Tradition* zu sein, sowie die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Somit seien die Stadträte *Räte für das gesamte Stadtwohl ..., nicht SA-Räte, B.V.P. Räte oder Berufsgruppenräte*. Er endet seine Rede wiederum mit einem Bekenntnis zu Hitler: *Unserer ganzen Arbeit sollen voran außer der Bitte zu Gott um einen gnädigen Schutz 2 markante Worte leuchten: Die Worte **national und sozial!** Hitler, unser Volkskanzler und Ehrenbürger hat beiden Worten wieder seinen tiefen, echt deutschen Inhalt gegeben. Mit der Aufnahme unserer Arbeit gilt daher **unserem nationalen Führer unser besonderer Gruß und das Gelöbnis**, daß er den Stadtrat Deggendorf, ja die ganze Stadtgemeinde in seinem nationalen Aufbauwerk stets an seiner Seite haben wird<sup>149</sup>*. Dies sagt der Deggendorfer Bürgermeister 6 Wochen nach der Märzwahl, bei der 62,6% der Deggendorfer Bevölkerung nicht für Hitler gestimmt hatten. Dann ergreift Schneider für die Stadratsfraktion der BVP das Wort. Er betont, dass die BVP auch bei den Reichstagswahlen in Deggendorf als stärkste Partei hervorgegangen war. Zunächst kritisiert er offen die Gleichschaltung der Gemeinden: *Die Wahl am 5. März war keine Gemeindewahl, sie war eine Wahl zum deutschen Reichstag und kein Wähler, der am 5. März zur Wahlurne ging, hatte eine Ahnung davon, daß er mit seinem Reichstagswahlzettel zugleich ein Votum für die Gemeinde, in der er sein Wahlrecht ausübte, abgegeben hatte*. Diese Kritik Schneiders ist im *DB* abgedruckt, befindet sich aber nicht im Protokoll der Stadtratssitzung. Nach diesen klaren Worten übernimmt auch er die Diktion der Nationalsozialisten und lobt *das taktvolle Handeln und die vornehme Zurückhaltung von Seite der hiesigen Führer der nationalen Erhebung*. Er sieht auch positive Konsequenzen der Umbildung des Stadtrates nach dem Gleichschaltungsgesetz, denn die Gleichschaltung *hat aufgeräumt mit den kleinen Parteien und Gruppen - im alten Stadtrat gab es allein 4 Gruppen mit je 2 Mann- und eine schädigende zu weit gehende Zersplitterung im vorneherein ausgeschaltet, was im Interesse gedeihlicher Zusammenarbeit nur zu begrüßen ist*.

Anschließend verpflichtet der Bürgermeister die Stadträte durch Handschlag. Dann beurkunden die Stadträte *die vollzogene Verpflichtung... durch eigenhändige Unterschrift<sup>150</sup>*. Zum Punkt *Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeister* stellt Stadtrat Weiß folgenden Antrag:

Durch das gewaltige Ereignis der nationalen Erhebung wurde auch der Stadtrat Deggendorf vollkommen umgebildet.  
 Im Interesse der Gleichhaltung in der Führung der Stadt mit der nationalen Regierung muß unsere Partei den Posten des 2. ehrenamtlichen Bürgermeisters beanspruchen. Ich möchte noch hervorheben, daß unsere Forderung auf Ueberlassung des 2. Bürgermeisterpostens kein Mißtrauen gegen die Arbeit und die Person des bisherigen 2. Bürgermeisters bedeuten soll.  
 Als Kandidaten für den Posten des zweiten ehrenamtlichen Bürgermeisters der Stadt Deggendorf erlaube ich mir für unsere Fraktion unseren Pg. Diplomingenieur Graf vorzuschlagen."

In seiner Antwort verzichtet Schneider auf eine Kandidatur, obwohl es bisher die Regel gewesen sei, *daß die stärkste Partei im Rathause auch den 2. Bürgermeister stellte*. Laut Schneider habe es im Vorfeld dieser Sitzung zwischen BVP und NSDAP Verhandlungen gegeben mit dem Ergebnis, dass der 2. Bürgermeisterposten zur möglichst weitgehenden *Gleichhaltung der Gemeindeverwaltungen* der NSDAP überlassen werden solle. Er betont dann weiter, dass *wir für unsere uneigennützig Handlung auch Vertrauen auf der Gegenseite erwarten, ein Vertrauen, das darin zum Ausdruck kommen möge, daß man in den Mitgliedern unserer Fraktion nicht weiterhin politische Gegner erblicke, sondern Männer erkennen wolle, die, wie größtenteils schon bisher, so in ihrer Gesamtheit in Zukunft bei Ausübung ihres Stadtrats-Mandates nicht die Parteiinteressen, sondern die Interessen der Stadt und ihrer Bewohner in den Vordergrund stellen werden*. Man verkannte also immer noch die wahren Ziele der NSDAP und hoffte, durch Entgegenkommen sie als Partner gewinnen zu können. In gut zwei Monaten werden sich alle BVP Stadträte in Schutzhaft befinden. So wird dann Sonderkommissar und Standartenführer Hans Graf mit 15 Stimmen der 16 anwesenden Stadträte zum ehrenamtlichen 2. Bürgermeister gewählt. Selbst wenn man davon ausgeht, dass Graf sich nicht der Stimme enthalten hat, muss zumindest einer der beiden SPD Stadträte Hans Graf gewählt haben. Graf nimmt mit Dank die Wahl an und bietet die Zusammenarbeit an, allerdings unter einer Bedingung:

In gemeinsamer Arbeit und im gegenseitigen Vertrauen werden wir an alle die großen und kleinen Aufgaben herantreten, die uns gestellt sind. Wir werden uns hierbei rückhaltlos hinter die Reichs- und Landesregierung stellen und betrachten diese Bedingung als unbedingte Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenarbeiten. Wer hier Bedenken trägt, mit dem ist keine Zusammenarbeit möglich.  
 Unsere zukünftige Arbeit wird in erster Linie geleitet sein von der sozialen Einstellung unseres Reichskanzlers zu unseren Volksgenossen: Jedem Arbeiter wieder Arbeit, Brot und eine Heimat zu geben, soll eine der wichtigsten und ersten Aufgaben sein."

Anschließend stellt Dr. Reus die Vertrauensfrage. Alle Fraktionen, einschließlich der SPD, sprechen ihm ihr volles Vertrauen aus. Stadtrat Weiß fordert Dr. Reus zugleich auf, in die NSDAP einzutreten: *Wir würden es begrüßen, wenn das Stadtoberhaupt sich der nationalen Bewegung durch Eintritt in unsere Partei anschließen würde, wodurch die vollkommene Gleichschaltung in der Führung der Geschäfte der Stadt mit der nationalen Bewegung auch äußerlich kundgegeben wäre.* Dr. Reus erklärt daraufhin am 1. Mai 1933 seinen Beitritt zur NSDAP und bekommt die Mitgliedsnummer 2.66.0056<sup>151</sup>. Sein Enkel Linhard schreibt in der Biographie über Dr. Reus, dass weite Teile der Bevölkerung billigten bzw. verstanden, dass Dr. Reus diesen Schritt getan hatte<sup>152</sup>.

Letzter Punkt der Tagesordnung dieser Sitzung ist ein *Antrag der Leibregimentervereinigung Deggendorf und sämtlicher vaterländischer Vereine der Stadt*, Herrn Reichstatthalter Ritter v. Epp das Ehrenbürgerrecht der Stadt Deggendorf zu verleihen und den Pferdemarkt "V. Epp Platz" zu benennen *zum Ausdruck des Dankes für die Verdienste des tapferen Führers im Weltkrieg und Befreiers Münchens.* Dieser Antrag wird ebenfalls einstimmig angenommen, *einschließlich der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion*, wie im Protokoll betont wird. Am Schluss der Sitzung drückt Dr. Reus *seine Genugtuung aus über den schönen und einträchtigen Verlauf der ersten öffentlichen Sitzung.*

An den Feiern zum 1. Mai nimmt der Stadtrat zwar teil, marschiert aber nicht mit an der Spitze des Zuges, sondern erst hinter der 2. *Musik*<sup>153</sup>. An der Spitze befinden sich die Hitlerjugend und die Mitglieder der NSDAP. Wie bei allen Anlässen des „Nationalsozialistischen Feierjahres“ liegt die Organisation in der Hand der Partei. Am Tag zuvor weist die NSDAP Ortsgruppe in der Zeitung darauf hin, dass am 1. Mai sämtliche Parteigenossen und Betriebszellenmitglieder geschlossen um 8.30 Uhr mit Musik vom Parteilokal Holmer zum Festplatz marschieren<sup>154</sup>. Insgesamt nahmen laut *DB* am Festumzug mehr als 3.000 Menschen teil, *drei Musikkapellen, ungezählte Fahnen und Wimpeln, eine einzigartige organisatorische und propagandistische Leistung*<sup>155</sup>. Nach dem Gottesdienst in der Pfarrkirche *legte Dr. Reus begleitet von einem Mitglied der nationalsozialistischen Betriebszellen und einem SA-Mann am Heldenmal mit verpflichtenden Dankesworten einen Kranz nieder*<sup>156</sup>.

Im „Amtsblatt des Stadtrates Deggendorf“ vom 6. Mai 1933 befindet sich eine Liste der ehrenamtlichen städtischen Verwaltungsstellen, die den Stadträten übertragen wurden. Alle Stadträte, auch die der BVP und der SPD, werden mit Aufgabengebieten betraut. Die beiden SPD Stadträte bekommen allerdings die weniger wichtigen Projekte. So muss August Heckscher das *Feuerhaus am Ufer Hs.=Nr. 385 1/2* und das *Städt. Anwesen = Nr. 149 und Nr. 405* betreuen. Gregor Süßmeier betreut *Hs.=Nr. 110 (alte Landwirtschaftl. Winterschule und Hs.=Nr. 110 1/2 (altes Schulhaus)*.<sup>157</sup>

Bei der nächsten Stadtratssitzung am 12. Mai sind laut Protokoll 14 der jetzt 15 Räte anwesend. Ein Stadtrat gilt als entschuldigt. Das muss wohl Hanns Neubauer gewesen sein, der als Nachrücker für den neuen 2. ehrenamtlichen Bürgermeister Hans Graf berufen worden war, denn Hanns Neubauer wird erst im Laufe dieser Sitzung verpflichtet und zählt erst ab diesem Zeitpunkt als anwesender Stadtrat. Hier der Bericht darüber im *DB* vom 14. Mai 1933:

Der Vorsitzende nahm dann die Verpflichtung des 1. Ersatzmannes auf der Liste der NSDAP, Herrn Bauingenieurs Hs. Neubauer, der für den als 2. Bgmitt. gewählten Herrn Dipl.-Ing. Graf in den Stadtrat eintritt, als ordentliches Stadtratsmitglied vor.

Allerdings wird er im „Amtsblatt des Stadtrates Deggendorf“ vom 6. Mai schon als Nachrücker und als Verwalter der Realschule und des Schülerheims genannt. Er wird bis zu seiner Einberufung zur Wehrmacht im Stadtrat tätig sein. Über Hanns Neubauer liegt im Stadtarchiv Deggendorf nur eine „bereinigte neuerstellte“ Meldekarte vor. Laut dieser Meldekarte wurde er 1901 in Nürnberg geboren. Dort heiratete er auch 1923 die gebürtige Plattlingerin Frieda Lehnert.<sup>158</sup> Im Jahr 1927 zieht die Familie nach Deggendorf in den Östlichen Stadtgraben 314, später in den Mühlbogen 508. Ab 1949 wohnt sie wieder an der früheren Adresse im Östlichen Stadtgraben. Hanns Neubauer war als Bauingenieur beim Kulturbauamt Deggendorf tätig. Obwohl er als Beigeordneter im Stadtrat und als Kreispropagandaleiter in der örtlichen Partei eine führende Rolle spielte, liegt über ihn keine Akte der Spruchkammer Deggendorf vor. Der Grund ist, dass er erst 1949 *aus russischer Gefangenschaft* zurückkehrte<sup>159</sup>, zu einem Zeitpunkt also, an dem die Entnazifizierungsverfahren ihren Abschluss gefunden hatten. Über seine Aktivitäten im Stadtrat ist nicht viel bekannt, da die Stadtratsprotokolle im "Dritten Reich" in der Regel Ergebnisprotokolle sind und über Diskussionen, soweit es diese überhaupt gab, nicht oder kaum berichten. Man kann dennoch davon ausgehen, dass Neubauer in diesem Gremium eine wichtige Rolle gespielt hat, wurde er doch zum 1. Oktober 1935 im Zuge der Umbildung des Rates nach der „Deutschen Gemeindeordnung“ vom Januar 1935 und der Eingemeindung Schachings zum Beigeordneten berufen<sup>160</sup>. Als solcher unterstützte er den Bürgermeister in verschiedenen Aufgabenfeldern und nahm somit im Rat eine herausragende Stellung ein<sup>161</sup>. Hanns Neubauer bleibt offiziell bis 1942 Beigeordneter<sup>162</sup>, fehlt aber schon 1939 öfters bei den Beratungen, wohl wegen seiner parteipolitischen Verpflichtungen und seiner Aufgaben in der Wehrmacht. Im Protokollbuch wird allerdings kein Grund für das Fehlen angegeben. Im Kriegsjahr 1940 fehlt er laut Protokoll nur bei den Beratungen am 8. und 30. Januar, sowie am 6. Juni, und 1941 nur einmal, am 19. September. Erst im Protokollbuch des Jahres 1942 befindet sich auf dem Titelblatt der Eintrag, dass Hanns Neubauer z. Zt. *wegen Einberufung zur Wehrmacht beurlaubt* sei.

Wir wissen aber, dass Neubauer an den Feldzügen in Polen und Frankreich teilgenommen hatte. Im Februar 1941 hielt *Leutnant Hanns Neubauer* in Deggendorf und Umgebung mehrere Reden im Rahmen der Aktion *Die Front spricht zur Heimat*<sup>163</sup>. Dies ist die Überschrift zum Bericht über seinen Auftritt in Deggendorf<sup>163</sup>:



In seiner Rede vor der NS Frauenschaft gab er *aus eigenem Erleben einen fesselnden Bericht über die Feldzüge in Polen und Frankreich, dabei auch den Anteil eines Deggendorfer Truppenteils*

*herausstellend. Er erzählte von den staubigen Straßen Polens, über die unsere Soldaten unaufhaltsam vorwärtsstürmten, keine Entbehrung, keine Anstrengung scheuend, erzählte von den armseligen Häusern und den armseligen Menschen, die sich durch eine gewissenlose Hetzpropaganda gegen Deutschland aufputschen ließen, und die kulturell weit unter uns stehend, es wagten, sich mit uns zu messen.*

Auch wenn man in Betracht zieht, dass die Wehrmachtssoldaten zwischen den Feldzügen zum Teil wieder entlassen wurden, muss man davon ausgehen, dass Neubauer somit bis 1942 öfter bei den Beratungen gefehlt hatte als im Protokoll angegeben wurde. Er blieb bis Kriegsende Soldat und kam dann in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Trotzdem wurde Hanns Neubauer, wie gesehen, von der Partei auch während seiner Soldatenzeit als Propagandaredner eingesetzt. Er war ja schließlich „Kreispropagandaleiter“, trat als häufiger Redner bei Parteiveranstaltungen auf und leitete auch ideologische Schulungsveranstaltungen. Hanns Neubauer spielte also auch in der örtlichen NSDAP eine führende Rolle. Hier sollen nur einige seiner zahlreichen Aktivitäten aufgezeigt werden. Da, wie oben schon gesagt, über ihn keine Spruchkammerakte vorliegt, mussten die Informationen darüber den beiden Deggendorfer Zeitungen entnommen werden. So war Neubauer schon 1933 beim ersten „Deutschen Erntedankfest“, das die Nationalsozialisten mit größtem Propagandaaufwand begingen, für die Leitung zuständig. Er leitete am Nachmittag auch den riesigen Festzug mit 38 Wagen. Der *DB* vom 3. Oktober hebt in seinem Bericht die Rolle Neubauers hervor. Die Zugleitung habe die schwierigste Aufgabe gehabt, *an der Spitze Herr Ing. StR Neubauer*.

Bei der Sonnwendfeier 1934, an der die HJ, SA und die Kreisleitung teilnahmen, eröffnete Neubauer die Feierstunde: Auf seine Aufforderung hin legte die HJ nach einleitenden Trompetenklängen die Fackeln an den Holzstoß, dass *das Feuer hell aufloderte*<sup>164</sup>. 1938 beschenkte Neubauer als Kreispropagandaleiter Deggendorfer Kinder bei den Volksweihnachtsfeiern und sprach dann zu ihnen. Im Zeitungsbericht heißt es dazu: *In begeisternden Worten stellte Pg. Neubauer den Kindern das leuchtende Vorbild des Führers vor Augen*<sup>165</sup>. Hanns Neubauer muss ein guter NS-Redner gewesen sein, denn er hielt bei den Sonnwendfeiern auch manchmal die Feuerrede. Der Bericht des *DB* vom 22. Juni 1939 soll als Beispiel für den Ablauf dieser zweimal im Jahr stattfindenden Sonnwendfeiern dienen. In diesem Bericht wird Neubauer mit „Kreisamtsleiter“ titulierte. Er muss also Anfang 1939, wahrscheinlich zum Jahrestag der Machtergreifung, dieses Amt des Leiters des Kreisschulungsamtes bekommen haben.

# Sommer Sonnenwendfeier in Deggendorf

## Bekennnis zu den ewigen Gesetzen des Lebens

\* Deggendorf, 22. Juni.

In allen deutschen Gauen loderten gestern abends die Sonnenwendfeuer zum nächtlichen Himmel. Auch in Deggendorf gestaltete die Partei zusammen mit der Wehrmacht auf der Festwiese die Feier der Sommer Sonnenwend, die ein machtvolles Bekennnis zu den ewigen Gesetzen der Natur und der Treue zu Führer und Volk war.

In einem weiten Biered waren gestern abends die Truppen der Wehrmacht und die uniformierten Formationen der Partei um den Holzstoß auf der Festwiese aufmarschiert und viele Volksgenossen nahmen dahinter in dichten Reihen an der Feier teil, die eingeleitet wurde von dem Auf der Fanfaren und dem Fahneneinmarsch. Der Choral „Wir treten zum Beten“, das Lied „Lang war die Nacht“ und ein Sprechchor gaben die Einstimmung zu der Feier, deren Bedeutung nach dem Entzünden des Feuerstoßes und dem Lied „Flamme empor“ Kreisamtsleiter Pg. Neubauer in einer eindrucksvollen Rede darlegte.

Angelehnt der lodernenden Flammen wies Pg. Neubauer darauf hin, daß so wie wir heute wieder nach einem lieb gewordenen Brauch unter dem schweigenden Himmel zur Sommer Sonnenwendfeier uns zusammengefunden hätten in der Verpflichtung Glut und Flamme zu sein für Freiheit, Ehre, Boden und Brot unseres Volkes, schon unsere Ahnen um die ewigen Gesetze der Natur wußten, wenn sie vor Jahrtausenden in der gleichen Nacht, in der die Sonne das Jahr teilt, um die lodernenden Feuer standen. An den zwingenden Gesetzen der Natur, nach denen sich alles Leben auf diesem Erdkreis richtet, das Größte und das Kleinste, könne auch das größte und erhabenste Geschöpf der Allmacht nicht vorüber gehen, sondern auch Menschen und Völker müßten nach diesen Gesetzen sich richten und darnach handeln. Und das Größte, das seien wir, das sei

das, aus dem wir geworden seien, und was wir tragen und weitergeben an unser Volk, unser Blut, das deutsche Blut, das seit Jahrtausenden aus diesem Volk fließe.

Der Redner betonte, daß deutscher Boden für uns heiliger Boden geworden ist, geweiht durch das Blut von Generationen, die immer bereit waren, für die Freiheit das Letzte und Höchste zu geben, und gedachte der vielen Namenlosen und Unbekannten, die erschlagen wurden, weil sie an Deutschland glaubten, der Gerichteten, Erschossenen und Erhängten, denen Deutschland über alles ging.

Pg. Neubauer rief auf zum Appell und Bekennnis, Fackelträger des Lichtes zu sein, das Licht weiter zu tragen, die Glut zu mehrten und zu säubern, die ein Mann entfachte, Adolf Hitler, der in des Volkes schicksalsschwerster Stunde uns Licht und Feuer brachte und uns Deutschen damit wieder das Leben gab, damit die, die nach Jahrzehnten und Jahrhunderten zur gleichen Feierstunde versammelt sind, von uns sagen sollen, daß wir würdig waren der größten schicksalsgestaltenden Stunde Deutschlands, würdig des genialsten und größten Deutschen, Adolf Hitler. Der Redner schloß nach der Bitte an den Allmächtigen, uns dazu seinen Segen zu geben, mit dem Gelöbnis, den höchsten Sinn unseres Lebens darin zu sehen, Arbeiter zu sein am Volk, Dienst zu tun an der Allgemeinheit, Träger der Verantwortung und treue Soldaten des Führers zu bleiben.

Sechs Kränze wurden dann ins Feuer geworfen von den Vertretern der Formationen, der Wehrmacht u. des Reichsarbeitsdienstes, die allen Freiheitskämpfern und Gefallenen, unseren Ahnen, den Toten der deutschen Revolution, der deutschen Einheit, der deutschen Ehre u. der Treue zu Führer und Reich gewidmet waren. Ein dreifaches Siegesheil auf den Führer und die nationalen Lieder beendeten die Feier der Sommer Sonnenwend.

Ein anderer Zeitungsbericht aus dem Jahr 1938 zeigt, dass Neubauer auch bei Organisationen wie der Feuerwehr als weltanschaulicher Schulungsleiter eingesetzt wurde<sup>166</sup>:

Kreispropagandaleiter Neubauer ergriff dann sofort das Wort zu einem weltanschaulichen Schulungsvortrag. Ueber eine Stunde schlug dieser gewiegte Redner die Zuhörer in seinen Bann. Die Feuerwehren seien durch ihre Arbeit schon von jeher für den Gemeinschaftsgedanken eingetreten. Und gerade deshalb sind sie jetzt zu einer Organisation des Staates geworden, tragen das Hoheitsabzeichen der Partei, sind ihnen polizeiliche Rechte eingeräumt worden und der Führer selbst habe ihnen eine Waffe verliehen. Das Vereinsmäßige der Feuerwehren sei verschwunden, auch die alten Fahnen. Er, der Redner, sei aber überzeugt, daß der Führer, wie allen übrigen staatl. Organisationen, in Bälde auch den Feuerwehren eine neue Fahne verleihen wird. Dann ging der Redner ein auf alle brennenden westpolitischen Fragen, die Rassen- und Bevölkerungsfrage, die Gemeinschaftsschule, die Judenfrage usw. und verstand es trotz der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit seinen aufmerksamst folgenden Zuhörern nationalsozialistisches Wissen und nationalsozialistischen Gemeinschaftsgeist zu übermitteln. Brausender Beifall folgte seinen Ausführungen.

Im Bericht des DB wird nicht gesagt, was Neubauer über die *Rassen- und Bevölkerungsfrage*, sowie die *Judenfrage* ausführte. Er hat jedoch sicher als Schulungsredner der Partei bei den Feuerwehrkommandanten die Parteilinie vertreten. Neben seiner Tätigkeit als Stadtrat, Beigeordneter und Kreispropagandaleiter war Hanns Neumeier sehr an der *Erforschung der Vor- und Frühgeschichte des Deggendorfer Raumes*<sup>167</sup> interessiert und konnte auch wichtige Forschungsergebnisse vorweisen. Im November 1933 löste er den Schulleiter der Realschule, Gierisch, als *Führer des Heimatvereins* ab<sup>168</sup> und scheint als solcher auch sehr aktiv gewesen zu sein. Als Beispiel sei die Versammlung des Heimatvereins 1934 im Hotel DreiMohren genannt<sup>169</sup>: Zunächst ging es um den Hengersberger Münzfund aus dem 30-jährigen Krieg. Im zweiten Teil des Abends behandelte Neubauer das Thema Wappenkunde an Hand des Deggendorfer Stadtwappens. Er endete die Versammlung mit folgendem Satz: *In Zusammenarbeit von Stadt und Land sollen die Quellen unserer Kraft wieder neu erschlossen werden, damit uns immer erhalten bleiben die ewigen Kräfte Volkstum und Heimat*<sup>170</sup>. Nach seiner Pensionierung war Neubauer von 1968 bis 1976 Heimatpfleger in Deggendorf. Er bekam für seine ehrenamtlichen Tätigkeiten zahlreiche Auszeichnungen: das Bundesverdienstkreuz am Band, den goldenen Ehrenring der Stadt Deggendorf und die *Ernennung zum ersten Ehrenmitglied des Geschichtsvereins für den Landkreis Deggendorf*<sup>171</sup>. Nach seinem Tod 1986 erschien in den Deggendorfer Geschichtsblättern ein ehrender Nachruf. Darin wird seine Tätigkeit als Beigeordneter und Kreispropagandaleiter der NSDAP mit keinem Wort erwähnt.

Der erste Tagesordnungspunkt der Sitzung vom 12. Mai ist *Bekanntgaben*. Dr. Reus informiert den Stadtrat, dass von Hindenburg, Hitler und Ritter von Epp die *Ehrenbürgerrechtsverleihungen und Ehrung durch Stassenbenennungen in an den Stadtrat gelangten Schreiben bestätigten und die Annahme erklärten*. Weiter gibt er bekannt, dass Studiendirektor Dr. Hans Schlaffner, der an die Realschule Memmingen versetzt worden war, dem Stadtrat seinen Abschiedsbesuch gemacht habe. Zugleich begrüßt er als neuen Leiter der Realschule Studiendirektor Ferdinand Gierisch, der auch Vorsitzender des Heimatvereins ist. Dass die Versetzung Dr. Schlaffners etwas mit seiner Tätigkeit als BVP Stadtrat zu tun hatte, steht außer Zweifel. In diesem Teil des Protokolls wird die fast völlig neue Zusammensetzung des Stadtratsgremiums angesprochen<sup>172</sup>: *Der bisherige Stadtrat wurde in seinem Bestand von 20 Mitgliedern auf 15 Mitglieder vermindert. Vom bisherigen Stadtrat scheiden 15 Mitglieder aus, nur 6 Mitglieder des alten Stadtrates erscheinen auch im neuen Stadtrat wieder, sodass in den neuen Stadtrat 9 neue Mitglieder eintreten*. In einem weiteren Tagesordnungspunkt werden die Mitglieder für die 17 städtischen Ausschüsse bestimmt. Es sollen hier nur die Mitglieder des wichtigsten Ausschusses genannt werden, da durch das Ausscheiden der BVP Stadträte im Juli 1933 sich die Zusammensetzung wieder stark verändern wird. Dr. Reus weist zunächst darauf hin, dass bis jetzt die Ausschüsse nur beratende Funktion hatten, aber keine Beschlüsse fassen konnten. Da aber der Stadtrat infolge der gesetzlichen Beschränkung seines Geschäftsbereiches nur mehr alle 6 bis 8 Wochen zusammentreten soll, wird einstimmig beschlossen, dass der Finanzausschuss als wichtigster Ausschuss *Angelegenheiten alltäglicher Art (Gebührensachen, Mietgesuche, Stundungen usw.) beschlußmäßig erledigen kann*. Neben dem Bürgermeister gehören dem Ausschuss drei Vertreter der NSDAP (Graf, Weiß, Schiller) und drei Vertreter der BVP (Schneider, Burger, Krauth) an. Wie der Finanzausschuss sind auch die anderen Ausschüsse paritätisch besetzt. In manchen Ausschüssen befinden sich allerdings auch Fachleute, die nicht Stadtratsmitglieder sind, wie Alois Weber im Kleinrentnerausschuss. Die zwei SPD Stadträte sind nicht in den Ausschüssen vertreten, weil laut Dr. Reus dafür nur Fraktionen mit mindestens drei Mitgliedern in Betracht kommen.

Die Sitzung am 12. Mai muss sehr lange gedauert haben, denn neben den schon angesprochenen Dingen werden noch weitere 16 Tagesordnungspunkte behandelt. Unter anderem wird beschlossen, den Antrag der Schachinger Gemüsemarktfrauen auf Herabsetzung des Platzgeldes nicht zu genehmigen und das in der Sitzung vom 17. Februar festgelegte Platzgeld in seiner Höhe zu belassen<sup>173</sup>. Im geheimen Teil der Sitzung wird die Möglichkeit diskutiert, in Deggendorf ein Arbeitsdienstlager zu errichten und zwar in den Räumlichkeiten der ehemaligen Vollmuth Fabrik<sup>174</sup>. Dr. Reus hatte darüber schon Vorgespräche mit dem 2. Bürgermeister Hans Graf geführt. Im Protokoll heißt es weiter: *Vorstehende Sache ist so wichtig und vordringlich, dass sie mit allen zuständigen Stellen, insbesondere mit dem Stadtbauamt und der hiesigen S.A. Führung gemeinsam mit dem Stadtrat mit aller Energie und Eile vorwärts getrieben werden muss*. Aus diesen Worten lässt sich erkennen, wie stark der Einfluss der SA inzwischen in der Stadt angewachsen ist. Als mögliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für den Arbeitsdienst werden genannt: die Regulierung des Kohlbaches, die Erschließung der Höhenwege nach Metten und der Wegführung durch die Saulochschlucht, sowie der Ausbau der Wege nach Eichberg und Seebach. Weiterhin beschließt der Stadtrat die von der Landesfürsorge angeordnete Herabsetzung des Pflegesatzes um 25% im Elisabethenheim. Diese gewiss nicht einfache Entscheidung wird einstimmig beschlossen<sup>175</sup>. Es fällt allerdings auf, dass im *DB* vom 12. Mai angekündigte Anträge der NSDAP Fraktion laut Protokoll nicht behandelt wurden. Ob Dr. Reus diese Punkte aus formalen Gründen, wie zum Beispiel wegen zu später Vorlage, nicht auf die Tagesordnung gesetzt hatte, ist nicht bekannt.

Stadtratsfraktion der NSDAP hat im Stadtrat den Antrag eingebracht, mit Rücksicht auf die Feier des „Tages der nationalen Arbeit“ am 1. Mai jedes Jahres den bisher gleichfalls auf diesen Tag fallenden Waimarkt auf den 2. oder 3. Sonntag im Mai zu verlegen. Ferner hat die gleiche Stadtratsfraktion beantragt, sämtliche Bedarfsartikel bei der städtischen Verwaltung oder den städtischen Anhalten künftig nur bei den einheimischen Geschäftsleuten oder durch diese zu beziehen; soweit eine Lieferung durch die ortsansässigen Geschäfte nicht möglich sein sollte, so soll die Vergebung der Aufträge eines Beschlusses des Finanzausschusses bedürfen.

### Die Ausschaltung der SPD Stadträte

Dies war die letzte Stadtratssitzung, an der die beiden SPD Stadträte August Heckscher und Gregor Süßmeier teilnahmen. Nach der faktischen Ausschaltung der KPD durch die Einziehung ihrer Mandate und Inhaftierung ihrer Mandatsträger ging das Regime daran, die anderen Parteien auszuschalten, allen voran die SPD. Bei den Märzahlen 1933 hatte die SPD noch 120 Sitze im Reichstag bekommen. Am 23. März stimmten die Reichstagsabgeordneten der SPD gegen das Ermächtigungsgesetz, das mit der Aufhebung der Gewaltenteilung das Ende des demokratischen Staates bedeutete<sup>176</sup>. Daraufhin verschärften die Nationalsozialisten den Kampf gegen die Partei. Funktionäre und Mandatsträger wurden vermehrt in Schutzhaft genommen und gezwungen, ihre Mandate niederzulegen. Als die nach Prag ins Exil geflohene Parteiführung zum Sturz der Regierung Hitler aufrief, wurde die SPD am 23. Juni 1933 als *staats- und volksfeindliche Organisation* verboten und ihr Vermögen eingezogen<sup>177</sup>. Auch in Deggendorf überschlugen sich die Ereignisse. Welcher Druck und welche Drohungen die beiden Deggendorfer SPD Stadträte zum Rücktritt zwangen, wissen wir nicht genau. Jedenfalls erklärten schon am 15. Mai, also drei Tage nach der geschilderten Stadtratssitzung, August Heckscher und Gregor Süßmeier ihren Rücktritt<sup>178</sup>. Der *DB* berichtet darüber am 16. Mai kurz: *Die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder August Heckscher und Gregor Süßmair haben dem Stadtrat ihren Rücktritt als Stadtratsmitglieder erklärt. Die Auflösung der sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe, soll unmittelbar bevorstehen.* Wie man sieht, kann die Zeitung nicht einmal den Namen von Gregor Süßmeier richtig schreiben. Was mit den beiden Deggendorfer SPD Stadträten weiter geschah, ist nicht genau bekannt. Michael Westerholz hat die Geschichte der Familie Heckscher erforscht<sup>179</sup>. Der Schiffer August Heckscher wurde 1882 in München geboren und zog 1918 von Gera nach Deggendorf. Er hatte vier Kinder: zwei Mädchen, sowie die Söhne Berthold, geb. am 17.3.1917, und August, geb. 1920. Berthold Heckscher wird nach dem Krieg in Deggendorf lange Jahre Oberbürgermeister sein. Die beiden Heckscher Brüder waren Halbjuden, nach jüdischem Verständnis allerdings keine Juden, *da die Mütter/Frauen die Jüdischheit tragen: Sowohl ihre Mutter, als auch August jun.s Frau und Berthold jun.s Mutter waren keine Jüdinnen gewesen*<sup>180</sup>. Westerholz schreibt, dass sie auch nach dem 30. Januar 1933 *politisch tätig* blieben und *als entschiedene Nazi-Gegner ins KZ Dachau eingesperrt* wurden<sup>181</sup>. In seiner eidesstattlichen Erklärung im Spruchkammerverfahren gegen Sebastian Weiß erwähnt Berthold Heckscher sen. allerdings eine Verhaftung im Jahr 1933 nicht, sondern schildert nur die Verhaftung am 1.4.1944 und die Verurteilung zum Tode am 8./9. November 1944 durch den Volksgerichtshof<sup>182</sup>. Auch der Sohn von August Heckscher, Berthold

Heckscher jun., erwähnt in einem Tonbandbandinterview mit dem Verfasser die Einlieferung nach Dachau nicht. Er schildert nur, dass sein Vater als Bademeister entlassen wurde und wenig später zusammen mit anderen SPD Mandatsträgern verhaftet und ins Gefängnis in Deggendorf gebracht wurde. Der *Kriegsbeschädigte und an einer Staublung leidende Heckscher* sei dann nach zehn Tagen entlassen worden, *verbunden mit dem strikten Verbot jeglicher politischer Betätigung*<sup>183</sup>. Auf Anfrage bestätigte der wissenschaftliche Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Dachau, Dr. Riedel, dass in der Kartei der Häftlinge *kein Hinweis auf Berthold und August Heckscher* auftauche<sup>184</sup>. Allerdings lägen nur die Namen von etwa 90% der Häftlinge vor. Zusammen mit der oben erwähnten Aussage von Berthold Heckscher jun. lässt sich aber wohl mit Sicherheit sagen, dass die Brüder Heckscher 1933 nicht im KZ Dachau eingesperrt waren. August Heckscher wurde nicht alt. Er starb mit 53 Jahren im Jahr 1941<sup>185</sup>. Das Bild August Heckschers hängt heute in der Bürgermeister Galerie des Stadtmuseums. Er war in der Stadtratssitzung am 23.Juni 1919 vom Stadtrat zum *1. bürgerlichen Bürgermeister* gewählt worden. Der Jurist Dr. Reus wurde als *Rechtskundiger Bürgermeister* eingeführt. August Heckscher hatte das Bürgermeisteramt bis zu den Wahlen am 7.Dezember 1924 inne. Er wurde dann aber nicht mehr in den Stadtrat gewählt.

Mit August Heckscher wurde laut dessen Sohn Berthold nach dem Verbot des Ortsvereins der SPD auch der SPD Stadtrat Gregor Süßmeier verhaftet. Süßmeier war von Beruf Heizer und arbeitete bei den Sirius Werken. Er war 1905 im Landkreis Landsberg geboren und 1929 nach Deggendorf gekommen<sup>186</sup>. Süßmeier nahm nur an zwei Stadtratssitzungen teil, am 26. April und am 12. Mai 1933. Auf dem Deckblatt der Protokolle dieser Sitzungen erscheint nicht einmal sein Name, da der Protokollführer noch die Formulare aus der Zeit vor der Umbildung des Stadtrates benutzte. Nach dem Krieg wurde Süßmeier Kreisvorsitzender der SPD, bei den Gemeindewahlen am 27.Januar 1946 kam er für die SPD in den Stadtrat<sup>187</sup>. Am 26. Mai 1948 fungierte er bei der Spruchkammer Deggendorf als Beisitzer im Berufungsverfahren gegen Franz-Xaver Stadler<sup>188</sup>.

Die Auflösung des SPD Ortsvereins Deggendorf war am 24. Mai 1933 erfolgt. Der *DB* berichtet darüber<sup>189</sup>:

**\* Deggendorf, 24. Mai. (Auflösung der sozialdemokratischen Partei in Deggendorf.)** Der Ortsverein Deggendorf der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich nach schriftlicher Mitteilung der Vorstandschaft und des Ausschusses des Ortsvereins an den Stadtrat Deggendorf mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

Später wurde auch der magere Kasseninhalt des Ortsvereins von wenig mehr als 7 RM beschlagnahmt<sup>190</sup>. Laut Michael Westerholz habe Schraufstetter sen. damals die Parteifahne versteckt<sup>191</sup>.

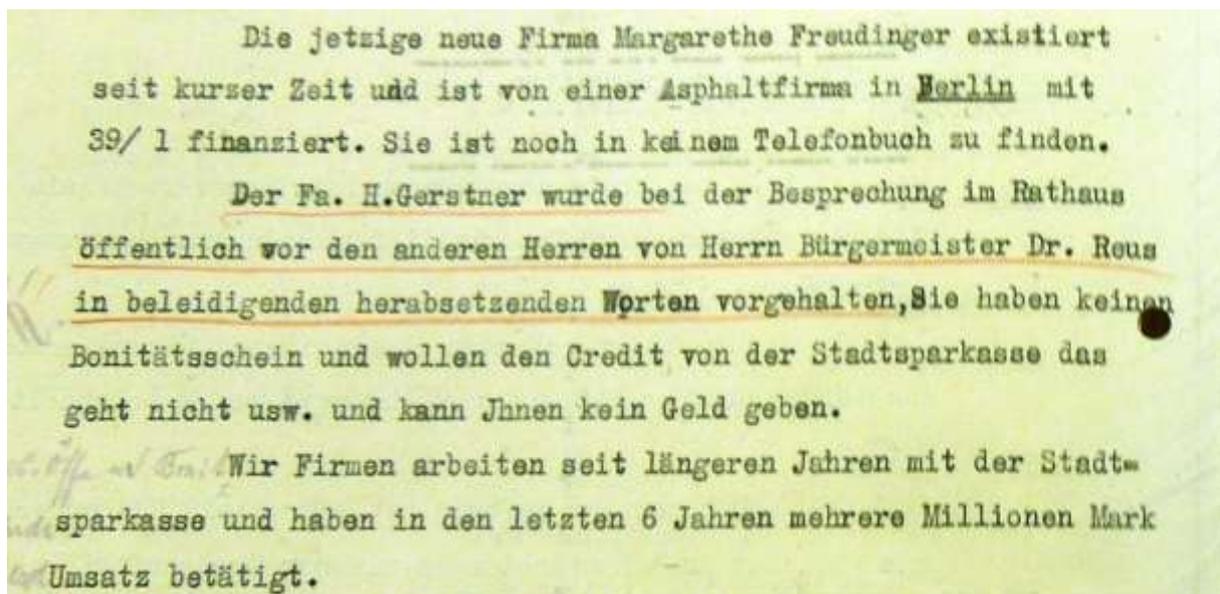
Am 28.Mai schlägt der *DB* vor, die zwei freigewordenen Stadtratssitze mit je einem Vertreter der BVP und der NSDAP aufzufüllen. Doch schon am 3.Juni heißt es unter der Überschrift *Keine Ergänzungswahl*, dass die durch zurückgetretene Stadtratsmitglieder freigewordenen Sitze nur durch

Ersatzleute aus dem gleichen Wahlvorschlag besetzt werden könnten. Durch die erzwungene Selbstauflösung des SPD Ortsvereins sei dessen Wahlvorschlag erloschen. Somit besteht der Stadtrat seit dem 15. Mai 1933 nur noch aus 13 Mitgliedern.

Die BVP Stadträte nehmen am 23. Juni 1933 zum letzten Mal an einer Stadtratssitzung teil. Der neben Graf fehlende Stadtrat kann nicht identifiziert werden, da auf dem Deckblatt des Protokolls nur die alten Namen durchgestrichen sind, die Namen der Anwesenden aber nicht genannt werden. In dieser Sitzung müssen die Räte ein Riesenprogramm von 28 Tagesordnungspunkten bewältigen. Beim Punkt *Bekanntmachungen* erwähnt Dr. Reus den Rücktritt der sozialdemokratischen Mitglieder, das Schreiben des neuen Schulleiters der Realschule, Studiendirektor Gierisch, sowie das Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1933, verbunden mit dem Dank an die ehrenamtlichen Helfer. Im Protokoll dieser Sitzung werden die Details der Ergebnisse dieser Volks- Berufs- und Betriebszählung publiziert, die einen interessanten Einblick in das Leben in Deggendorf zu dieser Zeit geben<sup>192</sup>. Seit 1925 war die Bevölkerung um 534 Personen auf 8.377 gestiegen. Mit 4.688 war die Zahl der Frauen im Vergleich zu der Zahl von 3.689 Männern deutlich höher. Deggendorf zählte 2.038 Haushalte und 347 Gewerbebetriebe. Hier noch die Zahlen für die Belegung verschiedener Anstalten: Heil- und Pflanzanstalt 641; Städt. Elisabethenheim 227; Krankenhaus 63; Katharinenspital 32; Vinzenzpflegeheim 40; Institut der Englischen Fräulein 104; Schülerheim 35; Waisenhaus 35; Landgerichtsgefängnis 69.

Zur Finanzierung des in Deggendorf geplanten Heimattages soll von der Stadt die stolze Summe von 2.000 RM zur Verfügung gestellt werden. Neben *Malermeister Stadler* und *Oberinspektor Weber* wird auch noch *Herr Brauereibesitzer Schneider* in das für die Durchführung geschaffene *Finanz-Komitee* eingeteilt<sup>193</sup>. Von den übrigen Punkten der Tagesordnung sollen hier nur einige herausgegriffen werden. Zum einen geht es um die *Besetzung der Badewärterstelle für das Donaubaad*. Im Protokoll heißt es dazu: *Unter den vielen Bewerbern wurde Hermann Kriegelsteiner, z. Zt. Hilfspolizist der S.A. der N.S.D.A.P. in der Finanzausschuss-Sitzung vom 13.5.33 ausgewählt*. Die Entlohnung beträgt monatlich 144 RM<sup>194</sup>. Unten soll näher gezeigt werden, dass diese Besetzung nicht rein zufällig geschah. Im Punkt *Sofortprogramm 1933* geht es um die Vergabe von Pflasterungsarbeiten<sup>195</sup>. Die Vergabe des 1. Bauabschnittes an eine auswärtige Firma sollte der Stadt und Bürgermeister Dr. Reus sehr viel Ärger bereiten und zur Demontage des Bürgermeisters durch die örtliche NSDAP beitragen. Obwohl die Pflasterungsarbeiten durch die Firma Freudinger aus Augsburg schon am 22. Juni begonnen hatten<sup>196</sup>, gibt Stadtbaurat Wolf zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes einen detaillierten Bericht über die Vorgänge bei der Vergabe dieses 1. Bauabschnittes, mit der nicht der Stadtrat sondern eigentlich der Finanzausschuss befasst war. Bei der Einholung der Angebote zeigte es sich, dass die einheimische Firma Gerstner preislich erst an 6. Stelle lag, um 2.400 RM höher als die mindestnehmende Firma. Man beschloss deshalb, den einheimischen Firmen nochmals Gelegenheit zu geben, ihre Angebote zu überprüfen *und denen der auswärtigen Firmen anzunähern*<sup>197</sup>. Nachdem die Deggendorfer den Termin verstreichen ließen, erhielt das Bauamt vom 1. und 2. Bürgermeister den Auftrag, einen Vertreter der Firma Freudinger für den 29. Mai nach Deggendorf zu bestellen. Am gleichen Tag führte aber der 2. Bürgermeister Graf, wie es aussieht, hinter dem Rücken von Dr. Reus, in den Überlandwerken mit den Deggendorfer Firmen weitere Verhandlungen. Man einigte sich dort, dass die Firma Gerstner den Zuschlag bekommen solle und zwar zu einem Preis von 3% über dem der Firma Freudinger. Als

daraufhin die Firma Freudinger den Angebotspreis nochmals um 800 RM auf 26.750 RM senkte und somit das Angebot Gerstners um 1562 RM höher lag, weigerte sich Gerstner, seinen Angebotspreis noch weiter zu senken. Zwei Tage später, als der Finanzausschuss die Vergabe endgültig beschließen will, ist auch Gerstner zu einer weiteren Besprechung im Rathaus anwesend. Darüber heißt im Protokoll der Stadtratsitzung vom 23.Juni: *Das Ergebnis dieser Besprechung war, dass Baumeister Gerstner freiwillig zurücktrat*<sup>198</sup>. Daraufhin entschied sich der Finanzausschuss endgültig für die Vergabe an die Firma Freudinger. Zugleich war man sich einig, dass die Firma Gerstner bei der Vergabe des nächsten Loses zu *angemessenen Preisen* berücksichtigt werden solle<sup>199</sup>. Am 10.Juni unterschreibt dann Stadtbaurat Wolf den Vertrag mit der Firma Freudinger über den 1. Bauabschnitt der Pflasterung des Ritter von Epp-Platzes. Die im Protokoll erwähnte Besprechung mit Gerstner im Amtszimmer von Dr. Reus muss jedoch ziemlich stürmisch verlaufen sein. Vielleicht aus Verärgerung, dass der 2.Bürgermeister Graf hinter seinem Rücken Verhandlungen mit den drei Deggendorfer Baumeistern geführt hatte, muss Dr. Reus gegenüber Gerstner sehr heftig reagiert haben. Im Begleitschreiben zum abgegebenen Leistungsverzeichnis für den 2. Bauabschnitt des Sofortprogramms beschwerten sich die Unterzeichner Gerstner, Streicher und Nunner über die Behandlung Gerstners durch Dr. Reus<sup>200</sup>:



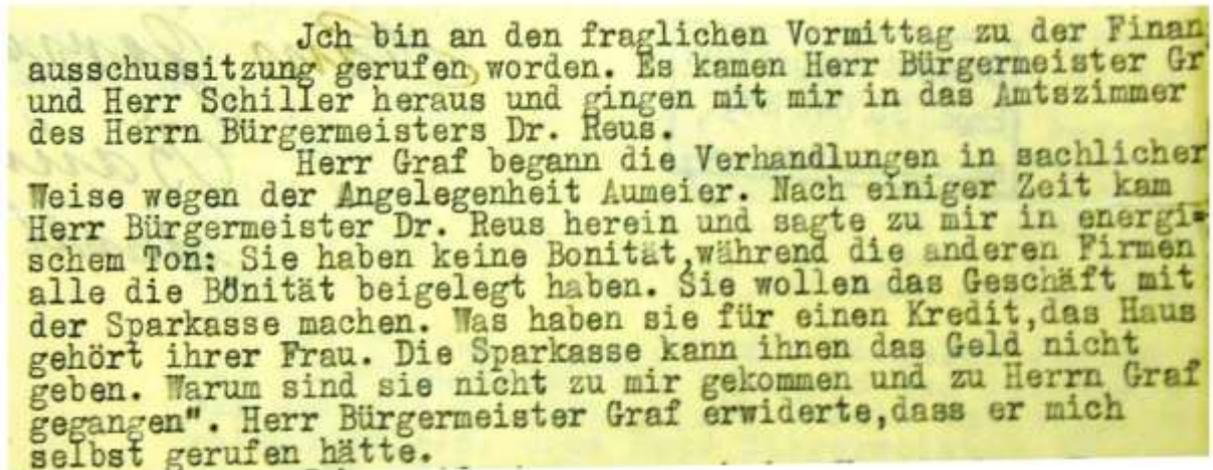
Die jetsige neue Firma Margarethe Freudinger existiert seit kurzer Zeit und ist von einer Asphaltfirma in Berlin mit 39/ 1 finanziert. Sie ist noch in keinem Telefonbuch zu finden.

Der Fa. H.Gerstner wurde bei der Besprechung im Rathaus öffentlich vor den anderen Herren von Herrn Bürgermeister Dr. Reus in beleidigenden herabsetzenden Worten vorgehalten, Sie haben keinen Bonitätsschein und wollen den Credit von der Stadtparkasse das geht nicht usw. und kann Ihnen kein Geld geben.

Wir Firmen arbeiten seit längeren Jahren mit der Stadtparkasse und haben in den letzten 6 Jahren mehrere Millionen Mark Umsatz betätigt.

Wie groß die Verärgerung der Deggendorfer Baugeschäfte über diese Vergabe war, zeigt auch die Tatsache, dass sich die drei Baugeschäfte um einen Auftrag für den 2. Bauabschnitt gar nicht mehr wirklich bemühen. Sie stellen fest, dass das Volumen des 2. Bauabschnittes bedeutend kleiner sei. Deshalb müssten *die Preise gegenüber den früheren abgegebenen etwas verändert werden*. Die drei Baumeister beschwerten sich auch, dass ihre Firmen *gemeinschaftlich nebensächlich behandelt* wurden und dass sie *mehrere Jahre keine nennenswerten Bauaufträge* im Stadtgebiet erhalten hätten. Weiterhin behaupten sie, dass die Firma Freudinger gar nicht mehr existieren würde und betonen, dass sie als Deggendorfer Firmen *die Erteilung des Auftrages für die sämtlichen Pflasterarbeiten zu angemessenen Preisen erwarten dürfen*<sup>201</sup>. Unter der Überschrift *Verleumderische Verhetzung* weist Dr. Reus die Vorwürfe über eine angebliche Beleidigung

Gerstners als Angriff auf die Autorität des Stadtrates zurück und droht mit der Anwendung der *Strafbestimmungen der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten*<sup>202</sup>. Er gibt Gerstner drei Tage Zeit für eine schriftliche Gegenerklärung, *die der Wahrheit seiner derzeitigen Ausführungen die Ehre gibt*. Laut handschriftlichem Eintrag von Dr. Reus *erfolgte mündliche Entschuldigung durch Gerstner*, doch eine schriftliche Gegenerklärung fehlt. Gerstner antwortet zwar Dr. Reus am 28. Juni im Ton zurückhaltend, bleibt aber bei seiner Behauptung, dass Dr. Reus ihn vor allen Anwesenden *herabsetzend und beleidigend* behandelt habe<sup>203</sup>.



Jch bin an den fraglichen Vormittag zu der Finan  
ausschussitzung gerufen worden. Es kamen Herr Bürgermeister Gr  
und Herr Schiller heraus und gingen mit mir in das Amtszimmer  
des Herrn Bürgermeisters Dr. Reus.  
Herr Graf begann die Verhandlungen in sachlicher  
Weise wegen der Angelegenheit Aumeier. Nach einiger Zeit kam  
Herr Bürgermeister Dr. Reus herein und sagte zu mir in energi-  
schem Ton: Sie haben keine Bonität, während die anderen Firmen  
alle die Bönität beigelegt haben. Sie wollen das Geschäft mit  
der Sparkasse machen. Was haben sie für einen Kredit, das Haus  
gehört ihrer Frau. Die Sparkasse kann ihnen das Geld nicht  
geben. Warum sind sie nicht zu mir gekommen und zu Herrn Graf  
gegangen". Herr Bürgermeister Graf erwiderte, dass er mich  
selbst gerufen hätte.

Die letzten zwei Sätze zeigen die Verärgerung von Dr. Reus darüber, dass der 2. Bürgermeister hinter seinem Rücken die Fäden zieht und somit die Autorität des 1. Bürgermeisters untergräbt. Die inzwischen vorgegangene Verschiebung der Machtverhältnisse im Stadtrat wird hier deutlich sichtbar.

Die Angebote, welche die drei eingesessenen Deggendorfer Baugeschäfte abgegeben haben, zeigen, dass sie mit den Preisen der Firma Freudinger gar nicht konkurrieren wollen. Wahrscheinlich hoffte man, dass der Stadtrat sich nach der letzten Auseinandersetzung auf jeden Fall für eine von ihnen entscheiden würde. Deshalb sind ihre Angebote preislich überhöht und liegen im Schnitt mehr als 30% über den Preis der Firma Freudinger beim 1. Los. Man hatte sich jedoch getäuscht, denn ein neues Deggendorfer Baugeschäft macht ein viel besseres Angebot und bekommt dann auch den Zuschlag für das 2. Los<sup>204</sup>. Dies ist das Baugeschäft Reinhardt, das sich zu einer ernstesten Konkurrentin für die anderen Baugeschäfte entwickeln wird und zahlreiche städtische Aufträge gewinnen wird.

1.) Baugeschäft Reinhardt 10088.36 RM  
 2.) " Gerstner 12945.70 RM  
 3.) " Nunner 13112.80 RM  
 4.) " Streicher 13167.30 RM

Der vom Stadtbauamt ermittelte Richtpreis basiert auf der mittleren Preisbasis der Firma Sager u. Wörner und Freudinger beim 1. Los und stellt sich nach Erhöhung um 4 % auf 9732.28 RM. Diesem gegenüber stellen sich obige Angebote wie folgt höher:

1.) Reinhardt um 356.08 RM = 3,7 %  
 2.) Gerstner um 3213.42 RM = 33,0 %  
 3.) Nunner um 3380.52 RM = 34,7 %  
 4.) Streicher um 3435.02 RM = 35,4 %

Es ist tief bedauerlich, daß die alteingesessenen Deggendorfer Baugeschäfte so wenig Bemühen an den Tag legen, die Stadtgemeinde mit annähernd angemessenen Preisen zu bedienen und dafür in einem Begleitschreiben wieder Gelegenheit nehmen, an den gewiß lang und reichlich erwogenen Maßnahmen des Stadtrates Kritik zu üben.

Der letzte Satz des Protokollausschnittes zeigt das tiefe Zerwürfnis zwischen Stadtbaurat Wolf und Bürgermeister Dr. Reus einerseits und den drei Deggendorfer Baugeschäften andererseits. Es folgt dann der Hinweis durch Stadtbauamt und Stadtrat auf die Anordnung des Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung vom 6./7. Juni 1933, wonach Unternehmer, die sich bei Aufträgen, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm finanziert sind, *nicht mit den denkbar kleinsten Gewinnspannen begnügen*, mit weiteren Aufträgen aus diesem Programm nicht mehr rechnen können. Diese Konfrontation sollte Stadtbaurat Friedrich Wolf kurze Zeit später seine Stellung kosten<sup>205</sup>. Der direkte Angriff auf Dr. Reus, der alles *verleumderische Hetze* nennt, hatte natürlich auch dessen Autorität untergraben. Dass dies einer der Gründe für seinen späteren erzwungenen Rücktritt war, erscheint sehr wahrscheinlich.

In Nachverhandlungen senkte die Firma Reinhardt schließlich den Preis auf 9.790,36 RM und bekam so den Zuschlag. Damit war aber der Ärger noch nicht vorbei. Die Firma Reinhardt hatte nämlich erst am 1. März 1933 ihr Geschäft von Metten nach Deggendorf verlegt, und so verstieß die Vergabe gegen einen früheren Stadtratsbeschluss, nach dem *städtische Aufträge nur an bereits seit drei Jahren hier ansässigen Geschäfte vergeben werden dürften*. Wegen des großen Preisunterschiedes beschloss der Stadtrat jedoch, hier eine Ausnahme zu machen. Wie gestört das Verhältnis zwischen Stadtrat und den örtlichen Baugeschäften war, zeigt auch die Tatsache, dass sich Dr. Reus bei der Behandlung dieses Punktes genötigt fühlte, im *DB* eine Erklärung dazu abzugeben<sup>206</sup>:

Zu einem eingelaufenen Schreiben bemerkt der Vorsitzende, daß er in der seinerzeitigen Ausschüttung keine kredit-schädigende Neußerungen über eine hiesige Firma machte. Er habe lediglich mitgeteilt, daß die Sparkasse nicht in der Lage sei, einen Zwischenkredit bis zur Auszahlung der Gelder aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm zu geben. Das gleiche wurde auch den anderen Firmen mitgeteilt, weil die Sparkasse eben nicht in der Lage ist, einen Kredit zu geben. Die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens stand gar nicht zur Frage.

Bei der Ausschreibung des 3. Bauabschnittes war die Firma Reinhardt zwar wieder am billigsten, aber *nachdem die ortsansässige Baufirma Reinhardt bereits im Bauabschnitt II der Umpflasterung berücksichtigt wurde, kommt als nächst Mindestnehmer das Baugeschäft Hans Gerstner mit einer Angebotssumme von 27.932,21 in Frage*<sup>207</sup>. Der Druck Gerstners hatte also doch Wirkung gezeigt, und er kann einen großen Auftrag verbuchen. Die Stadt übergibt dem Arbeitsamt wiederum eine Liste von Wohlfahrtsarbeitslosen, die der Firma Gerstner zugewiesen werden sollen<sup>208</sup>. Aus der Abrechnung mit der Firma geht jedoch hervor, dass die Bausumme mit 29953,74 RM erheblich höher lag als das Angebot. Damit kann aber die Stadt zumindest an die Regierung melden, dass die Darlehensmittel voll ausgegeben wurden<sup>209</sup>.

### Die Ausschaltung der BVP Stadträte

Man hatte zwar in der Stadtratssitzung vom 23. Juni noch gemeinsame Beschlüsse gefasst, doch das Ende der BVP und damit ihrer Stadtratsvertreter zeichnete sich dort schon deutlich ab. So gab in dieser Sitzung Dr. Reus das bereits veröffentlichte *Versammlungs- und Aufzugsverbot* bekannt. Ausgenommen von diesem Verbot sind nur *Versammlungen der NSDAP und ihrer Zweigorganisationen, unpolitische Versammlungen und Aufzüge, rein kirchliche Veranstaltungen, usw.* Dies ist das faktische Betätigungsverbot der BVP. In ihrem Streben zum Einparteienstaat machte die NSDAP aber auch vor ihren Bündnispartner DNVP sowie deren Kampforganisation, Der Stahlhelm, nicht halt. Über die Zerschlagung des Stahlhelms berichtet der *DB* am 27. Juni: *(Die Stahlhelmarbeitslager in Oberpfalz und Niederbayern) wurden am Samstag früh durch SA. und SS. besetzt. In Verfolg dieser Maßnahmen wurde auch das Arbeitslager Natternberg durch Plattlinger SA. und SS. besetzt. Wie die Ortsgruppe Plattling der NSDAP mitteilt, zogen SA. und SS. nach den Vernehmungen wieder ab und ließen bis auf weitere Anordnung eine Wache von 12 Mann dort.*

Dennoch muss die BVP Stadtratsfraktion oder zumindest ein Teil von ihr bei der Sitzung des *verstärkten Stadtrats* am 27. Juni noch anwesend gewesen sein. Laut Protokoll waren neben Dr. Reus und Bürgermeister Graf nämlich 13 Stadträte und die Vertreter der eingeschulten Gemeinden anwesend. In einer solchen Sitzung werden die Beiträge der einzelnen Gemeinden zum Volksschuletat festgelegt. Über die Ergebnisse dieser Sitzung ist kein Protokoll vorhanden, doch der *DB* vom 29. Juni berichtet darüber:

# Aus dem Stadtrat

## Verabschiedung des Volksschuletats

\* Deggendorf, 28. Juni.

In einer verstärkten Stadtrats-  
sitzung — anwesend waren 1. Bgmstr.  
Reus, 2. Bgmstr. Graf, 13 Stadträte  
und als Vertreter der eingeschulten Ge-  
meinden Schaching, Deggenau, Fischer-  
dorf, Matternberg und Pankofen je der 1.  
Bürgermeister und ein besonders gewählter  
Vertreter — wurde gestern der Volks-  
schuletat verabschiedet.

Gegen Ende dieses Artikels kommt dann in einem unscheinbaren Absatz folgende Meldung:

In einer anschließenden kurzen öffentli-  
chen Stadtratsitzung gab der Vorsitzende  
Kenntnis von der Austrittserklä-  
rung der Mitglieder der Stadtrats-  
fraktion der BVP. aus der Bayer.  
Bayer. Volkspartei.

Dies war wohl der letzte Versuch der BVP Stadträte, ihr Amt zu behalten. Laut den schon zitierten Aufzeichnungen von Dr. Reus aus den Jahren 1946/47 bekam er von Sonderkommissar Graf am Tag danach, am 28. Juni, den Auftrag, *den Stadtratsmitgliedern der Bayer. Volkspartei zu eröffnen, daß sie ab 7 Uhr in Schutzhaft zu nehmen wären*<sup>210</sup>. Zur Verteidigung Grafs betont Josef Schneider beim Spruchkammerverfahren gegen diesen, dass in Deggendorf im Vergleich zu anderen Städten, wie zum Beispiel Plattling, die Verhaftungen erst später stattgefunden hatten. Die Stadträte wurden auch nicht durch die Stadt abgeführt, sondern es wurde ihnen mitgeteilt, dass sie sich im Gefängnis zu melden hatten<sup>211</sup>. In seiner Erklärung schildert Schneider auch, wie sich Graf um das Wohlergehen der Schutzhäftlinge bemühte: *Es war uns gestattet, die Verpflegung einschliesslich Bier aus einem Gasthofs zu beziehen und eigene Betten ins Gefängnis bringen zu lassen. Nach 6 Tagen kam Herr Graf persönlich ins Gefängnis und sagte. "Herr Schneider, ich habe zwar von München noch keine Ermächtigung zur Entlassung, aber ich nehme es auf meine eigene Verantwortung und entlasse die Mitglieder der Stadtratsfraktion der BV. aus der Schutzhaft"*. Daraufhin wurden sie sofort entlassen. Die Entlassung erfolgte natürlich in erster Linie, weil die BVP Stadträte am 2. Juli 1933 im Gefängnis durch Unterschrift die Niederlegung ihrer Mandate erklärt hatten:

## ERKLÄRUNG!

Die unterzeichneten Stadträte, die auf Grund der Listenaufstellung der Bayer. Volkspartei ihre Mandate im Stadtrat erhielten, erklären hiermit durch Unterschrift, dass sie ihre Stadtratsmandate niederlegen und dieselben der N.S.D.A.P. zur Verfügung stellen.

Deggendorf, den 2. Juli 1933.

gez. Josef Schneider  
" Josef Burger  
" Anton Krauth  
" Wilhelm Seidl  
" Josef Friedrich  
" Josef Bielsmeier  
" Xaver Koller.

*Josef Schneider*

Über diesen Rücktritt berichtet auch der *DB*:

**\* Deggendorf, 5. Juli.** (Aus der Schutzhaft entlassen) wurden gestern mittags die Stadtrats- und Bezirkstagsmitglieder der Bayer. Volkspartei, die sich seit Mitte voriger Woche im hiesigen Landgerichtsgefängnis befanden. Sie haben ihre Mandate im Stadtrat und Bezirkstag zur Verfügung gestellt.

Schon vor dieser Rücktrittserklärung hatte am 29. Juni eine weitere Stadtratsitzung stattgefunden, über die es im *DB* und im Stadtratsprotokoll voneinander abweichende Informationen gibt. Laut Protokoll begann die Sitzung um 5 Uhr, laut *DB* handelte es sich um eine *Außerordentliche Sitzung*, die um 1/2 12 begann. Anwesend waren die beiden Bürgermeister und die 6 Stadträte der NSDAP Fraktion. Wie die NSDAP Führung in Deggendorf die Entwicklung forcierte, zeigt die Tatsache, dass auf dem Deckblatt des Sitzungsprotokolls schon die 15 Namen der NSDAP Stadträte eingetragen sind, obwohl die BVP Räte zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht zurückgetreten waren. Die Zeitung berichtet ausführlich über die behandelten Themen: *Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß die Ladung der Stadtratsmitglieder, die bis vor kurzem der B. Volksp. angehörten, nicht möglich war, da sich selbe in Schutzhaft befinden. Da von den 15 Stadtratsmitgliedern (einschl. der beiden Bürgermeister) 8, also die Mehrheit erschienen ist, erklärte er das Haus für beschlussfähig.* Man beschloss wegen der Abwesenheit der BVP Stadträte einstimmig, die Verschiebung der Haushaltsplanung *bis zur Lösung der Frage, ob die in Schutzhaft genommenen Stadtratsmitglieder wieder in den Stadtrat eintreten*<sup>212</sup>. Ferner wurde beschlossen, dass sich am 5. Juli der gesamte Stadtrat an der Besichtigung der Heil- und Pflegeanstalt Mainkofen und Deggendorf zusammen mit dem Kreisrat teilnimmt. Auf Vorschlag von Graf beschließt man auch, am Soldatentag bedürftige Schwerbehinderte mit einem Sonderzuschuss (evt. Bereitstellung eines Mittagessens) zu bedenken. Der eigentliche Grund für die ungewöhnliche Zusammenkunft des Stadtrats am Tag Peter und Paul um 11.30 Uhr war die dringende Verlegung des geplanten Heimatfestes in Deggendorf auf das

nächste Jahr wegen der schlechten Witterung, die für die Landwirtschaft als katastrophal bezeichnet werden muss.

Im Protokoll der nächsten Stadtratssitzung am 12. Juli ist dann vermerkt, dass die BVP Stadträte ihre Mandate der NSDAP zur Verfügung stellen<sup>213</sup>. Damit ist der Weg frei für einen reinen NSDAP Stadtrat. Laut DB vom 2. Juli hatten sich viele Ortsgruppen der BVP schon zuvor aufgelöst:

\* **Deggendorf, 1. Juli.** (Auflösung von Ortsgruppen der BVP.) In einigen Orten unseres Bezirkes und anderwärts haben sich die Ortsgruppen der BVP. aufgelöst, so in Seebach, Winzer, Grafenau. Auch aus vielen anderen bayerischen Orten liegen Nachrichten über Auflösungen von Ortsgruppen und Verzichtserklärungen auf Mandate in Gemeinde- und Bezirksräten vor. Wie an anderer Stelle mitgeteilt wird, steht die Auflösung der Gesamtpartei unmittelbar bevor.

Am 6. Juli meldet dann der DB die endgültige Auflösung der BVP und ihrer Organe und Einrichtungen:

## Die Auflösung der Bayer. Volkspartei

Ich, München, 4. Juli. Der ehemalige Staatsminister und Reichstagsabgeordnete Eugen Graf Quadt-Isny gibt folgende Erklärung bekannt:

Im Benehmen mit der Bayer. Staatsregierung erkläre ich als Bevollmächtigter der Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei, daß mit dem heutigen Tage jede Tätigkeit der BVP. aufgehört hat und ihre Mitglieder aus dem Treueverhältnis zur Partei entlassen sind. Der Zweck, für den die nachgenannten Organe und Einrichtungen der Partei geschaffen wurden, ist damit weggefallen.

Es sind dies:

Landesvorstandschast der Bayerischen Volkspartei e. V.,  
der Landesverband, :  
sämtliche Kreisverbände, Bezirksverbände und Ortsgruppen,

Nach der Auflösung triumphierten die Nationalsozialisten dementsprechend: *Der Parteienstaat hat für allemal auch in Bayern ein Ende.* Verbunden damit ist die unverhohlene Drohung an die BVP Funktionsträger: *Allen jenen, die bisher im Vordergrund des politischen Lebens standen, ist allerorts*

äußerste Zurückhaltung, besser noch Abtreten von der politischen Bühne anzuraten<sup>214</sup>. Die Auflösung der Parteien wird durch das Gesetz gegen die Neubildung politischer Parteien zementiert:

## **Nie wieder Parteienstaat** **Das Gesetz gegen Neubildung politischer** **Parteien.**

ENB. Berlin, 14. Juli. Das heute vom Reichskabinett verabschiedete Gesetz gegen die Neubildung politischer Parteien schafft auf dem Gebiete des Parteiwesens nunmehr restlos und endgültig Klarheit. Die bisher vorhanden gewesenen politischen Parteien sind aufgelöst. Es gibt nur noch die große nationalsozialistische Volksbewegung Adolf Hitlers. Eine Wiederkehr des Parteilebens mit seinen unerfreulichen Auswüchsen ist durch den neuen Gesetzentwurf nunmehr ausgeschlossen worden, da nun die Neubildung politischer Parteien unter hohe Strafe gestellt ist.

Am 12. Juli veröffentlicht der DB die EntschlieÙung des Staatsministeriums des Innern vom 7. Juli 1933, in der festgelegt wird, dass *die Bestellung bei den Mitgliedern der Gemeinderäte in unmittelbaren Gemeinden durch die Regierung, Kammer des Innern, auf den im Einvernehmen mit dem Kreisleiter der NSDAP vorzulegenden Vorschlag des 1. Bürgermeisters (nicht des Bezirksamtes) erfolgt*. Die Gemeinderäte werden also schon jetzt nicht mehr von den Bürgern gewählt, sondern nach dem Führerprinzip vom 1. Bürgermeister vorgeschlagen und dann von der Regierung nach der Zustimmung des Kreisleiters bestellt. Dieses Verfahren wird dann 1935 in der Deutschen Gemeindeordnung festgeschrieben. Der 1. Bürgermeister Dr. Reus macht sich jetzt auf die Suche nach Kandidaten für die Ergänzung des Stadtrats. Laut Dr. Reus sollen sie *so ausgewählt werden, dass alle Berufsstände der Stadt ihre Vertretung finden*<sup>215</sup>. Er bittet seine Kollegen von der NSDAP Fraktion, ihm umgehend geeignete Personen zu nennen, *die neben der Geneigtheit nach der persönlichen (charakterlichen) und geschäftlichen Seite auch dem überwiegenden Willen der Einwohnerschaft, der in unserer N.S.D.A.P. verkörpert ist, entsprechen*. Undeutlicher kann man es wohl nicht ausdrücken, dass also nur NSDAP Mitglieder als Kandidaten in Frage kommen. Nach einer Fraktionssitzung am 13. Juli soll dann die *Auswahl der vorgeschlagenen Namen durch den 1. Bürgermeister und den Kreisleiter erfolgen, der Vorschlag zusammengestellt und an die Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz, Kammer des Innern, gegeben werden*. Letzteres geschieht am 15. Juli, wobei Dr. Reus bittet, auch die zwei sozialdemokratischen Sitze besetzen zu dürfen, da einige Kandidaten *geschäftlich derart gebunden sind, dass sie von der Übertragung städtischer Verwaltungsstellen nach*

*Möglichkeit befreit werden müssen. Somit sollte er 15 Stadtratsmitglieder zur Seite haben. Abschließend betont Dr. Reus noch, dass sämtliche Herren der NSDAP angehören und sowohl der Ortsgruppe wie auch der Stadtratsfraktion der N.S.D.A.P. genehm sind*<sup>216</sup>.

Einen Tag zuvor, am 14.Juli, hatte eine weitere Stadtratsitzung mit den 6 NSDAP Stadträten und den beiden Bürgermeistern stattgefunden. Auf dem Protokollformular sind wiederum schon die 15 Namen des neuen NSDAP Stadtrates abgedruckt, also auch die Namen der Mitglieder, die erst am 27.Juli von der Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz offiziell ernannt werden<sup>217</sup>. Diese 9 Mitglieder waren jedoch bei der Sitzung noch nicht anwesend, weil deren Namen durchgestrichen sind. In dieser Sitzung verliest Dr. Reus das an Graf gerichtete Rücktrittschreiben der 7 BVP Stadträte vom 2. Juli 1933. Die dadurch frei gewordenen Plätze in den Steuerausschüssen werden durch Graß Alois, Schiller August und Höcht Albert besetzt. Diese werden im Protokoll schon als „Stadträte“ geführt, obwohl sie es offiziell noch gar nicht sind. Im Mittelpunkt der Beratung stehen jedoch Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung. Das Stadtbauamt hatte in Zusammenarbeit mit Bauingenieur Neubauer eine Liste von Projekten zusammengestellt, *bei denen eine möglichst große Zahl von Arbeitern längere Zeit beschäftigt werden kann*<sup>218</sup>. Vorgeschlagen werden der Turnhallenbau im Kapuzinerstadel, die Planierung des Sportplatzes auf den Bogenwiesen, sowie die Regulierung des Aubaches in der Stadtau. Im geheimen Teil der Sitzung wird erneut über die geplante Unterbringung einer Arbeitsdienststammabteilung in der leer stehenden Vollmuth Fabrik diskutiert. Obwohl sich die Umbaukosten auf 58.000 RM belaufen, beschließt man trotzdem *die weitere beschleunigte Behandlung der Angelegenheit um die Gewinnung der Arbeitsdienststammabteilung für Deggendorf sicher zu stellen*<sup>219</sup>.

#### **Der rein nationalsozialistische Stadtrat bis zum erzwungenen Rücktritt von Bürgermeister Dr. Reus**

Die Umbildung des Stadtrates findet ihr Ende mit der *EntschlieÙung der Regierung v. Niederbayern und der Oberpfalz* vom 27.Juli 1933, in der die Sitze der BVP - und der SPD Stadträte durch NSDAP Mitglieder besetzt wurden. Der *DB* stellt zum Schluss des Berichts vom 30.Juli fest: *Die Stadt Deggendorf hat also in Zukunft ein rein nationalsozialistisches Gemeindeparlament.*

Mit Ausnahme von Dr. Reus, Sebastian Weiß und Theodor Eckert sind alle Mitglieder dieses Stadtrates Neulinge in der Kommunalpolitik. Auch der fungierende 2. Bürgermeister Graf hat keinerlei kommunalpolitische Erfahrung.

## Der neue Stadtrat

Ergänzung des Stadtrates Deggendorf.

\* Deggendorf, 29. Juli.

Der Stadtrat Deggendorf besteht zur Zeit neben 1. Bürgermeister Dr. Neus und 2. Bürgermeister Dipl. Ing. Graf aus den Stadtratsmitgliedern

1. Weiß Sebastian, Buchdrucker,
2. Stadler Franz, Malermeister,
3. Göh Andreas, Obersteuerinspektor,
4. Federsberger Josef, Elektriker,
5. Schiller August, Kaufmann,
6. Neubauer Hans, Bau-Ingenieur.

Gemäß § 4 Ziffer 3 der V. des Reichsministers des Innern vom 7. 7. 1933 — RGBl. I S. 462 — und MV. vom 13. 7. 1933 — StAnz. Nr. 161 — wurde nun mit Entschliebung der Regierung v. Niederbayern und der Oberpfalz, Kammer des Innern, vom 27. Juli 1933 Nr. 4032 a 5 der Stadtrat Deggendorf dahin ergänzt, daß als ehrenamtliche Mitglieder für die durch das Verbot der SPD. und durch den Rücktritt der Mitglieder der Stadtratsfraktion der BVP. und ihrer Ersatzleute freigewordenen Sitze die nachfolgenden von dem 1. Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Kreisleiter der NSDAP. vorgeschlagenen Personen bestellt wurden:

7. Fuchsle Franz Xaver, Versicherungsinspektor,
8. Graßl Alois, Landwirt und Kaufmann,
9. Reijach Karl, Kanzleihilfe,
10. Höcht Albert, Kaufmann,
11. Eckert Theodor, Hauptlehrer,
12. Wartner Franz, Schlossermeister,
13. Bauer Josef, Fabrikarbeiter,
14. Dr. Niedermeier Richard, Regierungsbaurat,
15. Wiedemann Ludwig, Fabrikant und Konditoreibesitzer.

Die Stadt Deggendorf hat also in Zukunft ein rein nationalsozialistisches Gemeindeparlament. Wie die Uebersicht ausweist, haben alle Stände und Berufsgruppen der Stadt ihre Vertretung gefunden. Mitglieder frühere Stadträte waren neben 1. Bürgermeister Dr. Neus die Stadtratsmitglieder Weiß Sebastian und Eckert Theodor.

Über die meisten der neu hinzugekommenen Stadträte gibt es sowohl in den Meldekarten im Stadtarchiv Deggendorf als auch in den Akten der Spruchkammer Deggendorf Informationen, nicht aber über Franz Xaver Fuchsle. Er war Versicherungsinspektor und 1933 Standortführer der Hitlerjugend. Als solcher hatte er beim Stadtrat einen *grösseren Zuschuss* für die Finanzierung des Gebietstreffens der Hitlerjugend beantragt und trotz der finanziellen Probleme der Stadt einen Zuschuss von 200 RM bekommen<sup>220</sup>. Er muss als Werber für die HJ und für die Partei sehr aktiv gewesen sein und auch in der Kreisleitung mitgearbeitet haben. So gibt Ratsherr Alois Graßl bei seinem Spruchkammerverfahren an, dass der Kreisbeauftragte der NSDAP, Fuchsle, ihn immer wieder zum Eintritt in die Partei aufgefordert habe<sup>221</sup>. Der Schachinger Gemeinderat Franz Dendorfer führt bei seinem Spruchkammerverfahren an, dass es der HJ Führer Fuchsle war, der ihn in die HJ brachte<sup>222</sup>. Da Fuchsle auf der Liste der Ergänzungsvorschläge an erster Stelle genannt wird, muss er wohl in der Partei großes Ansehen genossen haben. Es fällt allerdings auf, dass er für den

Finanzausschuss und für den Sparkassenausschuss wohl wegen seines Alters jeweils nur als Stellvertreter aufgestellt wurde<sup>223</sup>. Im Kriegsfürsorgeausschuss war er aber Vollmitglied. Auch bei der *Übertragung ehrenamtlicher städtischer Verwalterstellen* bekam er nur zwei städtische Wohngebäude, eines davon das ehemalige städtische Leihhausgebäude, zur Betreuung<sup>224</sup>. Fücksle gehörte dem Stadtrat nicht lange an, da er Deggendorf im 1. Halbjahr 1934 verließ. Wurde er im Protokoll vom 12. März noch als Stellvertreter im Finanzausschuss erwähnt, heißt es im Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses am 19. April<sup>225</sup>: *Durch den Wegzug des Herrn Stadtrates Franz Xaver Fücksle hat sich dessen Mandat im Stadtrat erledigt*. Seine Stelle im Stadtrat sollte aber nicht mehr besetzt werden. Der *DB* vom 5. August 1934 berichtet, dass die Verwalterstellen des ausgeschiedenen Stadtrates Fücksle an Franz-Xaver Stadler übertragen worden seien. Da Fücksle im Frühjahr 1934 Deggendorf verließ, war die Spruchkammer Deggendorf für ihn nicht zuständig, und somit liegen uns auch keine Spruchkammerakten über ihn vor.

In dem zitierten Artikel des *DB* heisst es dann weiter, dass auch die Stelle des ebenfalls ausscheidenden Fabrikanten und Konditoreibesitzers Ludwig Wiedemann nicht durch einen Nachrücker besetzt wird, sodass Deggendorf jetzt nur noch 13 Stadträte hat. Wiedemann war im Mai 1933 in die Partei eingetreten. In seinem Spruchkammerverfahren führt er an, dass er dies *aus wirtschaftlichen Erwägungen im Hinblick auf die angedrohten Nachteile* getan habe<sup>226</sup>. Nach dem Ausscheiden der BVP Stadträte wurde er am 29. Juli 1933 als Stadtrat bestellt. Dort war er Mitglied in dem wichtigen Finanzausschuss und Vertreter im Ausschuss für das städtische Jugendamt. Weiter war er Verwalter des städtischen Waisenhauses<sup>227</sup>. Von Entlastungszeugen im Spruchkammerverfahren wird Wiedemann als *Gegenpol zu den mehr radikalen Mitgliedern des Stadtrates* bezeichnet<sup>228</sup>. Laut Mitstadtrat August Schiller wurde er 1933 *mit seinen Vorschlägen, wie Errichtung eines großen Bades zur Hebung des Fremdenverkehrs in Deggendorf von verschiedenen Stadträten, besonders von den „Alten Kämpfern“ verlacht*<sup>229</sup>. Ob die Probleme mit anderen Stadtratsmitgliedern der Grund waren, dass Wiedemann immer seltener an Stadtratssitzungen teilnahm, lässt sich nicht klären. Für sein Fernbleiben bekommt er von Rechtsrat Haas am 20. Juli 1934 schließlich eine Abmahnung<sup>230</sup>.

Tagebuch Nr. .... Abt. ....  
(Bei Beantwortung ergeben)

Deggendorf, den 20. Juli 1934.

## Stadtrat Deggendorf

Fernsprecher Nr. 14 u. 179

Bankkonto:  
Postscheckkonto München 1522, Bezeichnung Stadtkämmerei  
Deggendorf, Bayer. Gemeindebank München, Bezeichnung  
Stadtparkasse Deggendorf, Bayer. Staatsbank,  
Reichsbank Straubing

An

Herrn Kaufmann L. Wiedemann

H i e r .

.,.,.,.,.,.

Betreff: Fernbleiben von den  
Sitzungen.

*In verschiedenen Stadtrats- und Ausschuss-  
Sitzungen musste festgestellt werden, dass Sie sich von den  
Sitzungen ständig und scheinbar mit Absicht fernhalten.*

*Wir müssen Sie pflichtgemäss darauf aufmerksam  
machen, dass der Artikel 25 der G.O. für jedes ehrenamtliche  
Mitglied des Stadtrates und der Ausschüsse die Verpflichtung  
zur Teilnahme an den Sitzungen festlegt. Gegen ehrenamtliche  
Mitglieder, die sich dieser Verpflichtung entziehen, kann der  
Stadtrat durch Beschluss Ordnungsstrafen bis zu 200 Rm.- ver-  
hängen und im Wiederholungsfalle den Verlust des Amtes ausspre-  
chen.*

*Wir bitten Sie, zu den nächsten Stadtrats- und  
Ausschuss-Sitzungen, soweit Sie nicht dringend verhindert sind,  
wieder zu erscheinen oder aber die Niederlegung Ihres Mandates  
und damit auch Ihrer Verwalterstellen dem Stadtrat und dem  
Fraktionsvorsitzenden mitzuteilen.*

Stadtrat:

Der letzteren Aufforderung kommt Wiedemann schnell nach und teilt dem Stadtrat am nächsten Tag mit, dass es ihm seine geschäftliche Tätigkeit unmöglich mache, sein Amt als Stadtratsmitglied zu versehen, weshalb er sein Amt niederlege<sup>231</sup>. In der Sitzung vom 21. August nimmt der Stadtrat offiziell den Rücktritt an. Faktisch war der Rücktritt jedoch schon am 2. August geschehen, denn im Protokoll dieser Sitzung werden Fuchsle und Wiedemann nicht mehr mitgezählt. Ludwig Wiedemann bleibt Mitglied der NSDAP bis 1945 und wird im schriftlichen Verfahren der Spruchkammer Deggendorf am 19. Juli 1946 in die Gruppe der Mitläufer eingereiht. Für ihn wird eine Sühne von

2.000 RM festgesetzt<sup>232</sup>. Im Bericht des *DB* 1939 über die Feier der Silberhochzeit des Ehepaares Wiedemann wird seine frühere Tätigkeit als Stadtrat mit keinem Wort erwähnt<sup>233</sup>.

Der Fabrikarbeiter Bauer Josef gehörte nach seiner Berufung am 1. August 1933 zunächst keinem der städtischen Hauptausschüsse an, sondern nur dem Ortsfürsorgeausschuss, dem Kriegsfürsorgeausschuss und dem Wohlfahrtshauptausschuss. Als ehrenamtliche städtische Verwalterstellen wurden ihm drei städtische Gebäude und die Kriegsofopferfürsorge übertragen. Bei der Umbildung des Rates im Oktober 1935 wurde er Beirat für soziale Fürsorge<sup>234</sup>. Dies lässt darauf schließen, dass Josef Bauer in seiner langjährigen Tätigkeit im nationalsozialistischen Stadtrat keine führende Rolle spielte. Bauer, der 1880 in Oberfrohneuth geboren wurde, hatte drei Jahre lang am 1. Weltkrieg teilgenommen und kam erst 1920 aus der Gefangenschaft nach Hause. Er zog 1926 von Leoprechtstein nach Deggendorf in die Metzgergasse 19 um. Josef Bauer war bei der Südchemie AG beschäftigt und wurde dort Betriebsobmann der Partei. Daneben war er Blockleiter und Ortsobmann der DAF<sup>235</sup>. Der genaue Parteieintritt ist nicht bekannt, da über Bauer wegen seines frühen Todes 1942 keine Spruchkammerakte vorliegt. Im Bericht der *BO* anlässlich seiner Beerdigung heißt es aber, dass er schon 1931 *den Weg zum Nationalsozialismus gefunden* habe<sup>236</sup>. Bauer Josef hatte noch am 23. Februar 1942 an der Beratung mit den Ratsherren teilgenommen<sup>237</sup> und verstarb dann am 18. März 1942 plötzlich. Hier der Bericht des *DB* vom 19. März: *Gestern früh ist nach kurzer zweitägiger Krankheit Ratsherr Josf Bauer, Hausbesitzer dahier, im Alter von 62 Jahren verschieden. Eine plötzlich aufgetretene tückische Krankheit hat dem Leben dieses stets arbeits- und einsatzfreudigen Mannes ein rasches Ende gesetzt.* Wie immer bei Beerdigungen von Funktionsträgern der Partei übernimmt die NSDAP die Regie. So setzen die Kreisleitung und die Ortsgruppen Deggendorf Nord und Süd folgenden Aufruf in die Zeitung: *Morgen Samstag 21. März, vorm. 9.30 Uhr Antreten bei der Kreisleitung. Abmarsch punkt 9.45 Uhr zur Beerdigung des Pg. Bauer*<sup>238</sup>. Im Bericht über die Beerdigung wird die Beteiligung eines Priesters nicht erwähnt, nur die Beteiligung der Partei und ihrer Unterorganisationen<sup>239</sup>.

Ein einflussreicher Nationalsozialist ging zur letzten Ruhe. Die überaus große Beteiligung der Partei- und Volksgenossen beim letzten Gang des Pq. Ratsherr Josef Bauer war ein Beweis der großen Liebe und Verehrung, deren sich der so plötzlich Verstorbene in unserer Stadt erfreute. Seine im Dienste der Partei, der Deutschen Arbeitsfront, der NSB, und nicht zuletzt als Ratsherr der Stadt Deggendorf erworbenen Verdienste stellten Ortsgruppenleiter und Stellvert., Bürgermeister Weiß, Kreisobmann der D.A.F., Schnitzbaum und der Amtsleiter der NSB, Schönecker vor der großen Trauergemeinde heraus. Stellv. Bürgermeister Weiß schilderte das Leben des Verstorbenen, das nichts als Kampf für die Gemeinschaft bedeutet habe. Als einflussreicher deutscher Mensch hat er schon 1931 den Weg zum Nationalsozialismus gefunden und war hier, wie Pq. Schnitzbaum betonte, einer der ersten, die in den Betrieben gegen den Marxismus die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation aufbaute. Die bedürftigen Volksgenossen seines NSB-Blocks haben in dem Verstorbenen einen stets hilfsbereiten und treuen Helfer und Berater verloren, und die NSB-Ortsverwaltung, wie Pq. Schönecker ausführte, betrauert einen unermüdlichen und einflussreichen Helfer. Für die NSDAP, und den Reichskriegerbund ehrten die Pqq. Inhofer bzw. Stadlbauer den verstorbenen Kameraden durch eine Kranzspende. Weitere Kränze legten der Betriebsführer und ein Arbeitskamerad im Namen der Gefolgschaft nieder. Als der Ehrensalut der NSDAP, über das offene Grab hallte, wurde die Leiche eines aufrechten deutschen Mannes der Erde übergeben, dessen Andenken bei allen, die ihn kannten, stets wach bleiben wird.

Die Todesanzeigen, die seine Frau in die Zeitungen setzte, weichen im Wortlaut voneinander ab. Während die Anzeige im DB mit *Gott dem allmächtigen hat es gefallen* beginnt, heisst es in der BO: *Tieferschüttert gebe ich bekannt...* Auch der Wortlaut der Danksagungen ist in beiden Blättern unterschiedlich<sup>240</sup>:

**Danksagung**  
 Für all die vielen Beweise herzlichster Anteilnahme in Wort und Schrift, sowie der großen Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Gatten, Pflegevaters, Bruders, Schwagers, Onkels, Paten und Vettors  
**Herrn Josef Bauer**  
 Hausbesitzer von hier  
 Weltkriegsteilnehmer 1914/18  
 sage ich allen Verwandten und Bekannten aufrichtigen Dank. Besonders danke ich stellv. Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Weiß, den Kreisamtsleitern der D.A.F., der N.S.V., der N.S.K.O.V. dem Veteranen und Kriegerverein, Betriebsführer der Chemie-Werke II-Süd, der Gefolgschaft der Chemie-Werke für den ehrenvollen Nachruf und herrlichen Kranzspenden. Den Schwestern der Vinzenzpflege für ihre Hilfeleistung während der Krankheit.  
 Deggendorf, den 23. März 1942.  
 In tiefer Trauer:  
**Fanny Bauer, Gattin**  
 mit den übrigen Verwandten.

BO 24.März 1942

**DANKSAGUNG**  
 Für die vielen Beweise herzlichster Anteilnahme in Wort und Schrift und die zahlreiche Beteiligung an den Beerdigungsfeierlichkeiten meines lieben Gatten, unseres guten Pflegevaters und Bruders  
**Herrn Josef Bauer**  
 Hausbesitzer dahier  
 Weltkriegsteilnehmer 1914/18  
 sagen wir allen Verwandten u. Bekannten aufrichtigen Dank. Besonderen Dank der NSDAP. und ihren Gliederungen für die Kranzniederlegungen u. Beteiligung, Hrn. Betriebsführer Dr. Jttlinger, sowie der Gefolgschaft für die ehrenvollen Nachrufe und die herrlichen Kranzspenden, den Schwestern der Vinzenzpflege für die Hilfeleistung während der Krankheit.  
 Wir bitten des teuren Verstorbenen auch ferner im Gebete zu gedenken.  
**Deggendorf, den 24. März 1942**  
 Die tieftrauernde Gattin **Fanny Bauer**  
 mit **Pflegesohn.**

DB 24.März 1942

In der Parteizeitung *BO* sind beim Dank alle Parteifunktionäre, die an der Beerdigung teilnahmen, aufgezählt, während die Danksagung in der früher der Kirche nahestehenden Zeitung *DB* mit der Bitte endet, dem Verstorbenen *im Gebete zu gedenken*. Ob diese unterschiedlichen Inhalte von Fanny Bauer so gewünscht waren, oder ob dies die Zeitungen selbst entschieden, lässt sich nicht sagen. Ein Dank an den Geistlichen findet sich in keiner der Anzeigen. In der Meldekarte befindet sich für beide Eheleute der Eintrag *VK*<sup>241</sup>.

Auch der Kaufmann Albert Höcht verstirbt während seiner Zeit als Ratsherr. Geboren 1887 in Regensburg, zieht er 1921 nach Deggendorf in die Bahnhof Str. 449 1/6<sup>242</sup> um. Da Höcht am 28. Dezember 1939 stirbt, liegt über ihn ebenfalls keine Spruchkammerakte vor. So beschränken sich die Informationen über ihn im Wesentlichen auf die Artikel im *DB* anlässlich seines Todes. Seine Frau Theresa sagt im Spruchkammerverfahren von Franz Dendorfer aus, dass ihr Mann und Dendorfer bei der Gründungsversammlung mit Gregor Staßer 1922 in der Schiesstätte in die NSDAP eingetreten waren<sup>243</sup>. Sie fährt dann fort: *Nach einer politischen Versammlung im Frühjahr 1923 (März oder April) im Schwarmannsaal kam Herr D. mit meinem Mann nach Hause mit der Begründung, sich weiterhin nicht mehr zu betätigen und auszutreten*. Damit war wohl die chaotisch verlaufene Versammlung mit dem Bergarbeiter Dolle am 15. März 1923 gemeint<sup>244</sup>. Jedenfalls gehörte Albert Höcht zu den „Alten Kämpfern“, was auch im Artikel des *DB* zu seinem Tod gewürdigt wurde<sup>245</sup>: *Bereits im Jahr 1922 fand Pg. Höcht den Weg zur Bewegung Adolf Hitlers und erwies sich hier als Mitbegründer der Ortsgruppe Deggendorf der NSDAP als unerschrockener Kämpfer für die gerechte Sache*. Im 1. Weltkrieg hatte er als Unteroffizier und Feldwebel bei den Kolonialtruppen in Tsingtau gekämpft und wurde dafür mit dem *Eisernen Kreuz 1. Klasse* ausgezeichnet. In Deggendorf war er Mitbegründer der Ortsverbände des Kolonialbundes und des NS-Marinebundes<sup>246</sup>. Nach seiner Ernennung zum Stadtrat wird der Kaufmann Höcht in die Marktkommission und in den Sparkassenausschuss berufen. Als ehrenamtliche städtische Verwalterstellen bekommt er das Städt. Elektrizitätswerk, sowie die Betreuung der Straßenbeleuchtung, des Pulverturms, der Stadtwaage und des Fremdenverkehrs<sup>247</sup>. Bei der Umstrukturierung des Rates im Oktober 1935 wird er Beirat für Bau- und Werksangelegenheiten. Der Artikel im *DB* zu seinem Tod erwähnt, dass seine schwere Krankheit mit den *Strapazen im Schutzgebiet* zusammenhing, und schließt mit der Bemerkung, dass die Leiche nach Regensburg überführt und dort in der Familiengruft beigesetzt werde. Hier die Todesanzeige<sup>248</sup>:

Der Herr über Leben und Tod hat heute früh 9<sup>1/2</sup> Uhr meinen geliebten Mann, unseren lieben Vater

# Herrn Albert Höcht

**Kaufmann**  
Kriegsteilnehmer 1914/18, Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und II. Kl.

von seinem schweren Leiden erlöst  
Deggendorf, Regensburg, München, 27. Dezember 1939

In tiefer Trauer: **Therese Höcht, Gattin**  
Theog Höcht  
Hedwig Hopfner, geb. Höcht | Töchter | Oberstfeldmeister **M. J. Hopfner**, Schwiegersohn

Auf Wunsch des Verstorbenen erfolgt die Ueberführung nach Regensburg in die Familiengruft, woselbst am **Freitag, 28. Dezember** nachmittags 3 Uhr die Beerdigung stattfindet.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am Mittwoch, den 27. Dezember 1939

# Pg. Albert Höcht

**Ratsherr der Stadt Deggendorf**

Seit 1833 war der Verstorbene als Ratsherr der Stadt Deggendorf tätig. Mit tiefer Trauer und in Dankbarkeit für seine für die Stadt Deggendorf geleistete Arbeit gedenken wir des so früh Dahingegangenen.

Seine Verdienste sichern ihm ein ehrendes Gedenken.

**Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf**  
i. D.: Weiß.

Am 27. Dezember 1939 wurde aus unserer kleinen Schar der Kamerad und Ehrenkameradschaftsführer

# Albert Höcht

**Kaufmann**

entrissen. Wir werden den treuen Tatkameraden, der Mitbegründer der Kameradschaft war und sich seit der Gründung erfolgreich für unsere Marine- und Kolonialbelange besonders verdient gemacht hat, nie vergessen.

**Kameradschaft ehem. Marine- und Kolonialtruppen  
in Deggendorf**  
**I. NS. Deutschen Marinebund e.V. Landesverband Hochland-Main**  
(i. NS. Reichskriegerbund)  
**Lindner**, Marinekameradschaftsführer.

**Nachruf.**

Der Kamerad

# Pg. Albert Höcht

ist für immer von uns gegangen.

Wir werden dem treuen Kämpfer für die koloniale Sache und Gründer des Ortsverbands Deggendorf ein ehrendes Andenken bewahren.

**Reichskolonialbund**  
**Kreis- und Ortsverband Deggendorf**  
**Hans Baumann.** **Math. Neumeyer.**

Im Nachruf des DB wird Albert Höcht als *tüchtiger Geschäftsmann* dargestellt. Reichtümer scheint er aber nicht angehäuft zu haben, denn drei Monate nach seinem Tod berät der Stadtrat, ob sein Laden nicht zwangsweise geräumt werden solle, weil die Miete schon seit Jahren nicht mehr bezahlt worden sei<sup>249</sup>: *Bei derzeitigem Geschäftsgang ist nicht damit zu rechnen, daß die Ladenmiete bezahlt werden könne*. Der Bürgermeister beschließt, dass Frau Höcht die Miete erlassen wird unter der Voraussetzung, dass der Laden bis zum 1.7.1940 geräumt wird. In der nächsten Beratung sieht man aber von einer Räumung ab, da Frau Höcht versprochen hat, *dass sie ab 1.7. die Ladenmiete voll und ganz bezahlen wird*<sup>250</sup>. Theresa Höcht bleibt weiterhin Geschäftsfrau. Im Einwohnerbuch 1949 steht bei ihrem Namen der Eintrag *Gesch. Inh.*, im Einwohnerbuch 1955 heißt es: *Höcht Therese Zigarrengeschäft Oberer Stadtplatz 1.*

Der Landwirt und Kaufmann Alois Graßl ist gebürtiger Deggendorfer. Er ist Jahrgang 1895 und Inhaber der Firma A. Wolferseder<sup>251</sup>. Über ihn selbst liegt im Stadtarchiv keine Meldekarte vor. Er ist aber auf der Meldekarte seines gleichnamigen Sohnes, der 1932 geboren wurde, als Vater vermerkt. Graßl trat zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein und blieb Mitglied bis April 1945. Laut eigener Angabe tat er dies, weil er in den Stadtrat kommen wollte, um sich dort als *fähiger Geschäftsmann* einzubringen. Er betont immer wieder, dass er glaubte, seine *Mitarbeit der Stadt auf rein wirtschaftlichem Gebiet nicht versagen zu dürfen*<sup>252</sup>. Der Gastwirt Josef Burger, der von 1919 bis 1933 selbst BVP Stadtrat war, bestätigt, dass Graßl das Amt des Stadtrates *auf Grund seiner Parteizugehörigkeit und seiner wirtschaftlichen Kenntnisse* bekam<sup>253</sup>. Burger kann aber nicht sagen, *ob Graßl in Uniform herumgelaufen ist*. Graßl selbst erwähnt als weiteren Grund für seinen Parteieintritt, dass der Kreisbeauftragte der NSDAP, Fücksle, ihn immer wieder zum Eintritt aufgefordert habe<sup>254</sup>. Zunächst war Graßl in keinem der städtischen Ausschüsse vertreten. Er war nur ehrenamtlicher Verwalter der Katherinenspital-Stiftung und der Städtischen Grundstücke und Waldungen. 1935 wurde er in den Finanzausschuss berufen, einen der wichtigsten Ausschüsse<sup>255</sup>. Als Parteimitglied vor 1937 und als Ratsherr musste er sich 1947 einem Spruchkammerverfahren unterziehen. In der Bemerkung 14 seiner Verteidigungsschrift stellt Graßl folgende Behauptung auf: *Für meine wirtschaftliche Tätigkeit im Stadtrat zeugt mein 1936 erfolgter Austritt, da ich es ablehnte, nationalsoz. Politik gegenüber jüdischen Firmen zu machen*<sup>256</sup>. Diese Behauptung ist nicht richtig. Graßl hat hier 1936 mit 1939 vertauscht. Denn 1939 ist Graßl im Protokollbuch noch als Ratsherr aufgeführt, auch wenn er im ganzen Jahr nur an einer einzigen Sitzung, am 19. Mai, teilnahm. Im Protokollbuch von 1940 taucht sein Name nicht mehr auf, dafür der Name des neuen Ratsherrn Otto Hosemann. Das Ausscheiden von Alois Graßl als Ratsherr wird weder im Beratungsprotokoll noch in der Presse erwähnt. So ist nicht zu klären, ob er auf eigenen Wunsch ausschied, wie Graßl sagt, oder ob er von der Partei entlassen wurde. Im gegenseitigen Einvernehmen dürfte das Ganze nicht geschehen sein. Zu schlimm scheint der Bruch aber nicht gewesen sein, denn im Februar 1940 wird Alois Graßl neben Josef Simperl und Josef Mack zu den *Schätzleuten* eingeteilt<sup>257</sup>.

Graßl gehörte nicht zu den fanatischen Nationalsozialisten in Deggendorf. Er betont, dass er nicht die Kirche verließ, wie das andere Parteifunktionäre taten<sup>258</sup>. Kooperator Schamberger bestätigt, dass Graßl *ständig den öffentlichen Gottesdienst in der Pfarrkirche besucht und dort auch die hl. Sakramente empfangen* habe<sup>259</sup>. Auch er gibt an, dass sich Graßl schon vor 1938 aus dem Stadtrat zurückgezogen habe und an den Beratungen trotz Aufforderung nicht mehr teilgenommen habe. Trotzdem fordert der öffentliche Kläger am 10.01.1947 rein formal die Einreihung Graßls in die Gruppe II, weil Graßl Stadtrat war und vor 1937 in die Partei eingetreten war<sup>260</sup>. Im Spruch vom 22.01.1947 wird Graßl in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht und zu einem Sühnebetrag von 2.000 RM verurteilt. Die Begründung für das milde Urteil lautet: *Aus den von dem Betroffenen überreichten schriftlichen Erklärungen ergibt sich, daß er offenbar nur aus geschäftlichen Rücksichten Mitglied der NSDAP geworden ist*<sup>261</sup>. Die Beanstandung des Spruches durch die örtliche Militärregierung weist der 2. öffentliche Kläger zurück und erklärt den Spruch für rechtskräftig<sup>262</sup>.

Wie einige andere Deggendorfer Nationalsozialisten stammt auch Dr. Richard Niedermayer, dessen Name selbst im Amtsblatt des Stadtrates Deggendorf falsch geschrieben ist, aus Regensburg, wo er 1890 geboren wurde. In Deggendorf arbeitete Dr. Niedermayer als Regierungsbaurat im Wasserwirtschaftsamt und war dort für den Hochwasserschutz zuständig<sup>263</sup>. Laut Bürgermeister Hans Graf wurde er *als Experte des Hochwasserschutzes in den Stadtrat berufen*<sup>264</sup>. Im Stadtrat war er Mitglied des Werkausschusses und der Schulpflegschaft. Als ehrenamtliche städtische

Verwalterstellen war er für Arbeitsdienstangelegenheiten, das Rathausgebäude sowie die Vollmuth Villa zuständig<sup>265</sup>. Gerade mit diesen Objekten wird sich der Stadtrat öfters beschäftigen müssen. 1935 wurde er Beirat für Bau- und Werksangelegenheiten<sup>266</sup>. Als Stadtrat spielte Dr. Niedermayer bei den Planungen des zu errichtenden neuen Stadtbades eine wichtige Rolle. So legte er im Januar 1935 dem Bauausschuss einen Entwurf für ein *Schwimmbad an der Zusammenmündung Hammermühl-Kohlbach* vor<sup>267</sup>. Der Bau sollte in Zusammenarbeit mit der hiesigen Garnison erfolgen. Nachdem dieses Projekt gescheitert war, wollte Dr. Niedermayer, dass die Projektierung und Finanzierung des Baus eines Bades zumindest Schritt für Schritt durchgeführt werde. Dies sei wichtiger als der Bau des städtischen Schlachthauses<sup>268</sup>. In der Beratung mit den Ratsherren am 17. Januar 1936 wiederholte Dr. Niedermayer diese Forderung und schlug als Standort die Volksfestwiese oder das Areal hinter dem Bahndamm direkt an der Donau vor<sup>269</sup>. Nachdem auch dieser Plan fehlschlug, setzte Bürgermeister Graf ein Sonderreferat für die *Ausarbeitung eines Entwurfes* ein, dem auch Dr. Niedermayer angehörte<sup>270</sup>. Diese Kommission schlägt als Platz das Gelände am Mühlbogen vor. Als Bürgermeister Graf diesen Vorschlag ablehnt, stellt sich neben dem 1. Beigeordneten Haas auch der Ratsherr Dr. Niedermayer offen gegen den Bürgermeister<sup>271</sup>. Laut Spruchkammer wurde Dr. Niedermayer im August 1934 von Kreisleiter Brandl in den Kreisstab berufen<sup>272</sup>. Dort bekleidete er *das Amt eines Kreisfachbearbeiters für Arbeitsbeschaffung und technischen Kreisfachberaters* für den Donauhochwasserschutz<sup>273</sup>. Warum die Spruchkammer August 1934 als Datum angibt, ist nicht ersichtlich. Auf dem vorläufigen *Ausweis für politische Leiter* steht, dass dieser schon am 1.4.34 ausgestellt worden war. Laut dieses Ausweises hat Dr. Niedermayer die Mitglieds Nr. 2.188.858 und ist berechtigt zum *Tragen der Uniform eines Kreisabteilungsleiters*<sup>274</sup>. Zwischen dem Fachmann Dr. Niedermayer und der Kreisleitung muss es aber zu Unstimmigkeiten gekommen sein. Dr. Niedermayer gibt 1946 im Internierungslager Regensburg an, dass er Ende 1936 wegen *fortgesetzter Kritik an Partei u. Parteimassnahmen als untragbar in einer Parteiverwendung* seiner Funktion durch den Gau enthoben wurde<sup>275</sup>. In der Urteilsbegründung der Spruchkammer heißt es zunächst, dass er bis zum 1.7.1938 im Kreisstab war. Dieses Datum wird handschriftlich auf 17.3.1938 korrigiert. Nachdem die Spruchkammer am 17.3.1947 das Urteil gefällt hatte, korrigiert auch Dr. Niedermayer am 29.4.1947 in einem Schreiben an die Spruchkammer seine frühere Aussage und gibt jetzt an: *Ich habe von Aug. 1934 bis 17.3.1938 dem Kreisstab Deg. angehört*<sup>276</sup>. Er hatte offensichtlich versucht, die Zeit seiner Arbeit als Kreisfachbearbeiter verkürzt anzugeben. Dr. Niedermayer blieb Ratsherr bis zu seiner Versetzung Ende 1940. Allerdings deutet auch Hans Graf an, dass es Überlegungen über die Zukunft Dr. Niedermayers im Rat gegeben habe: *Bei dieser rein fachlichen Verwendung bestand kein Bedenken, Herrn Baurat Dr. Ing. Niedermayer trotz seinem 1936 erfolgten Ausscheiden aus dem Kreisstab bis 1940 im Stadtrat zu belassen*<sup>277</sup>. Ende 1940 gibt Bürgermeister-Stellverteter Weiß in der 12. Beratung das Ausscheiden Dr. Niedermayers aus dem Rat bekannt<sup>278</sup>: *Ratsherr Dr. Niedermayer teilt in heutiger Beratung mit, dass er ab 1. Februar 1941 Deggendorf infolge Versetzung verlasse und heute das letzte Mal der Beratung beiwohne und seine Rolle als Ratsherr aufgeben müsse. Dr. Niedermayer war seit 1935 Ratsherr.* In der Entschließung des Bürgermeisters heißt es dann: *Bürgermeister Weiß dankt dem scheidenden Ratsherrn und übermittelt demselben und seiner Familie für die Zukunft die besten Glückwünsche.* Der Grund für die Versetzung ist nicht bekannt und auch nicht, wie lange Dr. Niedermayer von Deggendorf weg war. Er muss aber noch vor Kriegsende zurückgekommen sein, denn er war im Volkssturm Adjutant des Volkssturmführers Schattenfroh und als solcher für die Ausbildung der Volkssturmmänner zuständig<sup>279</sup>. Nach dem Krieg wird er auf Aufforderung der Militärregierung Deggendorf hin vom Dienst enthoben<sup>280</sup> und als politischer Leiter am 27. Juli 1945 in das Internierungslager Regensburg eingewiesen<sup>281</sup>. Dort bleibt er bis zum 20. Dezember 1946<sup>282</sup>. Schon vorher hatte sich die

Baubteilung des Staatsministeriums des Innern mit der Bitte um dringliche Behandlung des Falles Dr. Niedermayer an den öffentlichen Kläger gewandt, da dies im *dienstlichen Interesse liege*<sup>283</sup>. In der Klageschrift vom 17.3.1947 wird die Einreihung in die Gruppe II (Belastete) gefordert. Doch Dr. Niedermayer wartet mit einem Heer von 18 Entlastungszeugen auf, darunter auch Andreas Maderer, der sich *erstaunt* zeigt, dass Dr. Niedermayer, der *lediglich auf Grund seines Amtes in die Partei eingetreten* sei, überhaupt inhaftiert wurde<sup>284</sup>. Dr. Küffner weiß, dass der Bruder von Dr. Niedermayer, Prof. Oskar Niedermayer, am Schluss des Krieges wegen defätistischer Äußerungen verhaftet wurde<sup>285</sup>. So reiht die Spruchkammer Deggendorf am 17.04.1947 Dr. Niedermayer in die Gruppe III (Minderbelastete) ein und setzt eine milde Sühne fest: *Mit Rücksicht auf seine Amtsstellung in der Partei einerseits, andererseits mit Rücksicht auf die Tatsache, dass der Betroffene durch die Plünderung den größten Teil seiner Habe verloren hat, setzt die Kammer eine Sühne von 500 RM fest*<sup>286</sup>. Während der Zeit der Bewährungsfrist, die am 2. Januar 1948 abläuft, darf er nur für *gewöhnliche Arbeiten* eingesetzt werden. So arbeitet Dr. Niedermayer, wie zahlreiche andere verurteilte Deggendorfer Nationalsozialisten, zunächst als Hilfsarbeiter bei der Firma Streicher, seit 18.Juni 1947 *als Angestellter für gewöhnliche Arbeiten* beim Wasserwirtschaftsamt. Dieses drängt aber auf die endgültige Einstellung Dr. Niedermayers, da größtes Interesse besteht, *auch diesen bewährten Mitarbeiter so rasch wie möglich ... wieder voll...einschalten zu können*<sup>287</sup>. Nach Ablauf der Bewährungsfrist wird Dr. Niedermayer in die Gruppe IV eingereiht<sup>288</sup> und kann somit seine ursprüngliche Stelle beim Wasserwirtschaftsamt wieder antreten. Am 5. Februar 1948 kündigt Dr. Niedermayer allerdings an, dass er plane, eine Stelle in München anzutreten<sup>289</sup>. Das scheint jedoch nicht so schnell geklappt zu haben, denn im Adressbuch von 1949 ist er noch immer als in Deggendorf wohnend aufgeführt. In der Ausgabe des Adressbuches von 1955 findet sich sein Name nicht mehr.

Der Schlossermeister Franz Wartner ist geborener Deggendorfer Jahrgang 1895. Er hatte 4 Kinder, sein Sohn wird im Krieg fallen<sup>290</sup>. Franz Wartner, seine Frau und alle seine Kinder haben auf der Meldekarte den Eintrag VK. Den Kirchenaustritt bestätigt Wartner dann auch beim Spruchkammerverfahren<sup>291</sup>. Franz Wartner trat zum 1.Mai 1933 in die NSDAP ein und schloss sich am 14.August dem SA Reitersturm an, *aus sportlichem Interesse*, wie er angibt<sup>292</sup>. Vom 25.August 1939 bis zum 17.April 1940 war er bei der Wehrmacht. Nach seiner Entlassung wurde er von 1940 bis 1945 Zellenleiter, ab Herbst 1944 Truppführer beim Volkssturm. Wartner war Stadtrat vom 1.August 1933 bis Oktober 1935 und dann Ratsherr von 1940 bis 1945. Nach seiner Berufung 1933 gehörte er dem Bau-und Werkausschuss und dem Wohlfahrtsausschuss an. Dazu war er noch Mitglied des Vorstandes der Berufsschule. An ehrenamtlichen Verwalterstellen wurden ihm die städtische Wasserleitung sowie der Kapuzinerstadel und das Feuerhaus am Ufer übertragen<sup>293</sup>. Bei der Umbildung des Stadtrates nach der Eingemeindung Schachings schied Wartner Anfang Oktober 1935 aus dem Stadtrat aus. Er selbst gibt im Spruchkammerverfahren an, dass er *freiwillig* ausgetreten sei<sup>294</sup>. Die Deggendorfer hatten ja 6 Ratssitze an die Schachinger abgetreten. Mangelnde Teilnahme Wartners an den Sitzungen kann nicht der Grund gewesen sein. Eine Überprüfung ergab, dass Franz Wartner bei den 9 Sitzungen bis Oktober 1935 nur einmal fehlte. Vielleicht spielte die unten behandelte Preisabsprache zwischen den Schlossermeistern, an der auch Wartner beteiligt war, eine Rolle. Da 1939 zwei Stadträte durch Tod und ein Stadtrat durch Rücktritt ausfallen, wird Franz Wartner am 30.Januar 1940, während er also noch Dienst bei Wehrmacht tat, in der 2. Beratung als Ratsherr verpflichtet<sup>295</sup>: *Der neuernannte Ratsherr Franz Wartner wurde nach Begrüssung durch den Bürgermeister in sein Amt als Ratsherr eingeführt und verpflichtet*. Und es heißt dann weiter im

Protokoll: *Derzeit leistet Ratsherr Wartner seinem Vaterland Wehrdienst.* Am 30. April 1940 nimmt Wartner zum ersten Mal an einer Beratung teil<sup>296</sup>.

Laut Klageschrift der Spruchkammer war er *Inhaber des Verdienstkreuzes für hilfsbereiten Einsatz bei der Unterbringung von Evakuierten*<sup>297</sup>. Bei der Vorbereitung des Spruchkammerverfahrens bezeichnen ihn Bürgermeister Schneider und der Ausschuss der Parteien einen politischen Aktivisten<sup>298</sup>. Der Versicherungsinspektor Wolfgang Eisenhofer beschuldigt Wartner, dass er und ein gewisser Nick ihn wegen eines Wirtshausgespräches, in dem er sich kritisch über das Vorgehen von Oberstaatsanwalt Dros im Fall Fritsche geäußert habe, angezeigt hätten und er deshalb wegen Verleumdung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden sei<sup>299</sup>. Es ist aber nicht genau zu klären, wer von den beiden die Anzeige gemacht hatte. Viele Entlastungszeugen versuchen Wartner zu entlasten. So betont ein Zeuge, dass Wartner in den letzten Kriegstagen als Volkssturmführer die Verteidigung der Stadt als *unnütz und gefährlich* bezeichnet habe und dass er gesagt haben sollte: *Wenn sich der Batl. Stab schon in Wohlgefallen aufgelöst hat, dann können wir's auch. Ich jedenfalls gehe zu meiner Frau nach Ufersbach*<sup>300</sup>. Hatte der öffentliche Kläger noch formal die Einreihung Wartners in die Gruppe II der Belasteten gefordert, beantragen Wartner selbst und sein Rechtsbeistand Dr. Riedl die Einreihung in Gruppe III<sup>301</sup>. Diesem Antrag folgt die Spruchkammer Deggendorf am 18. November 1946<sup>302</sup>. Franz Wartner wird aber zu einer hohen Sühnezahlung von 10.000 RM und zu einer Bewährungsfrist von 3 Jahren verurteilt. Während dieses Zeitraums dürfte er kein Unternehmen führen. Sein Handwerksbetrieb gilt aber nicht als solches. Außerdem muss er während der Bewährungsfrist für die Kommune Schlosserleistungen im Werte von 2.000 RM pro Jahr erbringen. Letztere Auflage erfüllt Wartner aber nur zum Teil. Im Januar 1948 informiert die Stadt den öffentlichen Kläger, dass Wartner 1947 nur Arbeiten im Wert von 282 RM geleistet habe<sup>303</sup>. Wartner erklärt dazu, dass er vom Verwaltungsausschuss keine weiteren Aufträge außer dem im Werte von 282 RM erhalten habe<sup>304</sup>. Auf Wartners Gnadengesuch an die Spruchkammer Deggendorf hin befürwortet der Öffentliche Kläger, den Sühnebetrag auf die Hälfte zu reduzieren, *von Arbeitsleistungen für die Allgemeinheit abzusehen und die Bewährungsfrist als abgegolten zu erklären*<sup>305</sup>. Als die Spruchkammer Deggendorf am 19. Oktober 1948 Wartner in die Gruppe der Mitläufer einreichte, nennt die Berufungskammer München das einen *gesetzlich unmöglichen Spruch*, da man es versäumt hatte, dafür ein Nachverfahren einzuleiten. Für Franz Wartner spielt dieser Verfahrensfehler keine Rolle. Er wird auch durch den Spruch der Hauptkammer vom 10.2.1950 in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht. Franz Wartner stirbt am 1.5.1971 in Deggendorf.

Auch Karl Reisach ist gebürtiger Deggendorfer. Er arbeitet als Verwaltungsangestellter im Wasserwirtschaftsamt und wohnt in Siedlung 523. Als er 1933 zum Stadtrat ernannt wurde war er schon 55 Jahre alt<sup>306</sup>. Karl Reisach ist Altparteigenosse. Er trat schon am 1. Juni 1930 in die Partei ein und blieb Mitglied bis zum Zusammenbruch<sup>307</sup>. In den Jahren 1933/34 war er auch stellvertretender Ortsgruppenkassenleiter und von 1935 bis 1945 Betriebsobmann der DAF. Er wird vom Gewerkschaftsvertreter bei der Beweisaufnahme für das Spruchkammerverfahren als *sehr überzeugter Nazi* beschrieben<sup>308</sup>. Im August 1933 gehört er vier städtischen Ausschüssen, darunter dem wichtigen Verwaltungsausschuss, an und er ist auch ehrenamtlicher Verwalter von drei städtischen Gebäuden<sup>309</sup>. Bei der Umstrukturierung des Stadtrates im Herbst 1935 wird ihm als einen der wenigen Räte keine Beiratsstelle zugewiesen. Die Verwaltungsangestellten Strobel und Bielmeier, die an vielen Beratungen teilnahmen, bestätigen *seine ruhige und vermittelnde Haltung bei den Verhandlungen*<sup>310</sup>. Karl Reisach bleibt Stadtrat und ab 1935 Ratsherr bis 1945. Wegen des frühen Parteintritts und wegen der langen Ratsherrenzeit beantragt der öffentliche Kläger 1947 die

Einstufung in Gruppe II<sup>313</sup>. Beim Spruchkammerverfahren selbst, das erst am 20. April 1948 stattfindet, beantragt er jedoch nur die Einstufung in Gruppe III. Die Bewährungsfrist von 6 Monaten sei *abgegolten durch das Zuwarten auf die Entnazifizierung*<sup>312</sup>. Somit wird am 30.4.1948 auch Karl Reisach als Mitläufer eingereiht und muss eine Sühne von 500 RM bezahlen<sup>313</sup>.

Theodor Eckert war gut 15 Jahre Stadtrat und Ratsherr in Deggendorf, von Dezember 1929 bis April 1945. Er wurde 1887 in Deggendorf geboren, heiratete 1912 Rosina Schmid in Bad Aibling und zog 1909 nach Deggendorf in den östlichen Graben zu<sup>314</sup>. Von Beruf war er Lehrer und, wie von vielen Seiten bestätigt wird, ein sehr guter Lehrer. In seinem Beruf macht er Karriere: Von 1924 bis 1939 ist er Hauptlehrer, dann wird er zum Oberlehrer befördert. Ab 1942 bis zum Kriegsende ist er Rektor. Ob diese Beförderungen etwas mit seiner politischen Tätigkeit zu tun haben, kann nicht nachgeprüft werden<sup>315</sup>. Seine Laufbahn als Stadtrat beginnt mit den Stadtratswahlen am 11. Dezember 1929, als er auf der Liste „Unparteiische Interessengemeinschaft“ in den Stadtrat gewählt wurde. In dieser Fraktion arbeitet er bis zur Neubildung des Stadtrates nach dem Gesetz der Gleichschaltung<sup>316</sup>. Wie oben schon erwähnt, sind dann der „Unparteiische Wirtschaftsbund“ und die „Unparteiische Interessengemeinschaft“ nicht mehr im Stadtrat vertreten, da diese Gruppierungen bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 nicht angetreten waren. Theodor Eckert tritt daraufhin wahrscheinlich am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Diese Datierung hatte er im Fragebogen der *Military Government of Germany* angegeben. In seinen Ausführungen zum Fragebogen datiert Eckert den Eintritt allerdings auf *Ende Juni oder anfangs Juli*. In dieser Zeit wurde gerade auf Lehrer verstärkt Druck zum Parteibeitritt ausgeübt. Eckert gibt beim Spruchkammerverfahren an, dass der Kreisleiter und Schulrat, Hanns Brandl, den er seit seiner frühen Jugend kannte, ihn zum Beitritt gedrängt habe. Er habe ihm *eindringlich bedeutet, dass es nicht möglich sei, abseits zu stehen*<sup>317</sup>. Es gab natürlich auch Lehrer, die dem Druck zum Parteibeitritt nicht nachgaben. Der Lehrer an der Realschule und spätere Bürgermeister, Maderer, sei hier genannt. Theodor Eckert wird nach dem erzwungenen Rücktritt der BVP Stadträte Ende Juli in den nun rein nationalsozialistischen Stadtrat berufen. Als Neuling im nationalsozialistischen Lager gehört er keinem der Hauptausschüsse an sondern nur dem Ortsfürsorgeausschuß und ist Mitglied der „Stadtschulpflegschaft“. Allerdings wird Eckert bei der Übertragung der ehrenamtlichen städtischen Verwalterstellen mit wichtigen Aufgabengebieten betraut. So betreut er das Städtische Krankenhaus, die städtischen Anlagen und Naturdenkmäler und ist *„Verbindungsorgan Stadtrat Deggendorf-Freiwillige Sanitätskolonne“*<sup>318</sup>. Bei der Umbildung des Stadtrates 1935 wird Eckert Beirat für soziale Fürsorge<sup>319</sup>.



(Bild: Stadtarchiv Deggendorf: Grundschule Theodor Eckert, *Wer war eigentlich Theodor Eckert?*)

Neben diesen Aufgaben übernahm Theodor Eckert noch die Kreisverwaltung des Winterhilfswerkes (WHW)<sup>320</sup>. Als im Winter 1933/34 die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) im großen Stil aufgezogen und als „Kreis-Amt“ geführt werden sollte, trat Eckert wegen *Überlastung* zurück<sup>321</sup>. Noch im gleichen Jahr wurde er zum „Kreishauptstellenleiter Rundfunk“ bestellt. Eckert bezeichnet seine Tätigkeit dort als *eine rein technische Sache*<sup>322</sup>, war aber dennoch 1934 *von der Rundfunkgesellschaft zum Funkschutz am Reichsparteitag* in Nürnberg abgeordnet worden, wo er zur *Bewachung von Übertragungsanlagen u. zur Schaltung eines Mikrophons eingeteilt wurde*. Eckert betont, dass er am Aufmarsch nicht teilgenommen habe, wie er auch in Deggendorf keine Aufmärsche mitgemacht habe, sondern sich *während dieser bei Völkl im Verstärkerzentrum des Rathauses* aufgehalten habe<sup>323</sup>. Es mag schon stimmen, dass sich Eckert für diese Position aus Interesse an der Entwicklung des Rundfunks zur Verfügung gestellt hatte, er übersah aber dabei absichtlich oder unabsichtlich, dass gerade der Rundfunk von den Nationalsozialisten als Hauptträger der Propaganda benutzt wurde<sup>324</sup>. Nicht umsonst versuchte man mit dem billigen Volksempfänger, der im Volksmund „Goebbelsschnauze“ genannt wurde, die Zahl der Radiohörer schnell zu vergrößern. Der staatlich vorgeschriebene Höchstpreis betrug 1933 76 RM und sank bis 1938 auf 35 RM. So wundert es nicht, dass die Zahl der Radiobesitzer von 4 Millionen im Jahr 1933 auf 12 Millionen 1939 anstieg<sup>325</sup>. 1938 wurde Eckert von Kreisleiter Brandl die Leitung der Kreisbildstelle übertragen. Obwohl Eckert in seiner Verteidigungsschrift versichert, dass er beide *Ämter nicht dazu benützte, um der Propaganda für die Partei zu dienen*, ist dennoch festzuhalten, dass im NS-Staat die Verbreitung von Propaganda und Indoktrinierung der Menschen der einzige Zweck der Kreisbildstelle war. Kurz vor Kriegsende war Theodor Eckert beim Volkssturm. Einzelheiten über seine Funktion dort sind nicht bekannt<sup>326</sup>. Er blieb bis zum Zusammenbruch Ratsherr. Selbst in der allerletzten Beratung am 11. April 1945 ist er anwesend<sup>327</sup>. An Auszeichnungen im Dritten Reich hatte er vom Kreisleiter 1944 das *K-Verdienst-Kreuz II. Kl.* bekommen<sup>328</sup>. Nicht unerwähnt bleiben sollte ein Bericht des *DB* vom 18. November 1938: *Nach der Filmvorführung hielt Kreisschulungsleiterin Pgn. Eckert ein Referat über die Judenfrage*. Hier handelt es sich jedoch auf keinem Fall um Theodor Eckerts Frau Rosina, da sie als Kreisschulungsleiterin mit Sicherheit ein Spruchkammerverfahren bekommen hätte. Laut Meldekarte war dies aber nicht der Fall. Eckerts Tochter, Maria, die Sparkassenangestellte war, hat auf der Meldekarte zwar den Eintrag *VK* und den Eintrag *Weihnachtsamnestie*, was bedeutet, dass sie in ein Spruchkammerverfahren verwickelt war. Allerdings wäre sie 1938 erst 23 Jahre alt gewesen, zu jung für das Amt einer „Kreisschulungsleiterin“. Die Rednerin war vielmehr Eckert Irmgard. Sie ist laut Meldekarte Jahrgang 1886 und mit dem *Bez. Inspektor der NLV* verheiratet. Neben dem Eintrag *VK* wird bei ihr als Religionszugehörigkeit *gottgl. früher ev.* angegeben. Im Spruchkammerverfahren wurde sie in die Gruppe III eingereiht. Was Irmgard Eckert zur Judenfrage ausführte, wird nicht berichtet. Das Referat wurde in den Tagen nach dem Novemberprogramm gehalten, in einer Zeit, als die Zeitungen voll waren von Hetzartikeln gegen die Juden. Einige Tage später, am 24. November, zitiert der *DB* die *Aufklärung* der Kreisfrauenschaftsleiterin, Frau Weidauer, über die Judenfrage: *Das Mitleid mit den Juden steckt noch in manchen Unaufgeklärten*.

Zumindest ein Mitglied der Familie Eckert geriet in politische Schwierigkeiten. In den schon zitierten Ausführungen zum Fragebogen berichtet Eckert, dass sein gleichnamiger Sohn Theodor 1938 aus der HJ ausgeschlossen worden sei, weil er einen Scharführer in Uniform geohrfeigt habe. Durch das HJ Obergericht sei er jedoch 1939 wieder aufgenommen worden. Dieser 1920 geborene Sohn war als Kampfflieger im Krieg eingesetzt und kehrte nicht mehr zurück. Nach dem Krieg konnte Eckert zunächst nicht wieder den Schuldienst antreten. Er gibt an, dass er bis zu seiner Verhaftung *bei Elektromeister Nirschl als Rundfunkinstandsetzer* gearbeitet habe<sup>329</sup>. Im Juli 1945 wurde Theodor

Eckert aus den Dienst entlassen<sup>330</sup> und war vom 26.7.45 bis 21.6.46 wegen seiner Stellung als *Kreishauptstellenleiter Rundfunk* in Internierungslagern, zuletzt im *Civilian-Internm.-Enclosure 91 Darmstadt*<sup>331</sup>. Nach seiner Entlassung arbeitete er ab 12.9.1946 bei der Baufirma Nunner als Hilfsarbeiter<sup>332</sup>. Eckert brauchte auf sein Spruchkammerverfahren nicht zu lange warten. In der Klageschrift vom 20.12.1946 fordert der öffentliche Kläger die Einreihung Eckerts in die Gruppe II der Belasteten wegen dessen Stellung als Amtsträger. Aber Eckert ist für das Spruchkammerverfahren gut vorbereitet. Er bietet an die 50 Entlastungszeugen auf, die alle bestätigen, dass er der NSDAP nur aus *wirtschaftlichen Gründen* beigetreten sei, und *nur mit Rücksicht auf seine leidenschaftliche Vorliebe für das Rundfunkwesen sich in der Rundfunkstelle der Partei betätigt habe. Niemals sei er politisch irgendwie in Erscheinung getreten*<sup>333</sup>. Am 15.1.1947 findet bei der Spruchkammer Deggendorf das schriftliche Verfahren statt, und es überrascht nicht, dass Theodor Eckert in die Gruppe der Mitläufer eingereiht wird. Außerdem muss er einen *Sühnebetrag zum Wiedergutmachungsfond in Höhe von 400.-RM* bezahlen. Die Begründung der Kammer lautet, dass sie keinen Zweifel daran habe, dass *der Betroffene dem Nationalsozialismus nur nominell zugehört und ihn nur unwesentlich unterstützt hat*<sup>334</sup>. Gegen diesen Spruch legt der Öffentliche Kläger am 29.3.1947 Berufung ein, *weil der Betroffene, obwohl er Amtsträger war, in die Gruppe der Mitläufer eingereiht wurde*<sup>335</sup>. Die Berufungskammer für Niederbayern/Oberpfalz weist am 10. März 1948 die Berufung des öffentlichen Klägers zurück und bestätigt, dass Theodor Eckert *Mitläufer* bleibt<sup>336</sup>. Schon zuvor, am 27.2.1948 hatte sich das Schulamt Deggendorf an die Regierung von Niederbayern/Oberpfalz gewandt mit der Bitte *um Beschleunigung der Berufungssache für den dienstenthobenen Lehrer Theodor Eckert*. In einem Begleitschreiben beklagt Pfarrer Dr. Stich, dass das *Ausscheiden Eckerts aus dem Schulunterricht...ein großer Verlust für die Schule* sei<sup>337</sup>. Laut Lutz-Dieter Berendt wurde Eckert *ab 1.Mai 1948 im Angestelltenverhältnis als Oberlehrer wieder verwendet*<sup>338</sup>. Am 3.4.1950 bekam er zwar die Ernennungsurkunde, dass er *als Rektor an der Volksschule wiederingestellt* wird. Zugleich wird der jetzt 63-jährige Pädagoge auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt<sup>339</sup>. Am 31.10.1955 zieht Theodor Eckert nach Bad Aibling um, wo er am 15.6.1960 stirbt. Die Stadt Deggendorf ehrt ihn nach seinem Wegzug für seine Leistungen auf dem Gebiet der Radiotechnik *mit der Verleihung der Bürgermedaille (1959) und der Benennung einer Straße (1962)*. Auch eine Grundschule ist nach ihm benannt. Beim Durchlesen der Zeitungsartikel, die zu diesen Anlässen über ihn veröffentlicht wurden, fällt auf, dass die NS-Vergangenheit Eckerts dabei verschwiegen wird. Erst in jüngeren Abhandlungen über ihn befasste man sich auch mit diesem Aspekt des Menschen Theodor Eckert. Dies taten Lutz-Dieter Berendt in seinem bereits zitierten Artikel von 2007 und Peter von Bechen in seiner Arbeit über Theodor Eckert in den Deggendorfer Geschichtsblättern<sup>340</sup>. Von Bechen befasst sich zwar in erster Linie mit dem Rundfunkexperten Eckert. Doch am Schluss des Artikels geht er auch auf den NSDAP Funktionsträger Eckert ein. Eckert wurde von den Amerikanern 1945 allerdings nicht wegen *seiner Parteizugehörigkeit* verhaftet und interniert, wie von Bechen schreibt, sondern weil er aufgrund seiner Aufgaben in der Kreisleitung *Amtsträger der NSDAP* war. In seiner Arbeit moniert von Bechen, dass die *Vergangenheit Eckerts in der NS-Zeit ...bei Ehrungen und Namensgebungen nicht hinterfragt oder erwähnt* wurde<sup>341</sup>. Dieses Schweigen wäre nicht notwendig gewesen, denn es wurde beim Spruchkammerverfahren Eckert immer wieder bestätigt, dass *seine Tätigkeit in der Partei nur dem Bestreben entsprungen ist, dem Gemeinwohl zu dienen*. Mit großer Wahrscheinlichkeit war er *innerlich kein Nationalsozialist*. Aber er hat sich dem Regime *zur Verfügung gestellt*. Diese Formulierung gebraucht Theodor Eckert selbst, allerdings in einem anderen Zusammenhang: *Nach dem Zusammenbruch habe ich mich sofort wieder zur Verfügung gestellt*<sup>342</sup>.

Der neue jetzt nur noch aus Nationalsozialisten bestehende Stadtrat tritt zu seiner ersten Sitzung am 31. Juli 1933 zusammen. Äußerlich unterscheidet sich der Ablauf noch nicht von den früheren Stadtratssitzungen. Inhaltlich werden aber schon klare nationalsozialistische Akzente gesetzt. So werden an Major Reinwald vom Bezirkskommando der Reichswehr Geschäftsräume im städtischen Gebäude Haus Nr. 232/34 vermietet<sup>343</sup>. Dies scheint auf den Beginn der kommenden, noch geheim gehaltenen Wiederaufrüstung auch in Deggendorf hinzuweisen, denn im Protokoll heißt es: *Ausdrücklich sei vermerkt, dass über den Charakter der zu schaffenden Stelle, insbesondere die Bezeichnung "Bezirkskommando" oder "Meldeamt" nichts verlautbart werden darf, um innen- und aussenpolitische Erörterungen hintanzuhalten.* Bei der nächsten Sitzung am 9. August fehlen der 2. Bürgermeister Graf wegen Urlaubs sowie die Stadträte Eckert und Fuchsle. Zunächst wurden die neu eingetretenen Stadträte von Bürgermeister Dr. Reus *durch Handschlag und Unterschriftsabgabe verpflichtet*<sup>344</sup>. Dr. Reus gab dann bekannt, dass am 16. August eine Besprechung mit den Vertretern der Landgemeinden über den Ausbau des Arbeitsdienstes geplant sei. Der ursprüngliche Plan, ein Arbeitsdienststammlager in der ehemaligen Vollmuth Fabrik unterzubringen, war wegen der hohen Umbaukosten anscheinend gescheitert<sup>345</sup>, da man jetzt einen Mietvertrag zur Überlassung von Räumlichkeiten in der Heil- und Pflegeanstalt Deggendorf beriet<sup>346</sup>. Diese Sitzung sollte eine denkwürdige werden, weil sie den endgültigen Bruch zwischen Bürgermeister Dr. Reus und seinem nationalsozialistischen Stadtrat brachte. In den Wochen seit Ende Juni hatte sich das Verhältnis zwischen Dr. Reus und der örtlichen NSDAP weiter verschlechtert. So protestierte Dr. Reus gegen die Verhaftung seiner städtischen Beamten Strobel, Wolf und Vörtl nicht nur bei Hans Graf<sup>347</sup>, sondern er wandte sich auch an den inzwischen bei der politischen Polizei in München tätigen Dr. Wendler<sup>348</sup> und an die Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz<sup>349</sup>. In der Sitzung selbst stellt sich Dr. Reus zweimal gegen den geschlossen auftretenden NSDAP Stadtrat. Die NSDAP Fraktion hatte den Antrag gestellt, die Sparkassenangestellte Frieda Paur zu kündigen, um eine Stelle einzusparen<sup>350</sup>. Ob dahinter politische Gründe steckten, ist nicht klar. Dr. Reus stellt jedoch den Gegenantrag, Frl. Paur weiterhin zu beschäftigen. Sie habe 17 Jahre pflichtgemäß gearbeitet und hätte im Falle einer Ausstellung keinerlei Versorgungsansprüche. Daraufhin zieht Sebastian Weiß im Namen der gesamten NSDAP Fraktion den Antrag auf Entlassung zurück. Die Tatsache, dass diese Angelegenheit nicht vorher zwischen Dr. Reus und der Fraktion geklärt wurde, zeigt den Mangel an Kommunikation zwischen Bürgermeister und Stadtrat. Dr. Reus hatte schon zuvor beklagt, dass er nach seinem Eintritt in die NSDAP wiederholt nicht zu Fraktionssitzungen zugezogen worden war. Deshalb liege der Gedanke nahe, dass er *vielleicht nicht mehr als vollwertiges Mitglied der NSDAP angesehen werde.* Dr. Reus schließt dieses Schreiben mit den Worten: *Liegt etwas gegen mich vor, so bitte ich unmittelbar mit mir Fühlung aufzunehmen. Ich liebe meine Stellung, arbeite Tag und Nacht für sie, aber ich erkaufe sie mit keiner Unwahrheit...*<sup>351</sup>.

Der Haupttagesordnungspunkt dieser Sitzung war die Beschlussfassung, dass a) *Stadtbaurat Wolf nach §6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand zu versetzen sei, b) dass gegen ihn auch Anklage nach §4 des genannten Gesetzes erhoben werde, wozu das Beweismaterial nachgereicht werde. c) das Disziplinarverfahren, das Stadtkämmerer Strobel gegen sich selbst beantragt hat, durchgeführt wird*<sup>352</sup>. In dieser Sitzung verlangt Dr. Reus von der NSDAP Beweismaterial für die Anschuldigungen und bestreitet dem Stadtrat überhaupt die Befugnis, einen Beamten der Stadt in den Ruhestand zu versetzen. Trotzdem blieb es bei dem Beschluss. Wie ich in einer anderen Arbeit aufzeigte, scheinen die NSDAP Führung und der Stadtrat *dem Druck der Mittelständler innerhalb und außerhalb der Partei nachgegeben zu haben*, den unbeliebten Stadtbaurat loszuwerden<sup>353</sup>. Die Vorgänge zeigen aber auch, dass sich das Verhältnis zwischen

Bürgermeister Dr. Reus und der örtlichen NSDAP soweit verschlechtert hatte, dass seine Absetzung nur noch eine Frage der Zeit sein konnte. Bei der nächsten Sitzung am 18. August fehlen neben Dr. Niedermayer wiederum Theodor Eckert und Franz Xaver Fuchsle. Trotz der schon angesprochenen Proteste des *DB* wird der Beschluss zur Veröffentlichung amtlicher Nachrichten aufrechterhalten. Es wird entschieden, *dass in Zukunft ausser dem Amtsblatt nur mehr die "Bayer. Ostwacht" als einzige Tageszeitung mit amtlichen Nachrichten bedient werden darf*<sup>354</sup>.

In dieser Sitzung ist Dr. Reus bei einem Tagesordnungspunkt *gesetzlich verhindert*, als die Baugenehmigung für das Einfamilienhaus der *Frau Philomena Reus, Gaisbergstrasse Hs No 285 1/16* verhandelt wird<sup>355</sup>. Aus *verkehrspolizeilichen Gründen* lehnt man den Antrag ab, Fahrradständer in der Pfleggasse, der Bahnhofstraße und in den beiden Seitenstraßen des Rathauses aufzustellen<sup>356</sup>. Eine Beschwerde des *Verein zur Förderung des Handels in Deggendorf* über diesen Beschluss weist der Stadtrat in der nächsten Sitzung zurück<sup>357</sup>. *Die Fahrradständer nehmen keine Rücksicht auf den Verkehr, sondern dieser muss sie dauernd umfahren, was nicht nur zu Stockungen des Verkehrs, sondern auch zur Störung der Verkehrssicherheit führen muss*. Diskutiert wurde auch die Möglichkeit, einen Landeplatz für Flugzeuge zu schaffen. In Frage käme unter anderen das Gelände auf der Fischerdorfer Seite. Der Deutsche Luftsportverband hatte den Gewerbehauptlehrer Schneebauer als kommissarischen Führer für den gesamten Bereich der SA Standarte 32 aufgestellt. Wie man im neuen Stadtrat mit dem Sparen, wenn auch auf Kosten der Bediensteten, ernst machen wollte, zeigt die Sitzung der Etatkommission sechs Tage später am 24. August. Das Thema war die Durchführung der 2. Besoldungsangleichung der Beamten und Ruhestandsbeamten gemäß der *Mitteilung des Bayer. Gemeindetages vom 11.8.1933*<sup>358</sup>. Diese Angleichung war effektiv eine Gehaltskürzung. So wurde das Jahresgehalt von Polizeioberkommissar Wurzer um 369,68 RM von 4.158,96 RM auf 3.819,28 RM gekürzt, Das Ruhegehalt von Obermonteur a.D. Neumeyer um 80,24 RM von 1418,84 RM auf 1.338,60 RM. Weiter fallen alle Sonderzulagen weg. *Die Bezüge der übrigen städtischen Beamten und Angestellten der Stadt sollten eingehend nachgeprüft werden*, und der Verwaltungsausschuss wird mit den entsprechenden Vorarbeiten betraut. In der gleichen Sitzung lehnt die Etatkommission das Gesuch auf Gehaltserhöhung von Fleischbeschauer Dr. Pospiech ab, der bei der Stadt offensichtlich Schulden hatte. Er bekommt von der Stadt für die Kosten seines zweimonatigen Ausbildungskurses einen Zuschuss von 300 RM in bar ausbezahlt *ohne Einbehaltung eines Anteils zur Schuldentilgung*<sup>359</sup>. Am nächsten Tag tritt die Etatkommission erneut zusammen. Wieder wird ein Antrag auf Erhöhung der Vergütung abgelehnt, dieses Mal der des Hausverwalters der städt. Berufsschule<sup>360</sup>.

Die nächste Stadtratssitzung wurde wegen des Besuches von Staatsminister Esser am Freitag, 9. September, auf den nächsten Tag um 10 Uhr vormittags verlegt. Ortsgruppenleiter Weiß hatte in der Zeitung die Erwartung geäußert, dass sich beim Empfang am Rathaus und bei dem Festabend im Schwarzmannsaal alle Parteigenossen und Mitglieder der Parteiorganisationen beteiligen<sup>361</sup>. Esser, der vor drei Jahren noch in vielen Städten wegen seiner antisemitischen Ausfälle Redeverbot hatte, hatte am 12. September 1930 in Deggendorf auftreten dürfen<sup>362</sup>. Hatte ihn der *DB* damals noch als *Phrasendrescher* bezeichnet<sup>363</sup>, wird Hermann Esser jetzt mit größtem Propagandaaufwand in Deggendorf begrüßt und gefeiert. Selbst Dr. Reus versichert dem Gast, dass *er während seiner 14-jährigen Bürgermeisterzeit keinen solch großartigen Empfang und keine so volle Begeisterung in unserer Stadt gesehen habe*<sup>364</sup>. Wie auch bei anderen Großereignissen des „nationalsozialistischen Feierjahres“ führt die Partei Regie. Der Stadtrat und die Stadtverwaltung spielen keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle. In der Tagesordnung der Sitzung am 9. September zeichnen sich die

wichtigsten Zielrichtungen der Arbeit des nationalsozialistischen Stadtrates in den ersten Jahren ab: einerseits Schuldenabbau durch Sparen und Haushaltskürzungen, aber andererseits Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot durch staatliche Investitionen. So soll am 17. September in Deggendorf eine Wohltätigkeitsveranstaltung der Ostmark-Kammerspiele stattfinden, deren Reinerlös der *Winterhilfe für die schwerbedrängte Bayer. Ostmark zukommt*<sup>365</sup>. Zugleich begrüßt der Stadtrat die Gründung des Notbundes der Bayer. Ostmarkhilfe, als dessen Repräsentanten gezeichnet haben:

Notbund der Bayerischen Ostmark-Hilfe:	
Dr. Schlumprecht, Oberbürgermeister in Bay- reuth,	Dr. Reus, rechtsk.l. Bürgermeister, Deggendorf,
Graf, Sturmbannführer,	Schmidt, Oberregierungsrat, zugleich für den Bay. Wald- verein e.V.,
W. Mayr, Kulturkreisleiter der NSDAP.	S. Weiss, Ortsgruppenleiter der NSDAP.
Brandl, Kreisleiter der NSDAP.	Thomas Bauer-Serano, Leiter der Ostmark-Kammer- spiele.

Damit die Veranstaltung ein Erfolg wird, ersucht Dr. Reus die Anwesenden, *für die Deggendorfer Aufführung das notwendige Interesse zu zeigen*.

Sparen stand auf der Tagesordnung des Stadtrates. So wird das Gesuch von Bauführer Simperl auf Herabsetzung des Preises seines von der Stadt erworbenen Baugrundstückes abgelehnt, obwohl der Vorsitzende Dr. Reus die Herabsetzung befürwortet hatte. Dies zeigt einmal mehr den Machtverlust des Bürgermeisters im Stadtrat. In dieser Sitzung wird auch das Gesuch des Stadtangestellten Kurt Weidauer behandelt. Er wollte die Angleichung seiner Bezüge an die der Angestellten beim Elektrizitätswerk. Der Stadtrat lehnt dies zwar ab, zeigt sich ihm gegenüber aber dennoch großzügig. Es sollen ihm beim Besoldungsdienstalter seine Militärzeit sowie die Dienstzeiten bei der Post und beim Arbeitsamt Deggendorf angerechnet werden. Dadurch steigt sein Gehalt um monatlich 16,40 RM<sup>366</sup>. Ob dies mit der eidesstattlichen Erklärung über die politische Unzuverlässigkeit von Stadtbaurat Wolf, die er bei Hans Graf und am folgenden Tag bei Dr. Reus abgab, zusammenhängt, sei dahingestellt<sup>367</sup>. Sparen war angesichts der desolaten Haushaltslage eine absolute Notwendigkeit. Der Haushaltsentwurf 1933/34 der Stadtkämmerei wies ein Defizit von 145.000 RM auf. Der Stadtrat verminderte zwar durch Kürzungen den Fehlbetrag auf 60.000 RM, doch zum Abschluss der Beratungen gibt Sebastian Weiß eine Erklärung ab, in der er deutlich die Schuld an der finanziellen Misere den früheren Stadträten, also auch Dr. Reus gibt. Die hohen Kosten der Bogenbachregulierung sowie das defizitäre städtische Elektrizitätswerk seien weitere Gründe<sup>368</sup>:

Joh möchte hier in erster Linie auf die Bogenbachregulierung verweisen, für die hier zum ersten Mal im Etat ein Schuldbetrag von RM 608 637 eingesetzt ist. Es wäre eine Selbsttäuschung gewesen, hätte man hier noch länger mit der Summe von RM 250 000 operiert. Nach Lage der Sache wird die Stadt diese Schuld von RM 600 000 übernehmen müssen, nachdem der bayerische Staat der Stadt bereits eine Erleichterung von RM 280 000 gewährt hat. Ebenso notwendig war es, daß man den Wert der Regentalbahn von RM 105 000 auf RM 25 000 zurückgesetzt hat; es ist noch fraglich, ob nicht auch dieser Betrag noch zu hoch gegriffen ist. Jede Verantwortung müssen wir aber dafür ablehnen, daß sich jährlich bei der Etatposition Vollmuthfabrik eine Mehrausgabe von RM 18 000 ergibt. Zur Etatposition Stadt. Elektrizitätswerk möchte ich bemerken, daß im Jahre 1932 131 000 Kw. von den Ueberlandwerken nicht abgenommen werden konnten. Die Stadtgemeinde muß an die Ueberlandwerke für nicht abgenommenen Strom die Summe von 5633 RM bezahlen. Das Werk wird z.Zt. nur 45 - 50 Prozent ausgenutzt. Seit Bestehen des Werkes ist für die Hauptschuldaufnahme von RM 300 000 keine Amortisation geleistet worden.

Um die Verhältnisse beim Elektrizitätswerke vollkommen zu klären, hat der Stadtrat beschlossen, eine Revision durch den Prüfungsverband vornehmen zu lassen.

Der Einwohnerschaft versprechen wir, so sparsam als nur irgend möglich zu wirtschaften. Der Gesamtstadtrat wird alles aufbieten, um durch Arbeitsbeschaffung mitzuhelfen am Wiederaufbauwerk unseres Führers. "

In dieser Sitzung mit 37 Tagesordnungspunkten einschließlich des Haushaltsplanes werden auch noch die Waisenräte neugewählt und 14 Baugesuche und Grundstückskäufe behandelt.

Die nächste Stadtratssitzung findet schon 4 Tage später, am 14. September, statt. Es sind 14 Stadträte anwesend, 1 Stadtrat - wahrscheinlich Franz Wartner - fehlt entschuldigt. Denn in dieser Sitzung geht es auch um ihn und andere Schlossermeister, die Angebote für den Kucheneinbau im Elisabethenheim abgegeben hatten. Diese Angebote ließen den Verdacht von Preisabsprachen aufkommen<sup>369</sup>:

Die nachgeprüften Angebote stellen sich wie folgt:

1.) Schlossermeister Wartner	1023,30 Rm.-
2.) " Ballach	1033,50 "
3.) " Edelmann	1038,- "

Der Mindestnehmende ist demnach Schlossermeister Wartner mit 1023,30 Rm.-

Der Stadtrat teilt die Anschauung des Stadtbauamtes, dass hier eine Preisvereinbarung unter den Schlossermeistern vorliegt und missbilligt diese Täuschung des Stadtrates.

Um in Zukunft ähnlichen geheimen, also nicht offen zugestanden Vereinbarungen vorzubauen, beschliesst der Stadtrat einstimmig, dass künftighin in allen Leistungsverzeichnissen folgende Bedingung aufzunehmen ist:

" Der Unternehmer erklärt hiemit, dass er die eingesetzten Preise nicht mit anderen Submissionsteilnehmern verabredet bzw. diesen Kenntnis gegeben hat. Eine gemeinsame Preisaufstellung hat den Ausschluss von der Submission zur Folge. "

Franz Wartner bekam zwar den Auftrag, seine Reputation im Stadtrat war aber sicher angeschlagen. Vielleicht war das auch ein Grund für sein Ausscheiden aus dem Stadtrat bei dessen Neubildung im Oktober 1935.

Seine letzte Sitzung leitete Dr. Reus am 19. Oktober. Er musste schon gewusst haben, dass er in Kürze abgesetzt werden würde, da er bereits am 15. Oktober informiert worden war, dass er an der bevorstehenden Vereidigung der Bürgermeister in München nicht teilnehmen werde<sup>370</sup>. Diese Sitzung umfasste 23 Tagesordnungspunkte. Der Hauptpunkt dabei war die Vorbereitung der Reichstagswahl und Volksabstimmung am 12. November. Zehn Stadtratsmitglieder sollten als Wahlvorsteher bzw. Stellvertreter fungieren<sup>371</sup>:

### **Wahlbezirke und Wahlvorsteher.**

Bei der Reichstagswahl am 12. Nov. wird die Stadt wie üblich in 5 Stimmbezirke eingeteilt. Als Wahlvorsteher bzw. Stellvertreter haben sich folgende Herren des Stadtrates zur Verfügung gestellt: Bezirk 1 (Rathaus): Höcht, Stadler; Bezirk 2 (Knabenschulhaus): Edert, Fuchsle; Bezirk 3 (Holmer): Göb, Graßl; Bezirk 4 (Amtsgericht): Neubauer, Reißach; Bezirk 5 (Ufer, Blaue Donau): Wartner, Bauer. Die übrigen Mitglieder des Wahlausschusses werden von der Ortsgruppenleitung der NSDAP benannt.

Die Durchführung der Wahlen lag also ganz in den Händen von NSDAP Funktionären. Als der Schachinger Bürgermeister Knott auch Nichtparteimitglieder für die Organisation der Wahlen heranzog, wurde er dafür vom Ortsgruppenleiter Weiß kritisiert<sup>372</sup>. In dieser Sitzung werden auf Antrag der Anwohner neue Straßennamen gegeben, die heute noch Bestand haben. So wird der bisherige *Stadtgraben* in *Östlicher Stadtgraben*, *Nördlicher Stadtgraben* und *Westlicher Stadtgraben* umbenannt<sup>373</sup>. Beim Punkt *Genossenschaftliche Regulierung des Bogenbaches* wendet sich der Stadtrat einstimmig gegen die EntschlieÙung des Staatsministeriums für Landwirtschaft, dass die Stadt zur Regulierung einen Gesamtbeitrag von 590.000 RM zu leisten habe. Man nennt die EntschlieÙung *einen reinen Willkürakt*<sup>374</sup>. Die öffentliche Sitzung endet mit der Bekanntgabe von Stadtrat Weiß, dass *die Stadtratsfraktion der NSDAP auÙer den persönlichen Opfern eines jeden Stadratsmitgliedes zusammen 75 RM für das Winterhilfswerk gespendet habe*. Die bis zum 30. Oktober 1933 fertiggestellten Protokolle dieser Sitzung unterschreibt Dr. Reus noch selbst, die später angefertigten Protokolle unterschreibt der 2. Bürgermeister Hans Graf, der ab dem 2. November offiziell die Geschäfte bis zum Antritt des neuen rechtskundigen Bürgermeisters übernommen hat<sup>375</sup>. Die Versetzung von Bürgermeister Dr. Reus in den Ruhestand wurde offiziell am 31. Oktober in einer Stadtratssitzung, bei der alle 15 Räte anwesend waren, einstimmig beschlossen<sup>376</sup>:

Der Stadtrat beschliesst in heutiger ausserordentlicher Vollsitzung einstimmig wie folgt:

Der N.S. Stadtrat hält die Führung der Geschäfte und die Vertretung der Stadt nach aussen durch einen alten Parteigenossen der N.S.D.A.P. für wünschenswert und unerlässlich.

Pg. rechtsk.l. Bürgermeister Dr. Reus, der sich der N.S.D.A.P. seit März ds. Js. angeschlossen hat, teilt diese Ansicht. Damit steht der Stadtrat vor der Frage der Neubesetzung des Bürgermeisterpostens.

In Auswirkung einer vertrauensvollen Fühlungnahme zwischen Stadtrat und Herrn rechtsk.l. Bürgermeister Dr. Reus folgt hiemit im Stadtrat beschlussmässige Einigung dahin, dass Herr rechtsk.l. Bürgermeister Dr. Reus, da er sich zur Uebernahme eines bei der Stadt zu bildenden Rechtsratspostens nicht verstehen zu können glaubt, in Auswirkung der Bedingungen seines Dienstvertrages vom 15. Juni 1929 und bei dessen finanzieller Garantierung für die Zukunft durch die Stadt in den dauernden Ruhestand tritt.

Herrn Pg. rechtsk.l. Bürgermeister Dr. Anton Reus wird für seine unserer unmittelbaren Stadt Deggendorf in schwerster Zeit geleisteten treuen Dienste der aufrichtige Dank des Stadtrates und der Gesamt-Stadtgemeinde ausgesprochen.

Im Einzelnen wird beschlussmässig festgelegt:

- 1.) Der gemäss Abschnitt I Ziffer 3 des Dienstvertrages zustehende Urlaub für 1933 wird noch für die Zeit vom 1. November mit 30. November 1933 zugestanden.
- 2.) Die vereinbarte Ruhestandsversetzung wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1933 ausgesprochen.

Formal war dieses Vorgehen in Ordnung, denn seit 1924 wird in Ortschaften mit über 3.000 Einwohnern der Bürgermeister nicht mehr direkt von den Bürgern gewählt sondern vom Gemeinde- oder Stadtrat<sup>377</sup>. So nimmt der Stadtrat in dieser Sitzung als Organ zwar seine Kompetenzen wahr, die Fäden bei diesem Vorgang haben aber andere gezogen, nämlich die örtliche und regionale Parteiführung. Es sei hier angemerkt, dass anders als in Deggendorf, in Zwiesel Bürgermeister Alfons

Maria Daiminger von 1921 bis 1945 im Amt blieb, obwohl in der Zeit nach 1933 *der NSDASP-Kreisleiter Glück auch Bürgermeisterfunktionen* übernahm und Daiminger *ins zweite Glied* stellte<sup>378</sup>.

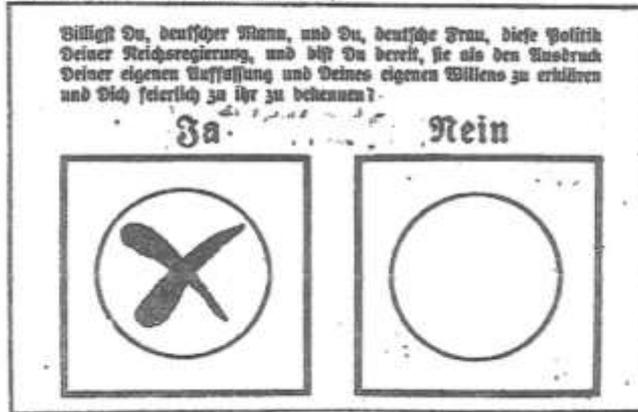
### **Der Stadtrat Deggendorf unter der Führung von 2. Bürgermeister Hans Graf**

Der erzwungene Rücktritt von Dr. Reus geht im Getöse von zwei propagandistischen Großereignissen unter, dem *Ehrentag des deutschen Handwerks* am 16. Oktober und den *Reichstagswahlen* und der *Volksabstimmung* am 11. November 1933. Am Tag des Handwerks fand ein Kirchenzug statt, *der sich unter riesiger Beteiligung pünktlich durch die Straßen der Stadt zur Stadtpfarrkirche in Bewegung setzte*<sup>379</sup>. Nach dem Gottesdienst war Kreisleiter Brandl bei der Veranstaltung auf dem Oberen Stadtplatz der Hauptredner. Er warb besonders um Verständnis für den Austritt des Reiches aus dem Völkerbund am Tag zuvor: *Ein Volksverräter ist der, der in den kommenden Wochen Kleinmut nährt und Zweifel sät und damit die Arbeit der Regierung schwächt*. Am Nachmittag gab es wiederum einen Festzug mit 40 Wägen, angeführt vom Reitersturm der SA. Es folgten die Hitlerjugend, die Wehrverbände, der Festwagen der Stadt, sowie die militärischen Vereinigungen, Behörden und die Beamtschaft. Am Festabend im Schwarzmannaal waren neben dem Kreisleiter auch Malermeister Stadler und 2. Bürgermeister Graf anwesend, *der zur Freude der Handwerker auch noch ehrende Worte für das Handwerk sprach*.

Am 11. November fanden die „Reichstagswahl“ und die Volksabstimmung über die Politik der Regierung, insbesondere den Austritt aus dem Völkerbund, statt. Diese Plebiszite, durch die sich das Regime wichtige politische Entscheidungen bestätigen ließ, sollten bis 1939 noch einige Male stattfinden. So sahen die Stimmzettel aus<sup>380</sup>:

# Wie wähle ich?

Bei dieser Wahl erhält jeder Wahlberechtigte einen grünen und einen weißen Stimmzettel.  
 Der grüne Stimmzettel ist für die Volksabstimmung und der weiße für die Reichstagswahl bestimmt.  
 Der Wähler hat bei der Volksabstimmung auf dem grünen Stimmzettel in den Kreis unter dem vorgedruckten „Ja“ sein Kreuz einzusetzen. Der Kreis unter „Nein“ bleibt frei.  
 Auf dem Stimmzettel für die Reichstagswahl wird in den Kreis hinter dem Namen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ein Kreuz eingezeichnet. Welche Stimmzettel werden in einem Umschlag abgegeben.



Stimmzettel in grüner Farbe



Wie man sieht, gibt der DB auch Ratschläge, wie die Bürger abstimmen sollen. Für die 661 Reichstagsitze gab es nur eine Einheitsliste der NSDAP. Im Gegensatz zur Volksabstimmung konnte der Wähler, der nicht für die NSDAP stimmen wollte, auch nicht mit „nein“ stimmen, sondern er konnte nur einen leeren Stimmzettel abgeben. Das Regime benutzte alle Propagandamittel, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erreichen. So fand in Deggendorf am 25. Oktober eine Großkundgebung im Schwarzmannaal statt. Diese wies allerdings *einen nicht ganz befriedigenden Besuch auf*<sup>381</sup>, was an der gleichzeitig stattfindenden Übertragung *der Rede des Führers im Rundfunk* gelegen habe. Die Wahlbeteiligung lag im Reich bei 95,1%, wobei in der Volksabstimmung 95,1% für den Austritt aus dem Völkerbund stimmten. *Etwas niedriger war mit 92,1% das Ergebnis für die Einheitsliste*<sup>382</sup>. In der Stadt Deggendorf betrug die Wahlbeteiligung 96,8%<sup>383</sup>. Bei der Volksabstimmung wurden sogar 5244 Stimmen abgegeben (97,8%). 5071 Wahlberechtigte stimmten mit „ja“ (97,8%), 115 mit „nein“ (2,2%). Bei der Reichstagswahl wurden 5233 Stimmen abgegeben. 4912 Bürger stimmten für die NSDAP (93,86%). Ungültig waren 321 abgegebene Wahlzettel (6,13%)<sup>384</sup>. Die BOW hat leicht abweichende Zahlen, die aber ganz offensichtlich auf einen Rechenfehler zurückzuführen sind. Der DB berichtet über *Versuche zu marxistischer Gegenarbeit durch Verteilen von Flugblättern und Abreißen von Plakaten*<sup>385</sup>. Dennoch stellten die Nein-Stimmen nur einen Bruchteil der kommunistischen Stimmen vom 5. März 1933 dar. Wie war dieses Ergebnis möglich? Im Wahlkampf bekam die Regierung Unterstützung von führenden Persönlichkeiten des

öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und auch der Kirchen<sup>386</sup>. Es gab zwar keine Wahlpflicht, jedoch hatte man im Vorfeld die Nichtstimmabgabe für Hitler als *Volksverrat* bezeichnet, wie Hanns Brandl das in seiner Rede beim Handwerksfest ausdrückte. Wer nicht wählte entlarvte sich als Regimegegner. In Deggendorf hatte man einen sogenannten Wahlschleppdienst organisiert. So warteten die Wagen des NSKK und NSKOB *in langen Reihen* vor dem Gasthaus Holmer<sup>387</sup>. Wer bis zum Nachmittag seine Stimme nicht abgegeben hatte, weil er krank, gebrechlich oder „wahlmüde“ war, wurde von diesen an die Wahlurne geholt. Deggendorf dürfte mit einer Wahlbeteiligung von 96,8% bzw. 97,8% mit an der Spitze im Reichsdurchschnitt gelegen haben. Das beste Ergebnis für die NSDAP gab es in Egg. Alle 401 Wähler bis auf 3 Schwerkranke gingen zur Wahl, und es gab keine einzige Nein-Stimme. In Bernried war das Ergebnis ähnlich gut<sup>388</sup>. Die bizarrsten Wahlergebnisse kamen allerdings aus den Konzentrationslagern, wo die Verfolgten des Regimes eingesperrt waren. Im KZ Dachau waren 2234 Personen stimmberechtigt, die natürlich alle ihre Stimme abgaben. 2154 Insassen stimmten für die NSDAP, 83 Stimmzettel waren nicht markiert, 6 Stimmzettel ungültig. Bei der Volksabstimmung stimmten 2231 Insassen mit Ja, 3 mit Nein, 3 Stimmen waren ungültig. Im KZ Kislau (Baden) war das Ergebnis nicht ganz so gut für die NSDAP. Dort stimmten von 32 Wahlberechtigten bei der Reichstagswahl 16 für die NSDAP, 16 Stimmzettel waren ungültig. Bei der Volksabstimmung gab es 18 Ja-Stimmen und neben 3 ungültigen 11 Nein-Stimmen<sup>389</sup>. Nur Terror und Drohungen, sowie intensivste Propaganda können solche Ergebnisse möglich gemacht haben. Nach der Wahl nennt die *BOW* die 115 Personen, die in Deggendorf mit „nein“ gestimmt hatten, *Verbrecher*<sup>390</sup>: *Die 115 Verbrecher, die es in seinen Mauern beherbergen muß, machen nur einen geringen Bruchteil der anständigen Bevölkerung aus, sind aber ein Schandfleck, dessen restlose Austilgung über kurz oder lang erfolgen wird, zu ihrem Schaden.* Neben kaum versteckter Einschüchterung versuchte man die Menschen auch durch einen unglaublich intensiven Propagandafeldzug zu gewinnen. Über Tage und Wochen hin waren die Zeitungen voll von Aufrufen, für die *nationale Bewegung* zu votieren. Im Rundfunk wurden die Reden Hitlers übertragen. So rief am 9. November Kreisleiter Brandl die Gaststätten, die ein Rundfunkgerät hatten, auf, dass sie mit Plakaten die Bürger informieren sollten, dass bei ihnen am 10. November von 13 bis 14 Uhr die Rede Hitlers übertragen wird, und fügte hinzu: *Für die Zuhörer darf kein Trinkzwang bestehen*<sup>391</sup>. Kreisleiter Brandl selbst trat innerhalb von vier Tagen dreimal als Redner auf, am 4. November in Iggenbach, am 5. November in Schaching und am 7. November in Plattling. Sogar der frühere Reichsredner und jetzige Oberbürgermeister von Bayreuth, Dr. Schlumprecht, kam nach Deggendorf<sup>392</sup>. Die *BOW* kündigte die Veranstaltung so an: *Den Höhepunkt des Wahlkampfes für Deggendorf bildet die heute abend 8 Uhr im Schwarzmannaal stattfindende Massenkundgebung mit Pg. OB Schlumprecht-Bayreuth als Redner... er wird auch heute alle, die ihn zu hören bekommen, mitreißen durch die Wucht seiner Rede. Alles auf zum Schwarzmannaal.* Wie der Bericht der Zeitung am nächsten Tag zeigt, hat Dr. Schlumprecht seine Zuhörer nicht enttäuscht<sup>393</sup>. Auch Reichspräsident Hindenburg griff für die Regierung in den Wahlkampf ein. Am Samstag vor der Wahl versammelte sich am oberen Stadtplatz eine dichtgedrängte Menge, *um der mit einem Riesenlautsprecher der Fa. Scherl übertragenen Rundfunksprache des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg zu lauschen*<sup>394</sup>.

Es muss aber trotzdem festgestellt werden, dass diese Abstimmung im Wesentlichen formal korrekt ablief<sup>395</sup>, obwohl, wie in Deggendorf, die Wahlvorstände meist ausschließlich aus Funktionären der NSDAP bestanden. Es darf auch nicht verschwiegen werden, dass es die Nationalsozialisten zumindest in den Anfangsjahren verstanden, durch ihre sozialen Maßnahmen wie Programmen zur Arbeitsbeschaffung, durch die Einführung des RAD, durch das WHW (Winterhilfswerk), durch die

Ausgabe von Bezugsscheinen für Hilfsbedürftige, sowie die Einführung des Eintopfsonntags zugunsten des WHW die Sympathien vieler Menschen zu gewinnen.

Die erste Stadtratssitzung nach dem Rücktritt von Dr. Reus findet am 23. November unter der Leitung von 2. Bürgermeister Graf statt. Mit den 12 anwesenden Räten erledigt Graf ein Riesenprogramm von 26 Tagesordnungspunkten. Er gibt zunächst bekannt, dass die Deggendorfer Werft den Auftrag zur Lieferung eines Bodenseeschiffes bekommen habe<sup>396</sup>. Im Protokoll heißt es dann weiter: *Im Stadtrat wird der Wunsch ausgesprochen, dass die Deggendorfer Werft zur Ausführung dieses großen Auftrages die arbeitslosen Deggendorfer Fach- und Hilfsarbeiter vorzugsweise einstellt, damit wiederum ein Rückgang der Arbeitslosigkeit eintritt.* Hier sieht man, wie wichtig den Nationalsozialisten der Abbau der Arbeitslosigkeit zur Gewinnung der Bevölkerung war. Die BOW berichtet am 7. Dezember aber, dass die Werft wegen technischer Vorarbeiten mit dem Bau des Schiffes noch nicht beginnen könne. Die gesamte Belegschaft bekommt deshalb bis zu fünf Tage zusätzlichen Urlaub, um ohne Entlassungen die Zeit zu überbrücken. Dies und bei den weiteren Beratungspunkten machen das Bemühen des Stadtrates um den Abbau der Arbeitslosigkeit deutlich, aber auch die Probleme der hohen Verschuldung der Stadt. So nimmt die Stadt ein Darlehen von 21.000 RM aus dem nach Staatssekretär Fritz Reinhardt benannten *Reinhardt-Programm* auf<sup>397</sup>, mit dem die Regierung den Kommunen Darlehen für öffentliche Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau von Straßen oder von Kleinsiedlungen zur Verfügung stellte<sup>398</sup>. Ab 1934 flossen allerdings schon die Hälfte aller öffentlichen Investitionen in den Aufbau der Wehrmacht<sup>399</sup>. Zur Belebung der Wirtschaft hatte sich die Stadt auch um ein Arbeitsdienstlager bemüht<sup>400</sup>. Allerdings sollte dieses Arbeitsdienstlager der Stadt sehr teuer kommen. So muss der Stadtrat in dieser Sitzung verschiedene Forderungen des Arbeitsdienstes für die Errichtung des Stammlagers in Deggendorf wegen der schwierigen Finanzlage der Stadt ablehnen<sup>401</sup>. Ein weiteres finanzielles Problem für die Stadt war das Elektrowerk. Dieses ist wieder mit seinen Zahlungen an die Stadtkasse erheblich im Rückstand. Deshalb solle nach Vorschlag von Stadtrat Dr. Niedermayer durch einen Sachverständigen die *Rentierlichkeit* des Werkes überprüft werden. Der Verwalter des Werkes, Stadtrat Höcht, *weist auf die vielen Aussenstände hin, die manche Schuldner auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht bezahlen können*<sup>402</sup>. Wie prekär die finanzielle Lage der Stadt war, zeigt die Tatsache, dass die Stadt das Angebot der *Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft*, ihre Anlagen und Gebäude im Gemeindebereich Schaching zu kaufen, nicht annehmen kann, *da kein Geld zur Verfügung steht*<sup>403</sup>. Geld steht jedoch zur Verfügung für die *Badeeinrichtung für Herrn Kapitänleutnant Amberger in der ehem. Vollmuth-Fabrik*<sup>404</sup>. Der Führer des FAD in Deggendorf bekommt für sein Bad einen Zuschuss von 200 RM genehmigt. Die Vollmuth Fabrik befand sich seit dem Konkursverfahren 1929 in der Hand der Stadt. Die Stadt versuchte zwar immer wieder, die Anlage zu verkaufen, doch dies soll erst 1938 gelingen<sup>405</sup>. Bei Beerdigungen gab es in Deggendorf verschiedene Gebührensätze je nach der *Bestattungsklasse*. Im Leichenhaus gab es sogar einen „Armensaal“. Auf Antrag von Sebastian Weiß beschließt der Stadtrat die *Aufhebung des Armensaales*<sup>406</sup>:

## Betreff:

*Aufhebung des Armensaales im städt.  
Leichenhaus.*

*Vom Verwalter des städtischen Leichenhauses, Stadtrat  
Sebastian Weiss wird in heutiger Sitzung nachstehender Antrag  
gestellt:*

*" Der Stadtrat wolle beschliessen, dass künftighin mit sofortiger Wirkung im städtischen Leichensaal als Pietät gegenüber den Toten kein Klassenunterschied mehr zu machen sei und der Armensaal in Auswirkung dieses Beschlusses aufgelöst werde. "*

*Der Stadtrat hat diesen Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben, sodass der Klassenunterschied im städtischen Leichenhaus damit der Vergangenheit angehört. Hinsichtlich der Leichenhausgebühren tritt durch diese Regelung eine Aenderung nicht ein, da diese Gebührensätze nach der Bestattungsklasse zur Einhebung gelangen.*

*gez. Graf, 2. Bürgermeister.*

In der nächsten Sitzung am 20. Dezember wird das finanzielle Dilemma der Stadt noch deutlicher aufgezeigt. Über diese Sitzung durfte offensichtlich keine der beiden Deggendorfer Zeitungen berichten. Man wäre jetzt bereit, die Vollmuth Fabrik, die laut Stadtbauamt 120.000 RM wert ist, für 90.000 RM oder noch billiger zu verkaufen, *um von der hohen Belastung, die dieser Besitz für die Stadt bedeutet, loszukommen*<sup>407</sup>. Zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung hatte man die Regulierung des Kohlbaches in Angriff genommen. Damit sollte auch der FAD eine Aufgabe bekommen. Zu den geschätzten Gesamtkosten von 170.000 RM müsste die Stadt einen Betrag von 25.000 RM aufbringen, Geld, das die Stadt nicht hat. Wegen der hohen Verschuldung der Stadt lehnt die Bayer. Landeskulturrentenanstalt es ab, das erbetene Darlehen zu geben. Somit ist das *nahezu zur Hälfte fertiggestellte Projekt* und damit auch der Aufbau des Gruppenstammlagers des FAD in Deggendorf in Frage gestellt<sup>408</sup>.

Die großen Investitionen der Stadt in den ersten Monaten nach der Machtergreifung hatten die Verschuldung der Stadt weiter rapide ansteigen lassen. So findet zwei Tage später unter der Leitung von Hans Graf eine weitere Stadtratssitzung statt, in der die Stadtkämmerei den Bericht zur Kassenlage der Stadt gibt. Das Ergebnis ist, dass die Stadt laut Stand von 18.12.1933 147.750,10 RM Schulden hat. Hier die Einzelheiten<sup>409</sup>:

**Betreff:**  
 Kassenlage der Stadt.  
 Der Bericht der Stadtkämmerei vom 19.12.1933 über die Kassenlage der Stadt nach dem Stande vom 18.12.1933 wird dem Stadtrat vorgetragen.  
 Hiernach schuldet die Stadt an

	Rechnn. bis 30.6.33	ab 1.7.33	
hiesige Geschäftsleute	4 467.23	23 917.61	RM
auswärtige	1 459.48	6 770.94	RM
	5 926.71	30 688.55	RM
		5 926.71	RM
		36 615.26	RM
Hausangestellte für November		879.20	RM
Haushaltsgaben an die Anstalten		130.88	RM
hiesu rückständige Zins- und Tilgungsraten bei der			
Bayer. Gemeindebank	32 196.21		RM
" Brandversicherungskammer	2 300.-		"
" Landeskulturrent. Anst.	23 255.95		"
" "	2 891.81		"
" Handelsbank	539.-		"
" Staat (Wertsch. A.F.)	5 097.24		"
Stadtparkasse	30 513.77		"
" "	2 987.86		"
	1 058.50	100 840.28	RM
		2 264.48	RM
Nicht abgelieferte Schlachtsteuer Nov.			
Bereits zur Rückzahlung fällige Wohnungsinstand-		5 745.-	RM
setzungsdarlehen			
Bereitzustellende Weihnachtsgeschenke an		1 275.-	RM
Anstaltsschwestern u. Hausangestellte		147 750.10	RM

Besonders auffällig ist, dass die Verschuldung innerhalb von knapp 3 Monaten um 66.000 RM angestiegen war:

Nach der letzten Aufstellung vom 26.9.1933 betragen die Gesamtverbindlichkeiten	117 547.84 RM,
sodaß in einem Zeitraum von drei Monaten eine Verschlechterung von eingetreten ist.	66 204.78 RM
Diese setzt sich wie folgt zusammen:	
unbezahlte Rechnungen und sonst.	19 800.- RM
Zins- und Tilgungsrückstände (Bei d. Sparkasse allein rd. 20 000.-RM)	46 600.- RM
fällig werdende Zinsbeträge	3 000.- RM
	69 400.- RM,

Der Stadtrat ist sich einig, dass jetzt *einschneidende Maßnahmen zur Verbesserung der Kassenlage erforderlich sind*<sup>410</sup>. Im Protokoll wird aufgelistet, wie dies geschehen soll:

Ferner werden mit sofortiger Wirksamkeit alle Ausgabenkredite gesperrt, soweit die Ausgaben nicht unbedingt erforderlich sind um die bestehenden Einrichtungen in geordnetem Gange zu erhalten und die der Stadt obliegenden rechtliche Verpflichtungen und sonstigen notwendigen Aufgaben bei sparsamster Wirtschaftsführung zu erfüllen.

Mit sofortiger Wirksamkeit wird ferner bestimmt, daß

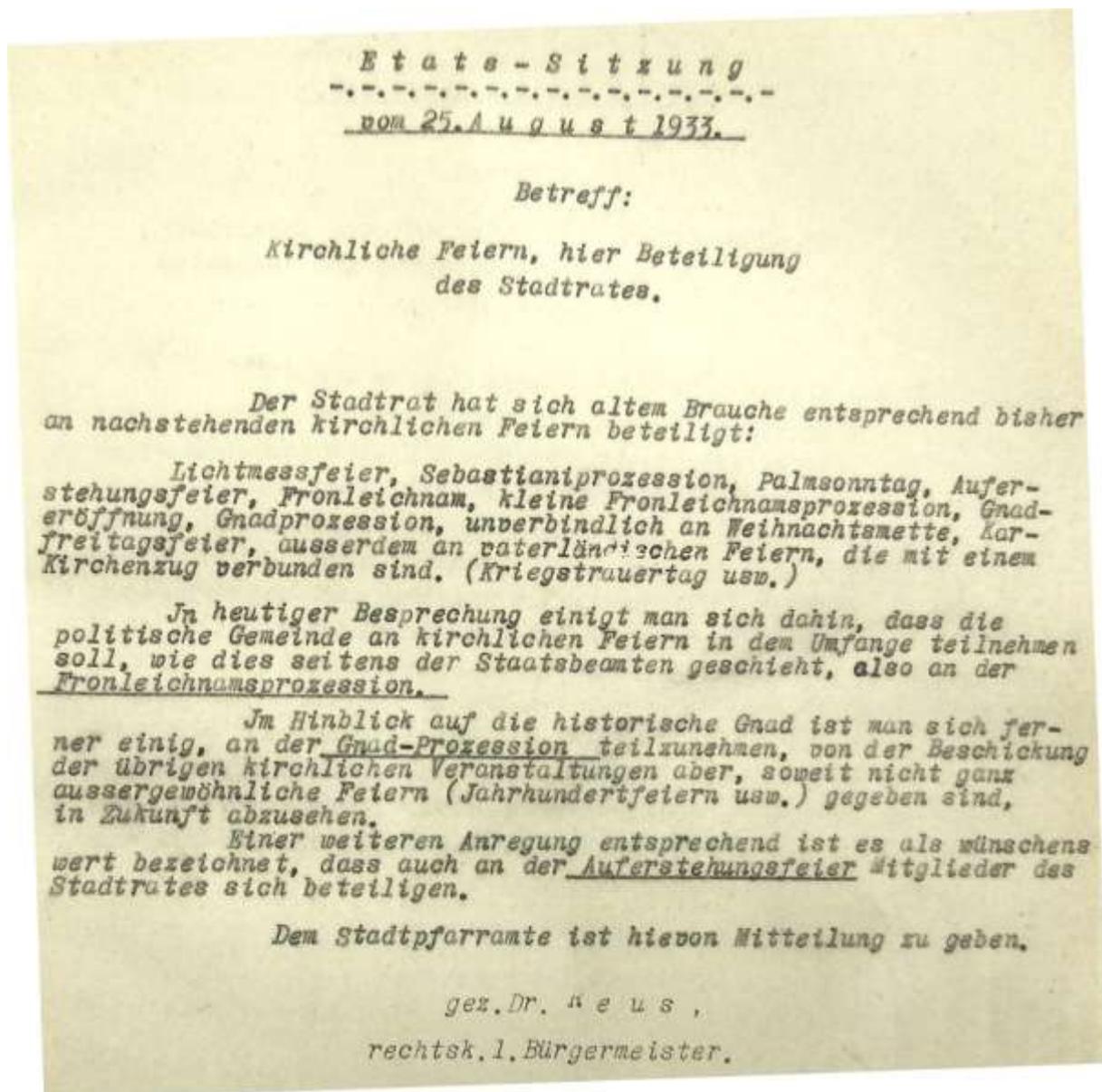
1. außerordentliche und momentane Unterstützungen nur in den dringendsten Fällen geleistet werden dürfen,
2. gebührenpflichtige Urkunden, Tanz- und sonstige Bewilligungen und dergleichen nur gegen vorherige Bezahlung ausgehändigt werden dürfen.

gez. Graf.

### Der Stadtrat und die katholische Kirche

Der Nationalsozialismus lehnte das Christentum ab, wollte selbst zum Religionsersatz werden<sup>411</sup>. Besonders der „römische“ Katholizismus galt nach den Begriffen der völkischen Ideologie nächst dem Judentum und dem Marxismus als besonderer Feind einer „nordisch-germanisch“ bestimmten Weltanschauung<sup>412</sup>. Durch das Konkordat vom 20. Juli 1933 mit dem Vatikan sollte der politische Katholizismus mit der Auflösung der Zentrumsparlei ausgeschaltet werden und zugleich die Behauptung widerlegt werden, dass der Nationalsozialismus ... unchristlich und kirchenfeindlich sei<sup>413</sup>. Für das neue Regime brachte das Konkordat die Anerkennung durch den Vatikan, für die Kirche die Garantie ihrer Rechte, wie die Beibehaltung des Religionsunterrichts in den Schulen. Doch die vom Reichsinnenminister geforderte *Entkonfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens*, wie die Zurückdrängung kirchlicher Vereine und Einrichtungen, ging ungebrochen weiter<sup>414</sup>.

In Deggendorf beschließt man schon in der *Etats - Sitzung vom 25. August 1933* eine enorme Einschränkung der traditionellen Teilnahme des Stadtrats an kirchlichen Feiern:



Neben der Fronleichnamsprozession soll der Stadtrat nur noch an der Auferstehungsfeier und an der Gnadprozession teilnehmen. Die Beteiligung an Letzterer hat wohl mit dem antisemitischen Hintergrund der historischen Gnad zu tun<sup>415</sup>. Dass sich der Stadtrat zunächst an diesen Beschluss hält, zeigt der Bericht des *DB* vom 4. April 1934 über die Osterfeier:

# Lofales

## Nach den Feiertagen

\* Deggendorf, 3. April. Ostern, das Fest der Freude, ist nun vorüber. Feierlicher Osterfriede lag über Stadt und Land. Feierlich riefen die Gloden am Karfreitag abends in die Stadtpfarrkirche zur Auferstehungsfeier, die in erhebender Weise eine herrliche Ueberleitung zur großen Osterfreude bildet. In der dichtgefüllten Kirche lauschten die Andächtigen dem Halleluja, das jubelnd kundtat, daß der Herr aus dunkler Grabesnacht erstanden, daß sein Erlösungswerk vollbracht. Der im Lichterglanz erstrahlende Hochaltar war festlich geschmückt. An der Prozession beteiligten sich außer den Erstkommunikanten und der Kirchenverwaltung auch die Mitglieder des Stadtrates mit dem 1. Bürgermeister Graf an der Spitze. Die meisterhaft zu Gehör gebrachten Lieder und Gesänge haben die Auferstehungsfeier zu einer weihervollen Andachtsstunde gemacht. Auch die nachmittägige Auferstehungsfeier in der Grabkirche machte auf die vielen Gläubigen einen tiefen Eindruck.

Der Stadtrat mit Bürgermeister Graf an der Spitze nimmt also noch offiziell an dieser kirchlichen Feier teil, wie dies im Beschluss vom 25. August 1933 vorgesehen war. Gut zwei Monate später, am 19. Juni, berichtet die Zeitung über die feierliche Glockenweihe. Zwei Glocken, die im 1. Weltkrieg für Rüstungszwecke abgenommen worden waren, wurden jetzt wieder ersetzt. Im Bericht wird erwähnt, dass sich *eine zahlreiche gläubige Volksmenge... am unteren Stadtplatz vor der Grabkirche eingefunden hatte*. Da in diesem Bericht der Stadtrat und der Bürgermeister nicht erwähnt werden, kann man annehmen, dass sie bei diesem für die ganze Stadt wichtigen Ereignis nicht anwesend waren. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass die Spannungen zwischen dem Regime und der katholischen Kirche in dieser Zeit zunahmen.

Schon bald versuchten die Nationalsozialisten auch in Deggendorf die Kirche aus dem öffentlichen, politischen Bereich zu verdrängen und das kirchliche Feierjahr durch eine nationalsozialistisch geprägte Festkultur zu ersetzen<sup>416</sup>. Dies zeigen die Beispiele der Fronleichnamsprozession und des Erntedankfestes, dessen Planung und Durchführung die Ortsgruppe und die Kreisleitung an sich rissen. Der Stadtrat selbst war beim Erntedankfest 1933 nur mehr oder weniger passiv beteiligt. So wurden in der Sitzung des Stadtrats am 14. September die mit großem Aufwand betriebenen Vorbereitungen zum *Deutschen Erntedankfest* am 1. Oktober mit keinem Wort erwähnt. Laut DB vom

1. Oktober wurde von der Stadt angeordnet, dass die Straßen sauber zu halten, die Häuser zu beflaggen seien und eine *sinnige Dekoration* der Häuser vorzunehmen sei. Für Kraftfahrzeuge bestand ein Parkverbot entlang der Route des Festzuges.

Beim Erntedankfest stand traditionell der *Dank an Gott für die Gaben der Erde* im Vordergrund<sup>417</sup>. 1933 bestimmen die kirchlichen Feierlichkeiten noch den Vormittag des Erntedankfestes. Es gibt einen Festgottesdienst und einen Kirchenzug.

**Programm**

Früh 7 Uhr Weckruf, gespielt von den Musikzügen Sturm. IV/32 und des Gruppenkammilagers des F. A. D. Deggendorf.

8-9 Uhr Eintreffen der auswärtigen Festgäste für den Kirchenzug.

9 Uhr Aufstellung des Kirchenzuges auf der Festwiese.

10 Uhr Abmarsch zum Gottesdienst in nachstehender Gliederung:

<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Herold mit bäuerlicher Trachtengruppe.</li> <li>2. Hitlerjugend.</li> <li>3. Schornhorstjugend.</li> <li>4. Fahnen der N. S. D. A. P.</li> <li>5. Amtswalter der P. D.</li> <li>6. Obliente der N. S. Bauernschaft.</li> <li>7. Amtswalter der N. S. B. D.</li> <li>8. Musikzug des Sturm. IV/32.</li> <li>9. Stab der Standarte 32 Deggendorf.</li> <li>10. S. A.</li> <li>11. Stahlhelm.</li> <li>12. D. O. B.</li> <li>13. Musikzug des F. A. D.</li> <li>14. F. A. D.</li> <li>15. Stadtrat.</li> <li>16. Reichs- und Landesbehörden.</li> <li>17. Bürgermeister der Gemeinden.</li> <li>18. N. S. Bauernschaft.</li> <li>19. Mitglieder der N. S. D. A. P.</li> <li>20. S. A. Musikzug Plattling.</li> <li>21. N. S. Beamtenabteilung.</li> <li>22. N. S. Kriegsofizer.</li> <li>23. N. S. B. D.</li> <li>24. N. S. Hag. (Handel und Gewerbe.)</li> <li>25. N. S. Frauenschaft.</li> <li>26. Fahngengruppe der sämtl. Vereine.</li> <li>27. Militärliche Vereine von Deggendorf u. Umgebung.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>28. Feuerwehr Deggendorf u. Umgeb.</li> <li>29. Sanitätskolonne.</li> <li>30. Sport- und Schützenvereine.</li> <li>31. Uebrige Vereine.</li> </ol> <p>10 Uhr Erntedankgottesdienst in der Pfarr- und Grabkirche. — Nach dem Gottesdienst Abmarsch in gleicher Reihenfolge zur Festwiese.</p> <p>11 Uhr große öffentliche Rundgebung auf dem Festplatz mit Ansprache des Herrn Kreisleiter Brandl und des Herrn Oberreg. Rat. Pg. Ebner (Staatskanzlei). — Nach der Rundgebung Abmarsch in zwanngslozier Ordnung.</p> <p style="text-align: center;"><i>Mittagspause.</i></p> <p>1.15 Uhr Aufstellung zum großen Festzug von der Festwiese bis zur Hindenburgstraße.</p>
--	--

Wie die Zugordnung zeigt, spielen die Partei und ihre Organisationen selbst beim Kirchenzug schon eine führende Rolle<sup>418</sup>. Neben der Hitlerjugend nehmen die Führung der NSDAP, die HJ und sogar die SA in Uniform teil. Es sollte wohl der Eindruck von Hitler als gläubigen Führer bestätigt werden, den Hitler durch häufige öffentliche Anrufung des „Allmächtigen“ und der „Vorsehung“ zu erwecken suchte. Während laut Walter Hofer Hitler dies aus leicht erkennbaren taktischen Gründen tat, sprechen neuere Forschungen davon, dass Hitler eine eigene Theologie entwickelt habe und nennen sie *Hitlers selbstgestricktes Gottesbild*<sup>419</sup>. Der DB berichtet am 3. Oktober in großer Aufmachung über das Fest. Es sollen bei herrlichem Wetter zwischen 25.000 und 30.000 Gäste in Deggendorf gewesen sein. In dem Artikel wird auch über die Festpredigt von Stadtpfarrer Dr. Stich berichtet:

H. H. Geißl. Rat Stadtpfarrer Dr. Stich wies in seiner Festpredigt darauf hin, daß dem Bauernstand diese besondere Ehre deswegen zuteil wird, weil er der Vater aller Stände ist und weil Bauernarbeit Voraussetzung und Grundlage jeder anderen Arbeit ist. Solange der Boden einem Volke heilig, die Arbeit des Bauern geachtet, das Brot der eigenen Scholle ein Volk nährt, ist das Volk frei. Keiner hat das besser erkannt, als der Führer des neuen Reiches Adolf Hitler. Die Ehrung des Bauernstandes ist deshalb eine heilige vaterländische Pflicht, aber auch eine heilige Christenpflicht. Der erste Mensch war ein Bauer der Erde, ein Bauer, und Christus hat die Ehre des Bauernstandes wieder gehoben in seinem Leben und seinen Gleichnissen. Dieser Ehre würdig zu sein, dafür möge der Bauer sorgen. Ein brausendes „Großer Gott, wir loben Dich“ durchklang zur Bekräftigung der herrlichen Worte des Predigers die Kirche.

Der Stadtrat selbst nahm zwar am Kirchenzug an 15. Stelle hinter den Parteiorganisationen und dem FAD teil, spielte sonst aber keine Rolle bei den Feierlichkeiten. Die Partei gestaltete unter Leitung von Stadtrat Hanns Neubauer, wie schon am Vormittag, den Festzug und die Feierlichkeiten auch am Nachmittag. Im nächsten Jahr gab es keinen Kirchenzug mehr. Der DB vom 30. September kündigte nur mehr *Kirchenmusik zum Erntedankfest* an. Laut Kirchenanzeiger vom Sonntag, 30. September, war an diesem Sonntag *Privilegiertes Kirchweihfest der Grabkirche, zugleich Erntedankfest*. Um 9 Uhr fand ein *Feierliches Hochamt mit Te Deum* statt. Die von der Partei am Nachmittag organisierten Feierlichkeiten scheinen jedoch erheblich bescheidener ausgefallen sein als im Jahr zuvor<sup>420</sup>. Es fand wieder der Festzug zur Festwiese statt, wo dann Kreisleiter Brandl und der Bezirksbauernführer Lachhammer Ansprachen hielten. Laut dem Bericht des DB bildete die Rundfunkübertragung der Rede Hitlers beim offiziellen Staatsakt zum Erntedankfest den Höhepunkt des Tages. Der Festbetrieb *dauerte bei den Klängen der Musik bis lange in die Nacht hinein*<sup>421</sup>.

Wie sich inzwischen das Verhältnis zwischen Kirche und der Regierung verschlechtert hatte, zeigt die Predigt von Pfarrer Dr. Stich beim Abschluss der Gnad, über die der DB am 6. Oktober 1934 berichtet. Dr. Stich schlägt jetzt völlig andere Töne an als bei der oben zitierten Predigt zum Erntedankfest 1933. Im Bericht über seine Predigt heißt es<sup>422</sup>: *Er fordert im Schlußappell auf, in der Gnadenkirche zu beten, daß im Kampf mit der Gottlosigkeit Christentum und katholisches Christentum erhalten bleibe, zu beten, daß frommer Glaube und gute Sitten nicht ausgerottet werden, daß unsere Jugend dem Heiland treu bleibe...* Dass er mit der *Gottlosigkeit* nicht nur den Marxismus sondern auch den

Nationalsozialismus meinte, liegt auf der Hand. Und die Mitglieder des Stadtrates Deggendorf sind alle Nationalsozialisten.

Im Jahr 1935 ist die Kirche endgültig aus dem Erntedankfest verdrängt. Das von der Kreisleitung publizierte Programm macht dies deutlich<sup>423</sup>:

Deggendorfer Donaubote, Samstag, den 5. Oktober 1935.

## Deggendorf feiert das Erntedankfest

### Programm

**Samstag, den 5. Oktober**  
19 – 19.30 Uhr: Einläuten des Festes und Festbeleuchtung des Rathaussturmes.

**Sonntag, den 6. Oktober**  
7.00 Uhr: Turmbläsen durch den Musikzug der Gruppe 293 des NSD.  
9.30 Uhr: Erntesingen des BDM und der HJ am Luitpoldpl.  
12.30 Uhr: Abmarsch des **Festzuges** vom Ufer. — Spitze gegenüber Getreidestapel.  
13.00 Uhr: Beginn der **Kundgebung** am oberen Stadtpl. mit Übertragung der Rede des Führers am Bücheberg.  
20.00 Uhr: **Erntetanz** im Schwarzmann-, Holmer- u. Volkert-Saal. (Unkostenbeitrag 10 Pfg.)

Die Gesamtbevölkerung Deggendorfs und der Umgebung wird zur Teilnahme herzlichst eingeladen. — Insbesondere werden die Hausbesitzer nochmals gebeten, ihre Häuser mit Grünsmuck zu zieren u. reich zu beslaggen.  
Heil Hitler!

**Kreisleitung Deggendorf der NSDAP.**

Laut Kirchenanzeiger vom gleichen Tag konkurriert das Erntedankfest mit zwei kirchlichen Festlichkeiten. Der um 1/2 9 Uhr stattfindende Gottesdienst wird nur *Pfarrgottesdienst* genannt.

**Kirchen-Anzeiger**  
**Stadtpfarrei Deggendorf**

Heute Samstag in der Pfarrkirche nachm. 4¼  
 Rosenkranz.

Sonntag, 6. Oktober.  
 In der Pfarrkirche:  
 Heute Sammlung für die Restauration der  
 Pfarrkirche.

Rosenkranzfest. — Erntedankfest. — Herz-Jesu-  
 Sonntag.

6 Uhr: Feierl. Herz-Jesu-Messe der Ehren-  
 wache mit Monatskommunion derselben.

7 Uhr: Männerapostolats-Kongregationsmesse  
 mit Vortrag und Monatskommunion der  
 Männer und Jungmänner.

½9 Uhr: Pfarrgottesdienst mit Amt u. Predigt,  
 Te deum und Segen.

¼11 Uhr: Schulgottesdienst mit hl. Messe Vor-  
 ruder für † Mutter und Bruder.

Nachm. 2 Uhr: Rosenkranz mit Lied u. Segen

Montag 7. Oktober

So hatte man zwar die Kirche aus dem Erntedankfest verdrängt, aber auch die Partei hatte im Laufe der Zeit immer weniger Freude mit dem Fest. Die Veranstaltungen dazu werden immer kleiner und immer weniger spektakulär. Im Jahr 1938 werden die Deggendorfer von der Partei aufgefordert, die Häuser zu beflaggen, aber dann nach Rettenbach zum Erntetanz zu ziehen, weil offensichtlich in der Stadt keinerlei Veranstaltungen zu dem Fest stattfinden<sup>424</sup>:

**Erntedanktag 1938**

Der reiche Ernteseegen dieses Jahres gibt uns allen Veranlassung, das Erntedankfest diesmal ganz besonders als Fest des Dankes und der Freude zu feiern.

Für die Stadt gilt die Parole:

**„Am Erntedanktag auf das Land“**

Doch soll als äußeres Zeichen auch die Stadt ein festliches Gepräge zeigen; deswegen gilt für Deggendorf:

**„Heraus mit allen Fahnen u. Wimpeln und schmückt die Häuser“**

Der Nachmittag des 2. Oktober wird uns alle mitten unter unseren Bauern finden beim Erntetanz in Rettenbach.

**Stadt und Land - Hand in Hand!**  
 Freiheit und Brot für alle Deutschen!  
 Heil Hitler!

**Kreispropagandaleitung**

Den Grund für den Misserfolg des nationalsozialistischen Erntetages sieht Walter Hartinger darin, dass gerade der Erntedanktag ein *brauchtümliches Fest* war, in dem die *Verbindung mit dem christlichen Glauben und christlichen Bräuchen* eine wichtige Rolle spielt<sup>425</sup>. Anders als in Deggendorf, konnten die Kirchen *nicht davon abgehalten werden, diese ihre traditionellen Feiern durchzuführen*<sup>426</sup>.

Besonders verhasst war den Nationalsozialisten die *theophorische Prozession an Fronleichnam*<sup>427</sup>. Man sah *öffentliche Bekenntnisse des Glaubens* als Provokation des Regimes an, weil sie *nicht von der Totalität des Regimes in Anspruch genommen* werden konnten<sup>428</sup>. Der am 15. Mai 1933 neu gebildete Stadtrat nahm noch traditionsgemäß an der Fronleichnamsprozession am 15. Juni teil. An 38. Stelle, gleich hinter dem Allerheiligsten, sollten die Bürgermeister, Stadträte, die Kirchenräte und Bürgermeister der Landgemeinden gehen. Es folgen dann verschiedene kirchliche Vereine, ganz zum Schluss die *übrigen Frauen der Pfarrei*. Dann werden in der Ankündigung des Pfarramtes noch die Vorschriften über Verhalten und Kleidung bei der Prozession bekannt gegeben. Hier die geplante Prozessionsordnung im DB vom 13. Juni:

# Fronleichnamsprozession Deggendorf

am 15. Juni 1933

Die männlichen Vereine sammeln sich mit ihren Fahnen um 7 Uhr vor dem lath. Gefellenhaus.

7¼ Uhr: Gemeinsamer Zug der männlichen Vereine unter Musikbegleitung zur Stadtpfarrkirche.

½8 Uhr: Festgottesdienst in der Stadtpfarrkirche.

Die Fahnen der männlichen Vereine gruppieren sich während des Festgottesdienstes zu beiden Seiten des Hochaltars, die der weiblichen Vereine im Presbyterium zu beiden Seiten, den Chorstühlen entlang.

Gegen Ende des Hochamtes verlassen die Vereine, welche vor dem Allerheiligsten gehen, mit ihren Fahnen die Kirche und zwar die weiblichen Vereine durch das vordere Portal der Epistelseite, die männlichen Vereine durch das Seitenportal der Evangelienseite und stellen sich mit ihren Fahnen in Prozessionsordnung auf.

Die Vereine aber, welche nach dem Allerheiligsten folgen, bleiben in der Kirche und schließen sich dem Allerheiligsten beim Auszuge aus der Kirche an.

## Die Prozessions-Ordnung

ist folgende:

1. Kreuz und rote Fähnlein.  
Knaben der 3 unteren Klassen der Volkshauptschule.
2. Kindheit-Jesu-Fähnlein der Knaben.  
Knaben der oberen (5., 6., 7.) Klassen der Volkshauptschule, daran anschließend die Kinder des Waisenhauses.
3. Kindheit-Jesu-Fähnlein der Mädchen.  
Mädchen der Volkshauptschule (1. 2. 3. 7. Klasse).
4. Fahne der Höheren Mädchenschule.  
Höhere Mädchenschule u. Haushaltungsschule.
5. Fahne des lath. Jungmädchen-Vereins.  
Kath. Jungmädchen-Verein.
6. Fahne der Fortbildungsschülerinnen.  
8. Mädchenklasse und Fortbildungsschülerinnen.
7. Fahne der Realschule.  
Realschüler.
8. Fahne des lath. männl. Jugendvereins.  
Kath. männl. Jugendverein, 8. Klasse der Volkshauptschule u. Fortbildungsschüler.
9. Fahne der Bäckergehilfen.  
Bäckergehilfenverein.
10. Fahne der Braugehilfen.  
Braugehilfenverein.
11. Fahne der Zimmerer.  
Verein der Zimmerer.
12. Fahne der Hausmeister.  
Hausmeisterverein.
13. Fahne der Mauerer.  
Mauererverein.
14. Fahne der Fuhrleute.  
Verein der Fuhrleute.
15. Fahne des allgemeinen Krankenunterstützungsvereins.  
Allgemeiner Krankenunterstützungsverein.
16. Fahne der Metzger.  
Metzgergehilfenverein.
17. Fahne der Bienenzüchter.  
Bienenzuchtverein.
18. Fahne der Bauernbruderschaft.  
Bauernbruderschaft.
19. Fahne des Veteranen- und Kriegervereins

23. Fahne des Veteranen- und Kriegervereins  
Mietraching.  
Veteranen- u. Kriegerverein Mietraching
24. Fahne der Kavallerievereinigung.  
Kavallerievereinigung.
25. Fahne der Eiservereinigung.  
Eiservereinigung.
- 25a. Fahne der Marine-Kameradschaft.  
Kameradschaft der Marine- und Kolonialtruppen.
- 25b. Fahne des lath. Burschenvereins Mietraching.  
Kath. Burschenverein Mietraching.
26. Fahne des lath. Gefellenvereins.  
Kath. Gefellenverein, Hanja und die Jungmänner der Pfarrei, soweit sie nicht anderen Vereinigungen angeschlossen sind.
27. Fahne des lath. Jungmännervereins.  
Kath. Jungmännerverein.  
Kath. Studienvereinigung Uttonia.
28. Fahne des lath. Hausgehilfinnenvereins.  
Kath. Hausgehilfinnenverein, lath. Handelsgehilfinnenverein und die Jungfrauen der Pfarrei, soweit sie nicht anderen Vereinigungen angeschlossen sind.
29. Fahne der Marianischen Jungmädchenkongregation.  
Marianische Jungmädchenkongregation.
30. Fahne der Marianischen Jungfrauenkongregation.  
Jungfrauenkongregation.
31. Fahne des 3. Ordens.  
Dritter Orden, Frauen.
32. Fahne der Marianischen Männer- und Jungmänner-Kongregation.  
Dritter Orden, Marianische Männer- u. Jungmänner-Kongregation.
32. Erstkommunikanten:  
Knaben mit Fähnlein, Mädchen mit Palmen.
33. Ordensschwwestern.
34. Sängerkhor und Musikkapelle.
35. Priestertreuz.  
Ordens- und Weltklerus.
36. Ministranten.
37. Blumenstreuende Mädchen. (Aus der höchsten Mädchenschule.)

## Das Allerheiligste

begleitet von der Feuerwehr und palmentragenden Mädchen. (5., 6. Kl.).

38. HH. Beamte, Bürgermeister der Stadt, Stadträte, Kirchenräte, Bürgermeister der Landgemeinden.
39. Fahne des lath. Arbeitervereins.  
Kath. Arbeiterverein.
40. Fahne des lath. Männervereins.  
Männer der Pfarrei, soweit sie nicht schon anderen Vereinigungen angeschlossen sind.
41. Fahne des christlichen Müttervereins.  
Christlicher Mütterverein, lath. Frauenbund und die übrigen Frauen der Pfarrei, soweit sie nicht schon einer anderen Vereinigung angeschlossen sind.

Nach dem letzten Evangelium ziehen die Vereine mit ihren Fahnen wieder zur Pfarrkirche und nehmen Aufstellung wie während des Hochamtes. Dortselbst Te Deum (Großer Gott wir loben dich), Tantum ergo, Segen.

Nach Erteilung des Segens verlassen die Vereine die Kirche und nehmen Aufstellung zum Rückmarsch in das Gefellenhaus, wo sich der Zug der Vereine auflöst.

Um eine würdige Entfaltung der Prozession zu ermöglichen, wird dringend gebeten, die aufgestellte Ordnung genau einzuhalten. in Reihen zu Drei zu gehen, keine kleinen

Aus dem schon zitierten *Chronologischen Rückblick* von Dr. Reus erfahren wir, dass an der Prozession auch die Stadträte der NSDAP teilnahmen, *außer Graf und Stadler*. Die Teilnahme der Stadträte und Bürgermeister wird im Bericht des *DB* vom 17. Juni allerdings nicht erwähnt.

Doch schon im nächsten Jahr gibt es bei der Gestaltung des Festzuges signifikante Änderungen. So wurde auf abhängige Personen wie Beamte, Angestellte und Arbeiter Druck ausgeübt, *auf ein öffentliches Bekenntnis ihres Glaubens zu verzichten*<sup>429</sup>. Das Ergebnis war, dass vor allem in den Städten die Zahl der Teilnehmer an der Prozession zurückging und dass die Teilnehmer vorwiegend *Frauen und ältere Leute* waren<sup>430</sup>. So wundert es nicht, dass auch in Deggendorf 1934 die Fronleichnamsprozession nur im Kirchenanzeiger des *DB* und da nur mit einem Satz in der Gottesdienstordnung erwähnt wird<sup>431</sup>:



Im Lokalteil finden sich Hinweise auf die Kirchenmusik zu Fronleichnam und die Bitte des Hausbesitzervereins, die Häuser für die Prozession zu schmücken. Zum Schmücken können noch die *Farben der Kirche* verwendet werden.

\* Deggendorf, 30. Mai. (Kirchenmusik) am hochheiligen Fronleichnamsfeste: Messe in hon. B. M. V. de Loretto für gem. Chor, Bläser und Orgel von B. Goller. — Graduale „Oculi omnium“, 4-stimm. a capella von J. Mitterer. — Prozessionsgesänge von B. Goller.

\* Deggendorf, 30. Mai. (Der Grund- und Hausbesitzerverein e. V.) teilt mit: Einer eingebürgerten schönen Sitte gemäß wollen zur Hebung der Feierlichkeit anlässlich der Fronleichnamsprozession morgen Donnerstag und kommenden Sonntag die Häuser und Fenster in den Prozessionsstraßen, reich mit Flaggen und Fähnchen in Farben der Kirche und des Reiches geschmückt werden.  
M. Sch

In dem Bericht der Zeitung vom 2. Juni heißt es zwar, dass die Beteiligung *erhebend und überwältigend* war. Über die Zugordnung wird nur gesagt, dass sie *die gleiche...wie in den vergangenen Jahren* war. Die Teilnahme von Bürgermeister und Stadtrat wird, wie im Vorjahr, wieder nicht erwähnt. Man kann wohl davon ausgehen, dass sie, wie die Beamten und Angestellten, an der Prozession 1934 nicht teilgenommen hatten. Im Jahr 1935 erleben wir eine erstaunliche positive Änderung in der Haltung der Deggendorfer NSDAP Führung zur Fronleichnamsprozession. In der Zeitung erscheint wieder wie 1933 in großer Aufmachung der Prozessionsplan<sup>432</sup>. Das Erstaunlichste aber ist, dass hinter dem Allerheiligsten Bürgermeister, Stadträte, Kreisleitung der NSDAP sowie die städtischen und staatlichen Beamten marschieren. Dazu nehmen noch eine Ehrenkompanie und eine Musikkapelle der neuen Wehrmacht teil. Dies dürfte mit Sicherheit der Grund für die Teilnahme der Deggendorfer Führung gewesen sein. Man wollte wahrscheinlich die Wehrmacht durch Abwesenheit nicht brüskieren. Doch das Verhältnis zwischen der örtlichen Kirchenleitung und Parteileitung sollte sich bald grundlegend verschlechtern. Dies zeigen die fast bizarr anmutenden Vorgänge im Vorfeld der Prozession im Jahr 1936. Am 8. Juni 1936 wird in der Zeitung der praktisch identische Prozessionsplan des Vorjahres veröffentlicht mit der Ankündigung der Teilnahme von Bürgermeister, Stadtrat, der Parteiführung und der Wehrmacht. Dieser Plan war offensichtlich mit der örtlichen NSDAP Führung nicht abgesprochen worden, denn zwei Tage später wird im *DB* eine *Berichtigung* abgedruckt, die für das Pfarramt schon eine Blamage darstellte<sup>433</sup>:

## Berichtigung

Die in Nr. 131 des Deggendorfer Do-  
nauboten vom 8. Juni 1936 von dem  
Katholischen Stadtpfarramt Deggendorf  
veröffentlichte Prozessionsordnung ist ohne  
Mitwirkung des Kreisleiters der NSDAP  
und des Bürgermeisters der Stadt Deg-  
gendorf verfaßt und ohne deren vorherige  
Befragung bekannt gemacht worden.

Die Kreisleitung der NSDAP Deg-  
gendorf und die Stadtverwaltung Deg-  
gendorf werden sich in amtlicher Funktion  
an der Prozession nicht beteiligen.

Der Kreisleiter der NSDAP Deggendorf:  
gez. H. Brandl.

Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf:  
gez. Graf.

Wie die Veröffentlichung des offensichtlich auf dem Vorjahr basierenden Zugplanes von Seiten des Pfarramts passieren konnte, lässt sich nur schwer nachvollziehen. Lag der Fehler bei der Redaktion des *DB* oder steckte sogar die Absicht dahinter, die Partei in Zugzwang zu bringen? Trotz der totalen politischen Gleichschaltung hat man ja beim Lesen des *DB* noch immer das Gefühl, dass er der Kirche sehr nahe steht. Schon einen Tag vor obiger „Berichtigung“ wurde das Vorgehen der Stadt gegen die Prozession verschärft. Jetzt dürfen die Privathäuser nicht mehr mit Flaggen und Fahnen in den kirchlichen Farben geschmückt werden. Das Zeigen solcher Fahnen wird *als bewußte Ablehnung unserer nationalen Erneuerung empfunden... Wo trotz dieses Hinweises die gelb-weißen Fahnen des römischen Kirchenstaates ...gezeigt werden, wird diesen Versuchen als einer bewußten Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung mit den gebotenen Mitteln entgegengetreten*<sup>434</sup>. Der Bericht über die Prozession macht keine Angaben über die Teilnehmer und widmet mehr Raum dem schlechten Wetter an diesem Tag als der Prozession selbst<sup>435</sup>.

Die Prozessionsordnung von 1937 zeigt, dass nicht nur Stadtrat und NSDAP nicht teilnehmen, sondern dass auch die Vertreter der Vereine sowie die Krieger- und Soldatenkameradschaften fehlen. An dieser Prozession nehmen nur noch Schulkinder, Gläubige und Vertreter der kirchlichen Vereine teil<sup>436</sup>:

# Fronleichnamtsfeier

für  
Deggendorf am 27. Mai 1937

Die Fronleichnamtsfeier beginnt um 1/8 Uhr morgens mit dem Festgottesdienst in der Stadtpfarrkirche. (Wir singen das „Volks-Hochamt“. Plätze für den Volkshor werden wie bisher reserviert.)

Während desselben gruppieren sich die geweihten Fahnen um den Hochaltar. Gegen Ende des Hochamtes verlassen die Vereinigungen, welche bei der Prozession vor dem Allerheiligsten gehen, mit ihren Fahnen die Kirche und zwar die weiblichen durch das vordere Portal der Epistel Seite, die männlichen durch das Seitenportal der Evangelien Seite und stellen sich mit ihren Fahnen in Prozessionsordnung auf. Die Vereinigungen aber, welche nach dem Allerheiligsten folgen, bleiben in der Kirche und schließen sich dem Allerheiligsten beim Auszuge aus der Kirche an.

## Prozessionsordnung:

1. Kreuz und Chorfähnlein  
Knaben der Volkshauptschule
2. Kindheit-Jesu-Fähnlein  
Mädchen der Volkshauptschule
3. Fahne des Mädchenheims  
Mädchenheim und Haushaltungsschule
4. Fahne der Realschule  
Realschule
5. Kirchenfahne (rot)  
Berufsschüler u. Jungmänner der Pfarrei
6. Kirchenfahne (weiß)  
Jungmädchen und Jungfrauen der Pfarrei
7. Fahnendeputationen der weltlichen Berufsvereinigungen  
Mitglieder derselben
8. Fahnendeputationen der militärischen Vereinigungen  
Mitglieder derselben.
9. Fahne der Bauernbruderschaft Füscherdorf  
Mitglieder derselben.
10. Bruderschaftsfahne  
Mitglieder der Armenseelen-, Sebastiani-, Johann-Nepomuk-, Herz-Mariae-Bruderschaft
11. Fahnen der männlichen kirchlichen Jugendvereinigungen  
Mitglieder derselben
12. Fahnen der weiblichen kirchlichen Jugendvereinigungen und Kongregationen  
Mitglieder derselben
13. Fahne des 3. Ordens
14. Fahne der Marianischen Männerkongreg.  
Dritter Orden — Abteilung Frauen  
Dritter Orden — Abteilung Männer und Mitglieder der Mar. Männerkongregation
15. Kindheit-Jesu-Fähnlein  
Erstkommunikanten: Mädchen u. Knaben
16. Weiße Kirchenfahne  
Ordensschwestern
17. Sängerkhor und Musikkapelle
18. Priesterkreuz  
Ordens- und Weltklerus
19. Ministranten
20. Blumenstreuende Mädchen

## Das Allerheiligste.

- begleitet von Palmentragenden Mädchen.
1. Kirchenverwaltungsmitglieder von Deggendorf und Mietraching
  2. Fahnen des Kath. Arbeitervereins u. des Kath. Männervereins  
Männer der Pfarrei, soweit sie nicht schon einer and. Vereinigung angeschlossen sind
  23. Fahne der Frauen und Mütter.  
Frauen und Mütter der Pfarrei, soweit sie nicht schon einer anderen Vereinigung angeschlossen sind.

Nach dem letzten (4.) Evangelium, das in diesem Jahre nicht am Gebäude des Finanzamtes, sondern vor der Stadtpfarrkirche stattfindet, Einzug in die Pfarrkirche, woselbst die Feier mit Te Deum, Tantum ergo und Segen endet.

Auch die Berichte im *DB* über die Prozession werden immer kürzer und immer weniger überschwänglich. Hier der Bericht vom 28. Mai 1937:

\* **Deggendorf, 28. Mai.** (Die Fronleichnamsprozession) fand gestern bei herrlichem Sommerwetter unter starker Beteiligung der kirchlichen Vereine und vieler Gläubigen in der herkömmlichen Weise statt. Die Prozession nahm den üblichen Weg durch die mit Birkengrün geschmückten Straßen der Stadt. Der Altar am Oberen Stadtplatz war an das Haus des Kaufmanns Wiedemann (Grünwalder) verlegt worden, während für das letzte Evangelium heuer am Aufgang zur Kirche beim Bruderhaus ein Altar errichtet worden war.

1938 kommt es zu einer weiteren Eskalation in der Zurückdrängung der Fronleichnamsprozession aus dem öffentlichen Leben. Die Prozessionsordnung wird jetzt im *DB* nur mehr innerhalb des Kirchenanzeigers abgedruckt<sup>437</sup> und nicht wie bisher im Lokalteil. Während der Zeit der Prozession finden auf dem Turnplatz die Kreismeisterschaften im Faustball statt. Über beide Ereignisse wird in demselben Zeitungsartikel berichtet, über Faustball allerdings ausführlicher<sup>438</sup>. Im Jahr 1939 macht der *DB* erneut einen gravierenden Fehler bei der Ankündigung der Fronleichnamfeier. Der Tag ist zwar korrekt angegeben, aber als Jahr wird 1938 genannt<sup>439</sup>.

# Kirchen-Anzeiger

## Stadtpfarrei Deggendorf

Donnerstag, 8. Juni.  
Fronleichnamsfest.

Pfarrkirche: 5 Uhr hl. Messe für † Angehörige. ½6 Uhr hl. Messe für † Eltern u. Geschw. Leitt. ½7 Uhr hl. Messe für Mann Josef Erbl. ½7 Uhr hl. Messe *Lez* für † Gattin. ½8 Uhr feiert Fronleichnamshochamt, dann Prozession mit den 4 Evangelien. Nach der Prozession hl. Messe nach Meinung. Abends 7 Uhr Antlächandacht.

Grabkirche: 5 Uhr hl. Messe für † Fr. Kathi Willer. ½6 Uhr hl. Messe für † Chorregent Albin Goller. ½7 Uhr hl. Messe nach Meinung von Familie Trinkl vor ausgel. Allerheiligsten. ½8 Uhr hl. Messe für die Schuljugend. 4 Uhr nachm. Andacht.

Schaching: ½7 Uhr hl. Messe nach Mug.

### Fronleichnamsfest

für

Deggendorf am 8. Juni 1938

Die Fronleichnamsfest beginnt um ½8 Uhr morgens mit dem Festgottesdienst in der Stadtpfarrkirche.

Während desselben gruppieren sich die Fahnen um den Hochaltar. Gegen Ende des Hochamtes verlassen die Vereinigungen und Personen, welche bei der Prozession vor dem Allerheiligsten gehen, die Kirche und stellen sich in Prozessionsordnung auf.

Die Vereinigungen aber und Personen, welche nach dem Allerheiligsten folgen, bleiben in der Kirche u. schließen sich dem Allerheiligsten beim Auszuge aus der Kirche an.

**Prozessionsordnung:** 1. Knaben der Pfarrei Deggendorf. — 2. Knaben und Mädchen der Expositur Mietraching. — 3. Mädchen der Pfarrei Deggendorf. — 4. Männliche Pfarrjugend. — 5. Weibliche Pfarrjugend. — 6. Bauernbruderschaft Fischerdorf. — 7. Mitglieder der Corporis Christi, Sebastiani, Johann Nepomuk, Herz Mariä, Armenseelenbruderschaft. 8. Abt. Frauen. — 9. Abt. Männer. — 10. Dritter Orden: Abt. Frauen. — 11. Dritter Orden: Abt. Männer. — 12. Erstkommunikanten: Mädchen und Knaben. — 13. Ordensschwestern. — 14. Sänger, Chor und Musikkapelle. 15. Ordens- und Weltklerus. — 16. Ministranten. — 17. Blumenstreuende Mädchen. — Das Allerheiligste. — 18. Kirchenverwaltung von Deggendorf und Mietraching. — 19. Männer der Pfarrei. 20. Frauen der Pfarrei.

Nach dem letzten (4.) Evangelium, das vor der Stadtpfarrkirche stattfindet, Einzug in die Pfarrkirche, woselbst die Feier mit Te Deum, Tantum ergo und Segen endet.

Deggendorf, den 6. Juni 1938

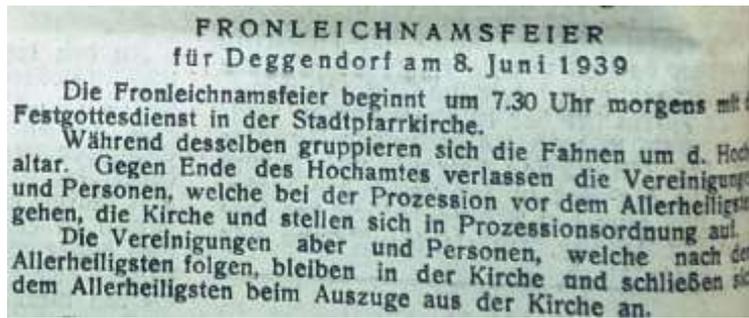
Kath. Stadtpfarramt Deggendorf

Dr. Stich, Stadtpfarrer.

Wie die Prozessionsordnung zeigt, nehmen jetzt wie schon 1937 nur mehr rein kirchliche Organisationen teil. Im Zeitungsbericht am folgenden Tag ist die Prozession nur in einen Satz zur erwähnt, der Rest des Artikels befasst sich mit den *Volksgenossen*, die den Tag für eine Wanderung nutzten<sup>440</sup>:

\* Deggendorf, 9. Juni. (Der Fronleichnamstag), der in Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung als Feiertag galt, war wieder von herrlichstem Wetter begünstigt. Viele Volksgenossen benutzten den freien Tag zur Erholung in der freien Natur und wanderten schon in den frühen Morgenstunden hinaus aus der Stadt. Am Vormittag fand unter großer Beteiligung die herkömmliche Fronleichnamsprozession statt. Nachmittags waren die Bierkeller stark belebt und auch der Badebetrieb nahm bei der großen Hitze einen großen Umfang an.

Aufschlussreich ist, dass der Schreiber des Artikels schon davon spricht, dass der Fronleichnamstag in katholischen Gegenden *als Feiertag galt*, also der Vergangenheit angehört. Im Jahr 1939 ist aber Fronleichnam in Deggendorf noch immer ein Feiertag, wie auch die *BO* vom 7. Juni feststellt. Dort wird allerdings die Prozessionsordnung nur mehr in sehr allgemeinen Formulierungen abgedruckt.



Die Verlegung des Fronleichnamstages auf den folgenden Sonntag geschieht erst am 7. Mai 1940<sup>441</sup>.

### Die Zurückdrängung der Kirche aus dem Erziehungswesen

Ein weiteres Ziel der Nationalsozialisten war, die Kirche systematisch aus dem Erziehungswesen zu verdrängen, in dem vor allem die Orden der Maristen und der Englischen Fräulein eine wichtige Rolle spielten. Obwohl Hitler der katholischen Kirche im Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 im Artikel 23 die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen zugesagt hatte, ging das Regime schon 1935 daran, diese zu bekämpfen. Bis 1938 waren die Bekenntnisschulen restlos von der von den Nationalsozialisten gewollten Gemeinschaftsschule verdrängt worden<sup>442</sup>. Das Hauptmotiv für die Einführung der Gemeinschaftsschule, in der Kinder verschiedener Konfessionen gemeinsam unterrichtet werden, war der Gedanke der Volksgemeinschaft, die durch keine konfessionellen Schranken gestört werden sollte<sup>443</sup>. In Bayern wurden überall Abstimmungen über die Einführung gemacht: *Wo Propaganda und Einschüchterung nicht zu dem erwünschten Erfolg führten, ließ man kurzerhand den gleichgeschalteten Gemeinderat pro forma abstimmen*<sup>444</sup>. Die katholische Kirche kämpfte gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule, so gut es ging, an. Wie manche Pfarrer gegen die Gemeinschaftsschule agierten, zeigt das Beispiel von Pfarrer Edhofer in Finsterau<sup>445</sup>. Dieser äußerte im Gottesdienst, dass die *täglichen kirchlichen Gebete zur Erhaltung der Bekenntnisschule* nicht erhört worden seien. In der Religionsstunde hatte er den Kindern den Vorwurf gemacht, dass sie *Verräter* seien, weil sie *so eifrig mit den Stimmzetteln nach Hause gelaufen seien*, nachdem sie auf Veranlassung des Bezirksschulrates eine warme Wurst dafür bekommen hatten<sup>446</sup>. Und so sahen die Stimmzettel aus<sup>447</sup>:

# Stimmschein

1. Ich wünsche die Erziehung meines(r) Kindes(r) in der christlichen deutschen Gemeinschaftsschule — d. i. eine Schule, in welcher wie an den Mittelschulen (z. B. Gymnasium, Realschule) für die kath. Kinder der Religionsunterricht durch die kath. Kirche (für evang. Kinder durch die evang. Kirche) sichergestellt ist.

**Wenn ja** .....

**hier unterschreiben**

2. Ich lehne es ab, daß meine(e) Kind(er) im Geiste der national-sozialistischen Volksgemeinschaft nach dem Willen des Führers zusammen mit allen andern Kindern erzogen werden.

**Wenn nein** .....

**hier unterschreiben**

3. **Ich unterschreibe nicht**, weil ich an sich für die Gemeinschaftsschule bin. Ich bin mir darüber klar, daß mein Nicht-Unterschreiben als Zustimmung zur christlichen Deutschen Gemeinschaftsschule gewertet wird. Wenn ich den Stimmschein bis zur geforderten Zeit **nicht** zurückgebe, gilt er ebenfalls als Ja-Stimme.

**NB! Der unterschriebene Stimmschein ist durch die Kinder oder durch Erwachsene (Eltern!) bis um 2 Uhr im Schulhaus — Knabenschulhaus abzugeben.**

Eltern, die noch irgendwelche Bedenken haben, erhalten dortselbst durch die Klablehrer oder politischen Leiter der NSDAP. gern die gewünschte Aufklärung<sup>14</sup>.

Klaus Gamber zeigt an Hand der Vorgänge in Deggendorf, mit welchen Druckmitteln und Tricks die Nationalsozialisten die hohe Zustimmungsrate zur Gemeinschaftsschule von über 90% erreichten, und dies trotz der entschlossenen Opposition der Geistlichkeit. Schon am 4. Juli 1937 hatte Pfarrer Dr. Stich ein Flugblatt verfasst, das in allen Kirchen des Dekanats verlesen wurde. Hier der Beginn dieses Aufrufes<sup>448</sup>:

Deggendorf, am 4. Juli 1937

*An alle katholischen Eltern und Erziehungsberechtigten  
der Stadtpfarrei Deggendorf.*

Aus Oberbayern kam die sehr überraschende Nachricht, daß nunmehr in allen dortigen Gemeinden die deutsche Gemeinschaftsschule eingeführt werde, „weil sich die Eltern nahezu hundertprozentig für diese Schulform ausgesprochen hätten.“ Es ist nun zu erwarten, daß auch bei uns in Niederbayern die Eltern bald veranlaßt werden sich „frei“ für die Gemeinschaftsschule auszusprechen. Ich sehe mich daher genötigt nochmals an alle Eltern und Erziehungsberechtigten meiner Pfarrei ein aufklärendes und mahnendes Wort zu richten.

Was wollen wir mit der *Katholischen Bekenntnisschule*? Wir wollen mit ihr den katholischen Glauben unserer Kinder bewahren und schützen! In dieser Schule dürfen nämlich nur katholische Lehrer vor Eure Kinder treten und muß der gesamte Unterricht und die Erziehung dem Geiste unseres katholischen Glaubens entsprechen.

In der *Gemeinschaftsschule* aber müßt Ihr Eure Kinder Lehrern anvertrauen, die ohne Rücksicht auf ihr religiöses Bekenntnis, ohne Rücksicht auf ihre Gläubigkeit oder Ungläubigkeit oder auch Kirchenfeindlichkeit angestellt werden. Unsere klösterlichen Lehrkräfte, für die wir uns im letzten Jahr mit 93,7 % der Eltern und Erzieher eingesetzt haben, müßten natürlich sofort aus der Gemeinschaftsschule verschwinden; denn der Unterricht wird dort im Geiste einer Weltanschauung erteilt, die in offenem Widerspruch zu jedem Christentum steht. Gewiß darf zunächst noch katholischer Religionsunterricht erteilt werden. Aber, ob das so bleibt? Und was nützen die paar Religionsstunden, wenn der Unterricht in den übrigen Fächern in einer Art erteilt wird, die das wieder niederreißt, was Ihr selber zu Hause und was der Katechet in der Schule mühsam in den Kindern aufbaut!

Es ist schon bemerkenswert, mit welch deutlichen Worten der Deggendorfer Stadtpfarrer die *Weltanschauung* der Nationalsozialisten als *Widerspruch zu jedem Christentum* anprangert. Die anscheinend von der Kirche organisierte Abstimmung zur *Beibehaltung der klösterlichen Lehrkräfte* im Jahr zuvor war übrigens in keiner der Deggendorfer Zeitungen erwähnt worden. Auf den Erfolg dieser Abstimmung verweist Dr. Stich nochmals am Ende seines Aufrufes:

*Darum tut Eure Pflicht, wie damals und Ihr werdet  
die katholische Schule für Eure Kinder retten,  
wie sie anderwo gerettet wurde, wo die Eltern  
furchtlos treu zusammen standen!*

*Verweigert jedes „Ja“ und jede Unterschrift  
für die Gemeinschaftsschule!*

Euer Seelsorger  
Dr. Stich  
Stadtpfarrer

In einem Schreiben vom 7. März 1938, das offensichtlich an das Bischöfliche Ordinariat gerichtet war, beschreibt Dr. Stich die Praktiken der Nationalsozialisten bei der Abstimmung zur Gemeinschaftsschule in Deggendorf:

... In der Erkenntnis, daß eine ehrlich freie Abstimmung im Pfarrbezirk Deggendorf ein klägliches Resultat für die Gemeinschaftsschule ergeben würde, war die beabsichtigte Abstimmung immer wieder verschoben, um schließlich von den besten Stellen auf das geheimste vorbereitet und in der raffiniertesten Weise durchgeführt zu werden.

Selbst die Lehrkräfte an der Knabenschule waren nur mit Auswahl in die Überfallaktion eingeweiht.

Um  $\frac{1}{2}$  11 Uhr Samstag vormittag, den 12. Februar 1938, erhielten dann sämtliche Lehrkräfte an der Knaben- wie an der Mädchenschule den Auftrag, die bereitgestellten 2 Zettel (Aufklärungszettel - rot und Stimmschein - weiß) in verschlossenen Kuverten und mit den Adressen versehen, durch die Kinder sofort den Eltern zuzustellen, mit der Weisung, den Stimmschein bis nachmittags 2 Uhr in der Knabenschule wieder abzugeben.

Die Väter bei der Arbeit, die Mütter am Herde, also ohne Möglichkeit einer ruhigen Besprechung und Aufklärung über den Sinn und Zweck des Stimmscheins, der Stimmschein in einer Weise abgefaßt, daß ja wie nein, unterschrieben und nicht unterschrieben, abgegeben und nicht abgegeben in gleicher Weise als Zustimmung galt. Für die Gemeinschaftsschule, war der „Erfolg“, d. i. die geforderten 95 % für die Gemeinschaftsschule von vornherein sichergestellt.

Die Befragung der Eltern habe also fast überfallartig stattgefunden, und nicht einmal alle Lehrkräfte seien in die bevorstehende Aktion eingeweiht gewesen. Dr. Stich stellt dann fest, dass ein Großteil der Eltern die Stimmscheine nicht abgeliefert habe und somit deren Stimmen als Zustimmung gezählt wurden. Ohne diesen Trick hätten *nicht 20% für die Gemeinschaftsschule* in Deggendorf gestimmt. Er fasst dann zusammen, dass man im Dekanat alles getan habe, *was zur Erhaltung der katholischen Bekenntnisschule unter den gegebenen Verhältnissen geschehen konnte*. Auch auf der Kanzel sei immer wieder vor der Gemeinschaftsschule gewarnt worden, so dass *sämtliche Pfarrer des Dekanats wegen ihres Eintretens für die Bekenntnisschule angeklagt und mit Geldstrafe belegt wurden*. Dies wird durch die Liste der verfolgten Geistlichen im Bistum Regensburg allerdings nicht belegt<sup>449</sup>. Laut dieser Liste wurden nur zwei Deggendorfer Geistliche in der NS-Zeit bestraft. Pfarrer Dr. Stich ist nicht dabei.

So entsprach dann das Ergebnis in Deggendorf den Wünschen der Nationalsozialisten. Am 14. Februar 1938 meldet der *DB*, dass die Erziehungsberechtigten im Kreis Deggendorf alle mit Mehrheit für die Gemeinschaftsschule gestimmt hatten:

## Sieg der Gemeinschaftsschule im Kreis Deggendorf

Am Samstag fand im Kreis Deggendorf die Abstimmung der Erziehungsberechtigten über die Gemeinschaftsschule statt. Die Mehrheit der Eltern haben für die Gemeinschaftsschule gestimmt. In der Stadt Deggendorf ist das Abstimmungsergebnis 95 Prozent. Es haben hier von 952 Erziehungsberechtigten 901 mit „ja“ und 51 mit „nein“ gestimmt. In den Schulen des Bezirks Deggendorf ist das Abstimmungsergebnis 91 Prozent. Von den einzelnen Schulorten sind bis jetzt folgende Ergebnisse in Prozent für die Gemeinschaftsschule bekannt: Plattling 89, Metten 95, Schöllnach 97, Schaufling 100, Tggensbach 92, Stephansposching 94, Niederalteich 100, Seebach 94, Mietraching 90, Neuhausen 90, Winzer 96, Grafing 98.

Mit diesem überwältigenden Abstimmungsergebnis haben die Eltern und Erziehungsberechtigten des Kreises Deggendorf klar und eindeutig zum Ausdruck gebracht, daß sie für ihre Kinder die Gemeinschaftsschule haben wollen. Damit schließt sich nunmehr auch der Kreis Deggendorf den anderen Kreisen des Grenzgaues Bayerische Ostmark an, die sich schon früher für die Gemeinschaftsschule entschieden haben.

Sogar Gauleiter Wächtler sprach Kreisleiter Brandl Anerkennung und Dank für das gute Ergebnis aus<sup>450</sup>. Der Monatsbericht der Bezirksregierung äußert sich ebenfalls höchst zufrieden mit dem Abstimmungsergebnis. Die Zustimmung lag im Bezirk bei meist über 90%, in Viechtach und Grafenau sogar bei 99%. Allerdings stimmten in Konnersreuth von 145 Erziehungsberechtigten nur 45 für die Einführung der Gemeinschaftsschule<sup>451</sup>.

An der Realschule in Deggendorf hatte es schon im Jahr zuvor Änderungen gegeben. Am 15. Februar 1937 hatte der Stadtrat den Ausbau der Realschule zu einer 8-klassigen Oberschule besprochen, die dann mit Verzögerung im Schuljahr 1938/39 eingeführt wurde<sup>452</sup>. Die Genehmigung durch das Ministerium war allerdings von der Entlassung der Maristenbrüder aus der Verwaltung des Schülerheimes abhängig gemacht worden. Graf und Haas hatten bei der Vorsprache im Unterrichtsministerium am 5. Januar 1937 die Zusage erhalten, dass die Stadt eine Oberschule bekommt. *Voraussetzung ist, dass seitens der Stadt ein Schülerheim zur Verfügung gestellt wird, das von geeigneten weltlichen Kräften geleitet und betreut wird.* So wurde den Maristen zum 31. März

1937 gekündigt<sup>453</sup>, und die Verwaltung des Schülerheimes ging in die Hände der Stadt über. Im Protokoll der Beratung vom 15. Februar heißt es dazu: *Damit ist der Forderung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus genügt, das den Ausbau der Realschule Deggendorf zu einer Vollanstalt (8-klassigen Oberschule) von der Vertragskündigung gegenüber den Maristenbrüdern abhängig macht*<sup>454</sup>. Um die Forderung des Ministeriums zu erfüllen, hatte Bürgermeister den Maristen schon am 29. September 1936 gekündigt, und er wiederholt die Kündigung Anfang 1937: *Meine Kündigung vom 29.9.1936 bitte ich als endgültig zu betrachten*<sup>455</sup>. Dabei war man mit der Arbeit der Maristenbrüder in Deggendorf eigentlich sehr zufrieden. In der gleichen Beratung lobt Bürgermeister Graf ausdrücklich die Arbeit der Maristen und betont, *dass die Maristen-Schulbrüder das Schülerheim ausserordentlich in die Höhe gebracht haben*<sup>456</sup>. Auch am 18. Juli 1935 war der Leiter des Schülerheimes, Frater Zweck, vom Bürgermeister für seine Arbeit gelobt worden: *Ich habe gegen dessen Schulleitung keinerlei Bedenken*<sup>457</sup>. Dennoch beginnt landesweit gegen die Maristen eine Kampagne, die in dem Vorwurf gipfelt, dass sie ihre Schüler sexuell missbrauchen würden<sup>458</sup>.

An den genannten Instalten sind folgende Vorkommnisse bekannt geworden:

1.) Mit Urteil der Grossen Strafkammer des Landgerichtes Traunstein vom 3. April 1935 wurde der im Schülerheim der Maristen-schulbrüder in Traunstein als Erzieher tätige Bruder Ludwig (Hubert Schiffer) wegen vier sachlich zusammen treffender fortgesetzter Verbrechen wider die Sittlichkeit nach § 174 Abs. 1 Ziff. 1 StGB., von denen drei je in Tateinheit stehen mit je einem fortgesetzten Verbrechen nach § 176 Abs. 1 Ziff. 3 StGB., begangen an den ihm zur Überwachung und Erziehung anvertrauten Schülern, zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Ausserdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil wurde vom Reichsgericht als offensichtlich unbegründet verworfen. Das Urteil ist also rechtskräftig.

In dem Schreiben werden noch weitere ähnliche Fälle von Sittlichkeitsverbrechen aufgelistet, das Schülerheim Deggendorf ist allerdings nicht dabei. So kommt man dann zu dem Schluss, dass die Maristenbrüder nicht geeignet für die Führung von Schulen oder Heimen seien. Wie ablehnend die Nationalsozialisten kirchlichen Bildungseinrichtungen gegenüberstanden, zeigt das Schreiben von Kreisleiter Brandl an den Gauleiter<sup>459</sup>. Er begründet seine Bitte um den Ausbau der Realschule mit dem Argument, dass die Klosterschule Metten die Jugend nicht im nationalsozialistischen Sinne erziehen könne und wolle. So sei kein Lehrer in Metten Mitglied des NS-Lehrerbundes, und kaum die Hälfte der Schüler seien bei der HJ. Metten sei die Schule der Bemittelten. *Die Realschule Deggendorf ist aber die Schule der Minderbemittelten.*

Bürgermeister Graf beauftragt dann den Ratsherrn Noel, mit den Maristen die *Ablösung, Inventurübernahme usw.* zu besprechen. Er nimmt auch das Angebot von *Realschuldirektor Gierisch an auf ehrenamtl. unveränderte Weiterführung des Schülerheimes*<sup>460</sup>. Drei Studienassessoren sollen die Schüler betreuen und dafür die Verpflegung im Heim erhalten. Das Heim soll für die Stadt bis zur Überlassung an den Bayerischen Staat eine große finanzielle Belastung werden. Schon am 8. März

hatte Diplom Ingenieur Noel den Bürgermeister informiert, dass die Stadt für die Übernahme der Einrichtungsgegenstände von den Maristen und für erste Renovierungen 3.000 RM aufwenden müsse. In der Beratung vom 22.Juni 1937 werden nochmals 5.200 RM für Instandsetzungsarbeiten bereitgestellt. Dies sollte die Voraussetzung sein, dass man *das Heim in einem ordnungsgemäßen Zustand* dem Land Bayern überlassen konnte, was dann im Vertrag vom 7.Juli 1938 geschah. Im Januar 1940 übergibt die Stadt dem Bayerischen Staat das Inventar des Schülerheims und ist damit *aller anderen Leistungen gegenüber Oberschule und Schulheim entbunden*<sup>461</sup>.

Gleichzeitig ging man daran, die klösterlichen Bildungs- und Unterrichtsanstalten aufzuheben und die klösterlichen Lehrkräfte abuberufen. Der Passauer Generalvikar Dr. Riemer zeigte sich in Arnstorf enttäuscht, dass bei deren Abberufung *der Staat für das segensreiche der Schwestern kein Wort des Dankes gefunden habe*<sup>462</sup>. Laut Bezirksregierung führte gerade die Schließung der klösterlichen Anstalten zu großer Unruhe in der Bevölkerung. Man befürchtete wirtschaftliche Einbußen. So würden durch die Schließung der Anstalten in Deggendorf, Metten und Niederalteich etwa 100 Arbeiter und Angestellte des weltlichen Personals ihren Arbeitsplatz verlieren<sup>463</sup>. Nachdem im Jahr 1937 die schrittweise Schließung des *Seminars St.-Gotthard* in Niederalteich angeordnet worden war, erfolgte auch in Metten die endgültige Schließung des humanistischen Gymnasiums der Benediktinerabtei nach Ablauf des Schuljahres 1938/39. Dies brachte laut dem Monatsbericht vom März 1939 Unruhe in die Gemeinde: *Geschäftsleute befürchteten empfindliche Verluste, Eltern wissen nicht, wohin mit den Kindern*<sup>464</sup>. Ob die Verhaftung des Abtes von Metten, Korbinian Hofmeister, zu Beginn von 1938 mit den Protesten gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule und die Schließung des Gymnasiums zu tun hatte, lässt sich nicht sagen. Zur gleichen Zeit wurden in der Benediktinerabtei Schweiklberg der Prior des Klosters und mehrere Klosterbrüder *wegen Verdachts der Begünstigung* verhaftet<sup>465</sup>.

Das Lyzeum, die höhere Schule für Mädchen und Vorgängerin der heutigen Maria-Ward Schule, befand sich im Gebäude der Englischen Fräulein und wurde von diesen auch geleitet. In diesem Gebäude war auch die Mädchenschule untergebracht. Die Stadt hatte vom Institut die Räumlichkeiten für die Schule gemietet und hatte ab dem 1.Juli 1932 dafür 3.359 RM im Jahr bezahlt<sup>466</sup>. Als die Stadt durch den Ausbau der Realschule zur Oberrealschule eine weitere Klasse in die Mädchenschule verlegen musste, stieg die Miete 1937 auf 4.020 , ab 1938 auf 4.066,66 RM. Doch als klösterlich geleitete Schule hatte das Lyzeum keine Überlebenschance, obwohl sich der Stadtrat Deggendorf zunächst für die Weiterführung der Schule durch die Englischen Fräulein einsetzte. Diese Weiterführung wurde mit der Entschließung vom 29.12.1937 Nr. VIII 69613 dem Institut der Englischen Fräulein verboten. Lediglich *die Hinausführung der bereits bestehenden Klassen wurde unter der Bedingung, dass ein weltlicher Leiter bestellt wird, noch zugelassen*<sup>467</sup>. So beginnt der Vortrag des Berichterstatters Haas zum Tagesordnungspunkt *Mädchenoberschule Deggendorf* in der Beratung vom 13.April 1938. Gleichzeitig war die Stadt vom Ministerium aufgefordert worden, ihrerseits für die Errichtung einer höheren Mädchenschule zu sorgen und die Führung der 1.Klasse zu übernehmen. Dies ist der Zeitungsbericht zur Übernahme des Lyzeums durch die Stadt<sup>468</sup>:

Sodann erstattete der Erste Beigeordnete Stadtratsrat Haas eingehenden Bericht über die Übernahme des Lyzeums durch die Stadt. Er betonte insbesondere, daß der

**Bestand des Lyzeums nunmehr vollständig gesichert**

ist und stufenweise durch die Stadt übernommen wird. Die Eltern können mit einer gediegenen Ausbildung ihrer Töchter rechnen, die der einer Knabenmittelschule in keiner Weise nachsteht. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat bereits seine Zustimmung erteilt und für die gesamte Anstalt das Verbot des Besuchs durch Beamtenkinder aufgehoben. Die Stadt wird ihrerseits alles tun, um die Anstalt in jeder Weise auszubauen und in ihre das nationalsozialistische Erziehungsmoment zu vertiefen. Das Lyzeum führt in Zukunft die Bezeichnung „Städtische sechsklassige Mädchenoberschule Deggendorf“.

Jetzt dürfen auch Beamtenkinder diese Schule besuchen, was ihnen bis dahin vom Staat verboten war. Haas gibt unumwunden zu, dass die neue *Städtische Mädchenoberschule* dazu da ist, das *nationalsozialistische Erziehungsmoment zu vertiefen*. Die Stadt war zunächst allerdings nicht sehr begeistert, das Lyzeum übernehmen zu müssen. Sie hatte gebeten, dass der Orden wenigstens für das Schuljahr 1938/39 die Erlaubnis zur Weiterführung der 1. Klasse bekommen solle. Dies wurde vom Ministerium strikt abgelehnt, und es wurde sogar angedroht, dass die Stadt *mit der Schliessung der Schule rechnen müsse*, falls sie die Forderung des Ministeriums nicht erfüllt<sup>469</sup>. Da die Stadt selbst keine Räume für eine neue Schule hatte, begann man Verhandlungen mit dem Orden über die Anmietung der notwendigen Zimmer für die aufzubauende Städtische Mädchenoberschule. Doch die Verhandlungen gerieten zunächst ins Stocken, *da der Orden für die Stadt untragbare Mietsätze verlangte*<sup>470</sup>. Im Anhang zum Protokoll ist eine Art Mietspiegel für Pachtverträge in anderen Städten aufgeführt, der zeigen soll, dass der Orden in Deggendorf überhöhte Forderungen für die Klassenzimmer stellt:

*Gegenüberstellung.*

	<i>Vom Institut d. Engl. Fräulein wird f. Miets verlangt (jährl.)</i> RM	<i>Nach d. Sätzen, die Strahlung vergütet, müsste bezahlt werden (jährl.)</i> RM.
<i>Miete für Klassenzimmer mit Einrichtung ( 31 qm )</i>	360.-	186.-
<i>Miete f. Lehrerzimmer ohne Einrichtung</i>	180.-	84.-
<i>Mitbenutzung d. sonst. Anstalteräume u. Einrichtungen</i>	250.-	30.-
<i>Mitbenutzung der Lehr- u. Lernmittel u. Lehrerbücher</i>	100.-	?
<i>Reinigung f. Klass- und Lehrerzimmer</i>	250.-	45.-
	1140.-	345.-

Hier sieht man, dass der Orden in Deggendorf schon ein harter Verhandlungspartner war. Neben dem Lyzeum in Deggendorf verloren die Englischen Fräulein auch die Lyzeen in Osterhofen, Passau-Freudenhain und Simbach am Inn<sup>471</sup>.

Ebenfalls auf Drängen des Ministeriums sollte mit der Mädchenoberschule ein Schülerinnenheim verbunden werden. In der Beratung vom 10. Februar 1939 begrüßten die Ratsherren die Errichtung eines solchen Heimes, da dadurch die Attraktivität der neuen Schule erhöht würde<sup>472</sup>. Zur Unterbringung seien die Räume der Haushaltungsschule geeignet. Im Protokoll der Beratung findet sich die Begründung dazu: *Hier besteht in gewissen Sinn schon ein Heimbetrieb. Das Kloster beherbergt nämlich eine ganze Anzahl von Mädchen, die teils die Haushaltungsschule und teils das Lyzeum, die Knabenoberschule und die Volksschule besuchen oder berufstätig sind... Für diesen Betrieb besitzt das Institut, ebenso wie für die Nähstube keine Genehmigung.* Für die Unterbringung des Schülerinnenheims in dem Gebäude sei die Auflösung der Haushaltungsschule nicht notwendig und auch nicht erwünscht. Das Kloster müsse aber seinen Heimbetrieb beenden. Schülerinnen dürfen nur noch im städtischen Schülerinnenheim aufgenommen werden. Die Einrichtung des Heimes erfolgt dann relativ schnell. Schon am 1. April 1939 mietete die Stadt die Räume dafür an<sup>473</sup>. Am 27. Mai 1939 berichtet die BO, dass das Heim bereits 14 auswärtige Schülerinnen aufgenommen habe. Hier ein Foto der Mädchenoberschule und des Heimes im gleichen Bericht:



Über den Zweck dieses Heimes gehen die Angaben auseinander. Die Zeitung schreibt, dass die Einrichtung erfolgte, *um auch auswärtigen Schülerinnen den Besuch der Mädchenoberschule Deggendorf zu ermöglichen*. Warum es in der Chronik des Instituts heißt, dass das Schülerinnenheim für die Mitglieder des BDM (Bund deutscher Mädchen) und der NSF (Nationalsozialistische Frauenschaft) errichtet worden sei, ist nicht recht nachvollziehbar. Die Haushaltungsschule blieb zwar zunächst noch bestehen, doch im November 1940 spricht man schon von der *ehemaligen Haushaltungsschule*<sup>474</sup>.

Das andere Problem war die Suche nach einem geeigneten Lehrer für die 1. Klasse der neuen Oberschule, der zugleich Schulleiter sein sollte. Welche Schwierigkeiten die Stadt damit hatte, zeigt der Bericht von Josef Haas in der Beratung vom 22. Juni 1938:

Berichterstatter: Erster Beigeordneter H a a s .

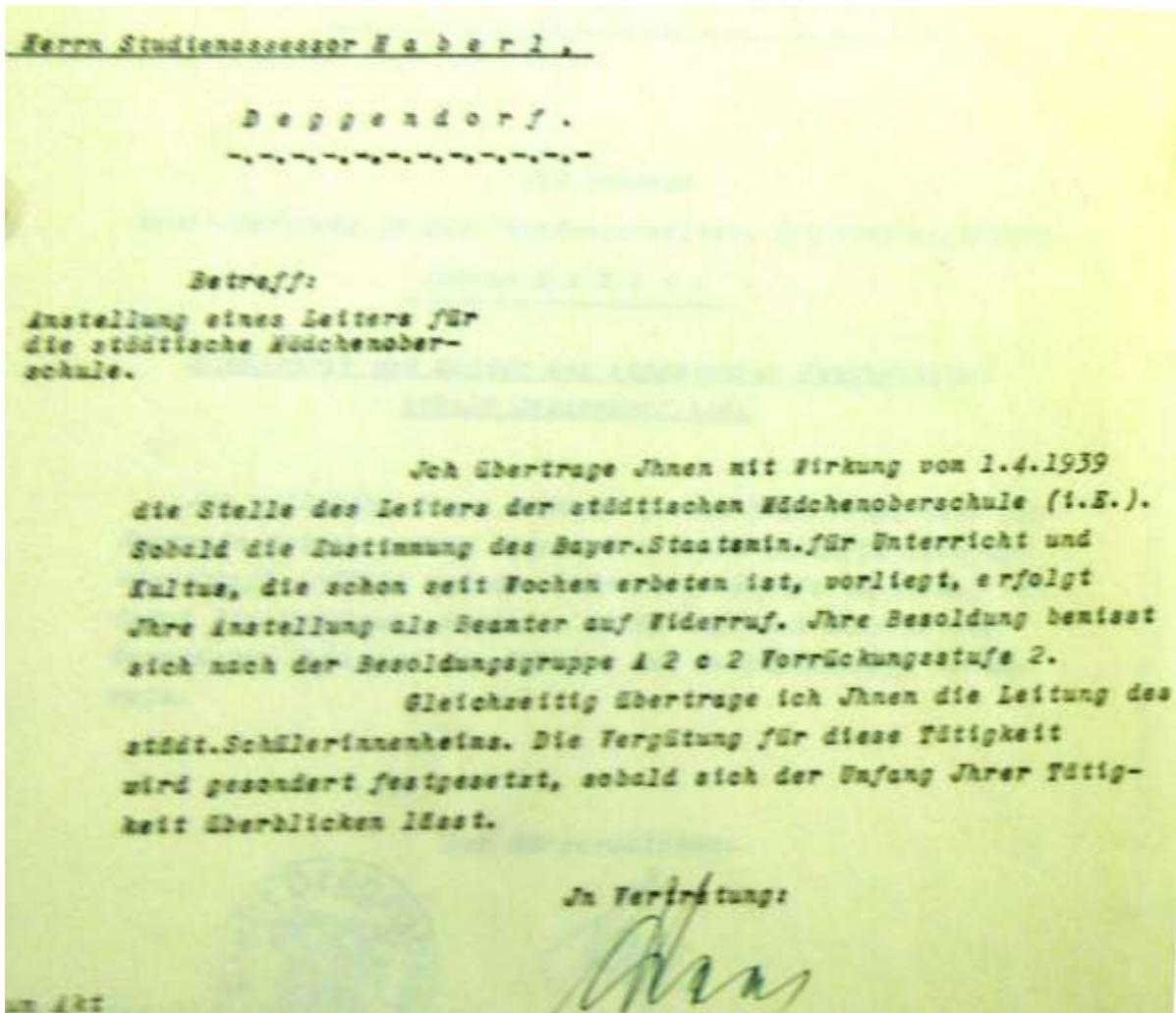
a) Vortrag des Berichterstatters: Die Stadtverwaltung war seit Übernahme des Lyzeums bestrebt, für die Leitung der städt. Mädchenoberschule eine geeignete männliche akademische Kraft zu finden, da sie nach Lage der Verhältnisse der Meinung ist, dass nur ein männlicher Leiter sich entsprechend durchzusetzen vermag. Verschiedene Bewerber, die für die Besetzung der Stelle in Frage gekommen wären und schliesslich vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus schon bestätigt wurden, haben nachträglich wegen anderweitiger Berufung wieder abgesagt. Ein noch verbleibender Bewerber konnte wegen des ausserordentlich ungünstigen politischen Führungszeugnisses nicht zum Leiter ernannt werden. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat schliesslich mit Entschliessung vom 23. Mai 1938 Nr. VI 31873 empfohlen, nachdem Studienassessoren heuer wohl nicht mehr frei werden, als Leiter vorläufig eine Frau anzustellen und in diesem Sinne sofort eine Ausschreibung im Regierungsanzeiger zu veranlassen.

Berichterstatter begutachtet jedoch, von der Ausschreibung zunächst abzusehen und bis zum Ende des Schuljahres mit der kommissarischen Leitung der Schule die bereits als Klassenleiterin der 1. Klasse bestätigte Studienassessorin H o l l zu beauftragen und diese nach Schluss der Sommerferien anzustellen.

) Stellungnahme der Ratsherren: - - -

) Entschliessung d. Bürgermeisters: Die Studienassessorin H o l l wird mit der vorläufigen Leitung der städtischen Mädchenoberschule beauftragt.

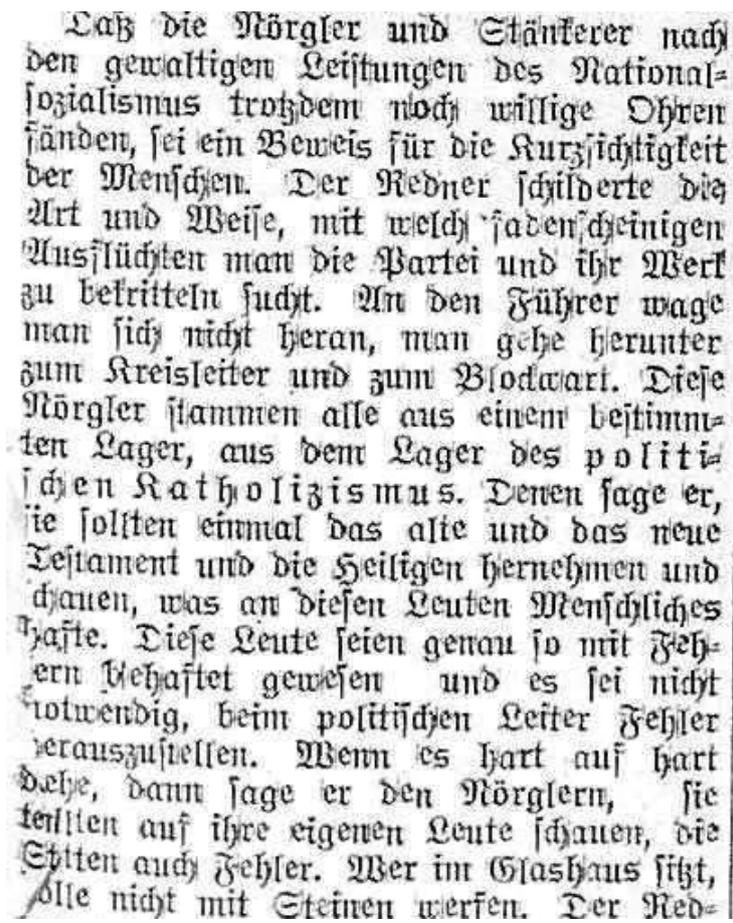
Da man keine männlichen Interessenten fand, wurde also die Studienassessorin Elisabeth Holl 1. November 1938 als Mathematiklehrerin und Klassenlehrerin fest angestellt und zugleich kommissarisch mit der Schulleitung betraut<sup>475</sup>. Der Stadtrat bemühte sich aber weiterhin um einen männlichen Schulleiter. Auf eine Ausschreibung hin gingen zwei Bewerbungen ein. Der Studienassessor Johann Haberl von der Oberschule für Knaben in Deggendorf hatte sich *schon vor längerer Zeit beworben*<sup>476</sup>. Einer der Bewerber schied *wegen seines Alters aus*. Der zweite Bewerber, Franz Strassl, hatte noch keine Unterlagen vorgelegt, gab aber an, ein „Alter Kämpfer“ zu sein und zur Zeit mit der Leitung der *städt. Oberschule in Schrobenshausen* betraut zu sein. Der Lehrer für neue Sprachen, Johann Haberl, habe zwar sehr gute Examensnoten und sei auch schon im Schülerheim als Erzieher tätig gewesen. Dort sei er *seinen Aufgaben zur vollen Zufriedenheit nachgekommen*. Aber im politischen Führungszeugnis, das die Kreisleitung dem Parteigenossen ausstellte, heisst es: *Verdienste um die Partei hat sich Haberl bis jetzt nicht erworben*. Daraufhin will der Bürgermeister vor seiner Entscheidung noch die *näheren Unterlagen von dem Bewerber Franz Strassl* einholen, denn ein Schulleiter musste ein gutes *politisches Führungszeugnis* haben. Zwei Monate später wird der Studienassessor Haberl trotzdem zum Schulleiter und Heimleiter der Oberschule für Mädchen ernannt. Hier das Schreiben vom 6. April 1939 von Josef Haas, das sich im Personalakt Johann Haberl befindet:



Jetzt sind Lyzeum und Schülerinnenheim ganz in der Hand des Staates, damit das *nationalsozialistische Erziehungsmoment* vertieft werden könne, wie Haas das ausgedrückt hat. Es muss jedoch festgehalten werden, dass die Deggendorfer Ratsherren über die Zurückdrängung der Orden zwar beraten haben, dass aber in beiden Fällen die Initiative vom Kultusministerium ausging und von der Stadt aus finanziellen Gründen eigentlich nicht erwünscht war. Dies zeigt auch das Verhalten der Stadt gegenüber dem städtischen Waisenhaus. In der Beratung vom 10. Februar 1939 berichtet Josef Haas, dass die Stadt für dieses Waisenhaus wegen mangelnder Belegung *jedes Jahr einen ganz erheblichen Betrag* zuschießen müsse. Man habe deshalb mit dem Stadtjugendamt München wegen der Beschickung mit 25-30 Kindern verhandelt. Dieses habe zwar zugestimmt, *Voraussetzung hiefür ist aber, dass die Stadt Deggendorf für eine weltliche Führung im nationalsozialistischen Sinn Sorge trägt, also insbes. an Stelle der klösterlichen Kräfte ausgebildete weltliche Erzieherinnen beschäftigt*. Daraus ersieht man, dass 1939 das Waisenhaus noch von klösterlichen Kräften geführt wurde und dass die Initiative zur Entlassung dieser wiederum von außen kam. Dass das Verhältnis zwischen dem Orden der Englischen Fräulein und dem Stadtrat nicht völlig zerrüttet war, zeigt die Tatsache, dass sich bei manchen Spruchkammerverfahren das Institut zu einer eidesstattlichen Erklärung bereitfand. So bescheinigt das Institut Sebastian Weiß, dass er für den Erhalt der klösterlichen Lehrkräfte der Mädchenschule eingetreten sei<sup>477</sup>. Auch Josef Haas bekommt Schützenhilfe vom Kloster<sup>478</sup>. Für Hans Graf wurde keine Erklärung abgegeben.

## Kirchenkampf in Deggendorf

Wie bereits angesprochen, wollten die Nationalsozialisten das *innerkirchlich-religiöse Leben in die kircheneigenen Wände* zurückzudrängen<sup>479</sup>. Mit gezielten antikirchlichen Maßnahmen versuchten Partei und Staat die Kirche aus dem öffentlichen Leben, den Schulen und dem Pressewesen zu verdrängen. Die Kirche sollte sich auf die bloße Seelsorge beschränken<sup>480</sup>. Als sich die Kirche dagegen zu wehren versuchte, kam es zu einem regelrechten „Kirchenkampf“<sup>481</sup>. Ab 1935 begann die Partei den *politischen Katholizismus* systematisch zu bekämpfen. So hielt am 31. August der Amberger OB Filbig im Schwarzmannaal eine Rede zum Thema *Volk gegen Klasse*, in der er neben den Juden den politischen Katholizismus beschuldigte, die Einheit des Volkes zu zerstören<sup>482</sup>:



Daß die Mörder und Stänkerer nach den gewaltigen Leistungen des Nationalsozialismus trotzdem noch willige Ohren fänden, sei ein Beweis für die Kurzsichtigkeit der Menschen. Der Redner schilderte die Art und Weise, mit welcher fadenhäutigen Ausflüchten man die Partei und ihr Werk zu bekritteln sucht. An den Führer wage man sich nicht heran, man gehe herunter zum Kreisleiter und zum Blockwart. Diese Mörder stammen alle aus einem bestimmten Lager, aus dem Lager des politischen Katholizismus. Denen sage er, sie sollten einmal das alte und das neue Testament und die Heiligen hernehmen und schauen, was an diesen Leuten Menschliches haften. Diese Leute seien genau so mit Fehlern behaftet gewesen und es sei nicht notwendig, beim politischen Leiter Fehler herauszustellen. Wenn es hart auf hart gehe, dann sage er den Mörglern, sie sollten auf ihre eigenen Leute schauen, die Sitten auch Fehler. Wer im Glashaus sitzt, solle nicht mit Steinen werfen. Der Red-

Die Kampagne gegen die Kirche wurde auch in den von den Nationalsozialisten beherrschten Medien geführt. Es wurde der Vorwurf erhoben, dass die Vertreter des Katholizismus Lügen über die Partei verbreiten. Hier ein ganzseitiger Aufruf im *DB* vom 8.9.1935:

# Deutsches Volk, horch auf!

Gewissenlose Hezer sind am Werke, Dich in einen Kulturkampf hineinzutreiben! Sie mißbrauchen die Religion zu schändlichen politischen Zwecken.

Folgende Tatsachen dienen dazu als Beweismaterial:

**Nellingenhausen**, den 9. Juli 1935.

In der Pfarrkirche zu Vorken i. W. brennen in der Kreuzkapelle Beichtstuhl und Altar. Desbergkapelle und Altar sind in nicht wiederzugebender Weise beschmutzt. Der Täter ist ein eifriger Kirchenbesucher, bekanntes Mitglied des katholischen Cäcilienvereins. Er beging die Tat, um damit den Verdacht auf Angehörige der SA-Schule Wehlen zu lenken.

**Bocholt**, den 23. Juli 1935.

Seit mehreren Monaten werden systematisch Heiligenbilder und ein Kolpingdenkmal beschädigt. Gerüchte werden ausgestreut, daß die Täter Mitglieder der NSDAP seien. Die wahren Täter aber sind der Zentrumsanhänger Bernhard Klöpffer und der Kommunist Wiltling. Absicht und Zweck der Tat sind, die nat. soz. Bewegung in den Augen des kath. Volksteiles herabzusetzen.

**Münster**, den 3. August 1935.

In Berne an der Lippe werden Flugblätter verteilt, die gemeine Spottbilder auf den Bischof von Münster und die Devisenschieber enthalten. Der Verdacht richtet sich gegen Mitglieder der NSDAP. Als Hersteller und Verbreiter der Flugblätter werden dann neun Mitglieder des kath. Kolping-Vereins gefaßt. Sie sagen in ihrer Vernehmung aus, daß sie die nat. soz. Bewegung schädigen wollten.

In der Bevölkerung sollte der Eindruck erweckt werden, als kämen die Flugblätter aus den Reihen der NSDAP.

Das ist Sabotage am inneren Frieden der Nation!

## Deutsches Volk, horch auf!

Man greift zu Lüge und Betrug, weil andere Mittel nicht mehr versangen!

Während der Führer den schwersten politischen Kampf der Geschichte für Arbeit und Freiheit des deutschen Volkes siegreich zu Ende führt, arbeiten die Zentrumsbozzen Arm in Arm mit dem Bolschewismus und wenden seine Methoden gegen den nat. soz. Staat an, der Europa und seine Kultur vor der bolschewistischen Vernichtung gerettet hat!

Gebt die Volksverräter, die ihre schmutzigen, politischen Geschäfte heuchlerisch unter der Maske der Religion betreiben, der allgemeinen Verachtung preis!

Die ewigen Feinde des Reiches wollen die deutsche Einheit zerstören!

Regierung und Partei werden dem schamlosen Treiben ein Ende machen.

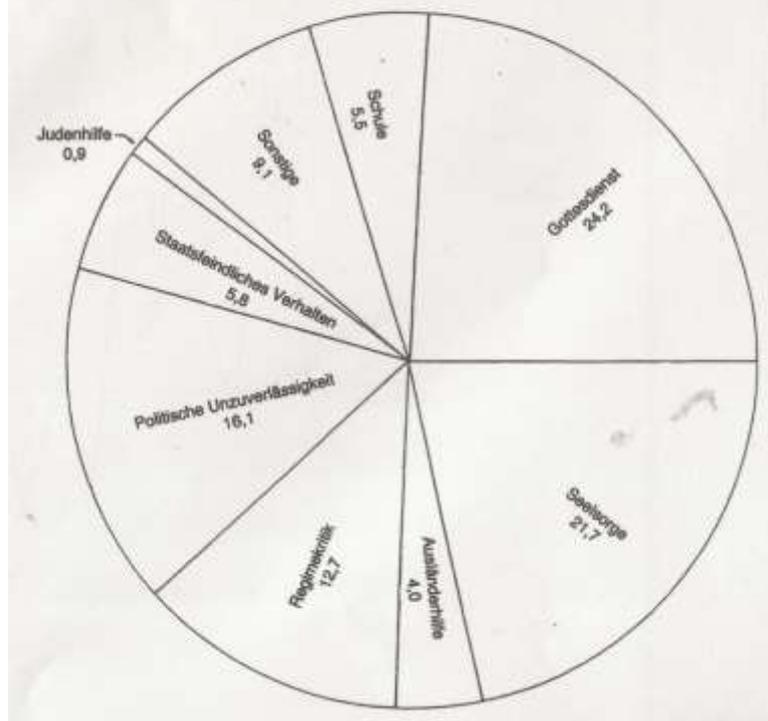
Du deutsches Volk hab acht und hüte Dich vor den Dunkelmännern, die im Schafspelz kommen, inwendig aber reißende Wölfe sind.

**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei**  
**Gau Bayerische Ostmark**

Am 21. März 1937 verlasen in allen 11.500 katholischen Gemeinden des Reiches die Priester zum Sonntagsgottesdienst zeitgleich die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in welcher der Nationalsozialismus und die Rassenpolitik des Regimes als Irrlehre bezeichnet wurden<sup>483</sup>. Dieser Coup der katholischen Kirche heizte den Konflikt zwischen dem Regime und der Kirche weiter an. Hitler selbst sprach sich im Mai 1937 für spektakuläre „Pfaffenprozesse“ aus, er wollte ein Verbot des Zölibats, die Einziehung des kirchlichen Vermögens, die Auflösung der Orden und die Aufhebung des kirchlichen Erziehungsrechts durchsetzen<sup>484</sup>. Angesichts der Kriegsvorbereitungen stellte man jedoch

zahlreiche dieser Pläne zurück. 1941 erreichte der Terror gegen die katholische Kirche ihren Höhepunkt. Es begann der „Klostersturm“, bei dem 120 Klöster beschlagnahmt wurden, die Mönche und Nonnen wurden vertrieben und die Gebäude *massenhaft enteignet*. Als Begründung gab man laut Monatsbericht vom Mai 1941 häufig an, dass die Räume *für Zwecke der Unterbringung von Kindern aus luftgefährdeten Gebieten* gebraucht würden. In den Benediktinerabteien Niederalteich und Metten verlief dieser „Klostersturm“ etwas ruhiger. Laut Benedikt Busch<sup>485</sup> mietet nach Auflösung des Gymnasiums in Metten am 30. Juli 1939 zunächst das Wehrkreiskommando XIII die freigebliebenen Gebäudeteile an. Auch die als Reservelazarett vorgesehenen Räume des bischöflichen Seminars werden wieder an die Wehrmacht übergeben, wobei die Beziehungen zur Wehrmacht *immer korrekt und freundlich blieben*. Im Nordteil der Klostergebäude waren ab 1941 *Kinder aus dem Rheinland, die vor Luftangriffen gesichert werden sollten*, untergebracht. Wie in Teil 2 gezeigt wird, wurden die Gebäude am Himmelberg vom Staat beschlagnahmt, um zunächst Umsiedler aus Bessarabien, ab 1942 145 slowenische Kinder unterzubringen, die „germanisiert“ werden sollten. Auch in Niederalteich wurden die Räume des Schulheims im September 1940 für Rückwanderer aus Bessarabien beschlagnahmt und ab Februar 1942 als „Deutsche Heimschule“ zur Unterbringung von Söhnen gefallener Soldaten, Waisenkindern und von „einzudeutschenden“ polnischen Jungen<sup>486</sup>. Bei der Beschlagnahmung der Benediktinerabtei Schweiklberg am 2. April 1941 *mit sämtlichen zur Abtei gehörigen Vermögensobjekten samt lebendem und totem Inventar* wurde im Monatsbericht als Grund die *staatsfeindliche Haltung und Betätigung verschiedener Angehöriger der Abtei* genannt. Als dann durch die sich ändernde Kriegslage mehr auf die *Stimmung an der „Heimatfront“ Rücksicht* genommen werden musste, flaute der Terror allmählich ab. Doch wie aus den Monatsberichten des Regierungspräsidenten hervorgeht, wurde in unserem Bezirk noch 1945 ein Todesurteil gegen Pfarrer Losch Josef aus Miesbrunn wegen *Wehrkraftzersetzung* und *Feindbegünstigung* verhängt. Die Geistlichen wurden von den Staatsorganen laufend beobachtet. Es vergeht kein Monat, dass im Bezirk nicht gegen einzelne Priester oder Mönche vorgegangen wurde. Von Zwangsmaßnahmen waren im Reich *8021 Geistliche, die Hälfte aller Priester*, betroffen. 418 Priester kamen ins KZ, 110 von diesen starben dort. Weitere 59 Geistliche wurden hingerichtet. Hier eine Graphik, die zeigt, warum und in welchem Wirkungsbereich katholische Geistliche gemäßregelt wurden<sup>487</sup>.

6. Maßregelung katholischer Geistlicher nach Wirkungsbereichen  
1933–1945 (Angaben in Prozent)



Im Bistum Passau wurden von den 800 Priestern in der Zeit des Dritten Reiches 250 verfolgt: 50 Geistliche erhielten Schulverbote, 56 wurden zu Geldstrafen verurteilt, 48 erlitten Haftstrafen in Strafanstalten oder Gestapogefängnissen, fünf kamen in ein Konzentrationslager und acht verloren sogar ihr Leben<sup>488</sup>. Am Schöffengericht Deggendorf fanden zwischen 1935 und 1937 vier Verfahren gegen Geistliche statt. Im Juni 1935 wurde Johann Busler, Dekan in Arnstorf, freigesprochen. Laut einer 18-jährigen Belastungszeugin habe er sich abfällig über den „Mythos des 20. Jahrhunderts“ geäußert. Der Richter belehrte jedoch die Zeugin, dass der Angeklagte kraft seines Amtes dazu bestellt und verpflichtet ist, Angriffen gegen die Religion entgegenzutreten<sup>489</sup>. Der Geistliche Ludwig Braun, der als jugendlicher *Heißsporn* galt, war nach Hengersberg strafversetzt worden und war in der Pfarrgemeinde offensichtlich ziemlich unbeliebt. Teile der Bevölkerung lehnten es ab, die Kirche zu besuchen, wenn er die Predigt hielt. Dort hatte sich Braun äußerst heftig für die Bekenntnisschule ausgesprochen. Da er bei der Verhandlung keinerlei Reue zeigte, wurde er zu 1 Monat Gefängnis verurteilt<sup>490</sup>. Auch Peter Wimberger stand im Juni 1936 in Deggendorf vor Gericht wegen seiner Ablehnung der Gemeinschaftsschule und seiner Kritik an *Hirtenbriefbeschlagnahme und Gottesdienstüberwachung*<sup>491</sup>. Er wurde zu einer Geldstrafe von 300 RM verurteilt. Die gleiche Strafe erhielt im Januar 1937 der Geistliche Leopold Coerdier. Er hatte sich unter Anderem dagegen gewandt, dass die Priester aus der Schule gedrängt werden. Dabei verglich er dies mit dem Vorgehen der Kommunisten gegen die Kirche. Laut den Monatsberichten des Regierungspräsidenten vom November und Dezember 1939 wurden von der Strafkammer am Landgericht Deggendorf zwei weitere Geistliche wegen Sittlichkeitsverbrechen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Pfarrer *E F aus G (Lkr Vilshofen)* wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, da er bei der *Erteilung des Religionsunterrichts an Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen* hatte. Kooperator *X Y* wurde zu 1 Jahr und 1 Monat wegen zwei Verbrechen nach § 175 verurteilt. Nach Verbüßung seiner Strafe wurde er ins KZ Dachau gebracht und verstarb dort am 12. August 1942. Barbara Möckershoff führt in ihrer

Zusammenstellung im Band 15 der „Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg“ 253 Fälle von Verfolgung Geistlicher im Bistum Regensburg auf<sup>492</sup>. Auch in Deggendorf und Umgebung wurden Geistliche verwarnt, mit einer Geldstrafe belegt oder erhielten ein Verbot für Erteilung von Religionsunterricht. Martin Rohrmeier, der von 1934 bis 1937 in Deggendorf war, wurde öfters verwarnt. Josef Schamberger, der in Deggendorf von 1935 bis 1946 tätig war, wurde 1945 von der Gestapo wegen *judenfreundlicher Äußerungen im Religionsunterricht* verhört. Durch das Kriegsende erledigte sich jedoch das Verfahren. Barbara Möckershoff erwähnt weiter, dass es offensichtlich in diesem Zusammenhang auch zu Beschlagnahmungen von Büchern der katholischen Pfarrbücherei Deggendorf gekommen sei. In Plattling wurden zwei junge Priester von den Behörden belangt. Der Religionslehrer Josef Rösch wurde im Juli 1934 verwarnt, weil er beim Horst-Wessel-Lied seine Hand nicht erhoben hatte. Er bekam dafür eine Geldstrafe von 15 RM und wurde von Plattling nach Kirchdorf versetzt. Der in Plattling als Kaplan tätige Josef Bäumel wurde immer wieder gemaßregelt. Des Amtsgericht Deggendorf verurteilte ihn 1939 wegen seiner Predigt zum 1. Kriegssonntag zu einer Geldstrafe von 150 RM. 1940 wurde er vom Ortsgruppenleiter Plattling wegen *Züchtigung eines Schulknabens* angezeigt und erhielt durch das Amtsgericht Deggendorf eine Geldstrafe von 15 RM. Der Kreisleiter und der Schulrat drohten ihm Schulverbot an, 1941 hintertreibt der *Chef des Reservelazaretts* seine Ernennung zum Reichspfarrer. In Bernried wurde der Expositus Bleicher 1937 zu einer Strafe von 17,50 RM wegen Verteilung von Flugblättern gegen die Gemeinschaftsschule verurteilt. Wegen der Verbreitung eines Elternbriefes, in dem er für die katholische Bekenntnisschule eintrat, musste der Bernrieder Pfarrer Josef Hartl ebenfalls 20 RM Strafe bezahlen.

Von den etwa 50 Patres im Kloster Metten kamen laut Barbara Möckershoff sechs Mönche in Konflikt mit dem Regime. Auffallend ist, dass sich darunter drei Patres befanden, die als Pfarrer in Gemeinden der Umgebung tätig waren. Gößl Georg (Pater Placidus) war Pfarrer in Neuhausen und erhielt 1943 Unterrichtsverbot *mangels der bestimmungsmäßigen Voraussetzungen*. Er wurde 1944 zweimal verhört, wegen des Abhaltens eines Gottesdienstes an *abgeschaffenen Feiertagen* und wegen einer Sammlung für die Caritas Pielenhofen. Griebel Karl (Pater Canisius) war Pfarrer in Metten. Er erhielt 1935 eine Vorladung zum Landrat in Stadtkemnath nach einer Anzeige wegen *reichsfeindlicher Einstellung*. Der Pfarrer von Edenstetten, Martin Franz-Xaver (Pater Norbert), erhielt Unterrichtsverbot von November 1941 bis 1945. Vom Sondergericht München wurde er 1942 von einer anderen Anklage allerdings freigesprochen. Der Abt von Metten, Alexander Hofmeister, wurde 1938 verhaftet und von der Gestapo in Metten verhört. 1944 wurde er erneut verhaftet und von April 1944 bis April 1945 im KZ Dachau festgehalten. Benedikt Busch<sup>493</sup> führt daneben noch sechs weitere Namen von verfolgten Patres auf. Darunter befindet sich auch Bernhard Straßer, der Bruder von Gregor Straßer. Er wurde 1935 aus Sicherheitsgründen vom Internat abgezogen, und nach einer jahrelangen Flucht landete er schließlich 1940 in den USA.

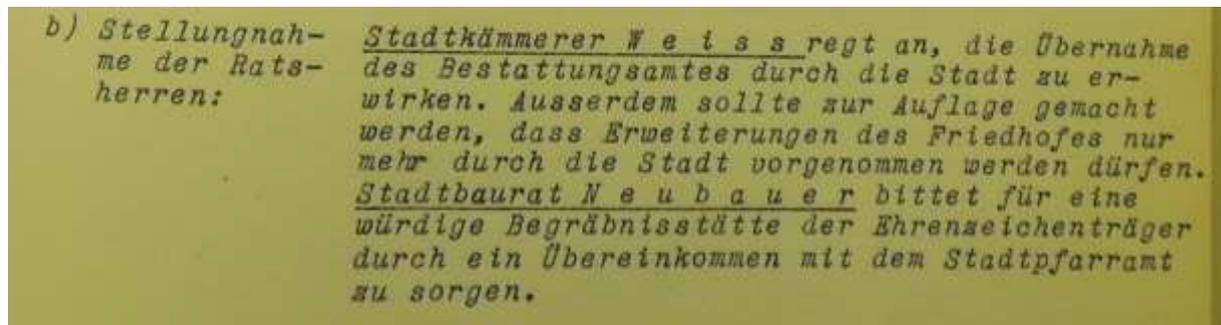
Auch gegen den evangelischen Stadtpfarrer Hermann Wagner gab es 1939 eine Strafanzeige. Als ein Offizier der Wehrmacht in der Zeit des Einsatzes im Sudetenland die schlechte Stimmung im Heer ansprach, soll Wagner folgende Äußerung gemacht haben<sup>494</sup>: *Alle, die damals das Indianergeheul „Führer befehl, wir folgen dir“ angestimmt hatten, hatten schon nach einigen Tagen den Kopf in den Sand gesteckt*. Nachdem jedoch der Reichsjustizminister Strafverfolgung nicht angeordnet hatte, wurde das Verfahren gegen Pfarrer Wagner eingestellt. Die Geistlichen mussten 1939 auch eine Gehaltskürzung hinnehmen, da die *Restleistungen des Staates an die Kirchen* wegfielen<sup>495</sup>. Wie die Beispiele der Maristen und des Mettener Abtes Corbinian Hofmeister zeigen, hatte das Regime schon 1936/37 eine *Lawine von Devisen- und Sittlichkeitsprozessen* gegen Priester und Mönche losgetreten,

um den Klerus insgesamt in den Augen Bevölkerung als sittlich verkommen hinzustellen<sup>496</sup>. In diesen zwei Jahren wurden 274 Urteile gegen Priester wegen angeblicher Sittlichkeitsverbrechen verhängt<sup>497</sup>. Für das Bistum Passau weist Christoph Wagner aber nach, dass dort von den 800 Priestern und Ordensleuten *ganze drei wegen Sittlichkeitsverbrechen angeklagt und lediglich einer verurteilt worden war*.

Der Religionsunterricht und dessen Erteilung in den Schulen war ein weiterer Streitpunkt zwischen Regime und Kirche. Das Ziel der völligen Abschaffung des Religionsunterrichtes konnte wegen des Widerstandes in der katholischen Bevölkerung nur schrittweise angestrebt werden. Durch die Streichung einer eigenen Zeugnisrubrik für das Fach Religionslehre im Mai 1941 hatte dieses nicht mehr den Stellenwert eines vollwertigen Lehrfaches<sup>498</sup>. Ab 1938 können schon 14-jährige Schüler allein entscheiden, ob sie am Religionsunterricht teilnehmen. Im gleichen Jahr wurde die Wochenstundenzahl in den Jahrgangsstufen 5 mit 9 der höheren Schulen auf eine Stunde reduziert, ein Jahr später gab es in den Volksschulen nur noch zwei Wochenstunden Religionsunterricht<sup>499</sup>, und Anfang 1940 kam die Anordnung, dass der Religionsunterricht an den Berufsschulen einzustellen sei<sup>500</sup>. Die Pfarrämter Deggendorf und Metten legten daraufhin den Eltern der Berufsschüler unterschriftliche Verpflichtungserklärungen vor, in denen die Eltern versprechen, ihre Kinder *zum Besuch der Christenlehre anzuhalten*. Dieser Unterricht fand dann in der Regel im Kirchengebäude statt<sup>501</sup>. Der Versuch, die Kruzifixe 1941 aus den Klassenzimmern zu entfernen, scheiterte am empörten Widerstand der Geistlichen und der Eltern. Der Erlass wurde dann *bis auf weiteres ausgesetzt*<sup>502</sup>. In Deggendorf waren nach der Entfernungsaktion 40 Schulkreuze hängen geblieben. Nur 8 Kreuze wurden entfernt, die allerdings nicht wieder angebracht wurden. In Straubing wurde von den 62 entfernten Kreuzen ebenfalls keines wieder angebracht, in Regensburg dagegen wurden alle Kreuze wieder angebracht<sup>503</sup>. Das Gesamtergebnis der Schulkreuzaktion im Bistum Regensburg sieht folgendermaßen aus: Kreuze geblieben 1905, Kreuze entfernt 1060, Kreuze wieder angebracht 535, Kreuze nicht wieder angebracht 525. Im Bistum Passau blieben lediglich 23 Klassenzimmer ohne Kreuz.

In unserer Stadt war wohl einer der Höhepunkte der Auseinandersetzungen zwischen der Führung der Stadt und der katholischen Stadtpfarrei der Streit um die neue Friedhofordnung, welche der Stadt von der Pfarrei 1939 vorgelegt worden war. Am 19. Mai behandelt der Rat diese Vorlage<sup>504</sup>. Der Berichterstatter Josef Haas spricht zunächst der katholischen Pfarrverwaltung überhaupt das Recht ab, eine solche Friedhofordnung zu erlassen, da der Friedhof als Begräbnisstätte für alle Einwohner der Stadt dienen müsse. Somit sei die Gemeinde für den Erlass einer solchen Ordnung zuständig. Weiterhin kritisiert er, dass der vorgelegte Entwurf sich nicht an die Bestimmungen des neuen einheitlichen Friedhofrechts hält. Deshalb fertigt Haas einen Gegenentwurf an, der der Pfarrei zugeleitet werden solle. Da es in Deggendorf keinen weiteren Friedhof gibt, hat danach jeder Einwohner einen Rechtsanspruch, auf dem Friedhof bestattet zu werden. Das gelte auch für *Selbstmörder, Duellanten, Kirchengegner oder Andersgläubige*. Diese wären laut der vorgelegten Friedhofordnung von der Bestattung auf dem Friedhof ausgeschlossen gewesen. Weiter fordert Haas, dass auch die Aschenreste auf dem Friedhof aufzunehmen sind, obwohl damals die Kirche noch ein entschiedener Gegner der Leichenverbrennung war. Haas weist auch die Passage über weltliche Feiern bei Beerdigungen zurück. Gedächtnisreden und Totenehrungen der Partei oder ihrer Gliederungen *können nicht von einer Genehmigung des Pfarrvorstandes abhängig gemacht werden*. Die Bestattung von verdienten Nationalsozialisten fand schon längst unter der Regie der politischen Führung der Stadt und des Kreises statt. Der Geistliche spielte oft nur noch eine Nebenrolle, wie das der Bericht über die Beerdigung des verunglückten Rats Herrn Albert Mohring zeigt<sup>505</sup>. Dort wird am

Schluss in nur einem Satz erwähnt, dass ein Geistlicher die Einsegnung vorgenommen hatte. Bei Beerdigungen von aus der Kirche ausgetretenen Parteimitgliedern nahm die Geistlichkeit nicht teil. Dies war anscheinend der Fall bei der Beerdigung des Ratsherrn Josef Bauer<sup>506</sup>. Bei der Aussprache über den Bericht regt Sebastian Weiß noch weitere Eingriffe in die Kompetenzen des Pfarramtes bei der Friedhofverwaltung an. Hanns Neubauer will sogar eine reservierte Begräbnisstätte für Ehrenzeichenträger der Partei.



b) *Stellungnahme der Ratsherren:* Stadtkämmerer Weiss regt an, die Übernahme des Bestattungsamtes durch die Stadt zu erwirken. Ausserdem sollte zur Auflage gemacht werden, dass Erweiterungen des Friedhofes nur mehr durch die Stadt vorgenommen werden dürfen. Stadtbaurat Neubauer bittet für eine würdige Begräbnisstätte der Ehrenzeichenträger durch ein Übereinkommen mit dem Stadtpfarramt zu sorgen.

Es sollen jetzt noch einige weitere Beispiele aus unserer näheren Umgebung dafür gezeigt werden, wie die Nationalsozialisten gegen unliebsame Geistliche vorgingen und die Kirche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen versuchten. Der Ortspfarrer von Reisbach hatte bei der Abstimmung im Mai 1938 über den Anschluss Österreichs für Alle klar ersichtlich mit „Nein“ gestimmt. Daraufhin errichtete die HJ für ihn einen Galgen auf dem Marktplatz. Ihm und zwei Kooperatoren in Grafenau, die nicht zur Abstimmung gegangen waren, wurde die *Befugnis zur Erteilung von Religionsunterricht* entzogen<sup>507</sup>. Laut den Monatsberichten des Bezirkspräsidenten werden solche Unterrichtsverbote für Geistliche praktisch jeden Monat ausgesprochen. Da aber die meisten weltlichen Lehrer die Erteilung von Religionsunterricht ablehnten, lag dieser 1939 in fast allen Schulen wieder in der Hand der Geistlichkeit<sup>508</sup>. Im September 1938 wurde ein Treffen von 110 Ministranten im Schloss Hirschberg aufgelöst. Die Begründung war: Angesichts der *heurigen Ernteschwierigkeiten* sollen die Buben lieber Erntehilfe leisten<sup>509</sup>. Über welche Kleinigkeiten dieser Kirchenkampf geführt wurde, zeigt der Vorschlag, den der Regierungspräsident von Niederbayern und der Oberpfalz 1938 macht. Es soll gegen das „Beichtzetteleinsammeln“, verbunden mit den „Beichteiern“, vorgegangen werden. Die Überprüfung der Einhaltung der Osterbeichtpflicht sei *unerträglicher Gewissenszwang*. So wird dann 1940 das Sammeln von Eiern bei der Beichtzettelrückgabe tatsächlich verboten<sup>510</sup>. Die Hirtenbriefe waren dem Regime wegen ihrer Öffentlichkeitswirkung besonders verhasst. Deshalb wurden 1938 in den Ordinariaten Passau und Regensburg die *zur Vervielfältigung der Hirtenbriefe benutzten Apparate* von der Stapo (Staatspolizei) beschlagnahmt<sup>511</sup>. Genau so verhasst wie die Hirtenbriefe waren dem Regime die schon angesprochenen Fronleichnamsprozessionen. Es kam immer wieder zu Behinderungen oder Übergriffen, um die Menschen von der Teilnahme abzuschrecken. In Furth in Wald, in Pfarrkirchen und Vilshofen fotografierten 1939 SS-Männer die Prozessionsteilnehmer. In Zwiesel fuhr ein „Alter Kämpfer“, der Arzt Dr. Trautner, in betrunkenem Zustand mit dem Auto die aufgestellten Birken und Kränze um<sup>512</sup>. Auch in Regensburg wurde der Schmuck für die Prozession entfernt. Daneben versuchte man, das katholische Vereinsleben zurückzudrängen. Der Kötztinger Pfingstritt wurde zu einer rein kirchlichen Veranstaltung erklärt. Staatliche Behörden nahmen daran nicht mehr teil, und es gab auch keinen öffentlichen Empfang für die Teilnehmer<sup>513</sup>.

Auch die Tätigkeit der katholischen Vereine wurde auf das rein Religiöse und Innerkirchliche eingeschränkt, und diese schieden somit als Faktor des öffentlichen Lebens aus. Hinzu kommt, dass

die konfessionellen Vereine Nachwuchsprobleme hatten, da die Jugendlichen fest in HJ und BDM eingebunden waren<sup>514</sup>. Dennoch gab es in Deggendorf laut Einwohnerbuch 1938 noch 7 kirchliche Vereine:



A list of seven Catholic associations from the 1938 Deggendorf directory. Each entry includes the name of the association and the name of its leader. The text is printed in a simple, black, sans-serif font on a light-colored background.

- Kath. Arbeiterverein  
Vorstand: Bernhard Weichinger
- Kath. Frauenbund  
Präses: Dr. Stich
- Kath. Frauenhilfsverein  
Präses: Dr. Stich
- Kath. Frauen- und Mütterverein  
Vorstand: Elise Neumahr
- Kath. Gesellenverein  
Vorstand: Josef Nirschl
- Kath. weibl. kaufmännischer Angestelltenverein  
Vorstand: Maria Rosl
- Kath. Männerapostolat  
Präses: Dr. Stich

Da im Stadtarchiv bis 1945 keine weiteren Einwohnerbücher vorliegen, lässt sich nicht sagen, ob und wie lange diese katholischen Vereine weiterbestanden.

### **Kirchenaustritte**

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten geht die Zahl der Kirchenaustritte im Vergleich zu den Vorjahren zunächst zurück, während die Zahl der Kircheneintritte gleichzeitig ansteigt<sup>515</sup>. Der Grund dafür war die scheinbar kirchenfreundliche Haltung der Regierung, mit der man die Akzeptanz der Bevölkerung vertiefen wollte. Durch Kircheneintritte und Teilnahme an Gottesdiensten, zum Teil auch in Uniform, täuschte man den Eindruck der Kirchenfreundlichkeit vor<sup>516</sup>.

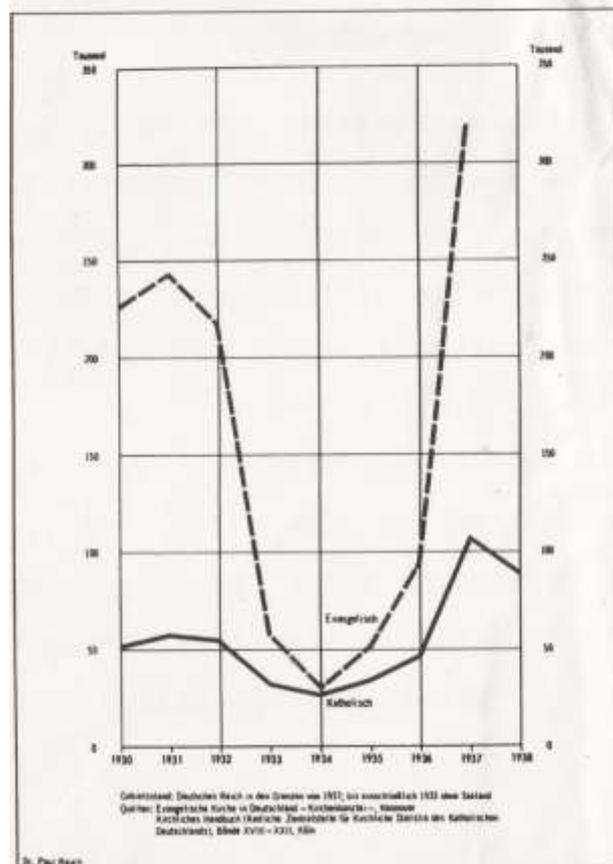
Ab 1935 beginnt dann aber eine *regelrechte Kirchenaustrittsbewegung*. Georg May schreibt dazu: *Wer aus der Kirche austrat, glaubte, sich dem Regime besonders zu empfehlen, und so war es regelmäßig auch*<sup>517</sup>. Im Jahr 1937 erreichte nach dem Ärger über die Verlesung der Enzyklika des Papstes die Austrittswelle ihren Höhepunkt. 104.000 Menschen verließen in diesem Jahr allein die katholische Kirche, 338.000 die protestantischen Kirchen. Wie die Zahlen und die Graphik zeigen, war die Zahl der Austritte aus den protestantischen Kirchen im Vergleich zu der katholischen Kirche auch in anderen Jahren oft dreimal so hoch.

Deutsches Reich 1933–1944 (abgerundet auf volle Tausend).<sup>[48]</sup>

Jahr	Katholisch	Protestantisch	Gesamt
1933	34.000	57.000	91.000
1934	27.000	29.000	56.000
1935	34.000	53.000	87.000
1936	46.000	98.000	144.000
1937	104.000	338.000	442.000
1938	97.000	343.000	430.000
1939	95.000	395.000	480.000
1940	52.000	160.000	212.000
1941	52.000	195.000	247.000
1942	37.000	105.000	142.000
1943	12.000	35.000	49.000
1944	6.000	17.000	23.000

( Wikipedia, „Kirchenaustritte“)

3. Kirchenaustritte aus den evangelischen Landeskirchen und aus der katholischen Kirche im Deutschen Reich 1930–1938



(Gotto Klaus, 201)

Weiter ist anzumerken, dass die Mitgliederzahlen der beiden Konfessionen in der Zeit des Nationalsozialismus zu Anfang und am Ende gleich bei 95 Prozent der Bevölkerung lagen<sup>518</sup>. Laut Volkszählung von 1939 bezeichnen sich 3,5 % der Gesamtbevölkerung als gottgläubig und etwa 1,5 %

als glaubenslos. Während des Weltkrieges gingen die Austrittszahlen stark zurück, um 1945 einen Tiefpunkt von lediglich 9.493 Austritten zu erreichen<sup>519</sup>. Richard Steigmann-Gall stellt fest, dass die Austrittsquote von Nichtparteimitgliedern im Vergleich zu Parteiangehörigen bedeutend niedriger war<sup>520</sup>: „*Kirchenaustritt*“ *outside the party, as a larger phenomenon in German society, was not a striking success. In 1936, when “Kirchenaustritt” became a discernable tendency within the NSDAP, many reports indicated that statistics for people entering the church actually exceeded the number for those leaving it.* Auch etwa zwei Drittel der einfachen NSDAP Mitglieder blieben bis 1945 in ihrer Kirche. Dennoch überstiegen deren Kirchaustrittsquoten *diejenigen in der Gesamtbevölkerung um ein Drei- bis Vierfaches*<sup>521</sup>. Je höher der Rang der Politischen Leiter war, desto höher war die Austrittsquote. Armin Nolzen errechnet, dass 1945 zwei Drittel der Gauleiter und Gaufunktionäre sich als gottgläubig bezeichneten. Aber auch bei Kreisleitern und Ortsgruppenleitern lag die Austrittsquote höher. Bei SS-Angehörigen lag der Anteil der Konfessionslosen bei 26 %, bei den SS Totenkopfverbänden sogar bei 80 %<sup>522</sup>. Die SS-Leute waren dem antikirchlichen Druck besonders stark ausgesetzt. So wurden die Führer im SS-Oberabschnitt „Alpenland“ aufgefordert, *eine vorgedruckte letztwillige Verfügung* zu unterzeichnen, dass sie *die kirchliche Beerdigung nicht wünschen, sondern von der SS der Erde übergeben werden wollen.*

In Bayern traten *in den Jahren 1933-1940 57.005 Katholiken formell aus der Kirche* aus. Wie Johann Neuhäusler in seiner frühen Arbeit zeigt, förderten Partei und Staat aktiv die Kirchenaustritte. So wurde in den Betrieben *von Mann zu Mann für den Kirchenaustritt geworben. "Wer nicht austritt war kein richtiger Nationalsozialist"*<sup>523</sup>. Der Kirchenaustritt wurde durch den Wegfall von vielen Formalitäten erleichtert. So wurde es den Geistlichen strengstens verboten, *die Personen öffentlich bekanntzugeben welche aus der Kirche austraten.*

Laut Statistik des Bistums Regensburg blieben die Austritte im Vergleich zur Zahl der Katholiken unerheblich. Ähnlich wie im Gesamtreich nahmen die Austritte ab 1936 zu, verdoppelten sich 1937 wegen der Verlesung der Enzyklika und erreichten 1939 ihren Höhepunkt. Hier die Zahlen der Austritte in den einzelnen Jahren<sup>524</sup>: 1936: 326; 1937: 630; 1938: 509; 1939: 919; 1940: 359; 1941: 494; 1942: 503; 1943: 362. Johann Gruber sieht als Gründe für den Rückgang der Austritte das Zurückfahren des Kirchenkampfes ab Kriegsbeginn und die zunehmende Zahl der Gefallenen auf Grund des Kriegsgeschehens.

Für Deggendorf haben wir keine konkreten Zahlen über die Kirchenaustritte. Laut Auskunft des Pfarramts Maria Himmelfahrt müssten die Unterlagen der Getauften einzeln dazu überprüft werden. Außerdem befänden sich die Unterlagen der vor dem Jahr 1900 Getauften schon im kirchlichen Archiv in Regensburg. So war ich für die Aussagen zur Kirchenaustrittsrate der Ratsherren und der politischen Führung in Deggendorf auf Eintragungen in den im Archiv Deggendorf vorliegenden Meldekarten angewiesen. Für eine Auswertung ergaben sich jedoch verschiedene Probleme. Es liegt nicht für jeden Ratsherren eine solche Meldekarte vor. Der Eintrag VK, der nachgewiesenermaßen „Verlässt/verließ Kirche“ bedeutet, ist handschriftlich mit einem roten Farbstift gemacht. Daraus ist zu schließen, dass der/die Eintragende nicht im offiziellen Auftrag gehandelt hat. Sonst hätte man mit Sicherheit dafür zumindest einen Stempel benutzt. Nur bei wenigen Meldekarten findet sich in Schreibmaschine der Eintrag gg, was für „gottgläubig“ steht. Wir wissen auch nicht, auf Grund welcher Informationsquellen diese Einträge gemacht wurden. So ist bei der Auswertung dieser Einträge äußerste Vorsicht geboten. Von den 29 überprüften Meldekarten der Ratsherren aus Schaching und Deggendorf haben 22 den Eintrag VK. Das würde bedeuten, dass etwa 75% der Stadträte in der Zeit des „Dritten Reiches“ aus der Kirche ausgetreten waren. Auf Nachfrage bei der Pfarrei Maria Himmelfahrt zeigte sich jedoch, dass sich in den Taufbüchern bei keinen der nach 1900

geborenen und mit VK versehenen Personen ein Eintrag über Kirchnaustritt befindet. Eine weitere Recherche im Bischöflichen Zentralarchiv Regensburg ergab, dass sich bei den Taufeinträgen der in Deggendorf geborenen Ratsherren zwar Bemerkungen über uneheliche Kinder oder Scheidungen befinden aber bei keinem eine Bemerkung über Kirchnaustritt. Da ich bei der Durchsicht zahlreicher anderer Taufeinträge keine einzige Bemerkung über Kirchnaustritt gefunden habe und da in den Taufeinträgen dafür auch keine Spalte vorgesehen ist, stellt sich die Frage, ob damals die Kirchnaustritte überhaupt in den Taufbüchern vermerkt wurden. Vom Deggendorfer Führungsquartett wissen wir mit ziemlicher Sicherheit, dass Sebastian Weiß und Josef Haas nicht aus der Kirche austraten. Der Rektor des Redemptoristen Klosters bestätigt, dass Weiß *bei gelegentlichen Kirchenbesuchen beobachtet* werden konnte<sup>525</sup>. Auch Pfarrer Dr. Stich bestätigt, dass Weiß *seine religiöse Überzeugung gegenüber der Partei wahrte*<sup>526</sup>. Im Formular der parteistatistischen Erhebung, das Sebastian Weiß im Juli 1939 ausfüllte, gibt er als Religionszugehörigkeit *katholisch* an<sup>527</sup>:

Fragebogen für Parteimitglieder		<b>Parteistatistische Erhebung 1939</b>	Block <i>3</i>
Stand 1. Juli 1939			Zelle <i>17</i>
<p>Dieser Fragebogen ist bis spätestens 3. Juli 1939 genau und gut leserlich von jedem Parteigenossen auszufüllen und zum Abholen bereit zu halten bzw. der zuständigen Ortsgruppe zuzustellen. Für Parteimitglieder, die z. Zt. bei der Wehrmacht Dienst tun oder sonst vorübergehend abwesend sind, ist der Fragebogen von der Ortsgruppe, notwendigenfalls mit Hilfe der Angehörigen des Parteimitgliedes, auszufüllen.          Jedes Parteimitglied hat nur einen Fragebogen auszufüllen!</p>			
<b>A Personalien und NSDAP.-Mitgliedschaft</b>			
1. Familienname: <i>Weiß</i>	2. Vorname: <i>Sebastian</i>	3. Geburtsdatum: <i>9. Jänner 1901</i>	
4. Wohnort: <i>Deggendorf</i>	5. Straße, Platz usw. Nr. <i>Hf. Graben 319/2</i>	6. Familienstand: verheiratet, ledig, verwitwet, geschieden <i>verheiratet</i> (Nichtzutreffendes streichen)	
7. Anzahl der lebend. Kinder <i>1</i> davon unter 18 Jahren <i>1</i> <small>Falls beide Ehegatten Parteimitglieder sind, ist die Zahl der Kinder nur bei der Ehefrau einzusetzen!</small>		8. Sind Sie: <u>gottgläubig</u> , evangelisch, katholisch, Angehöriger einer sonstigen Religionsgemeinschaft, gisebendes Mitglied ist die reaktliche Zugehörigkeit <del>Angelisch</del> (Nichtzutreffendes streichen)	
9. Parteieintritt am: <i>20. Novbr. 1925</i>	10. Mitgliedsnummer: <i>23963</i>	11. Goldenes Ehrenzeichen? (Nicht Gau Ehrenzeichen) Ja — <input checked="" type="checkbox"/> — nein (Nichtzutreffendes streichen)	12. Blutorden? <input checked="" type="checkbox"/> — nein (Nichtzutreffendes streichen)

1938 führte er in einer Rede bei einem Zellenabend in Schaching aus, dass der Nationalsozialismus nicht gegen das Christentum sei und dass er auch von niemanden den Kirchnaustritt verlange<sup>528</sup>:

Eine große Lüge behauptet, so fuhr der Ortsgruppenleiter fort, der Nationalsozialismus sei gegen das Christentum. Wenn ein dummer Mensch solches Zeug schwätzt, so kann man das keiner Beschränktheit zugute rechnen. Unbegreiflich aber ist es, wenn Derartiges aus verantwortungsbewußtem Munde kommt. Nicht die Konfessionen haben Deutschland gerettet, sondern einer kam und brachte die Freiheit und während sich früher die christlichen Parteien mit den Gottlosen verbündet hatten, hat der Führer die Gottlosen zum Lande hinausgejagt. Die Partei steht auf dem Standpunkt des positiven Christentums und schreibt keinem vor, zu welcher Konfession er sich bekennen soll. Die Partei verlangt auch nicht, wie verantwortungslose Schwätzer manchmal wissen wollen, daß jemand aus einer Konfession austrete. Nur eines verlangt sie: daß wir zwischen Religion und machtpolitischen Bestrebungen mancher Konfessionen unterscheiden. Das Recht und

Obwohl Josef Haas SS-Mitglied war, besuchte er laut Auskunft der Stadt Deggendorf an den Öffentlichen Kläger bei der Spruchkammer Moosburg *mit Frau und Kind...fast regelmäßig die Kirche*<sup>529</sup>. Für Kreisleiter Brandl liegt eine solche Erklärung nicht vor. Als aber 1936 seine 10 Monate alte Tochter Jutta starb, kündigte er oder seine Familie in der Todesanzeige eine kirchliche Beerdigung mit *darauff. Gottesdienst an*<sup>530</sup>:



Der Allmächtige nahm gestern früh unsere liebe,  
liebe, herzige

# Jutta

zu sich, nachdem sie 10 Monate unser Sonnenschein war.

**Deggendorf, 18. Juli 1936**

In tiefster Trauer:

Schulrat **Brandl**, Kreisleiter d. NSDAP.  
u. **Frau Fränzl**, geb. Pehr

---

Beerdigung: **Montag, 20. Juli**, früh 8 Uhr mit darauff. Gottesdienst.

Auf der Meldekarte von Hans Graf befindet sich für ihn und seine Frau zwar der Eintrag VK. Pfarrer Dr. Stich sagt jedoch in einem pfarramtlichen Zeugnis, dass Graf nicht ausgetreten sei<sup>531</sup>: *Der katholischen Kirche, deren Mitglied er ist, hat er auch als Parteimitglied die Treue gehalten.* Im Personalfragebogen der SA, den Graf am 11. Juli 1937 unterschreibt, gibt er als Bekenntnis *röm. kath.* an<sup>532</sup>. Auch im Fragebogen *Military Government of Germany*, der sich in seinem Spruchkammerakt befindet, gibt Graf als Konfession *kath.* an und antwortet auf die Frage *Haben Sie je offiziell oder inoffiziell ihre Verbindung mit einer Kirche aufgelöst?* mit *nein*. Ob Graf im Zuge der großen Austrittswelle nach der päpstlichen Enzyklika 1937 die Kirche verlassen hatte oder ob sich der Eintragende geirrt hatte, sei dahingestellt. Tatsache ist aber, dass die Familie Graf für den im Krieg 1943 gefallenen Sohn Hans am *Donnerstag, 19. Aug. vorm. 9 ¼ in d. Pfarrkirche Deggendorf* einen Trauergottesdienst halten lässt. Anzumerken ist, dass Hitler selbst und auch Josef Goebbels nicht aus der Kirche ausgetreten waren.

### **Bürgermeister Hans Graf**

Am 2. Januar 1934 stand der Stadtrat im Rampenlicht des Geschehens. Er wählte Hans Graf zum 1. Bürgermeister der Stadt. Rein formal besaß der Stadtrat noch dieses Recht. Es wurde aber oben schon angesprochen, dass die Nationalsozialisten schon vor der offiziellen Einführung der Deutschen Gemeindeordnung am 30. Januar 1935 angefangen hatten, das Führerprinzip auch auf kommunaler Ebene durchzusetzen. Da gibt es keinen Platz mehr für eine wirkliche Wahl durch den Stadtrat. Die Rollenverteilung sieht vielmehr so aus: Die Partei erhält das Vorschlagsrecht, die Aufsichtsbehörde das Zustimmungsrecht und die Gemeinde das Ernennungsrecht<sup>533</sup>. Der Stadtrat führte hier also einen formellen Akt der Zustimmung aus zu dem, was die Partei beschlossen hatte. Auch die *Feierliche Bürgermeistervereidigung* durch Regierungspräsident Wirschinger am 15. März fand in einer öffentlichen Stadtratssitzung statt. Dort forderte Wirschinger den Stadtrat auf, *den Bürgermeister in seinem schweren Amt zu unterstützen*<sup>534</sup>. Sebastian Weiß gratulierte dem neuen Bürgermeister im Namen der Stadtratsfraktion *und gelobte treue Mitarbeit*. In seiner Erwiderung auf die Glückwünsche gelobte Graf, dass *er sein Amt stets im Sinne und Willen des Führers verwalten werde*<sup>535</sup>. Zum Schluss forderte Graf alle Anwesenden auf, *das Lied des Blutzugens der Bewegung, Horst Wessel, zu singen*. Dies wurde auch getan: *Stehend und mit erhobener Rechten sangen alle Anwesenden das Lied*. Hans Graf wird bis zu seiner Einziehung in die Wehrmacht im August 1939 das Amt des Bürgermeisters ausüben. Obwohl er formell bis zum 28. April 1945 im Amt bleibt, führt Sebastian Weiß ab September 1939 in Vertretung die Geschäfte des Bürgermeisters von Deggendorf bis zum Kriegsende<sup>536</sup>.

Der neue Bürgermeister ist kein Jurist. Deshalb „wählt“ der Stadtrat am 18. Januar 1934 den Juristen Josef Haas aus Landshut als *berufsmäßiges Stadtratsmitglied* hinzu<sup>537</sup>. Im Juni ratifiziert der Stadtrat dann den Dienstvertrag von Josef Haas. Er bekommt ein jährliches Grundgehalt von 6.400 RM und einen Wohnungsgeldzuschuss<sup>538</sup>. Im April schon hatte der Bauausschuss zugestimmt, dass Haas die frei gewordene Dienstwohnung von Dr. Reus mieten kann. Die Instandsetzungskosten hatten sich auf 850 RM belaufen<sup>539</sup>. Eigentlich sollte Haas nach der *Direktorial-Verfügung des Stadtrates* vom 4. Juni 1934 Stellvertreter des 1. Bürgermeisters sein<sup>540</sup>:

I. Direktorial-Verfügung

227

des Stadtrates Deggendorf v.4.Juni 34.

Es wird hiesit angeordnet, dass als Stellvertreter des 1.Bürgermeisters als Führer im Sinne des § 2 des Gesetzes zur Ordnung der Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 23.März 1934 ( R.G.B.L.1934 Nr.32 vom 24.März 1934 ) ausser der Stadtparkasse, woselbst Sparkassendirektor Hans B ä t t n e r als Stellvertreter bestellt wird,

Rechtsrat Josef H a a s

bestimmt wird.

Deggendorf, den 23.Juni 1934.

S t a d t r a t :

gez.Graf,  
1.Bürgermeister.

Diesen Titel führt aber Sebastian Weiß bis Oktober 1935 weiter. Erst bei der Neubildung des Stadtrats nach der DGO titulierte Josef Haas als 1.Beigeordneter und Stellvertreter des 1. Bürgermeisters. Josef Haas ist seit 1931 NSDAP Mitglied und seit 1933 bei der SS. Er bleibt als Rechtsrat in Deggendorf bis zu seiner Ernennung als Oberbürgermeister von Lindau im August 1939<sup>541</sup>.

Am 2.August 1934 fand im Stadtrat die Trauersitzung für den verstorbenen Reichspräsidenten Hindenburg statt<sup>542</sup>. Bürgermeister Graf war bei dieser Sitzung nicht anwesend, was im Zeitungsbericht über diese Sitzung aber nicht erwähnt wird. Ob das Fehlen mit den Problemen der SA nach dem Röhmputsch am 1.Juli zusammenhing, lässt sich nicht klären. Für ihn hielt Sebastian Weiß, der im Protokoll und in der Zeitung noch immer als *Bürgermeister-Stellvertreter* bezeichnet wird, die Trauerrede, der die Stadträte *stehend in Uniform* folgten. Dies ist ein Auszug aus seiner Rede<sup>543</sup>:

" In tiefster Erschütterung steht das ganze Deutsche Volk an der Bahre seines Reichspräsidenten. Generalfeldmarschall v.H i n d e n b u r g, der grosse Ehrenbürger unserer Stadt, der Schirmherr unseres Vaterlandes, ist heute vormittags in die Ewigkeit eingegangen. Dieser seltene Mann, der so oft mit Recht als der getreue Ekkehard des deutschen Volkes bezeichnet worden ist, verkörperte in seiner Person alles, was im deutschen Volk an guten Eigenschaften lebt.

Im Verlaufe des Jahres 1934 verringert sich die Zahl der Stadträte von 15 auf 12. Wie oben gezeigt, scheidet wegen Wegzugs Franz Xaver Fücksle aus, und Ludwig Wiedemann erklärt am 21. Juli *aus geschäftlichen Gründen* seinen Rücktritt. Am 7. Januar 1935 stellt der Bürgermeister fest, dass sich wegen Wegzugs auch das Stadtratsmandat von Andreas Göb erledigt habe<sup>544</sup>. Die drei Stadtratsmandate werden 1935 wegen der bevorstehenden einschneidenden Veränderungen im Stadtrat durch die Eingemeindung Schachings und die Umsetzung der DGO nicht mehr besetzt. Das Ausscheiden der Räte bringt eine Neuverteilung der ehrenamtlichen Verwalterstellen mit sich. Franz-X. Stadler übernimmt zusätzlich die Verwaltung des Waisenhauses und Sebastian Weiß die Verwaltung der Kleinkinderbewahranstalt<sup>545</sup>. In der gleichen Sitzung wird auch einstimmig beschlossen, dass der Finanzausschuss in Zukunft die Bezeichnung *Haupt- und Finanzausschuss* führen soll und *als beschliessender Senat für alle Angelegenheiten zuständig sein soll*<sup>546</sup>. Außerdem werden Franz-X. Stadler und Albert Höcht *per Akklamation* zu Vertrauensmännern des Schöffen- und Geschworenengerichts gewählt<sup>547</sup>.

Hitler hatte schon am Tag vor dem Tod Hindenburgs das *Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches* erlassen, mit dem die Ämter des Staatsoberhauptes und des Reichskanzlers in seiner Person vereinigt werden<sup>548</sup>. Am 19. August sollte das Volk seine Zustimmung zu diesem letzten *Akt auf Hitlers Weg zur persönlichen und unumschränkten Diktatur* geben, wie Walter Hofer es formuliert<sup>549</sup>. Nach einer riesigen Propagandakampagne, in die auch Hindenburgs Sohn Oscar eingespannt wurde, gab es im Reich 90,1% Ja-Stimmen für den Plan Hitlers. In Deggendorf lag die Zustimmung ähnlich wie in Bayern bei 93,2%<sup>550</sup>. Die Wehrmacht hatte schon am 2. August den Eid auf Adolf Hitler persönlich geleistet. Dies taten jetzt auch sämtliche Beamte, hauptamtliche Lehrkräfte und die Stadträte in Deggendorf. Und so lautete die Eidesformel:

" Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Am 28. August vereidigte Bürgermeister Graf im Rathaussaal die Beamten sowie die Lehrkräfte der Schulen. Nach Unterbrechung der Stadtratssitzung wurden am 4. September die anwesenden Stadträte sowie die Lehrkräfte, die erst jetzt aus den Ferien zurückgekehrt waren, vereidigt. Bürgermeister Graf selbst wurde durch Bürgermeisterstellvertreter Sebastian Weiß vereidigt<sup>551</sup>. Die drei am 4. September abwesenden Stadträte Eckert, Neubauer und Schiller holten die Zeremonie in der 1. Sitzung am 7. Januar 1935 nach. Am 14. September 1934 fasste der Deggendorfer Stadtrat einstimmig einen wichtigen Beschluss, nämlich den der Eingemeindung Schachings<sup>552</sup>. Der Stadtrat traf sich am 6. März 1935 zu einer weiteren Trauersitzung im typisch bombastischen Stil der Nationalsozialisten. Der Anlass war der Tod von Gauleiter und Staatsminister für Unterricht und Kultus, Hans Schemm, der am Tag zuvor bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war. Im Protokoll dieser Sitzung heißt es: *Die Stadtratsmitglieder sind in Uniform erschienen. Der Rathaus-Saal war würdevoll mit dem Bildnis des Dahingeshiedenen geschmückt.* Dann wird die Rede des Bürgermeisters abgedruckt:

Der Stadtrat betrauert aufs tiefste sein Dahinscheiden, ist doch ein Mensch von idealster Gesinnung von uns gegangen. In ihm wird der Gau Bayer. Ostmark, an dem wir alle beteiligt sind, weiterleben als Inbegriff treuester Pflichterfüllung und in diesem Sinne werden Kinder und Kindeskinde weiter arbeiten an dem Werk, das unser unvergessliche Gauleiter Hans S c h e m m geschaffen hat, das ein festes Bollwerk des deutschen Reiches sein und bleiben wird. In dem Dahingegangenen aber lieben wir über den Tod hinaus den grossen Menschen voll frohen unbezwinglichen Lebensmutes und gewinnender Herzlichkeit. Niemand vergisst sein bejahendes Lächeln, das von göltigem Verstehen zeugte. Wir alle geloben treu sein Vermächtnis zu erfüllen, das in den Worten enthalten ist:

"Haltet einander die Treue, wie ihr sie mir gehalten habt. Bleibt treu und stark in meiner Bayerischen Ostmark um Deutschlands willen. Bleibt treu unserm Führer!"

Hans S c h e m m ist tot! Sein Geist lebt in uns!"

Diesem N a c h r u f des Bürgermeisters G r a f widmete der Gesamt-Stadtrat durch Erheben von den Sitzen ein stilles Gedenken.

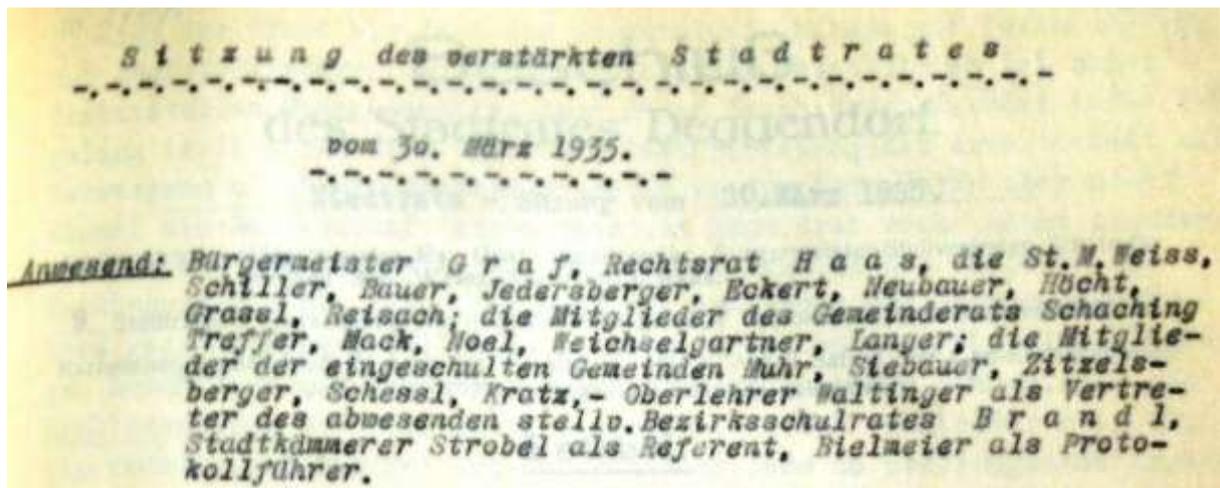
Seine Trauer hat der Stadtrat nach aussen auch damit bekundet, dass an den stellv. Gauleiter der Bayer. Ostmark R u c k d e s c h e l un an Frau S c h e m m Beileids-telegramme abgesandt wurden.

In der gleichen Sitzung beschloss der Stadtrat, die bisherige Arrachauerstrasse in "Hans-Schemmstrasse" umzubenennen.

Die letzte Stadtratsitzung nach dem bisherigen Modus fand am 30. März 1935 statt. Zwei Tage später, am 1. April 1935, trat dann die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) in Kraft. In anderen Städten, wie zum Beispiel in Regensburg, fand dazu eine feierliche Abschlusssitzung des Stadtrates in seiner bisherigen Funktion und Zusammensetzung statt<sup>553</sup>. Der Verfasser des Berichts im DB ist sich zwar der Tragweite des Geschehens bewusst, sonst aber scheint bei der Sitzung normale Arbeitsatmosphäre geherrscht zu haben<sup>554</sup>:

Die Sitzung war auch zugleich die letzte öffentliche Stadtratsitzung nach der alten Gemeindeordnung. Die verschiedenen Redner fassten ihre Ansicht dahin zusammen, dass die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Bürgermeister als Alleinbevollmächtigtem und den künftigen als Ratsherren Wirkenden genau so vertrauensvoll sein werde, wie bisher und dass jeder zur Mitarbeit Berufene die lebendige Verbindung zwischen Bevölkerung und Stadtrat herstellen werde.

An der Beratung des Haushaltes nahmen auch Bürgermeister Treffer und die Gemeinderäte von Schaching teil, da die Eingemeindung am nächsten Tag bevorstand<sup>555</sup>. Daneben fand auch noch eine Sitzung des Verstärkten Stadtrates statt. Dieser setzt sich neben den Mitgliedern des Stadtrates Deggendorf aus Vertretern der in Deggendorf eingeschulten Gemeinden zusammen, deren Kinder die Schule in Deggendorf besuchen. Beratungsgegenstand ist in der Regel der Schulhaushalt.

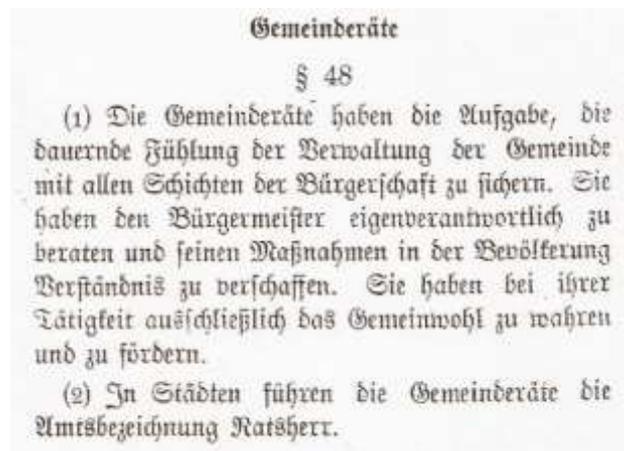


### Die Stellung des Stadtrates laut der DGO vom 30. Januar 1935

Für nationalsozialistische Kommunalpolitiker war die neue Gemeindeordnung die *Magna Carta der deutschen Selbstverwaltung*<sup>556</sup>. Von Historikern wird die DGO ganz unterschiedlich beurteilt. Martin Broszat nennt sie *eine der wenigen Reformen von Rang* der Nationalsozialisten<sup>557</sup>. Andere, wie Horst Matzerath, stellen fest, dass der Nationalsozialismus die kommunale Selbstverwaltung mit der DGO *parasitär zersetzt* habe<sup>558</sup>. Auf jeden Fall wurde mit der DGO das Führerprinzip auch in den Gemeinden etabliert. Dies musste notgedrungen zu einer *Neubestimmung der Funktion des Aufgabenkreises der Gemeinderäte führen*<sup>559</sup>. Es hatte vor der DGO lange Diskussionen gegeben, ob die Gemeinderäte weiterhin von den Bürgern gewählt werden sollten, oder ob sie bestellt werden sollten, und wenn ja, von wem. Man entschied sich für die Bestellung, wobei das Schwergewicht dabei der Partei zufällt. Der in der DGO neu kreierte *Beauftragte der NSDAP*, meist der Kreisleiter, *beruft im Benehmen mit dem Bürgermeister die Gemeinderäte*. Peter Löw stellt jedoch heraus, dass *Benehmen* nicht *Einvernehmen* bedeute: *Kommt jedoch ein Einvernehmen nicht zustande, so geht die Meinung des Beauftragten vor*<sup>560</sup>. Die Kriterien für die Auswahl eines Gemeinderates sind *nationale Zuverlässigkeit, Eignung und Leumund*<sup>561</sup>. Die als erstes Kriterium genannte *nationale Zuverlässigkeit* ist gleichbedeutend mit „nationalsozialistischer Zuverlässigkeit“, denn ein anderes *Nationalsein* als das *nationalsozialistische* gibt es im Dritten Reich nicht<sup>562</sup>. Dies schließt aber nicht aus, dass in den kleineren Gemeinden auch Nichtparteimitglieder berufen werden können, da gerade in den Anfangsjahren dort nicht genügend qualifizierte Parteimitglieder zur Verfügung standen<sup>563</sup>. Außerdem sollte der Stadtrat eine Repräsentation der Berufsgruppen und der Gesamtbevölkerung sein, wenn auch die Gruppe der Direktoren und Industriellen oft überrepräsentiert war<sup>564</sup>. Allerdings dürfen Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinde oder Stadt nicht berufen werden. Wie oben gezeigt, besteht der Stadtrat Deggendorf schon seit August 1933 nur aus Nationalsozialisten. Die berufsmäßige Verteilung sieht im Oktober 1935 folgendermaßen aus: 2 Arbeiter, 2 Direktoren, 2 Landwirte, 3 Handwerksmeister, 3 Angestellte und Beamte, 4 Geschäftsleute. Falls ein Ratsherr, wie die Räte in Städten jetzt heißen, die in Paragraph 51 festgelegten Anforderungen nicht mehr erfüllt, kann er von der *Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Beauftragten der NSDAP* abberufen werden.

War in der Weimarer Republik das wichtigste Recht des Stadtrates, rechtsverbindliche Beschlüsse zu fassen, so haben jetzt die Ratsherren nur mehr die Aufgabe, den Bürgermeister zu *beraten*<sup>565</sup>. Die Sitzungen heißen nicht mehr *Plenarsitzung* sondern *Beratung mit den Ratsherren*. In wichtigen Angelegenheiten muss sich der Bürgermeister mit den Ratsherren beraten und er muss *ihnen*

*Gelegenheit zur Äußerung geben.* In Paragraph 55 sind 13 Angelegenheiten genannt, bei denen der Bürgermeister dies tun muss. Doch durch eine Hinzufügung wird dieses Recht wieder eingeschränkt: *Duldet die Angelegenheit keinen Aufschub, so kann der Bürgermeister von der Beratung absehen.* Die Hauptaufgaben der Ratsherren werden im ersten Absatz von Paragraph 48 genannt:



Bernhard Gotto nennt diese Funktion der Ratsherren *Transmissionsriemen* und stellt dann etwas polemisch fest, dass es vor diesem Hintergrund erstaunlich sei, *dass im Stadtrat überhaupt noch Diskussionen stattfanden*<sup>566</sup>. Peter Löw spricht von einer völligen *Entleerung des ursprünglichen Sinngehalts* der Einrichtung *Gemeinderäte*<sup>567</sup>. Sie seien zu unselbständigen Hilfen des Bürgermeisters geworden, die den Bürgermeister nur beraten durften und der Bevölkerung dessen Maßnahmen zu erklären hatten. Die Folge war, dass die Beteiligung der Ratsherren an den Beratungen stark zurückging. Es wird zu zeigen sein, dass bei manchen Beratungen in Deggendorf die Hälfte der Ratsherren *beurlaubt* war. Wie oben gezeigt, bekommt Ludwig Wiedemann 1934 von Josef Haas eine Abmahnung, weil er *sich von den Sitzungen ständig und scheinbar mit Absicht fernhalte*. Außer Sebastian Weiß benutzen die Ratsherren nur in Ausnahmefällen das Recht zur Meinungsäußerung. Dies ist einige Male der Fall, als die neuen Ratsherren aus Schaching sich gegen Beschlüsse wenden, welche die Schachinger Bürger belasten<sup>568</sup>, oder bei der Diskussion über den Standort des Sommerbades. Aussprachen lassen sich auch nur schwer rekonstruieren, da über die Sitzungen keine Wort- sondern nur Ergebnisprotokolle angefertigt wurden. Ausnahmen sind die Protokolle über die Standortdiskussion des Bades und über die Auseinandersetzung zwischen Sebastian Weiß und Josef Haas über die Vergabe von Aufträgen. Auf beide Punkte wird im Verlauf dieser Arbeit noch näher eingegangen. Meist sind Wortbeiträge eines Ratsherrn nur sachliche Ergänzungen des Vorgetragenen. Nur in ganz seltenen Fällen findet sich im Protokollabschnitt *Stellungnahme der Ratsherren* eine abweichende Meinung eines Ratsherrn vermerkt. In den allermeisten Fällen bleibt diese Spalte des Protokolls leer. In der Literatur wird aber betont, dass der Bürgermeister dennoch gut daran tat, nicht gegen den Willen der Ratsherren, die ja meist einflussreiche Mitglieder der Gemeinde waren, Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen<sup>569</sup>. Bürgermeister Graf berücksichtigt meistens vorgebrachte Vorbehalte und Vorschläge in seiner *Entscheidung des Bürgermeisters*. Ausnahme bleibt seine gegen den Willen der meisten Ratsherren getroffene Entscheidung zum Standort des zu errichtenden Sommerbades<sup>570</sup>. Bei der Konzipierung der DGO hatte es lange Diskussionen gegeben, ob die Sitzungen öffentlich sein sollten oder nicht. Man einigte sich schließlich darauf: *Nicht der Gesetzgeber, sondern der Bürgermeister sollte entscheiden, ob die Sitzungen von Fall zu Fall öffentlich oder nicht öffentlich sein sollten*<sup>571</sup>. Eine Überprüfung der Protokolle zeigt, dass die Sitzungen in Deggendorf in der Regel nicht öffentlich sind. Das verwundert

nicht, hatte man doch schon in der Sitzung am 20. November 1934 beschlossen, die Presse zu Stadtratssitzungen nicht mehr zuzulassen: *Auf Antrag des Bürgermeisterstellvertreters Weiss beschliesst der Stadtrat einstimmig, die Öffentlichkeit von der Tätigkeit des Stadtrates und seinen Beschlüssen durch einen amtlich erscheinenden Pressebericht fortlaufend in Kenntnis zu setzen. Zur Ausfertigung des Presseberichts wird der Protokollführer im Benehmen mit Herrn Rechtsrat Haas beauftragt. Gez. Graf Bürgermeister.*

Am 14. Juni 1935 findet die 1. Beratung nach dem Modus der DGO statt. Wie das Deckblatt der Niederschrift zeigt, benutzte man noch keine neu gestalteten Formulare. So musste der Protokollführer den Vordruck handschriftlich abändern. Statt *Sitzung des Stadtrates* heißt es jetzt *Beratung mit den Stadratsmitgliedern*. Personell hatte sich bei den Deggendorfer Räten noch nichts geändert. Neben den Deggendorfer Räten nehmen auch 6 frühere Schachinger Gemeinderäte teil. Nur Utz Anselm fehlt<sup>572</sup>.

**Niederschrift**

Über die

Sitzung des Stadtrates Deggendorf

(Beratung) städt. mit den Stadrats- Ausschusses

vom 14. Juni 1935 mitgliedern

vorfr./nachm. 8<sup>15</sup> = Uhr

Gegenwärtig:

Bürgermeister Hans Graf, Vorsitzender ✓

Bürgermeisterstellvertreter Stadratsmitglied S. Weiß ✓

Rechtsrat J. Haas ✓

**Stadträte:**

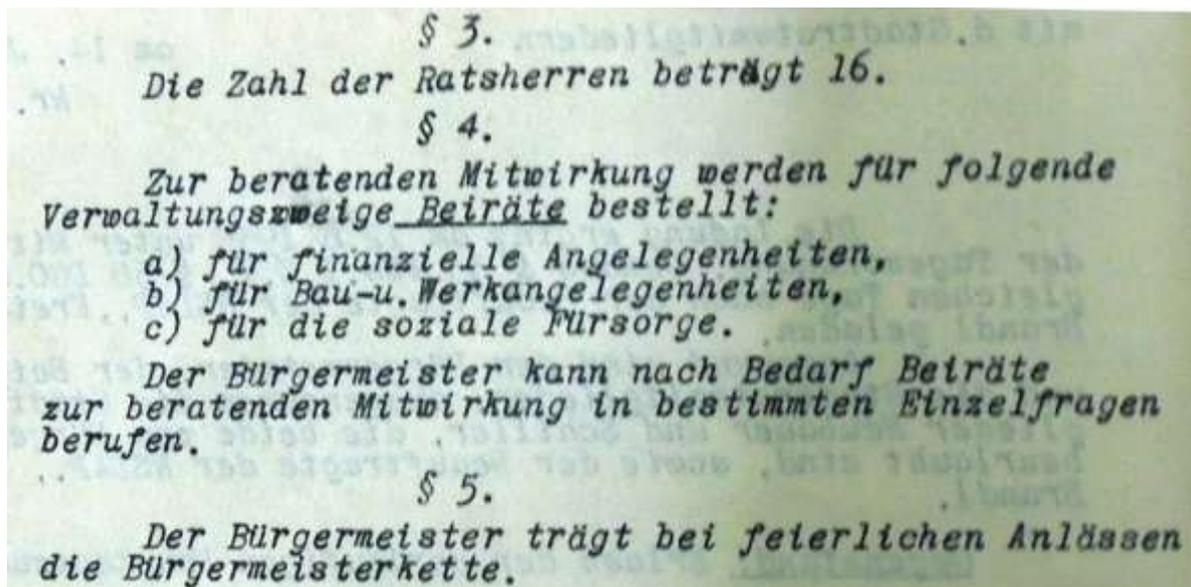
<ul style="list-style-type: none"> <li>1. Bauer Josef ✓</li> <li>2. Eckert Theodor ✓</li> <li>3. Graßl Alois ✓</li> <li>4. Höcht Albert ✓</li> <li>5. Jedersberger Josef ✓</li> <li>6. Neubauer Hans</li> <li>7. Dr. Niedermeier Richard ✓</li> <li>8. Reisach Karl ✓</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>9. Schiller August</li> <li>10. Stadler Franz ✓</li> <li>11. Wartner Franz ✓</li> <li>12. <i>Franz</i> ✓</li> <li>13. <i>Köhler</i> ✓</li> <li>14. <i>Koch</i> ✓</li> <li>15. <i>Wiesendörfer</i> ✓</li> <li>16. <i>Simon</i> ✓</li> <li>17. <i>Mohr</i> ✓</li> </ul>
--	--

Protokollführer: Obersekretär Höfner.

Das Ganze sieht sehr nach einem Provisorium aus. Erst am 25. September wird der Beauftragte der NSDAP, Kreisleiter Brandl, die Ratsherren nach der DGO berufen. Dieses Provisorium gab es auch in anderen Städten wie zum Beispiel in Regensburg<sup>573</sup>.

In der Beratung vom 14. Juni wird die in der DGO angesprochene Hauptsatzung erlassen und vom Kreisleiter Brandl genehmigt. Dem Bürgermeister steht jetzt der 1. hauptamtliche Beigeordnete, Rechtsrat Haas, sowie der ehrenamtliche Stadtkämmerer und zwei weitere Beigeordnete zur Seite. Kreisleiter Brandl erklärt, dass die Zahl der Gemeinderäte deshalb so groß sei, *weil der einverleibten Gemeinde Schaching eine besonders starke Vertretung eingeräumt werden sollte*<sup>574</sup>. Wie das Protokoll dieser Beratung zeigt, gehen die Beratungen ab jetzt nach einem festen Schema vor sich. Zuerst kommt immer der *Vortrag des Berichterstatters*. Dieser kann der Bürgermeister selbst sein oder häufig Rechtsrat Haas, weil dieser ja die Verwaltung leitet. Es können aber auch die anderen Beigeordneten oder ein Fachmann aus der Verwaltung, der sich mit dem Thema befasst hat, als Berichterstatter fungieren. Manchmal ist dies auch ein Ratsherr, so Theodor Eckert, wenn es um Rundfunkfragen geht oder Dr. Sell, wenn es um den Schlachthof geht<sup>575</sup>. Im Anschluss daran haben die Ratsherren die Gelegenheit zur *Stellungnahme*, von der aber selten Gebrauch gemacht wird. Abgeschlossen wird die Behandlung des Tagesordnungspunktes mit der *Entscheidung des Bürgermeisters*. Hier das Protokoll über den Erlass der Hauptsatzung, das typisch für den Beratungsverlauf nach der DGO ist:





Bis zur Neubildung des Stadtrates am 25. September finden noch weitere 4 Beratungen statt, an denen auch immer die Vertreter Schachings teilnehmen. Bemerkenswert dabei ist, dass bei der Beratung am 9. August fünf Schachinger aber nur vier Deggendorfer Vertreter anwesend waren, die Schachinger also erstmals im Rat in der Mehrheit bildeten. Bei der letzten Beratung dieses Provisoriums am 20. September sind alle 11 Deggendorfer Räte und 6 Vertreter von Schaching anwesend. Doch schon am nächsten Tag erklärt August Schiller seinen Rücktritt bzw. wird seines Amtes enthoben<sup>576</sup>.

### Der Stadtrat Deggendorf 1935-1939

Am 5. Oktober findet die 1. Beratung mit den neu berufenen Räten statt. Bei dieser Beratung ist auch Kreisleiter Brandl anwesend, der sich an die Ratsherren mit der Aufforderung wendet, *sich ständig dessen bewusst zu sein, dass sie nicht als Vertreter einer Interessensgruppe sondern als Beauftragte der nationalsozialistischen Arbeiter bestellt worden sind*. Weiter gibt Brandl dem Wunsche Ausdruck, *dass die Ratsherren ständig einmütig zusammenstehen und segensvoll für die Stadt wirken möchten*<sup>577</sup>. Dies sind die vom Beauftragten der NSDAP berufenen Ratsherren:

1.) Bauer Josef, ✓	Fabrikarbeiter,	Deggendorf
2.) Eckert Theodor, ✓	Hauptlehrer,	Deggendorf
3.) Grassl Alois, ✓	Kaufmann,	Deggendorf
4.) Grassl Jgnaz,	Schlosser,	Deggendorf
5.) Höcht Albert, ✓	Kaufmann,	Deggendorf
6.) Mack Josef, ✓	Bauer,	Kandlbach
7.) Mahn Karl, ✓	Direktor,	Deggendorf
8.) Mohring Albert, ✓	Kaufmann,	Deggendorf
9.) Niedermayer Dr. Rich. ✓	Reg. Baurat,	Deggendorf
10.) Noel Theobald, ✓	Direktor,	Kandlbach
11.) Reisach Karl, ✓	Angestellter,	Deggendorf
12.) Sell Dr. Walter, ✓	Apotheker,	Deggendorf
13.) Singer Ferdinand, ✓	Dachdeckermeister,	Deggendorf
14.) Stadler Franz Xaver, ✓	Malermmeister,	Deggendorf
15.) Treffer Josef, ✓	Schreinermeister,	Deggendorf
16.) Weichselgartner Ludwig, ✓	Bauer,	Deggendorf

Ein Blick auf die Liste zeigt, dass 6 der 16 Ratsherren aus Schaching kommen. Es sind dies Weichselgartner Ludwig, Treffer Josef, Singer Ferdinand, Noel Theobald, Mohring Albert und Mack Josef. Damit sind die eingemeindeten Schachinger sehr gut repräsentiert<sup>578</sup>. Bei den Deggendorfer Räten hat es kaum Veränderungen gegeben. Nach dem Ausscheiden von August Schiller bleibt die Zahl dieser Räte bei 10. Für den zum Beigeordneten berufenen Hanns Neubauer kommt Apotheker Dr. Walter Sell in den Rat. Statt des ausgeschiedenen Rates Franz Wartner wird ein wirtschaftliches Schwergewicht, der Direktor der Deggendorfer Werft, Karl Mahn, berufen. Die Gründe für das Ausscheiden von Schlossermeister Wartner werden nirgendwo genannt. Die Ursache könnte, wie oben schon erwähnt, die in der Sitzung vom 15. September 1933 geäußerte harsche Kritik des Stadtrates an den vermuteten Preisabsprachen zwischen den Schlossermeistern sein.

Dr. Walter Sell wurde am 5.1.1891 in Deggendorf geboren. Auf Grund einer Verletzung im 1. Weltkrieg hatte er *eine körperliche Behinderung*<sup>579</sup>. Dennoch war er an Sport sehr interessiert und übernahm die Leitung des von seinem Vater 1876 gegründeten Deggendorfer Rudervereins<sup>580</sup>. Laut Dr. Sell forderte der Sportbeauftragte der NSDAP nach der Machtübernahme seinen Eintritt in die Partei, falls er seine Position im Ruderverein behalten wolle. So sei er dann 1933, also relativ früh, in die Partei eingetreten. Einer der Höhepunkte in seiner Führung des Rudervereins dürfte wohl der vom Reichssportführer angeordnete *Tag des deutschen Rudersports* am 8. April 1935 gewesen sein. Der *DB* berichtet darüber in großer Aufmachung am nächsten Tag:



Stady der Uebertragung der Rede des Führers des Deutschen Ruderverbandes, die über alle deutschen Sender gezeitet wurde, ergriff der unermüdete Führer des Deggendorfer Rudervereins von 1876, Hr. Dr. Sell, das Wort und hieß zuerst die vielen Ehrengäste, unter denen sich Vertreter der Wehrmacht, der Partei, der Stadt usw. befanden, herzlich willkommen und würdigte in formvollendeter Rede die Bedeutung des heutigen Tages für den deutschen Rudersport. Seine von hohem sportlichen und vaterländischen Geiste durchwehnten Worte schloß er mit einem begeistert aufgenommenen „Sieg Heil“ auf Führer und Vaterland. Während die Musikkapelle das Deutschland- und das Horst Wessellied intonierte, stiegen an den Fahnenmasten die Reichs- und Halbkreuzflaggen.

Vor dem Eintopfen für das Winterhilfswerk ergriff Dr. Sell nochmals das Wort:

Vor dem gemeinschaftlichen Essen ergriff Herr Dr. Sell nochmals das Wort und gedachte in launigen Worten, daß die heutige Veranstaltung des Rudervereins die letzte im Gemeindebezirk Schaching sei, da nun nach der Eingemeindung das Bootshaus auf Deggendorfer Grund stehe. Er dankte den Schachingern für die jahrzehntelange Gastfreundschaft und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft auch Deggendorf den Rudern dieselbe Gastfreundschaft bezeugen möchte und bemerkte unter schallender Heiterkeit, daß ihm in diesem denkwürdigen Augenblick gerade zwei Sprichwörter einfielen: „Neue Besen kehren gut“ oder auch „Nichts Besseres kommt nicht nach.“

Während die Gäste zugunsten des WHW speisten, nahmen die aktiven Ruderer an einem Wettbewerb im Dauerrudern auf einer 10 Kilometer langen Strecke teil. Drei Jahre später, am 28. Juli 1938, berichtet der *DB*, dass sich Dr. Sell durch verschiedene Gründe veranlasst gesehen hatte, *vor einiger Zeit sein Amt niederzulegen*. Diese Gründe hatten mit dem Verein nichts zu tun, denn es wird in der nächsten Generalversammlung vom 27. Juli allgemein bedauert, dass Dr. Sell nach 13 Jahren zurückgetreten war. Auf Vorschlag von Dr. Sell wurde Dr. Huber einstimmig zum neuen Vereinsführer gewählt. Ebenfalls einstimmig wurde dann Dr. Sell zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Dr. Sell sagt im Spruchkammerverfahren, er sei zurückgetreten nachdem ihm die Parteizeitung *Bayerische Ostmark* kritisiert habe, weil sich *seine Auffassung von Sport- und Jugenderziehung ... nicht mit Parteigrundsätzen* verträge<sup>581</sup>. Zur Berufung Dr. Sells als Ratsherr erklärt der Zeuge Fritz Leiss, dass dies *auf Zureden von dritter Seite* geschehen sei, damit er die bürgerlichen Belange im Rat vertreten könne<sup>582</sup>. Dr. Sell selbst sagt, dass er in den Stadtrat eingetreten sei, als ihm das Referat *Neubau des Schlachthofes* versprochen wurde. Die Stadt habe nur *über ein einräumiges Schlachthäuschen mittelalterlichen Gepräges und höchst unhygienischen Einrichtungen* verfügt<sup>583</sup>. Dr. Sell wird zwar zum Beirat für Finanzangelegenheiten bestellt<sup>584</sup>, aber aus dem von ihm geplanten Schlachthofbau scheint nichts geworden zu sein. Wie das Beratungsprotokoll vom 17. Januar 1936 zeigt, fungiert Dr. Sell als Schlachthofverwalter und ist Berichterstatter für den geplanten Neubau. Da aber die geschätzten Kosten 221.000 RM betragen, winkt Bürgermeister Graf vorerst ab und fordert, dass erst die Finanzierung stehen müsse. Eine Durchsicht der Beratungsprotokolle der nächsten Jahre zeigt, dass das Thema *Schlachthofbau* nicht wieder auf die Tagesordnung kam. Dr. Sell bleibt bis 1945 Ratsherr und nimmt auch noch 1945 an den Beratungen teil<sup>585</sup>.

Nach dem Krieg muss Dr. Sell befürchten dass er wegen seines frühen Parteieintritts von der Spruchkammer in die Gruppe II oder III eingereiht wird. Das hätte bedeutet, dass er zumindest zunächst seine Apotheke nicht hätte weiterführen können. Deshalb wendet sich sein Anwalt Dr. Riedl am 15. Mai 1946 an die Spruchkammer Deggendorf mit dem *Gesuch auf Einreihung in Gruppe IV*<sup>586</sup>. Dr. Sell muss einflussreiche Freunde gehabt haben, denn selbst das Bayer. Staatsministerium schaltet

sich ein: *Die vordringliche Behandlung des Falles Dr. Sell Walther...wird angeordnet*<sup>587</sup>. Für das Spruchkammerverfahren hatte Dr. Sell zahlreiche eidesstattliche Erklärungen von vielen damals einflussreichen Persönlichkeiten gesammelt. So bestätigt Domkapitular Baldauf, dass Dr. Sell ein *vornehm denkender, gerechter, christlich gesinnter Mann* sei<sup>588</sup>. Auch der Superior vom Kloster Niederalteich, P. Laurentius Steyr, hilft ihm. Dr. Sell war nicht aus der Kirche ausgetreten. Im Fragebogen *Military Government of Germany* heißt es, dass Dr. Sell bei der Volkszählung 1939 als Bekenntnis *kath* angegeben habe<sup>589</sup>. Auch Landrat Chrombach und Bürgermeister Maderer sagen für ihn aus<sup>590</sup>. Maderer stellt unter Anderem fest, dass Dr. Sell von der NSDAP aus Prestige Gründen *gekapt* worden sei. Ein kleines Problem bekommt Dr. Sell aber mit dem Notar Dr. Dengler, der nach dem Krieg nach Regensburg gezogen war. Dr. Dengler hatte in einem Gespräch mit Dr. Sell im Hotel DreiMohren eine deutsche Landung in England als unmöglich bezeichnet und wurde deshalb angezeigt. Dr. Sell wurde dazu als Zeuge vernommen und bezeichnete dabei Dr. Dengler als einen *Pessimisten*. Die Aussage interpretierte Dr. Dengler als Denunziation und erstattete Anzeige gegen Dr. Sell<sup>591</sup>. Als Dr. Sell nach dem Bescheid der *Military Government Deggendorf* von der persönlichen Fortführung seiner Apotheke ausgeschlossen wurde, geht er in die Offensive und erhebt am 27.11.1946 Einspruch gegen diesen Bescheid<sup>592</sup>. Dabei versucht er Beweise für seine distanzierte Haltung zum Nationalsozialismus zu erbringen. Neben dem schon oben beschriebenen Rücktritt von der Führung des Rudervereins führt er an, dass er aus der Studentenverbindung „Corps Bavaria“ aus Protest ausgetreten sei, als diese alle nichtarischen Mitglieder ausschloss. Als Ratsherr war seine Tätigkeit *rein kommunal und hatte mit Parteipolitik nicht das Geringste zu tun*<sup>593</sup>. Andererseits war aber Dr. Sell, wie schon erwähnt, im Oktober 1935 neben Franz X. Stadler, Albert Mohring und Alois Graß als Beirat in den wichtigen Finanzausschuss berufen worden. Dr. Sell weist auch darauf hin, dass bei ihm im Juni 1937 *auf Anzeige eines höheren Parteifunktionärs* eine Hausdurchsuchung wegen angeblicher Unterschlagung eines größeren Vermögens gemacht wurde. In der Klageschrift vom 18.10.1946 wird wegen der frühen Mitgliedschaft ab 1933 die Einreihung in die Gruppe II verlangt, gleichzeitig aber auch die Möglichkeit einer mildereren Eingruppierung angedeutet<sup>594</sup>. Im Spruchkammerverfahren vom 19.11.1946 wird Dr. Sell in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht. Diesen wegen des frühen Parteieintritts überaus milden Spruch rechtfertigt dann die Kammer mit einer sieben Seiten langen Begründung<sup>595</sup>. Zwei Tage später informiert der öffentliche Kläger die Militärregierung Deggendorf über den Spruch und fügt hinzu, dass Dr. Sell eine Sühne von 2.000 RM zu zahlen habe. Darüber hinaus habe sich Dr. Sell freiwillig dazu verpflichtet, einen Betrag von 10.000 RM für die Beschaffung von Möbeln für Flüchtlinge und bedürftige Menschen zu spenden<sup>596</sup>. Ob das milde Urteil mit dieser Spende etwas zu tun hatte, sei dahingestellt. Nach diesem Spruch konnte Dr. Sell seine Apotheke jedenfalls persönlich fortführen.



(Bild: Stadtarchiv Deggendorf: Festschrift 80 Jahre Deggendorfer Ruderverein)

Als weiterer Neuling bei den Ratsherren wurde der Direktor der Deggendorfer Werft, Karl Mahn, berufen. Er war 1892 in Duisburg geboren und zog 1924 nach Deggendorf<sup>597</sup>. Anlässlich seines Todes berichtet der *DB* vom 10. Januar 1938, dass Karl Mahn 1935 das 25-jährige Dienstjubiläum im Konzern hatte feiern können. Die Aufwärtsentwicklung der Deggendorfer Werft sei *mit dem Namen Karl Mahn unlösbar verbunden*. Daneben war er *langjähriges Mitglied und später 1. Vorsitzender des Industrie- und Handelsgremiums Deggendorf*. Der Bericht fährt dann fort, dass er *wegen seiner Leistung für die Wirtschaft in Deggendorf von der Stadt Deggendorf als Ratsherr berufen und zum Verwalter des städtischen Waisenhauses bestellt* worden sei. Am 8. Januar 1938 erlitt Karl Mahn bei der Rückkehr von einer Geschäftsreise im Wartesaal des Bahnhofes Würzburg einen tödlichen Schlaganfall. Er war erst 46 Jahre alt und hinterließ seine Frau mit zwei Kindern. Dies ist die Todesanzeige der Stadt Deggendorf für ihren verstorbenen Ratsherrn:

Unerwartet rasch verschied am Samstag, den 8. Januar 1938

# Herr Direktor Karl Mahn

Ratsherr der Stadt Deggendorf

Seit mehreren Jahren war der Verstorbene als Ratsherr der Stadt und als Verwalter des städtischen Waisenhauses tätig und hat seine ehrenamtlich übernommenen Verpflichtungen mit Umsicht und reicher Erfahrung erfüllt. Mit tiefer Trauer und in Dankbarkeit für seine für die Stadt Deggendorf geleistete Arbeit gedenken wir des so früh und plötzlich Heimgegangenen. Seine Verdienste sichern ihm ein ehrendes Andenken.

**Der Bürgermeister der Stadt Deggendorf**  
Graf

Da Karl Mahn in Bad Honnef beerdigt wurde, liegt uns kein Bericht über die Trauerfeier mit eventuell mehr Informationen zu seinem Leben vor, und weil er schon 1938 verstarb, gab es gegen ihn auch kein Spruchkammerverfahren. Deshalb sind wir über seine politische Betätigung nur sehr unzureichend informiert.

Es sollte ein gutes halbes Jahr dauern, bis man im Stadtrat einen Nachfolger für den Betriebsleiter Karl Mahn gefunden hatte, nämlich den Parteifunktionär Fritz Schnitzelbaum. Im Jahr 1900 in Nürnberg geboren, zog er mit seinen Eltern 1906<sup>598</sup> oder 1908<sup>599</sup> nach Deggendorf. Umzüge innerhalb Deggendorfs, ein Wegzug nach Hamburg und dann 1944 wieder Rückkehr nach Deggendorf deuten auf ein relativ unruhiges Leben hin. Am 15.2.1945 heiratete er die um 23 Jahre jüngere Plattlingerin Rita Fuhrmann. Die Ehe sollte aber nur 7 Jahre halten<sup>600</sup>. Schnitzelbaum hatte die Realschule in Deggendorf absolviert, war aber nachher beruflich nicht besonders erfolgreich. Er schreibt in seinem Meldebogen, dass er bis 1934 *freiberuflich* tätig war<sup>601</sup>. Die Deggendorfer Polizei gibt im Arbeitsblatt für die Spruchkammer allerdings an: *Es ist bekannt, dass er infolge Stellungslosigkeit zur NSDAP gekommen ist*<sup>602</sup>. Nach der Wiedergründung der Ortsgruppe Deggendorf trat Schnitzelbaum 1928 in die Partei ein und bekam dann auch für seine lange Parteizugehörigkeit verschiedene Auszeichnungen, wie das *Goldene Parteiabzeichen* und die *15-jährige Dienstausszeichnung*. Ein Zeuge gibt an, dass Schnitzelbaum *seine Überzeugung zur Schau* trug und ein eifriger Verteiler von Wahlkampf Broschüren war<sup>603</sup>. In der Klageschrift der Spruchkammer wird er deshalb als *fanatischer, aktiver Vorkämpfer des 3. Reiches* bezeichnet<sup>604</sup>. Von 1929 bis 1934 war Schnitzelbaum auch Mitglied in der SA. Als Grund für den Eintritt nennt er die *persönliche Bekanntschaft mit Strasser*. Er hatte dort als Fürsorgereferent den Rang eines Sturmführers erreicht<sup>605</sup>. Sein Freund, Kreisleiter Brandl, erklärt den späteren Austritt aus der SA so<sup>606</sup>: *Nach einem Konflikt mit Scharfmachern in der SA schied er freiwillig aus deren Reihen aus*. Schnitzelbaum selbst sagt, dass zwei Sturmführer *eine Bewegung aufgezogen* hätten. *Dabei hat man die Religion ziemlich heruntergezogen, die haben Maria als Dirne bezeichnet und anderes*<sup>607</sup>. Schnitzelbaum, der Protestant war, trat nach eigenen Angaben nicht aus der Kirche aus. Im Fragebogen der *Military Government of Germany* beantwortet er die Frage *Haben Sie offiziell oder inoffiziell Ihre Verbindung mit einer Kirche gelöst?* mit *nein*<sup>608</sup>. Dies bestätigt auch der evangelische Stadtpfarrer Wagner, der sagt, dass Schnitzelbaum von 1933 bis 1945 der Kirche angehörte<sup>609</sup>. Auf der Meldekarte Schnitzelbaums findet sich allerdings der Eintrag VK. Sein Hauptbetätigungsfeld sollte der Einsatz für die Deutsche Arbeitsfront (DAF) werden. Er war 1925 aus den Freien Gewerkschaften ausgetreten und gründete dann 1927 eine Ortsgruppe des DHV (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband)<sup>610</sup>, dessen Vorstand er mehrere Jahre war. Der DHV verstand sich als *völkisch-*

*antisemitische Angestelltengewerkschaft*, die sich zunächst an die DNVP anlehnte. Nach 1930 *arrangierte sich der Verband zunehmend mit dem neuen Machtfaktor der NSDAP*<sup>611</sup>, ließ sich 1933 gleichschalten und löste sich in der DAF auf. Am 3. Mai 1933 werden, wie überall, auch in Deggendorf die Freien Gewerkschaften zerschlagen. An diesem Tag gibt Kreisleiter Brandl folgende Erklärung ab<sup>612</sup>: *Im ganzen Reich findet gegenwärtig eine notwendige Zwangsrevision der roten Gewerkschaften und Konsumvereine statt. Diese Aktion richtet sich in keiner Form gegen die Arbeiterschaft. Donnerstag morgens 10 Uhr wird der normale Betrieb in den Zahlstellen wieder aufgenommen. Anfragen können nicht beantwortet werden, Beschwerden sind zwecklos. Der kommissar. Beauftragte: Brandl H.*

In der Klageschrift der Spruchkammer heißt es, dass Schnitzelbaum *massgeblich an der Zerschlagung der Gewerkschaften beteiligt* war<sup>613</sup>. Zunächst wurden die *mit der Kassenführung betreuten Personen festgenommen*, nach ihrer Vernehmung aber wieder freigelassen<sup>614</sup>. Wie es scheint, wurden nach der Besetzung des Gewerkschaftshauses am Gaisberg die Geschäfte aber von den gleichen Personen weitergeführt. So schildert dies zumindest der damalige Vorsitzende der Freien Gewerkschaften, Josef Kainz, in seiner Erklärung für Schnitzelbaum: *Durch die Übernahme der Freien Gewerkschaften durch die DAF unter Leitung von Schnitzelbaum wurde niemand geschädigt oder arbeitslos*<sup>615</sup>. Im Spruch der Berufungskammer heißt es, dass Schnitzelbaum an der Zerschlagung der Gewerkschaften nur als *Überprüfer der Kassenbücher* beteiligt war<sup>616</sup>. Nutznießer dieser Aktion war er aber auf jeden Fall, denn der bis jetzt von Arbeitslosigkeit geplagte Schnitzelbaum bekommt nun bei der DAF eine feste Anstellung bis 1945. Bei der gesetzlichen Auflösung der Gewerkschaften wurde die DAF am 10. Mai gegründet. Sie war eine Unterorganisation der NSDAP und nach dem Führerprinzip in Gau, Kreis, Ortsgruppen, Betriebsgemeinschaften, Zellen bis hinab zum Blockwart hierarchisiert. In der DAF waren sowohl die Unternehmer (Betriebsführer) wie auch die Arbeiter und Angestellten (Gefolgschaft) organisiert. Die Mitgliedschaft war formell freiwillig, praktisch jedoch obligatorisch für *die in Industrie, Handel und Gewerbe tätigen Arbeitnehmer und Unternehmer*<sup>617</sup>. So hatte die DAF 1941 25 Millionen Mitglieder, 44.000 hauptamtliche und 1,3 Millionen ehrenamtliche Mitarbeiter. Schnitzelbaum war hauptamtlicher Mitarbeiter, zunächst als Kreisobmann, später sogar als Gaustellenführer und ab 1944 als Oberabschnittsleiter<sup>618</sup>, was etwa der Stellung eines Kreisleiters entspricht. Obwohl dieses Amt kein Amt bei der NSDAP war, war er berechtigt die Uniform eines Kreisleiters zu tragen. Nach eigenen Angaben verdiente er 1933 zunächst 1.600 RM, bis 1945 stieg aber sein Verdienst auf 5.200 RM an. Beim Spruchkammerverfahren kommt seine 6-jährige Tätigkeit als Ratsherr so gut wie nicht zur Sprache, sein Verhalten als DAF Funktionär wird aber von verschiedener Seite kritisiert. Der Zeuge Fischer sagt aus, dass Schnitzelbaum bei einem Schulungsabend mit 30 bis 40 Stammarbeitern der Werft diese als *Vagabunden und Verbrecher* beschimpft und hinzugefügt habe, dass sie zwar *den Katechismus und den Pfarrer kennen, aber nicht 'Mein Kampf'*. Doch dies werde er ihnen schon beibringen<sup>619</sup>. Die Tochter von Franz Artinger arbeitete in einer Trockenkartoffelfabrik und wurde von dieser Arbeit krank. Als sich der Vater an den Kreisobmann der DAF wandte, herrschte ihn dieser an: *Wenn Ihre Tochter der Arbeit fernbleibt, dann werde ich sie hierfür zur Verantwortung ziehen und bestrafen. Unser Führer arbeitet Tag und Nacht für uns, da müssen eben auch wir tun, was wir können, um den Sieg erringen zu helfen, ohne Rücksicht auf Gesundheit*<sup>620</sup>. Im Protokoll der Spruchkammersitzung vom 18. September 1947 findet sich auch eine Zeugenaussage, dass Schnitzelbaum es ablehnte, einem Arbeiter zu helfen, der für einen toten französischen Kriegsgefangenen ein Holzkreuz angefertigt hatte und deshalb in Schwierigkeiten geriet. Auch habe er 1944 Arbeiter der Werft wegen ihrer angeblichen antinazistischen Einstellung bedroht: *Auch wir sind in der Lage Genickschüsse auszuteilen*<sup>621</sup>. Solche

deutlichen Vorwürfe sind eigentlich in Spruchkammerverfahren ganz selten. Nach Kriegsende wurde Schnitzelbaum am 8. Mai 1945 verhaftet. Über seinen Lageraufenthalt befinden sich in den Akten keine Unterlagen. Er muss aber zumindest einen Teil seiner Internierungshaft im Lager Natternberg verbracht haben, denn er unterzeichnet seine Angaben im Fragebogen der *Military Government of Germany* mit *Natternberg 8.1.46*<sup>622</sup>. Zur Zeit des Spruches vom 10. September 1947 befand er sich im Internierungslager Regensburg, weil der Spruch von dieser Lagerspruchkammer gefällt wurde<sup>623</sup>. Wegen der schweren Vorwürfe einiger Zeugen wurde Fritz Schnitzelbaum zunächst in die Gruppe I der Hauptschuldigen eingereiht. Dieser Spruch hätte für ihn Folgendes bedeutet: Einweisung für 3 Jahre in ein Arbeitslager, Einzug seines Vermögens zur Wiedergutmachung, Verlust des Rentenanspruchs und Beschäftigung in nur gewöhnlicher Arbeit für die nächsten 10 Jahre. Dieser Spruch tritt eine Lawine von eidesstattlichen Erklärungen für Schnitzelbaum los. Weit über 50 Zeugen versuchen seine Unschuld zu beweisen. Sein Rechtsanwalt Huber legt am 20. Oktober 1947 Berufung ein und versucht, Behauptungen in der Begründung des Urteils zurückzuweisen oder abzuschwächen. Dabei ging der Anwalt nicht zimperlich vor. Die Glaubwürdigkeit der kritischen Zeugen wurde offen in Frage gestellt, und sie wurden wohl auch stark unter Druck gesetzt, ihre Aussagen zurückzunehmen. Denn bei der Verhandlung der Berufungskammer Niederbayern/Oberpfalz am 26.10.1948 in Straubing hatten Franz Artinger und Alfons Nothaft ihre Teilnahme abgesagt<sup>624</sup>. So überrascht es auch nicht, dass der Spruch vom 10.9.1947 zurückgenommen wurde und Schnitzelbaum jetzt in die Gruppe III der Minderbelasteten eingereiht wurde. Schnitzelbaum wurde vor allem zugutegehalten, dass *die Überführung der Gewerkschaften in die DAF* ohne Personaländerung vor sich gegangen sei<sup>625</sup>. Nachdem am 1.2.1949 seine Bewährungsfrist abgelaufen war, reichte ihn die Hauptkammer Regensburg in die Gruppe IV ein. Somit konnte Fritz Schnitzelbaum nach vier Jahren in sein normales Leben zurückkehren. Nach seiner Scheidung 1952 heiratete er ein zweites Mal und lebte bis zu seinem Tod 1968 in Deggendorf<sup>626</sup>.

Die aus Schaching kommenden Räte wurden schon in meiner Arbeit über den Gemeinderat Schaching behandelt<sup>627</sup>. Deshalb sollen hier nur noch einige stichpunktartige Informationen über deren Wirken im Rat gegeben werden. Außer Albert Mohring waren alle erst am 21. April 1934 in den Gemeinderat Schaching unter Bürgermeister Treffer eingetreten. Der „Alte Kämpfer“ Mohring hatte sich mit dem früheren Bürgermeister Knott heftige Kämpfe geliefert, aus denen er als Sieger hervorging<sup>628</sup>. Unter Bürgermeister Treffer zog er in Schaching die Fäden und war auch als Kreiswirtschaftsberater in der Kreisleitung tätig. Als Betriebsleiter der Firma Mohring & Fichtner in Schaching scheint er allerdings nicht nur Erfolge gehabt zu haben<sup>629</sup>. Darauf soll später nochmals eingegangen werden. Albert Mohring verunglückte am 25. Juli 1939 auf der Fahrt nach München tödlich<sup>630</sup>. Er wurde später durch den Schachinger Landwirt und Ortsbauernführer Ludwig Mutz ersetzt<sup>631</sup>. Wie Ludwig Mutz, bleiben die anderen Schachinger Räte bis April 1945 im Amt. Der in Lothringen geborene Unternehmer Theobald Noel führte in Kandlbach eine Steinzeugfabrik. Im Stadtrat hatte er keinerlei parteipolitische Funktionen und wurde als Ingenieur *in allen technischen Angelegenheiten der gemeindlichen Verwaltung zu Rate gezogen*<sup>632</sup>. Der Dachdeckermeister Ferdinand Singer war seit 1925 Parteimitglied und zählte somit als „Alter Kämpfer“. Von der Spruchkammer Deggendorf wurde er in die Gruppe III der Minderbelasteten eingereiht und musste für den Landkreis eine *empfindliche Sühne leisten*<sup>633</sup>. Josef Mack war Bauer und war in der 1. Gemeinderatssitzung unter Bürgermeister Treffer zu dessen Stellvertreter ernannt worden<sup>634</sup>. Im Stadtrat hatte er die Funktion des Verwalters des Elisabethenheimes und des Waisenhauses. Ludwig Weichselgartner war von 1919 bis April 1933 Bürgermeister in Schaching gewesen. Nach dem erzwungenen Rücktritt gehörte er ab 22. April 1934 wieder dem neugebildeten Gemeinderat unter

Bürgermeister Treffer an. Aus seiner Meldekarte geht hervor, dass er von der Spruchkammer in die Gruppe IV der Mitläufer eingereiht wurde<sup>635</sup>. Allerdings liegt im Stadtarchiv Landshut keine Spruchkammerakte über ihn vor. Ludwig Treffer war der letzte Bürgermeister der Gemeinde Schaching. Er wurde am 3. Mai 1934 einstimmig in dieses Amt "gewählt". Treffer, der an Lungentuberkulose litt, war einer der kleinen *Nutznießer* der Partei. Nach Jahren der Arbeitslosigkeit wurde er von der Partei als Ortsverwalter, später als Kreisverwalter der NSV angestellt, sodass er bis 1945 ein zwar bescheidenes aber doch sicheres Einkommen hatte<sup>636</sup>.

Der Hauptpunkt der 1. Beratung am 5. Oktober war die Verpflichtung der *Ratsherren durch Handschlag auf gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben*<sup>637</sup>. Die sieben *früher bereits als Stadtratsmitglieder vereidigten Gemeinderäte* wurden von Bürgermeister Graf an ihren bereits geleisteten Eid erinnert<sup>638</sup>. Den anwesenden neu berufenen Räten Ignaz Graßl, Karl Mahn, Theobald Noel, Dr. Walter Sell, Ferdinand Singer und Josef Treffer nahm der Bürgermeister den obligatorischen Eid auf Adolf Hitler ab. Wie die Soldaten und Beamten mussten auch die Ratsherren Hitler persönlich Treue und Gehorsam schwören. Bei dieser Sitzung fehlten die drei Schachinger Ratsherren Ludwig Mohring, Ludwig Weichselgartner und Josef Mack. Deren Vereidigung wurde dann in der nächsten Beratung am 17. Oktober nachgeholt.

In dieser 1. Beratung wurden vom Bürgermeister auch die Ausschüsse bestellt und in diese folgende Ratsherren als Beiräte berufen:

- Als Beiräte:
- a) für Finanzangelegenheiten  
die Ratsherren: 1.) Alois Grassl, 2.) Albert Mohring, 3.) Dr. Walter Sell, 4.) Franz Xaver Stadler;
  - b) für Bau-u. Werksangelegenheiten  
die Ratsherren: 1.) Albert Höcht, 2.) Dr. Rich. Niedermayer, 3.) Karl Mahn, 4.) Theobald Noel, 5.) Franz X. Stadler,
  - c) für soziale Fürsorge  
die Ratsherren: 1.) Josef Bauer, 2.) Theodor Eckert, 3.) Jgnaz Grassl, 4.) Josef Treffer.

Franz- X. Stadler ist in zwei Ausschüssen vertreten, während die Räte Mack Josef, Reisach Karl, Singer Ferdinand und Weichselgartner Ludwig in keinem der Ausschüsse tätig sind. An der Spitze der Ausschüsse steht jeweils ein ehrenamtlicher Beigeordneter. Sebastian Weiß leitet den Ausschuss für Finanzangelegenheiten, Hanns Neubauer den Ausschuss für Bau- und Werksangelegenheiten und Werner Badmann den Ausschuss für soziale Fürsorge. Diese drei Männer waren in der der gleichen Beratung laut DGO von Kreisleiter Brandl zur Berufung als Beigeordnete vorgeschlagen worden. Er begründete seinen Vorschlag damit, dass Sebastian Weiß, Hanns Neubauer und Werner Badmann *seit langen Jahren in der Bewegung standen und ihm als absolut zuverlässige Nationalsozialisten bekannt seien. Er sei ferner davon überzeugt, dass jeder für seinen Geschäftsbereich das entsprechende erforderliche Sachwissen und die nötigen Eigenschaften mitbrächte.* Hanns Neubauer war Bau-Ingenieur, Werner Badmann war Kreisamtsleiter bei der Nationalsozialistischen

Volksfürsorge (NSV). Nachdem gegen den Vorschlag des Kreisleiters von den Ratsherren keine Einwände erhoben worden waren, schlug sie Brandl der Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz zur Bestellung als Beigeordnete vor. In der 4. Beratung vom 6. Dezember 1935 händigte ihnen Bürgermeister Graf die Anstellungsurkunden aus und vereidigte sie mit der bekannten Eidesformel<sup>639</sup>. Die Stellung dieser in der DGO neu eingeführten Institution wird in § 34 und § 35 beschrieben:

#### § 34

(1) Dem Bürgermeister stehen Beigeordnete als Stellvertreter zur Seite. Ihre Zahl bestimmt die Hauptsatzung.

(2) Der Erste Beigeordnete führt in Stadtkreisen die Amtsbezeichnung Bürgermeister. Der mit der Verwaltung des Geldwesens einer Stadt beauftragte Beigeordnete führt die Amtsbezeichnung Stadtkämmerer. Die übrigen Beigeordneten in Städten führen die Amtsbezeichnung Stadtrat (Stadtrechtsrat, Stadtschulrat, Stadtbaurat und dergleichen).

#### § 35

(1) Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters ist der Erste Beigeordnete. Die übrigen Beigeordneten sind zur allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters nur berufen, wenn der Erste Beigeordnete verhindert ist. Die Reihenfolge richtet sich nach ihrem Dienstalter als Beigeordnete der Gemeinde. Der Bürgermeister kann schriftlich eine andere Reihenfolge bestimmen.

(2) Die übrigen Beigeordneten vertreten den Bürgermeister in ihrem Arbeitsgebiet. Der Bürgermeister kann jede Angelegenheit an sich ziehen.

Die Beigeordneten nahmen an den Beratungen teil und hatten die *Aufgabe, den Bürgermeister in verschiedenen Aufgabengebieten zu unterstützen und ihn in bestimmten Fällen zu vertreten.*

Rechtsrat Haas war der 1. Beigeordnete und Vertreter des Bürgermeisters, Sebastian Weiß der 2. Beigeordnete mit dem Aufgabenbereich des Stadtkämmerers, Werner Badmann war der 3. und Hanns Neubauer der 4. Beigeordnete. Neubauer blieb bis 1939 4. Beigeordneter. Nach dem Weggang von Josef Haas nach Lindau, und nachdem Sebastian Weiß die Funktion als Stellvertreter des abwesenden Bürgermeisters Graf übernommen hatte, gab es ab September 1939 nur noch zwei Beigeordnete, Badmann und Neubauer. Badmann übernahm für Weiß die Funktion des Stadtkämmerers und bekam dafür eine Vergütung von jährlich 500 RM<sup>640</sup>.

Werner Badmann wurde 1893 in Luzern/Schweiz geboren. Er war verheiratet, hatte zwei Kinder und war von Beruf Elektroingenieur. 1926 zog er von Vilsbiburg nach Deggendorf um. Ab 1932 arbeitete er, wie Hans Graf auch, bei den Überlandwerken<sup>641</sup>. In seinem Meldebogen zum Spruchkammerverfahren gibt er an, dass er zum ersten Mal schon 1925 in die NSDAP eingetreten war. Wie andere führende Deggendorfer Nationalsozialisten, schloss er sich im Frühjahr 1928 der von Gregor Straßer wieder gegründeten Ortsgruppe an<sup>642</sup>. Werner Badmann hatte zahlreiche Ämter in der Partei und deren Organisationen inne. Von März bis Dezember 1933 leitete er den Aufbau des Kreisleiterbüros in die Wege. Kreisleiter Hanns Brandl war zu dieser Zeit noch als Lehrer in

Ruhmannsfelden tätig. Er wurde erst im September 1933 an die Knabenschule in Deggendorf versetzt<sup>643</sup>. Ab 1934 war Badmann Kreisamtsleiter der NSV und ab 1943 Kreisamtsleiter im Nationalen Bund deutscher Techniker. Als die Stadt Deggendorf ihre Kreisunmittelbarkeit verlor und dem Landrat unterstellt wurde, wurden der Bürgermeister und die beiden Beigeordneten Mitglieder des Bezirksamtes<sup>644</sup>. Bürgermeister Schneider gibt nach dem Krieg zu Protokoll, dass Badmann auch stellvertretender Kreisleiter gewesen sei<sup>645</sup>. Dies bestreitet Badmann im Spruchkammerverfahren. Das Amt des stellvertretenden Kreisleiters habe es gar nicht gegeben. Er habe nur bei vier Anlässen den Kreisleiter in dessen Abwesenheit vertreten, so bei der Einweihung der Bergwachthütte auf dem Breitenauer Riegel, beim Sportfest in Iggenbach und bei zwei Sitzungen beim Landrat. Bei der Einführung des evangelischen Pfarrers habe er als Protestant die Vertretung für den Kreisleiter übernommen<sup>646</sup>. Badmann war von 1935 bis 1945 als Beigeordneter Mitglied des Ratsgremiums. Als Hanns Neubauer während des Krieges in der Wehrmacht Dienst tat, war Badmann von 1942 bis 1945 praktisch der einzige Beigeordnete<sup>647</sup>. Für die lange Parteizugehörigkeit bekam Badmann zahlreiche Auszeichnungen, so das goldene Ehrenzeichen, die 15-jährige Dienstausszeichnung und das Gauehrenzeichen<sup>648</sup>. Bei Kriegsende wurde er als „Amtsträger in NSDAP Gliederungen“ am 1. Mai 1945 verhaftet und blieb fast zwei Jahre in Internierungshaft. Er wurde am 5. April 1947 wegen Haftunfähigkeit aus dem Internierungslager Moosburg entlassen. Badmann wie auch seine Frau litten an Tuberkulose, sodass er laut amtsärztlichem Attest zu 70% erwerbsunfähig war<sup>649</sup>. Als Auflage musste er sich alle zwei Wochen im Zimmer 81 der Geschäftsstelle des öffentlichen Klägers melden. Da seine Frau in Hausstein behandelt wurde, lebte Badmann zu dieser Zeit mit seinem Sohn in einem einzigen Zimmer mit Nebenraum. Seine Wohnung war beschlagnahmt worden, die Möbel waren weg<sup>650</sup>. Fast ein Jahr nach seiner Entlassung fand am 26.2.1948 das Spruchkammerverfahren statt<sup>651</sup>. Wie so oft bei diesen Verfahren, wurden dabei zwei verschiedene Gesichter des Betroffenen präsentiert. Bürgermeister Schneider beschreibt ihn als überzeugten Nationalsozialisten, der in Deggendorf eine führende Rolle spielte<sup>652</sup>. Er sei als Altparteigenosse und Beigeordneter mit an erster Stelle der Partei gestanden, aber er sei *sonst ein ruhiger Mann* gewesen. Daneben gibt es viele positive Aussagen über ihn, deren Wahrheitsgehalt, wie schon früher erwähnt, aber hinterfragt werden muss. Der frühere Leiter des Arbeitsamtes, Hilpert, hatte wegen seiner SPD Mitgliedschaft 1933 seinen Posten verloren, sagt aber jetzt aus, dass er im November 1933 auf Betreiben Badmanns das Kassengeschäft in der NSV übernehmen durfte. Außerdem habe ihm Badmann zur vollen Pension verholffen<sup>653</sup>. Hilpert selbst trat 1937 in die NSDAP ein. Besonders halfen Badmann die Aussagen der Ordensschwester und des Verwaltungsinspektors Bielmeier. Bielmeier behauptet, dass Badmann maßgeblich mitgewirkt habe, dass die Leistung der Maristen bei der Leitung des Schülerheims in einer Beratung mit den Ratsherren offiziell gelobt wurde<sup>654</sup>. Badmann habe sich auch dafür eingesetzt, dass die kirchlichen Stiftungen beim für den Kasernenbau notwendigen Grundstückstausch einen fairen Ausgleich bekamen<sup>655</sup>. Die Vertreterinnen der Ordensschwester, Katharina Liebl und Marturina, bestätigen, dass sich der Betroffene *für das Wohl der Ordensschwester im Spital der Stadt Deggendorf sehr eingesetzt hat*<sup>656</sup>. Auf Grund dieser Erklärungen und auf Grund der finanziellen und gesundheitlichen Probleme wird Badmann im Spruch vom 26.2.1948 in die Gruppe III der Minderbelasteten eingereiht<sup>657</sup> und zu einer Sühne von 500 RM verurteilt. Bei einem so frühen Parteieintritt und als Amtsträger der Partei hätte er zumindest in die Gruppe II eingereiht werden müssen. So legt auch der öffentliche Kläger am 4. März gegen den Spruch Berufung ein mit der Begründung, *dass sich die Kammer bei der Einstufung zu sehr von den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen des Betroffenen leiten ließe*<sup>658</sup>. Wenig später wird der Einspruch aber wieder zurückgenommen<sup>659</sup>. Badmann wandte sich sogar persönlich an den Minister für Sonderaufgaben, um eine Minderung des Sühnebetrages zu erreichen<sup>660</sup>. In der Nachverhandlung

vom 13.8.1948 wird Badmann, wie üblich, in die Gruppe IV eingereiht, und auch die Sühne wird ihm erlassen. Er soll jetzt nur noch die Kosten des Verfahrens in Höhe von 166 RM tragen<sup>661</sup>. Auf seinen Einwand hin, dass er nur vorübergehende Beschäftigung habe und er seine Stellung bei den Überlandwerken nicht zurückbekommen habe, werden im November 1948 die Kosten des Verfahrens auf 50 DM festgesetzt<sup>662</sup>. Badmann Werner wohnt bis zu seinem Tod am 15.5.1957 in Deggendorf.

Zwischen Oktober 1935 und Herbst 1939 gibt es wegen des Todes von Ratsherren oder sonstiger Umstände einige wenige personelle Veränderungen im Stadtrat, die bei der Besprechung der einzelnen Räte schon dargestellt wurden. Sie werden deshalb hier nur kurz zusammengefasst. Sebastian Weiß hatte im Dezember 1936 einen schweren Verkehrsunfall und konnte deshalb an den Beratungen bis zum 16. April 1937 nicht teilnehmen<sup>663</sup>. Karl Mahn verstarb am 10. Januar 1938 an Herzschlag und wurde am 11. August dieses Jahres als Stadtrat durch Fritz Schnitzelbaum ersetzt. Nach dem Tod von Albert Mohring verstarb im gleichen Jahr Albert Höcht am 27. Dezember 1939. Er hatte aber die letzten zwei Jahre wegen seiner Krankheit nicht mehr an den Beratungen teilnehmen können. Alois Graßl wollte anscheinend an den Beratungen nicht teilnehmen. Er fehlte 1937 bei den meisten Beratungen, nahm 1938 an keiner einzigen Beratung teil und war 1939 nur einmal, am 19. Mai, anwesend. Aus dem Protokollbuch von 1940 geht hervor, dass Alois Graßl durch Otto Hosemann im Rat ersetzt worden war.

Laut DGO §56 (4) müssen die Gemeinderäte *an den Beratungen teilnehmen, wenn sie nicht vom Bürgermeister beurlaubt sind*. Dennoch fehlten oft sehr viele Räte. Der Hauptgrund war wohl, dass, wie gezeigt, die Ratsherren (Gemeinderäte) den Bürgermeister nur beraten aber über Entscheidungen nicht mehr abstimmen konnten<sup>664</sup>. Somit ist es nicht verwunderlich, *dass die Ratsherren selbst kaum Interesse an ihrem Ehrenamt aufbrachten*<sup>665</sup>. Helmut Halter untersuchte die Teilnahme der Regensburger Ratsherren an den Sitzungen und kommt zu dem Ergebnis, dass zwischen 1935 und 1938 von den 24 Ratsherren im Durchschnitt nur 15-16 an den Plenarsitzungen teilnahmen. Er fährt dann fort, *dass im Jahr 1939 bis zum Kriegsbeginn ...mit durchschnittlich 13 Anwesenden der absolute Tiefstand erreicht wurde*<sup>666</sup>. So nahm nur noch *gut die Hälfte der Ratsherren...ihr Ehrenamt in den Sitzungen wahr*. Im Stadtrat Deggendorf sah es ganz ähnlich aus. Nach dem 5. Oktober 1935 fehlten bei den restlichen drei Beratungen dieses Jahres 25% der Ratsherren. Bei den 13 Beratungen des Jahres 1936 lag die Teilnahmequote bei nur 55%. Im Schnitt fehlte also auch fast die Hälfte der Ratsherren. An den 17 Beratungen im Jahr 1937 nahmen 65% der Ratsherren teil. In der 4. Beratung am 1. März, in der nur 3 Tagesordnungspunkte behandelt wurden, fehlten allerdings 12 der 16 Ratsherren. In drei weiteren Beratungen dieses Jahres fehlten 8 Ratsherren, also die Hälfte des Gremiums. Dies war selbst der Fall bei der Beratung an der Ruselstraße am 3. Juni 1937, in der es um die Grundstücksfrage für den Badbau ging. Auch bei der Behandlung des Haushaltes am 15. Februar und der Festlegung der Bürgersteuer am 21. Oktober<sup>667</sup> waren nur 8 der 16 Ratsherren anwesend. Bei den 14 Beratungen im Jahr 1938 lag die Fehlquote bei 33%. An der 4. Beratung am 13. April, in der es um die Überführung des Lyzeums in die Mädchenoberschule ging<sup>668</sup>, nahmen wiederum 8 Mitglieder des Gremiums nicht teil. In der letzten und wohl wichtigsten Sitzung dieses Jahres am 27. Dezember waren sogar nur 7 Ratsherren anwesend, obwohl dort die Planung des Volksfestes 1939, der Haushaltsplan für 1938 sowie der Verkauf der Vollmuth Villa behandelt wurden<sup>669</sup>. In den ersten beiden Sitzungen des Jahres 1939 fehlten neben dem Beigeordneten Neubauer wiederum 8 Ratsherren. Für sie waren wohl Themen wie der Bau des Sommerbades<sup>670</sup>, die Errichtung des Schülerheimes<sup>671</sup> oder die Weiterführung der

Kleinsiedlung<sup>672</sup> nicht von so großer Wichtigkeit, oder man blieb eben fern, weil man auf die Entscheidungen sowieso keinen Einfluss hatte. In diesem Jahr besserte sich die Anwesenheitsquote für kurze Zeit, als Sebastian Weiß für den zur Wehrmacht eingezogenen Bürgermeister Graf und für den zum Bürgermeister der Stadt Lindau ernannten Beigeordneten Haas am 13. September 1939 seine erste Beratung als Bürgermeisterstellvertreter leitete. Gegen Ende des Jahres fehlten in der 11. Beratung am 18. Dezember schon wieder 8 Ratsherren, obwohl wichtige Punkte wie der Verkauf der Vollmuth Fabrik<sup>673</sup> oder der Grundstückstausch mit den Englischen Fräulein<sup>674</sup> auf der Tagesordnung standen. So traf wohl auch die Warnung des Leipziger Bürgermeisters Gördeler für Deggendorf zu, dass *bei einem bloßen Anhörungsrecht die Motivation zur Mitarbeit stark absinken müsse*<sup>675</sup>. Bernhard Gotto betont, dass angesichts *der politischen Grundübereinstimmung der Teilnehmer* Diskussionen bei den Beratungen *weniger intensiv* ausfielen als vor 1933<sup>676</sup>, und er fährt dann fort: *Nur äußerst selten nützte ein Ratsherr das ihm verbrieftete Recht, eine abweichende Meinung zu Protokoll zu geben.* Auch in Deggendorf kommt es relativ selten vor, dass Ratsherren eine abweichende Meinung zu Protokoll geben.

### **Kontroverse Diskussionen im Stadtrat**

Beim Punkt *Stellungnahme der Ratsherren* beschränkt man sich meist auf sachliche Ergänzungen zu dem Vortrag des Berichterstatters. Wenn es allerdings um finanzielle Dinge geht, wie die Bürgersteuer, die Grundsteuer, sonstige Belastungen der Bürger oder Verkäufe von städtischen Eigentum, meldet man sich schon einmal zu Wort. Aber im Ton ist man sehr zurückhaltend. Keine Stellungnahme gibt es in der Regel bei Beratungen in denen politische und ideologische Fragen berührt werden, wie zum Beispiel bei Einbürgerungen. Auffallend ist auch, dass selbst einflussreiche Ratsherren wie Franz -X. Stadler mit protokollierten Meinungsäußerungen sehr zurückhaltend sind. Eine längere Diskussion gab es in der 1. Beratung 1939 über den Verkauf entbehrllicher städtischen Häuser<sup>677</sup> oder über den Standort der städtischen Waage. Schließlich sind die Ratsherren einverstanden, dass die Waage in der Bahnhofstraße aufgestellt wird. Man plant auch *die Errichtung eines Waaghäus'chens, mit dem zweckmäßig ein Verkaufskiosk verbunden wird, damit der Waagmeister eine Lebensexistenz erhält*<sup>678</sup>. Auch bei der Vergabe der Buslinie zwischen Rathaus und Bahnhof am 21. Mai 1937 an den Mietautobesitzer Gierl gab es Diskussionen. Die Firma Hansbauer hatte die Lizenz für den Linienverkehr verloren, weil sie *sich zum Betrieb der Omnibuslinie als unzuverlässig erwiesen* habe. Ratsherr Bauer trat dennoch für die Vergabe an Hansbauer ein, *der jetzt seine früher versäumten Verpflichtungen hinsichtlich eines geregelten Verkehrs einhalten will.* Trotz der Unterstützung Hansbauers durch den NSKK Motorsturm 41/M 81 entscheidet sich der Bürgermeister für die Firma Gierl<sup>679</sup>. In der Beratung vom 21. Oktober 1937<sup>680</sup> spricht sich Bürgermeister Graf gegen die Benutzung der Räume der Knabenschule durch Organisationen wie das Rote Kreuz oder das Volksbildungswerk zu Unterrichtszwecken aus. Theodor Eckert stimmt Graf voll zu, Ratsherr Ignaz Graßl widerspricht jedoch: *Ich bitte doch zu bedenken, dass es sich bei den Unterrichtsteilnehmern meistens um junge Personen handelt, die Gaststätten aus finanziellen Gründen nicht besuchen können.* Bei der Behandlung des Verkaufs einer Wohnung in der Lateinschulgasse werden von verschiedenen Ratsherren Einwände gegen den angebotenen Kaufpreis von 4.500 RM des Glasermeisters Hassfurter vorgebracht, weil dieser zu niedrig sei. Der Bürgermeister schließt sich der Meinung seiner Ratsherren an und entscheidet, dass der Kaufpreis 4.800 RM betragen soll. Besonders oft melden sich Ratsherren bei den Beratungen über die Bürgersteuer zu Wort. Diese Bürgersteuer war eine Kopfsteuer, die schon in der Weimarer Republik eingeführt worden war und von den Nationalsozialisten erst 1942 wieder abgeschafft wurde. Sie traf

ungeachtet der wirtschaftlichen Verhältnisse jeden Einwohner über 20 Jahre und belastete somit besonders die Menschen mit geringerem Verdienst<sup>681</sup>. In einer Beratung im Jahr 1936 wandte sich Stadtkassenoberinspektor Strobel als Berichterstatter dagegen, Gesuche auf Befreiung von der Bürgersteuer positiv zu bescheiden, da sonst *alle Pflichtigen mit geringem Einkommen, insbesondere fast alle Hausangestellten befreit werden*. Gegen dieses Argument wenden sich die Ratsherren Karl Mahn und Ignaz Graßl<sup>682</sup>:

b) Stellungnahme der Ratsherren: Ratsherr J. Graßl: Den Befreiungsgesuchen sollte stattgegeben werden, da es schon schwer falle Arbeitnehmern zu erklären, dass es gerecht zugehe.  
Ratsherr Mahn: Es ist nicht sozial, die Gesuche abzulehnen. Der Hinweis auf die Hausangestellten ist nicht stichhaltig, da diese freie Station haben und damit leichter die Bürgersteuer bezahlen können.

Bürgermeister Graf entscheidet sich dennoch für die Ablehnung der Befreiungsgesuche:

c) Entschliessung d. Bürgermeisters: Es ist leicht sozial zu erscheinen, wenn man den verschiedenen Gesuchen stattgibt. Aber es muss immer der Blick auf das Ganze gerichtet werden. Es gehört auch zu den sozialen Pflichten, seinen Verpflichtungen gegenüber der Stadt und damit der Allgemeinheit nachzukommen. Es wird nicht verkannt, wie schwer manchen die Bezahlung der Bürgersteuer fällt, aber das Interesse der Allgemeinheit lässt es nicht zu, über die Befreiungen des Gesetzes selbst hinauszugehen. Die Gesuche um Befreiung von der Bürgersteuer sind daher prinzipiell abzulehnen.

Die zwei düpierten Ratsherren Graßl und Mahn fehlen dann bei der nächsten Beratung. Im Jahr 1937 wurde die Bürgersteuer erneut diskutiert<sup>683</sup>. Bürgermeister Graf plädierte wegen der Finanzierung des notwendigen Schulhausbaues für eine Erhöhung der Bürgersteuer, räumte aber dabei ein: *Die Bürgersteuer ist die unsozialste Steuer*. In der Aussprache wendet sich dieses Mal Sebastian Weiß gegen eine Erhöhung, da diese nicht sozial gestaffelt sei und somit die Leute mit niedrigem Einkommen am härtesten treffe. Die Schachinger Vertreter fühlten sich nach der Eingemeindung sowieso schon finanziell überbelastet. Auch Dr. Niedermayer meint, dass die Erhöhung verfrüht sei, und der 1. Beigeordnete Haas schlägt vor, dass man versuchen solle, die nötigen Mittel auf andere Weise zu beschaffen. Angesichts dieses Widerstandes gibt der Bürgermeister nach: *Ich habe nicht die Absicht gegen den Willen des Stadtkämmerers, des zuständigen Wirtschaftsreferenten eine Erhöhung der Bürgersteuer festzusetzen*. Warum die Frage der Bürgersteuer nicht schon im Vorfeld der Beratung von den Kontrahenten geklärt worden war, bleibt unklar. Auch im Jahr 1938 spricht Graf als Berichterstatter die Frage der Erhöhung der Bürgersteuer an<sup>684</sup>. Graf beklagt den Ausfall von 124.500 RM Steuern durch den neuen Finanzausgleich. So sei *ein Bürgersteuerhundertsatz von mindestens 500 v.H.* unbedingt nötig. Dagegen wenden sich wieder Ignaz Graßl und auch der Landwirt Mack. Letzterer argumentiert, dass *bei landwirtschaftlichen Dienstboten die Erhöhung der Bürgersteuer praktisch den Arbeitgeber trifft*. Graßl schlägt vor, die Mehrbelastung der Arbeiter und Angestellten

durch die Erhöhung anderer Steuern besser zu verteilen. Doch dieses Mal ist Sebastian Weiß für die Erhöhung: *Stadtkämmerer Weiss erachtet eine Erhöhung des Hebesatzes auf 500 v.H. für unabwendbar und weist darauf hin, dass die Bezirksämter die Landgemeinden aufgefordert, um nicht zu sagen gezwungen haben, den Bürgersteuerhebesatz auf 500 v.H. zu erhöhen.* Mit dieser Unterstützung im Rücken beschließt Graf, die Bürgersteuer auf 600 v.H. zu erhöhen. Dass es bei dieser Beschlussfassung im Rat deutlichen Widerstand gegeben hat, zeigt die Tatsache, dass Josef Haas es für nötig fand, dem Protokoll einen von ihm unterzeichneten Aktenvermerk hinzuzufügen<sup>685</sup>: *Es erklären sich insbes. diejenigen Herren für eine Erhöhung auf 600%, die in der Beratung vom 21.10.1938 sich gegen die Erhöhung ausgesprochen haben.*

Die neu hinzugekommenen Schachinger Vertreter melden sich gleich von Anfang an zu Wort, um die Interessen Schachings zu vertreten. Schon in der Beratung am 14. Juni 1935, als die Schachinger Räte noch als Gäste teilnahmen, wendet sich der frühere Schachinger Bürgermeister Treffer gegen die von Berichterstatter Strobel vorgeschlagene Zahlung der Wassergrundgebühr im Voraus<sup>686</sup>. Er ist der Ansicht, *dass ein zwingendes Bedürfnis zur Änderung der Erhebungsart an sich nicht besteht.* In einer anderen Sitzung ist es Ludwig Weichselgartner, der über die hohen Kosten der Bogenbachregulierung für die Grundstückseigentümer klagt, die sich jetzt auf 2 Millionen verdoppelt hatten. Er regt dann an, *dass der Milchausgleichspfennig zur Zahlung der Genossenschaftsbeiträge freigegeben werde.* Graf verspricht, *dass der Vorschlag bei den zuständigen Stellen weiter verfolgt werden solle*<sup>687</sup>. Die Schachinger Räte Weichselgartner und Mack treten auch dafür ein, dass die Grundsteuer für landwirtschaftliche Grundstücke nur 100% sein solle. Der Bürgermeister beschließt jedoch eine Steuer für landwirtschaftliche Grundstücke von 110%<sup>688</sup>. Die meisten Änderungswünsche zu den Empfehlungen des Berichterstatters kommen von Sebastian Weiß, der als 2. Beigeordneter Stadtkämmerer und zugleich Ortsgruppenleiter der NSDAP ist. Als solcher steht er in der Parteihierarchie hinter dem Kreisleiter an zweiter Stelle in der Stadt. Die Ortsgruppenleiter hatten zwar keine Weisungsbefugnis gegenüber dem Bürgermeister, *faktisch kontrollierte jedoch der jeweilige Ortsgruppenleiter sogar den Bürgermeister oder Oberbürgermeister*<sup>689</sup>. Es fällt auf, dass er seine Wünsche dabei in der Regel durchsetzen kann, so gleich zweimal in der Beratung vom 2. Juni 1936. Als bei der Behandlung der Ausführungsbestimmungen zum Haushalt 1936 der Berichterstatter Strobel Probleme sieht, wenn die *Verfügungsberechtigung über die im Haushaltsplan genehmigten Kredite* auf die Ratsherren ausgedehnt würde, wendet sich Weiß scharf dagegen: *Die Ausschliessung der Ratsherren von der Verfügungsberechtigung würde die Tätigkeit der Ratsherren zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken*<sup>690</sup>. Man kann davon ausgehen, dass Graf oder Haas mit dem Stadtkassenoberinspektor Strobel dessen Empfehlungen abgesprochen hatten. Dennoch stimmt der Bürgermeister in seiner Entschliebung Sebastian Weiß zu. Auch bei der Festsetzung der Lustbarkeitssteuer folgt der Bürgermeister in der gleichen Sitzung der Argumentation von Weiß, wieder gegen die Empfehlung des Berichterstatters Strobel<sup>691</sup>. Die Hauptkontrahenten im Stadtrat scheinen jedoch Sebastian Weiß und Josef Haas gewesen zu sein. Die beiden tragen ihre Meinungsverschiedenheiten im Stadtrat zu allen möglichen Themen aus. Als sich Haas in der letzten Sitzung des Jahres 1938 skeptisch zur Abhaltung eines Volksfestes im nächsten Jahr äußert, weil das letzte Volksfest der Stadt einen Verlust von 2.898 RM gebracht habe, setzt sich Weiß in einem längeren Plädoyer für die Abhaltung ein. Er weist auf die Einsparungsmöglichkeiten hin, wie das Weglassen der Tierschau und der Pferderennen. Es kommt dann zu *einer längeren Aussprache*<sup>692</sup>, in der auch die übrigen Ratsherren der Abhaltung des Volksfestes zustimmen. Der Bürgermeister schließt sich wieder der Meinung von Weiß an und entscheidet, dass im Jahr 1939 *in der Zeit vom 12. mit 20. August ein Volksfest* stattfinden soll. Dies wird in Deggendorf das letzte Volksfest bis nach

dem Krieg sein. In der Beratung vom 16. November 1936 fehlte Graf wegen Krankheit und Haas leitete die Sitzung. Es ging unter Anderem um die Bezahlung einer Rechnung der Firma Mohring für die Ausschmückung des Maibaumes. Der Ortsgruppenleiter lehnte es in sehr bestimmtem Ton ab, dass die NSDAP die Bezahlung der Ausschmückung übernimmt, weil sie diese nicht in Auftrag gegeben habe. Rechtsrat Haas verwies darauf, *dass es auch nicht Sache der Stadt war, für die Ausschmückung des Maibaums in der durchgeführten Form aufzukommen*<sup>693</sup>. Haas fand sich schließlich bereit, die Hälfte des Rechnungsbetrages zu übernehmen. Wer schließlich die andere Hälfte bezahlte bleibt unklar. Dass es zwischen Weiß und Haas nicht nur um sachliche Meinungsunterschiede sondern um persönliche Aversionen und Rivalitäten ging, zeigt der Streit zwischen den Beiden in der Beratung am 6. Juli 1936, der in seiner Schärfe wohl einmalig ist. Diese Auseinandersetzung wurde zwar schon in meiner Arbeit über Bürgermeister Hans Graf behandelt, dennoch sollen Aspekte, die Einblicke in die Arbeit des Stadtrates geben, nochmals aufgezeigt werden. In Abwesenheit von Bürgermeister Graf leitet Josef Haas die Beratung, die laut Protokoll bis zum Tagesordnungspunkt 10 einen ruhigen Verlauf genommen hatte. Bei der Behandlung des Punktes *Reichsstrasse 11, hier Erneuerung der Strassendecke* kommt es zum Wutausbruch von Stadtkämmerer Sebastian Weiß. Bei der Vergabe der Arbeiten an die auswärtige Firma Heitzer sei laut Weiß *mit Schlichen und Tricks* gearbeitet worden. Ortsansässige Firmen hätte man nicht einmal zur Submission eingeladen. Er beklagt auch, dass die Ratsherren, *die die Verbindung zur Bevölkerung aufrecht erhalten sollen*, ausgeschaltet werden und nicht darüber informiert werden, was in der Stadtverwaltung vorgeht. Die Konsequenz sei, dass die *Besetzung im Hause* immer schlechter werde und *bald keine Geschäftsleute mehr unter den Ratsherren vertreten* seien. Schließlich droht er sogar mit seinem Rücktritt als Ratsherr<sup>694</sup>:

*Jch muss ernstlich fragen, wozu sind wir da überhaupt noch da! - Für den Sprengwagen sind 10.000 RM genehmigt, er kostet 13.000 RM.-. Ausgaben werden gemacht, ohne dass die Ratsherren davon Kenntnis bekommen, ja nicht einmal die Beigeordneten sind davon unterrichtet. Jch werde diesen Betrieb nicht länger mehr so weitermachen, sondern ausscheiden, wenn keine Änderung eintritt.  
Jch bitte dies festzulegen für das Protokoll und will eine Abschrift des Protokolls für meine Zwecke.*

Sebastian Weiß spricht zwar nur von der Verwaltung, meint aber natürlich den Bürgermeister und dessen Stellvertreter, Rechtsrat Haas, denn diese sind letztendlich für alle Entscheidungen verantwortlich. Rechtsrat Haas weist die Vorwürfe mit Schärfe zurück und moniert auch den Ton, in sie gemacht wurden:

1. Beigeordneter Rechtsrat H a a s :  
*Jch weise als Vertreter des Bürgermeisters den Vorwurf, dass mit Schlichen und Tricks gearbeitet wird, aufs schärfste zurück. Einen derartigen Vorwurf kann man einem Lumpen machen; die Männer der städtischen Verwaltung sind keine Lumpen. Der Vorwurf ist also unsachlich und kann daher nicht scharf genug zurückgewiesen werden.*

Haas erklärt, dass die Stadt bei der Vergabe von Aufträgen immer zunächst die hiesigen Geschäfte in Betracht zieht. Nur wenn die Deggendorfer Geschäfte das Gewünschte nicht liefern können, müsse man sich an auswärtige Firmen wenden. So seien die Vorwürfe von Weiß *schon mehr als kühn*. Weiß

bleibt jedoch bei seiner Behauptung *dass man mit Schlichen arbeitet*, und moniert, dass das Baugeschäft Streicher umgangen wurde. Streicher, *der für die Stadt schon sehr viel getan hat*, muss sich mit Recht benachteiligt fühlen. Im Protokoll findet sich dann die Erklärung von Stadtbaurat Neubauer, warum die Firma Streicher nicht berücksichtigt wurde: *Die Firma Heitzer ist beim Angebot an die Stadt um rund 20% billiger, was ihm genügt habe, die Vorlage zu machen*. Zum Schluss geht Haas zum Gegenangriff über:

Abschliessend bemerkt Rechtsrat H a a s noch:  
Wenn darauf hingewiesen wird, dass die Geschäftswelt an den Massnahmen der Stadtverwaltung scharfe Kritik übe, so möchte ich doch nicht unerwähnt lassen, dass man wiederholt und zwar auch von Geschäftsleuten zu hören bekommt, dass die hauptsächlichsten und gerade die lautesten Kritiker in den Wirtshäusern gewisse Ratsherren seien. Durch Biertischgespräche kann der Sache sicherlich nicht gedient werden. Derjenige Ratsherr, der in der Öffentlichkeit gegen den Bürgermeister und die Stadtverwaltung loszieht, mag sich dadurch vielleicht Sympathien bei anderen verschaffen, er verletzt damit aber in gröblichster Weise seine Dienstpflicht. Gem. § 48 DGO. sind die Ratsherren verpflichtet, den Massnahmen des Bürgermeisters in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen. Der Ratsherr kann also in keinem Falle ein Gegenspieler der Gemeindeverwaltung sein. Wenn ein Ratsherr mit den Massnahmen des Bürgermeisters nicht einverstanden sei, dann steht ihm das Recht zu, sich mit dem Bürgermeister in der Beratung oder im Amtszimmer mündlich zu besprechen oder ihm schriftlich seine Kritik zu unterbreiten. Die Kritik der Ratsherren muss im Rathaus geführt werden und gehört am aller wenigsten an den Biertisch. Es ist auch auffallend, dass die Kritik immer dann am lautesten ist, wenn der Bürgermeister nicht da ist. Es ist wünschenswert, dass Angriffe gegen die Massnahmen des Bürgermeisters oder seiner Verwaltung dann erhoben würden, wenn dieser selbst anwesend ist.

Es ist klar, dass Haas mit *gewisse Ratsherren* vor allem Sebastian Weiß und vielleicht Franz- X. Stadler meint, die dafür bekannt waren, dass sie sich kein Blatt vor dem Mund nahmen und die auch gerne im Wirtshaus politisierten<sup>695</sup>. Auch wenn man in Betracht zieht, dass Sebastian Weiß ein impulsiver Mensch war, der auch gerne mal polterte, zeigt diese Episode doch, welche Spannungen es im nationalsozialistischen Stadtrat gab. Aufschlussreich ist auch der Seitenhieb von Haas am Schluss seiner Ausführungen, dass die Kritik am lautesten sei, wenn der Bürgermeister nicht da ist. Dies zeigt, dass die Ratsherren inklusive Sebastian Weiß vor dem Bürgermeister und SA Führer Graf doch Respekt hatten. Das Protokoll zu diesem Tagesordnungspunkt ist in zwei Versionen vorhanden. In der ersten Version<sup>696</sup> finden sich nur die beiden letzten Sätze der Erwiderung von Haas. Der oben abgedruckte Text ist in der zweiten Version zu finden. Wahrscheinlich veranlasste Haas oder der Bürgermeister die Erstellung dieser Version nachträglich. Auch in einem weiteren Tagesordnungspunkt dieser Beratung sind die beiden Kontrahenten verschiedener Meinung<sup>697</sup>. Während Weiß es ablehnt, dass das Cafe Rohrmüller eine Konzession für Ausschank von Spirituosen bekommt, befürwortet Haas dies in der *Entschliessung des Bürgermeisters*.

In den Beratungen kommt es auch zu Diskussionen zwischen Rechtsrat Haas und seinem Bürgermeister. Bei der Vergabe der Pflasterarbeiten in der Adolf Hitler Straße an die Firma Josef Aumeier äußert Haas Bedenken: *Ich halte es für zweifelhaft, ob Pflastermeister Aumeier die allgemeinen Bedingungen erfüllen kann, die an Vergabung von städtischen Aufträgen geknüpft werden müssten insbs. hinsichtlich Erbringung von Unbedenklichkeitsbescheinigung durch das Finanzamt und die Stadtkämmerei*<sup>698</sup>. Dennoch vergibt Graf, wenn auch unter gewissen Vorbedingungen, den Auftrag an Aumeier, der „Alter Kämpfer“ war und schon 1929 auf der Liste der NSDAP für die Stadtratswahlen kandidiert hatte<sup>699</sup>. Die heftigste Auseinandersetzung zwischen Haas und dem Bürgermeister fand um die Wahl des Grundstückes für den geplanten Bau des Sommerbades statt. In der 1. Beratung des Jahres 1937 schlägt Haas als Standort das Areal hinter der Realschule rechts der Reichsstraße nach Eisenstein vor<sup>700</sup>. Doch der Bürgermeister zögert zunächst und gibt dann bei der Beratung am 3.Juni bekannt, dass er den vorgeschlagenen Platz abgelehnt habe<sup>701</sup>. Zugleich schlägt er das Gelände links der Straße nach Eisenstein vor. In dieser Beratung stellt sich Haas ganz offen gegen den Bürgermeister und argumentiert weiterhin für den von ihm ursprünglich vorgeschlagenen Standort. Doch Graf setzt seinen Willen durch. Die geschilderten Vorgänge haben sicherlich das Verhältnis der beiden führenden Männer im Stadtrat belastet. Diese Beispiele sollen zeigen, dass es auch im nationalsozialistischen Stadtrat vereinzelt Diskussionen und auch Auseinandersetzungen gegeben hat. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass die meisten Entscheidungen ohne jede Diskussion vom Bürgermeister getroffen wurden. Nur Sebastian Weiß und Josef Haas greifen auf Grund ihrer herausgehobenen Stellung manchmal in die Entscheidungsprozesse ein.

### **Der Stadtrat behandelt politische Themen.**

Bei ihren Spruchkammerverfahren versuchten manche Ratsherren ihre Arbeit im Stadtrat als unpolitisch und nur von der Sorge um das Wohl der Allgemeinheit getragen, hinzustellen. So wollten sich Theodor Eckert, Dr. Sell, Alois Graßl und Theobald Noel als Fachleute oder Technokraten darstellen, die durch ihre Fachkenntnisse nützliche Hilfe leisten konnten, sonst aber nichts mit der nationalsozialistischen Ideologie zu tun hatten. Es ist natürlich richtig, dass ein Gutteil der Beratungspunkte, wie Baugenehmigungen oder städtische Baumaßnahmen unpolitischer Natur waren. Doch wie jeder andere Stadtrat, konnte und wollte auch der Stadtrat Deggendorf nicht im unpolitischen Raum operieren, schon gar nicht in einem totalitären Staat, der alle Bereiche des öffentlichen Lebens gleichschalten und sie nach der NS-Ideologie ausrichten wollte. Man darf auch nicht vergessen, dass viele der Ratsherren zu der Führungsriege der örtlichen NSDAP gehörten. Neben den Ortsgruppenleitern Sebastian Weiß und Otto Hosemann befanden sich in diesem Gremium der Kreispropagandaleiter Hanns Neubauer, der Kreiswirtschaftsberater Albert Mohring, sowie der Führer der NS-Hago, Franz- X. Stadler. Andere Mitglieder verdienten ihren Lebensunterhalt bei NS-Organisationen. Werner Badmann war Kreisamtsleiter der NSV, Josef Treffer war deren Ortsamtsverwalter und Fritz Schnitzelbaum war Kreisamtswalter der DAF.

So ist es nicht verwunderlich, dass der Stadtrat trotz finanzieller Engpässe der Stadt die NS-Organisationen immer wieder finanziell unterstützt und ihnen Gebühren und Steuern erlässt oder herabsetzt. Da der Bürgermeister auch SA-Führer ist, überrascht es auch nicht, dass die Stadt der SA oft finanziell entgegenkommt. So erlässt die Stadt im Herbst 1933 die Gemeindebiersteuer für *an den Freiw. Arbeitsdienst und an die S.A. gegebenes Freibier*<sup>702</sup>. Die Innstadtbrauerei hatte nämlich dem Arbeitsdienst 4 hl Freibier geschenkt. Hier sieht man, dass sich die Unternehmen die Nähe zu Organisationen der Partei schon etwas kosten ließen. Die SA Standarte 32, deren Führer Hans Graf

bis Mai 1935 war, hatte den Stadtrat im Herbst 1933 *um Überlassung eines Schulraumes in der städt. Berufsschule* für Montag 8-10 Uhr und Mittwoch 8-11 Uhr zum Zweck der Ausbildung der SA ersucht. Dr. Reus bittet den Stadtrat um Zustimmung, *nachdem ein eminent vaterländisches Interesse in Frage steht und die SA. über eigene Mittel zu Miete von fremden Sälen usw. nicht verfügt*<sup>703</sup>. Die Stadt trägt sogar die Mehrausgaben für Heizen, Putzen und Strom. Später wird man ähnliche Bitten anderer Organisationen wie die des RAD ablehnen. Der Bürgermeister wird auch die Gesuche des Roten Kreuzes und des Volksbildungswerkes um Überlassung von Schulräumen der Knabenschule für Fortbildungszwecke ablehnen<sup>704</sup>. Auch Theodor Eckert wird sich gegen eine Überlassung aussprechen, weil *die Schulmöbel meistens sehr mitgenommen werden, wofür die Stadt ja auch keine Entschädigung erhält*. 1934 beschließt der Stadtrat, dass *den in der S.A.-Kapelle mitwirkenden Berufsmusikern und mittellosen Mitgliedern als Anerkennung für die in letzter Zeit im allgemeinen öffentlichen Interesse verrichteten Musikgeschäfte eine Zuwendung von 30 RM genehmigt wird*<sup>705</sup>. 1935 stiftet die Stadt einen Wanderpokal für die Skimeisterschaft der SA-Brigade 81 *zum ungefähren Preis von 50 RM*.<sup>706</sup> Auch der Hitlerjugend macht die Stadt immer wieder finanzielle Zuwendungen. Schon im Sommer 1933 beschließt der Stadtrat auf Bitte von HJ-Führer Fücksle hin, der HJ für die Teilnahme am Gebietstreffen in Nürnberg aus den Mitteln der Stadtkasse einen Zuschuss von immerhin 200 RM zu gewähren<sup>707</sup>. Am 25. Juli berichtet der DB über die Rückkehr aus Nürnberg und den *großen Empfang* für die Deggendorfer HJ Delegation. Allerdings scheint es bei dem Treffen Probleme gegeben zu haben. So gab es Gerüchte über Vorfälle bei der Veranstaltung. Der Verfasser des Artikels fügt vage hinzu: *Die Sanitätskolonne brauchte lediglich die zu behandeln, die in Folge der ungewöhnlichen Anforderungen nicht ganz in Ordnung waren*. Der Hitlerjugend werden regelmäßig jährliche Zuwendungen der Stadt gegeben. 1934 erhöht der Stadtrat sogar die vom Finanzausschuss bewilligte Summe von 100 RM als *Förderung der Partei* auf insgesamt 150 RM, die sich die drei Jugendorganisationen der Partei aufteilen<sup>708</sup>. Die Stadt hilft auch bei den Aufwendungen für die Treffpunkte der HJ mit. So übernimmt der Stadtrat am 7. Januar 1935 die anfallenden Stromkosten bis zum 1.4.1935 für die HJ Abende im Hallerkeller. Im Protokoll folgt allerdings die Hinzufügung: *Keinesfalls darf die Begünstigung dazu führen, dass der Pächter Adolf Schmierdorfer ebenfalls Nutzniesser der Sache ist; der von ihm in der Wohnung verbrauchte Strom ist daher auch zu berechnen und zu bezahlen*<sup>709</sup>. Als in den Jungvolkheimen elektrisches Licht zum Kostenpunkt von 205,90 RM eingerichtet wird, muss trotz der Einwände des Ratsherren Höcht, wie so oft, das städtische Elektrowerk die Kosten übernehmen<sup>710</sup>.

Auch andere Organisationen der Partei werden von der Stadt unterstützt. So werden für die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ bei den ersten drei Tanzveranstaltungen im Jahr die zu zahlenden Gebühren im Vergleich zu anderen Tanzveranstaltungen erheblich gesenkt<sup>711</sup>. Die Sammlungen des Winterhilfswerks finden im Stadtrat ebenfalls Unterstützung. Als jedoch das Amt für Volkswohlfahrt anregt, dass für die Dauer des WHW die Vergnügungssteuer erhöht werden solle und der Mehrbetrag an das WHW abgeführt werden solle, geht dies dem Stadtkämmerer Weiß zu weit. Er sagt, dass *jetzt schon Klage über die hohen Gebühren geführt* werde. Daraufhin entscheidet der Bürgermeister, dass für die Dauer des WHW *den gewerbsmäßigen Veranstaltern nahegelegt* werden solle, *einen Betrag für das WHW zu geben bzw. während der Veranstaltung für das WHW zu sammeln*<sup>712</sup>. Auf Antrag des Kreisbeauftragten für das WHW, Badmann, gewährt die Stadt 1935 für die Suppenküche einen Zuschuss von 200 RM<sup>713</sup>. Bei der finanziellen Unterstützung mancher NSDAP-Organisationen ist man aber zurückhaltender. In der Sitzung vom 23. November 1933 hatte der Kreisverwalter der NS-Volkswohlfahrt (NSV), Theodor Eckert, den Antrag gestellt, dass die Stadt Mitglied der NSV werden solle, unter *entsprechender Beitragszeichnung*<sup>714</sup>. Man beschließt aber nur, einen einmaligen Beitrag von 60 RM aus den Mitteln der Stadtkasse zu genehmigen. Die NSV hatte

sich nach dem Verbot der Arbeiterwohlfahrt neben den etablierten Vereinen wie das Deutsche Rote Kreuz oder die katholische Caritas als Wohlfahrtsorganisation entwickelt und begann diese zu verdrängen<sup>715</sup>. Auf Grund der schlechten Finanzlage der Stadt wird 1934 der Zuschuss für die NSV auf 40 RM pro Monat gesenkt<sup>716</sup>. Bei der Unterstützung des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) und später des Reichsarbeitsdienstes (RAD) fühlt sich, wie in einer anderen Arbeit gezeigt wurde, die Stadt überbelastet und weigert sich schließlich, finanziellen Forderungen von Seiten des Arbeitsdienstes nachzukommen<sup>717</sup>. Die Stadt lehnt es 1937 auch ab, dem RAD den ehemaligen Vollmuth Garten als Exerzierplatz zur Verfügung zu stellen. Laut Ratsherrn Mack sei eine Aufgabe der Verwertung des Grundstückes als Obstgarten *mit den Bestrebungen der Erzeugungsschlacht nicht in Einklang zu bringen*<sup>718</sup>. Auch bei der Unterstützung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) ist man relativ zurückhaltend. 1936 lehnte der Bürgermeister von den fünf Anträgen, die der Leiter der DAF Deggendorf an die Stadt gestellt hatte, alle außer einem ab<sup>719</sup>. Gegen Wünsche der Partei selbst kann und will sich der Rat natürlich nicht stellen. So musste die Stadt die Kosten für die Propagandaveranstaltungen der Partei tragen. Bei den „Reichstagswahlen“ lieh sich die Stadt für die Übertragung der Hitlerreden von der Firma Scherl wiederholt Lautsprecheranlagen aus, die am Rathaus angebracht wurden. Dies war nicht ganz billig. 1936 belief sich die Rechnung der Firma auf 116 RM. Deshalb überlegt Bürgermeister Graf, ob man nicht eine eigene Lautsprechanlage zum von Ratsherrn Eckert geschätzten Preis von 6.800 RM anschaffen solle<sup>720</sup>. Der Stadtrat macht auch ohne Zögern mit im Kampf der Partei gegen den DB. In der Sitzung vom 31. Juli 1933 hatte man *auf Antrag der nationalsozialistischen Zeitung „Bayer. Ostwacht“, der von der Kreisleitung Deggendorf der N.S.D.A.P. bestens unterstützt war*, beschlossen, dass amtliche Bekanntmachungen nur mehr im Amtsblatt oder in der Bayerischen Ostwacht (BOW) veröffentlicht werden dürfen<sup>721</sup>. Trotz dessen totaler Anpassung an das neue Regime hatte man es dem DB noch immer nicht verziehen, dass diese Zeitung bis zu den Märzahlen 1933 die BVP unterstützt hatte. Am 25. August 1933 wird der DB für zwei Tage verboten. Als sich der DB aber vehement wehrt und sich an die Kreisregierung wendet, wird dieses Verbot am nächsten Tag *auf Anordnung des Herrn Staatsministers Esser* wieder aufgehoben<sup>722</sup>.

Auch bei der Behandlung von zahlreichen anderen Themen kann oder will sich der Stadtrat den ideologischen Vorgaben des Regimes nicht entziehen. Hier seien einige Beispiele aufgeführt, die aber nicht Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die allgemeinen politischen Entwicklungen bestimmen natürlich auch die Arbeit des Stadtrates. Die Straßenbenennungen und Ehrenbürgerverleihungen an Hitler und Hindenburg wurden schon behandelt und auch die Trauerfeiern zum Tode von Hindenburg und von Hans Schemm. Zum Tode von Hans Schemm schickt der Stadtrat auch noch Beileidstelegramme an den stellvertretenden Gauleiter der Bayer. Ostmark, Ruckdeschel, und an Frau Schemm.

Immer wieder muss sich der Stadtrat mit Einbürgerungsverfahren befassen. Am 23. November 1933, als die tschechische Staatsbürgerin Anna Nausch eingebürgert wurde, waren die Voraussetzungen für eine genehmigte Einbürgerung in Bayern noch, dass<sup>723</sup>:

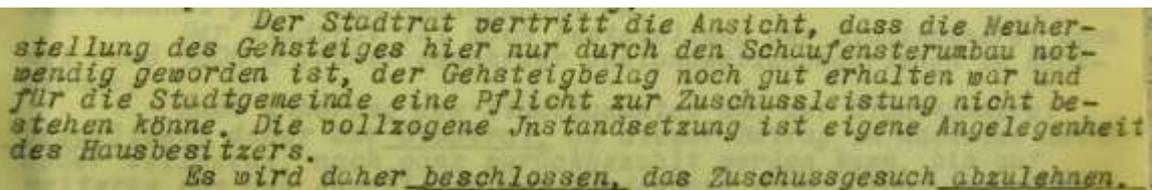
- 1.) Anna Nausch geschäftsfähig ist,
- 2.) dieselbe sich eines unbescholtenen Lebenswandels erfreut,
- 3.) hier ein Unterkommen gefunden hat und
- 4.) in der Lage ist, sich den notwendigen Lebensunterhalt zu verdienen.

Die Entlassung aus dem tschechoslovakischen Staatsverband ist nachzuweisen.

Diese Praxis sollte sich jedoch bald ändern. Am 14.7.1933 war ein Reichsgesetz erlassen worden, das dem Stadtrat und der Regierung die Möglichkeit gab, *Einbürgerungen, die in der Zeit vom 9. November 1918 bis 30. Januar 1933 durchgeführt wurden, zu widerrufen, falls dieselben nicht als erwünscht anzusehen sind.* Dabei sind die Kriterien für die Entscheidung *die rassischen, staatsbürgerlichen und kulturellen Gesichtspunkte für eine den Belangen von Reich und Volk zuträglichen Vermehrung der deutschen Bevölkerung durch Einbürgerung.* Daraufhin überprüft der Stadtrat Anfang 1934 zwölf vollzogene Einbürgerungen, erhebt aber gegen keine dieser Einbürgerungen eine *Erinnerung*<sup>724</sup>. Die Kriterien *arische Abstammung* und *Volksgesundheit* werden jetzt als die wichtigsten Entscheidungsfaktoren genannt und als solche in den Protokollen meist zuerst aufgeführt, so auch bei der Einbürgerung des österreichischen Staatsbürgers Julius Winkler 1935<sup>725</sup>: *Die arische Abstammung und die Erbgesundheit sind nachgewiesen. Der Wohlfahrtsbeirat hat durch Entscheidung vom 3.6.35 den Einbürgerungsantrag befürwortet, nach dem Gesuchsteller unbeschränkt geschäftsfähig ist, sich eines guten Leumundes erfreut, eine eigene Wohnung hat und sich und seine Familie zu ernähren imstande ist.* Diese Voraussetzungen muss also ein Bewerber für Einbürgerung in den nationalsozialistischen Staat erfüllen, und der Stadtrat berät die Einbürgerung an Hand dieser Kriterien.

Durch das *Gesetz zur Förderung der Eheschließungen* vom 1. Juni 1933 konnten unter gewissen Voraussetzungen Ehestandsdarlehen gewährt werden. Die geförderten Personen bekamen Bedarfsscheine, die in bestimmten Geschäften eingelöst werden konnten. Verkaufsstellen, *deren Inhaber nichtarischer Herkunft sind* oder *deren Inhaber nicht die Gewähr bieten, dass sie sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzen,* waren jedoch nicht zugelassen<sup>726</sup>. So beschließt der Stadtrat, dass in Deggendorf *eine Berücksichtigung der Kaufgeschäfte August Silber und Max Stern (Kaufhaus Merkur) nicht erfolgen kann, weil deren Inhaber nichtarischer Herkunft sind.*

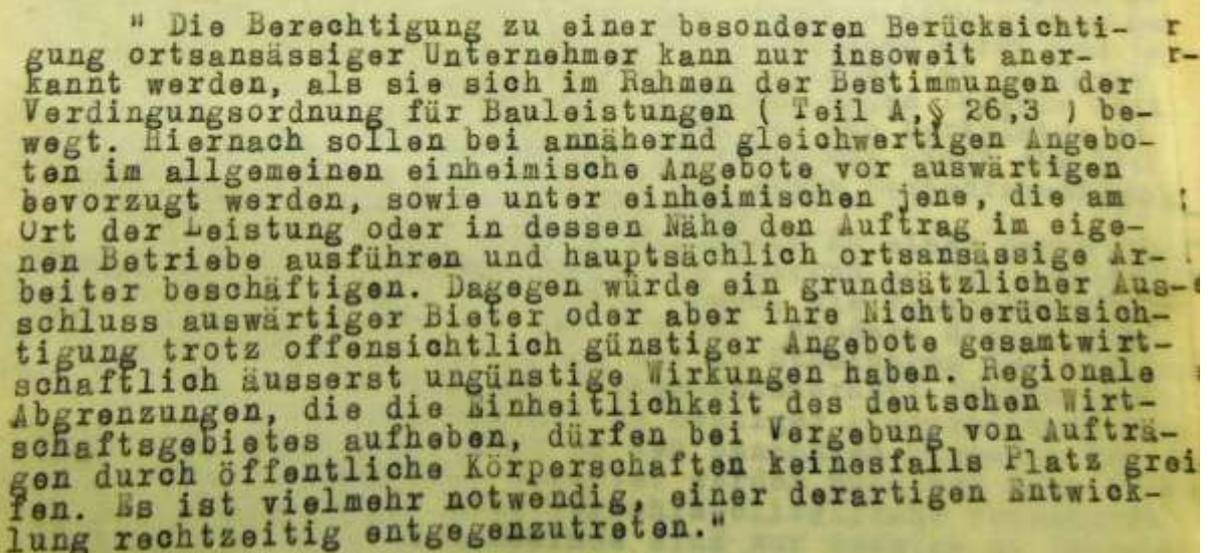
Blickt man auf die letzten zwei Beispiele, könnte man vielleicht argumentieren, dass der Stadtrat Nichtarier nur auf staatliche Anordnung hin benachteiligte. Ein anderes Beispiel zeigt aber, dass der Stadtrat auch von sich aus, ohne staatliche Anordnung, Juden in Deggendorf benachteiligte. Dies zeigt sich im Verhalten gegenüber Max Stern, dem jüdischen Inhaber des Kaufhauses Merkur. Gegen eine Gebühr von 5 RM hatte der Stadtrat die Versetzung der Firmeninschrift des Kaufhauses vom Anwesen Nr.172 zum Anwesen Nr. 173 gestattet. Als bei dieser Verlegung und dem Schaufensterumbau am Gehsteig vor dem Kaufhaus Schaden entstand, lehnt die Stadt eine Zuschussleistung für die Reparatur des Gehweges ab<sup>727</sup>.



Der Stadtrat vertritt die Ansicht, dass die Neuherstellung des Gehsteiges hier nur durch den Schaufensterumbau notwendig geworden ist, der Gehsteigbelag noch gut erhalten war und für die Stadtgemeinde eine Pflicht zur Zuschussleistung nicht bestehen könne. Die vollzogene Instandsetzung ist eigene Angelegenheit des Hausbesitzers.  
Es wird daher beschlossen, das Zuschussgesuch abzulehnen.

Bei ähnlichen Anträgen entscheidet zwei Monate später der Stadtrat anders. So bezuschusst er die Erneuerung des Gehsteiges vor dem Haus Nr. 202 in der Bahnhofstraße. Diese wurde notwendig aufgrund der Entfernung von drei Steinstufen vor dem Haus<sup>728</sup>. In derselben Sitzung wird auch dem Schuhwarenhändler Georg Bauer am Luitpoldplatz ein solcher Zuschuss für den gleichen Tatbestand gewährt<sup>729</sup>. Lutz-Dieter Berendt erwähnt in seiner Arbeit über die Deggendorfer Juden in der NS-Zeit, dass die Stadt schon 1933 Erkundigungen über die Frau des Chirurgen im Krankenhaus, Dr. Holz, eingezogen hatte, ob diese rein arischer Abstammung sei, obwohl *Ehen zwischen Juden und nichtjüdischen Deutschen* erst 1935 gesetzlich verboten wurden<sup>730</sup>.

Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen durch den Stadtrat beginnen Parteipolitik und Parteizugehörigkeit der Bewerber eine immer wichtigere Rolle zu spielen. Alle Kommunen versuchten zunächst natürlich, Aufträge an einheimische Firmen zu vergeben, auch wenn deren Angebote etwas höher lagen. Laut *Bekanntmachung sämtlicher Staatsministerien vom 4.9.33 über Vergabung öffentlicher Aufträge* sollte dies aber unterbleiben<sup>731</sup>:



" Die Berechtigung zu einer besonderen Berücksichtigung ortsansässiger Unternehmer kann nur insoweit anerkannt werden, als sie sich im Rahmen der Bestimmungen der Verdingungsordnung für Bauleistungen ( Teil A, § 26,3 ) bewegt. Hiernach sollen bei annähernd gleichwertigen Angeboten im allgemeinen einheimische Angebote vor auswärtigen bevorzugt werden, sowie unter einheimischen jene, die am Ort der Leistung oder in dessen Nähe den Auftrag im eigenen Betriebe ausführen und hauptsächlich ortsansässige Arbeiter beschäftigen. Dagegen würde ein grundsätzlicher Ausschluss auswärtiger Bieter oder aber ihre Nichtberücksichtigung trotz offensichtlich günstiger Angebote gesamtwirtschaftlich äusserst ungünstige Wirkungen haben. Regionale Abgrenzungen, die die Einheitlichkeit des deutschen Wirtschaftsgebietes aufheben, dürfen bei Vergabung von Aufträgen durch öffentliche Körperschaften keinesfalls Platz greifen. Es ist vielmehr notwendig, einer derartigen Entwicklung rechtzeitig entgegenzutreten."

Der Stadtrat beschließt, diese Anweisung zu akzeptieren. Hier ist noch nicht von politischer Qualifikation des Anbieters die Rede. Dies sollte sich jedoch bald ändern.

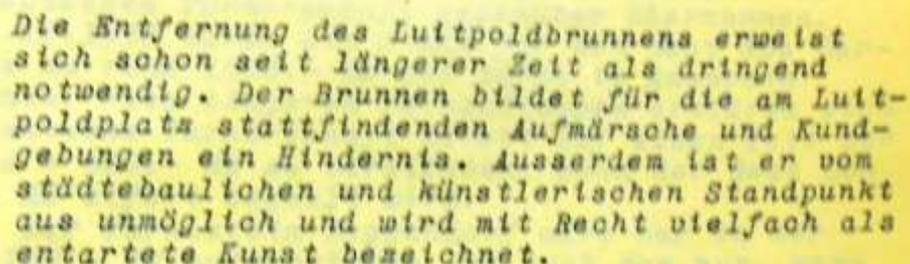
Schon im Sommer 1934 stellt Sebastian Weiß einen Antrag zur *Vergabung von Lieferungen*. Er betont zunächst zwar, dass bei Aufträgen *alle Geschäftsleute ohne jede Rücksicht gleichmäßig zu berücksichtigen seien*. Dann folgt jedoch sofort die Einschränkung: *Geschäftsleute, die weder der Partei, noch einer der Parteigliederungen angehören (NS Hago, DAF, N.S.V.), sind von jeder Lieferung auszuschliessen, da angenommen werden kann, dass sie Gegner der Partei und damit des Staates sind*. Laut Protokoll übernimmt der Stadtrat ohne Diskussion diesen Antrag. Es soll aber beim Stadtrat Passau angefragt werden, ob dort diese Praxis auch angewendet werde<sup>732</sup>. Der Stadtrat Passau teilt daraufhin am 4. Juli 1934 mit, *dass ein Beschluss des Stadtrates, wonach Geschäftsleute*

die keiner Parteigliederung angehören, von städtischen Lieferungen ausgeschlossen seien, nicht vorliegt.<sup>733</sup> Dennoch entscheidet der Finanzausschuss, den *Beschluss des Stadtrates vom 2.7.1934 aufrecht zu erhalten*. Hier ist also der Stadtrat Deggendorf radikaler als der Passauer Stadtrat. Die Vergabe von Aufträgen wird 1937 von der Stadt im *Erlass einer Beschaffungsordnung* nochmals festgelegt<sup>734</sup>. Es wird ein zentrales Beschaffungsamts in der Stadtverwaltung unter Inspektor Bielmeier und dem zuständigen Beigeordneten Badmann geschaffen. In der von ihm vorgetragenen Beschaffungsordnung stellt Badmann den Grundsatz auf, *dass bei gleicher Leistung und annähernd gleichen Bedingungen der Auftrag an ortsansässige Geschäftsleute vergeben werden muss*. Die Anforderungen an die Geschäftsleute, denen die Stadt Aufträge geben darf, werden im Vergleich zu 1934 noch ausgeweitet: *Aufträge dürfen nur an solche Geschäftsleute vergeben werden, die die steuerlichen Unbedenklichkeitsbescheinigungen sowie eine eidesstattliche Versicherung, dass sie ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen, erbracht haben. Die Geschäftsleute müssen Mitglied der DAF. und der NSV. sein. Die Vergabe von Aufträgen und Lieferungen erfolgt grundsätzlich nach einer gewissen Reihenfolge so, dass die einschlägigen Kaufleute oder Handwerker gleichmäßig berücksichtigt werden*. Parteizugehörigkeit wird als Kriterium zwar nicht direkt erwähnt, doch die Zugehörigkeit zu einer der Organisationen der Partei, wie der DAF, und das Erfüllen der sozialen Verpflichtungen sind Voraussetzungen für eine Vergabe. In der *Stellungnahme der Ratsherren* wird noch vorgeschlagen, dass von den Geschäftsleuten nicht eine *jährlich zu erneuernde Bestätigung der DAF*, dass sie die *Gefolgschaftsmitglieder korrekt entlohnen, vorgelegt werden braucht*. Dass diese Grundsätze nicht immer in die Praxis umgesetzt wurden, zeigte die schon erwähnte Vergabe der Pflasterungsarbeiten 1938 an das Pflastergeschäft des „Alten Kämpfers“ Josef Aumeier. Trotz der Bedenken von Josef Haas, dass Aumeier wahrscheinlich wegen Steuerschulden die Voraussetzungen für eine Vergabe an ihn nicht erfüllt<sup>735</sup>, entschied der Bürgermeister: *Die Vergabe der Aufträge erfolgt an die mindestnehmenden Firmen: Baugeschäft Reinhardt und Pflastergeschäft Aumeier, jedoch unter der Voraussetzung, dass sie Bedingungen der §§9 u.10 der Beschaffungsordnung vom 16.12.37 erfüllen*.

Parteizugehörigkeit und Haltung zum Nationalsozialismus spielten in den Augen des Stadtrats bei Einstellungen, Beförderungen oder Gewährung städtischer Leistungen eine wichtige Rolle. Hier seien wiederum nur einige Beispiele angeführt. Es ist kein Zufall, dass dem früheren Kaufmann Hermann Kriegelsteiner nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten die Bademeisterstelle im Donaubad durch den Stadtrat übertragen wurde. Die Entlohnung von 144 RM monatlich gibt ihm und seiner Frau, die die *Reinigung und Ausbesserung der Badewäsche* übernimmt, ein gesichertes Auskommen<sup>736</sup>. Kriegelsteiner gehörte zu den „Alten Kämpfern“. Er war schon im November 1930 zusammen mit Sebastian Weiß und zwei anderen NSDAP Wahlkämpfern wegen unbefugten Plakatierens zur Zahlung einer Gebühr von 3 RM bestraft worden<sup>737</sup>. Laut *BO* vom 17. Juni 1939 darf Kriegelsteiner auch an der *Gaufahrt der „Alten Kämpfer“* teilnehmen. Mit dabei war ein weiterer „Alter Kämpfer“, nämlich Vitus Friedl. Der Plattlinger Papier- und Schreibwarenhändler hatte 1937 den Antrag gestellt, in der Bahnhofstrasse in Deggendorf einen Laden für Büroeinrichtung sowie Papier- und Schreibwaren eröffnen zu dürfen. In der Regel ist die Stadt auf Grund des *Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels* mit Genehmigungen von neuen Geschäften sehr zurückhaltend. Man sieht im Stadtrat auch, dass durch die Niederlassung Friedls die Geschäfte Schabmayr, Högn, Unger und Hierl mehr Konkurrenz erhalten werden. Josef Haas begründet seinen Vorschlag zur Zustimmung des Antrags damit, dass Vitus Friedl nach Auskunft der Industrie- und Handelskammer sachkundig und zuverlässig sei. Und er fährt dann offen fort: *Etwas Nachteiliges ist hier über Herrn Friedl nicht bekannt. Friedl ist auch alter Kämpfer und Inhaber des goldenen Ehrenzeichens der Partei*<sup>738</sup>. Auch bei

Beförderungen wird im Stadtrat die Haltung des Kandidaten zur Partei ins Gespräch gebracht. So wurde die Beförderung des Leiters der städtischen Berufsschule, Gewerbeoberlehrer Schattenfroh, vom Führer der DAF, Fritz Schnitzelbaum, unterstützt, *nachdem sich dieser bei der Zusammenarbeit mit der DAF (Reichsberufskampf usw.) sehr rüdrig gezeigt habe*. Danach fällt die Entscheidung des Bürgermeisters positiv aus: *Ab 1. Mai 1939 lautet seine Amtsbezeichnung "Berufsschuldirektor"*<sup>739</sup>. Wie Mitglieder der Partei auch in ihrem Arbeitsleben gefördert wurden, zeigt der Runderlass vom 22.2.1938. Laut dieses Erlasses sind die bei den Staats- und Gemeindebehörden beschäftigten Nationalsozialisten in das Beamtenverhältnis zu berufen und *baldmöglichst in Beamtenstellen unterzubringen*. Dieser Runderlass wird im Deggendorfer Stadtrat nach kurzer Zeit umgesetzt. In der Beratung vom 22. Juni 1938 gibt der Bürgermeister bekannt, dass der technische Leiter Hans Pfeffer schon am 23.4.1938 die Urkunde für seine Übernahme in das Beamtenverhältnis ausgehändigt bekommen habe<sup>740</sup>. Im gleichen Jahr wird im Stadtrat die *Überführung des Monteurs im städtischen E.W. Jedersberger in das Beamtenverhältnis* behandelt<sup>741</sup>. Jedersberger hatte selbst den Antrag auf Verbeamtung gestellt. Allerdings gibt es dabei einige rechtliche Schwierigkeiten. Haas schlägt trotzdem vor, den Fall der Aufsichtsbehörde vorzutragen. Laut Haas muss es anerkannt werden, *dass die Tätigkeit des Monteurs Josef Jedersberger für die NSDAP sehr wertvoll war und er auch beruflich in jeder Weise seine Pflicht erfüllt*. Dazu gibt es keine Stellungnahme eines Ratsherrn im Protokoll. Auch bei der Einstellung von Beamten spielt die Linientreue eine wichtige Rolle. So informiert Josef Haas 1938 den Stadtrat über die Suche nach einem Leiter der Städtischen Mädchenoberschule. Der einzige noch verbliebene Bewerber könne allerdings wegen *des außerordentlich ungünstigen politischen Führungszeugnisses nicht zum Leiter ernannt werden*<sup>742</sup>. Bei der Besetzung des Leiters des Schülerinnenheimes stellt sich 1939 für die Ratsherren eine ähnliche Frage. Wie oben schon ausgeführt, wurde der Studienassessor an der Realschule, Haberl, zwar als tüchtiger Mann angesehen, aber laut Kreisleitung *habe er sich bis jetzt Verdienste um die NSDAP ... nicht erworben*<sup>743</sup>. Daraufhin wartet Bürgermeister Graf noch lieber die Unterlagen eines „Alten Kämpfers“ ab.

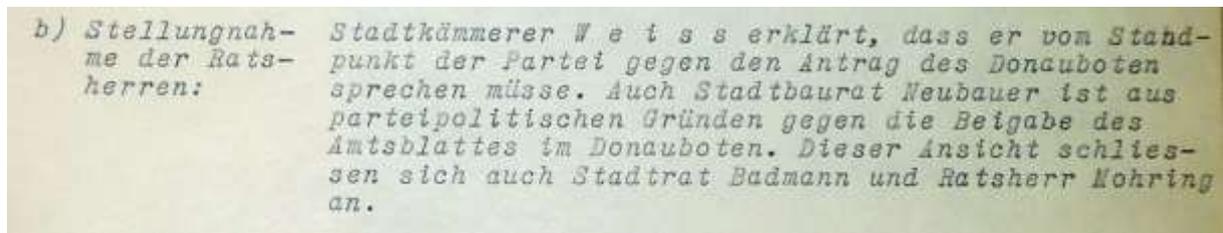
Alle diese Entscheidungen trifft laut DGO natürlich der Bürgermeister. Er hätte diese aber sehr wahrscheinlich gegen den erklärten Willen der Ratsherren nicht so getroffen. Laut Protokoll gibt es auch keine Einwände eines Ratsherrn, sodass man von ihrem Einverständnis wohl ausgehen kann. Auch die Kündigung der Maristenbrüder oder die Ausführungen von Haas zur neuen Friedhofsordnung werden kommentarlos mitgetragen oder zumindest akzeptiert. Ebenso gibt es keine Einwände der Ratsherren gegen den Beschluss des Bürgermeisters, den Luitpoldbrunnen abbauen zu lassen. Hier ein Auszug aus dem *Vortrag des Berichterstatters*<sup>744</sup>:



*Die Entfernung des Luitpoldbrunnens erweist sich schon seit längerer Zeit als dringend notwendig. Der Brunnen bildet für die am Luitpoldplatz stattfindenden Aufmärsche und Kundgebungen ein Hindernis. Ausserdem ist er vom städtebaulichen und künstlerischen Standpunkt aus unmöglich und wird mit Recht vielfach als entartete Kunst bezeichnet.*

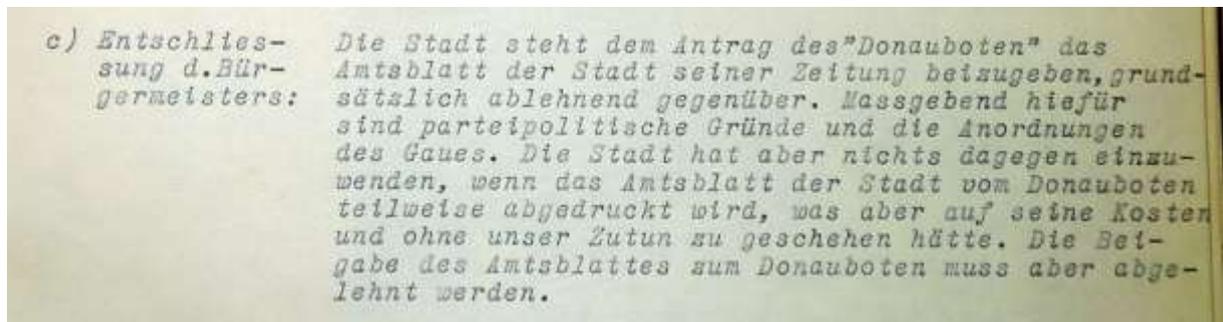
Der Luitpoldbrunnen ist laut Haas also entartete Kunst, und keiner der Ratsherren protestiert. Das billigste Angebot für die Entfernung liegt bei 700 RM. Der Brunnen soll vorläufig im Baustadel gelagert werden, bis über die Neuaufstellung des Brunnens ohne die Figuren entschieden wird. Welch großen Einfluss die Partei auf den Stadtrat hat, zeigt die Diskussion um die Veröffentlichung des Amtsblatts in den zwei Deggendorfer Zeitungen. 1937 berichtet Haas im Ratsgremium, dass der

DB erneut gebeten habe, das Amtsblatt der Stadt Deggendorf künftig auch dieser Zeitung beizugeben. Immerhin sei der *Donaubote* mit über 4.650 Exemplaren im Bezirk verbreitet, während das offizielle Partei- und Gauorgan *Bayerische Ostmark* im Stadtgebiet nur etwa 300 Abonnenten habe<sup>745</sup>. Nachdem Haas schon darauf hingewiesen hatte, dass eine Berücksichtigung des DB den Anordnungen des Gaues Bayerische Ostmark widersprechen würde, ergreift Ortsgruppenleiter Weiß dazu das Wort:



b) Stellungnahme der Ratsherren: Stadtkämmerer Weiss erklärt, dass er vom Standpunkt der Partei gegen den Antrag des Donauboten sprechen müsse. Auch Stadtbaurat Neubauer ist aus parteipolitischen Gründen gegen die Beigabe des Amtsblattes im Donauboten. Dieser Ansicht schliesen sich auch Stadtrat Badmann und Ratsherr Köhring an.

Auch Bürgermeister Graf lehnt den Antrag des DB ab:



c) Entschliessung d. Bürgermeisters: Die Stadt steht dem Antrag des "Donauboten" das Amtsblatt der Stadt seiner Zeitung beizugeben, grundsätzlich ablehnend gegenüber. Massgebend hiefür sind parteipolitische Gründe und die Anordnungen des Gaues. Die Stadt hat aber nichts dagegen einzuwenden, wenn das Amtsblatt der Stadt vom Donauboten teilweise abgedruckt wird, was aber auf seine Kosten und ohne unser Zutun zu geschehen hätte. Die Beigabe des Amtsblattes zum Donauboten muss aber abgelehnt werden.

Man gibt unverhohlen *parteipolitische Gründe* für die Ablehnung zu. Die Partei hatte dem DB auch jetzt noch nicht dessen Parteinahme für die BVP und die feindselige Haltung gegenüber der NSDAP vor 1933 verziehen und wird es auch nicht tun. Am 19. Mai 1939 geht es im Stadtrat nochmals um das Amtsblatt. Auf Druck der Zeitungsverleger darf dieses nur mehr gegen die Bezahlung von 12 RM pro 1.000 Stück beigelegt werden. Haas fragt sich, ob es so noch zweckmäßig sei, das Amtsblatt fortzuführen, anstatt die Mitteilungen in dem Anzeigenteil der Zeitungen abzudrucken. Wie so oft, spricht sich Weiß gegen einen Vorschlag von Haas aus. Und wie so oft, übernimmt der Bürgermeister die Meinung des Ortsgruppenleiters: *Das Städtische Amtsblatt wird bis auf weiteres noch fortgeführt.*

### **Die Wohnungspolitik des Stadtrates und der Bau der Kleinsiedlung**

Auf dem Gebiet der Beseitigung der Wohnraumnot verfehlte der NS-Staat sein Ziel weit. Wollte man ursprünglich 10 Millionen Volksgenossen zu Kleinsiedlern machen, entstanden *zwischen 1934 und 1942 aber nur etwa 160.000 Wohnungen in Siedlungen*. So fehlten 1938 1,5 Millionen Wohnungen, *fast eine Million vorhandener Wohnungen galten als überbelegt, weitere 400.000 als abbruchreif*<sup>746</sup>. Die Gründe für die Verschlechterung der Wohnraumversorgung seit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten liegen auf der Hand. Absolute Priorität hatten die Rüstungsindustrie und der Bau von Repräsentativbauten: *sie sollten Prestige und Herrschaftsanspruch des totalitären Systems quasi wörtlich untermauern*<sup>747</sup>. Für den Wohnungsbau fehlten somit Geld, aber auch Rohstoffe. Laut nationalsozialistischer Ideologie sollte sich der Wohnungsbau selbst finanzieren. In den *9 Thesen des Reichsarbeitsministerium* von 1936 heißt es: *Bei der Finanzierung führt volle Subvention leicht zu Verschwendung und Korruption, das Ziel muß eine Bauwirtschaft sein, die sich grundsätzlich aus den Kräften des Kapitalmarktes finanziert, wobei die öffentliche Hand sich darauf beschränkt, vorhandene*

Lücken zu schließen<sup>748</sup>. Die akute Wohnungsnot ließ zwar die öffentlichen Investitionen in den Wohnungsbau von 185 Millionen 1933 auf 275 Millionen 1934 steigen<sup>749</sup>, doch dies war keineswegs erklärtes Ziel der Nationalsozialisten<sup>750</sup>. Der Wohnungsbau profitierte zunächst von den Arbeitsbeschaffungsprogrammen in Höhe von 567 Millionen RM allein im Jahr 1933<sup>751</sup>. Als die Förderprogramme 1935 auslaufen zieht sich der Staat auch von der Wohnraumfinanzierung zurück. Dies zeigt folgende Tabelle<sup>752</sup>:

Tabelle 4: Wohnungsfertigstellungen 1932–1935

	insgesamt	davon durch		vom Neubau	
		Neubau	Umbau	mit öff. Mitteln	ohne öff. Mittel
1932	159.121	82,4 %	17,6 %	41,6 %	58,4 %
1933	202.113	65,7 %	34,3 %	36,9 %	63,1 %
1934	319.439	59,6 %	40,4 %	43,0 %	57,0 %
1935	263.810	80,8 %	19,2 %	35,3 %	64,7 %

Quelle: Fey 1936, 60

Man sieht deutlich, wie sich der Wohnungsbau 1935 von der öffentlichen Hand auf Privatinitiativen verlagert. Der Staat hatte den Eigenheimbau durch sog. Reichsbaudarlehen (1933-35: 27 Mio. RM) und durch Reichsbürgschaften (Gesamtsumme bis Ende 1935:167 Mio.RM) gefördert. Mit dem Ablösungserlaß vom 12.2.1935 versuchte das Reich, die Finanzierung der I. und II. Hypothek ganz dem privaten Kapitalmarkt zu übertragen. Das daraus freiwerdende Geld sollte zur Finanzierung weiterer Fördermaßnahmen verwendet werden<sup>753</sup>.

Die Wohnraumförderung war stark von den ideologischen Zielen der Nationalsozialisten geprägt. Man wollte auf keinem Fall mehrgeschossige Mietskasernen bauen. Diese wurden als *Symbol sozialdemokratischer Wohnungspolitik und Brutstätten sozialistischer Umtriebe* angesehen<sup>754</sup>. Man kommt aber dann ohne Mietswohnungen in Geschossbauten doch nicht aus, da für manche Arbeiter andere Wohnformen, wie Kleinsiedlung oder Eigenheim, nicht erschwinglich waren. So wurde ab 1935 trotz der Bedenken der Bau von Volkswohnungen auch in Wohnblöcken gefördert. Diese Volkswohnungen waren Kleinstwohnungen mit einer Größe von 34 qm oder 42 qm für Kindereiche. Die Baukosten durften 3.000 RM pro Einheit nicht überschreiten, da die Monatsmieten auf 25 - 28 RM beschränkt waren. Das Reich gewährte der Gemeinde zum Bau einer Volkswohnung ein Darlehen von 1.000 RM<sup>755</sup>. Diese übertrug die Durchführung der Baumaßnahme in der Regel einem gemeinnützigen Wohnungsbaunternehmen. Die Volkswohnungen sollten an sich als eingeschossige Reihenhäuser gebaut werden, mehrgeschossige nur dann, wenn nicht genügend Land vorhanden war. Hier eine in den Augen der Nationalsozialisten ideale Volkswohnungssiedlung<sup>756</sup>:



(Volkswohnungsanlage Berg am Laim in München)

Die Wohnraumnot zwang auch den Stadtrat in Deggendorf, auf dem Gebiet der Schaffung von Wohnraum aktiv zu werden. So schaffte die Stadt 1934 eine Mietausgleichsstelle, die den Zweck haben sollte, eine gütliche *Beilegung von Mietstreitigkeiten vor allem bei der Unterbringung räumungspflichtiger Mieter* zu erreichen<sup>757</sup>. In dieser Stelle befanden sich je ein Vertreter der Hausbesitzer und der Mieter. Im Mai 1934 beschloss der Stadtrat dann den Bau einer Wohnbaracke zur *Unterbringung leistungsschwacher und leistungsunfähiger Fürsorgeempfänger*<sup>758</sup>. Die Ausführung wurde der Firma Nunner zum Angebotspreis von 4.200 RM übertragen. Finanziert wurde der Bau aus *Mitteln des Zentralwohlfahrtsfonds*. Zwei Monate später vergab der Stadtrat die Rohbauarbeiten für ein Vierfamilienhaus am Baggerfeld. Dieses Mal war der Bau etwas aufwendiger, denn das billigste Angebot belief sich jetzt auf 11.808 RM. Um die Kosten zu senken, wollte die Stadt die Erdarbeiten in eigener Regie erledigen, das Baugeschäft Luber erhielt den Restauftrag von 10.470 RM<sup>759</sup>. Der Bau ging zügig voran, denn schon am 20. November vergab man die Elektroinstallation an die Firma Krieger für 166,80 RM<sup>760</sup>. Dies war der letzte Wohnungsbau, den die Stadt in eigener Regie durchführte. Im Laufe von 1934 wurde die *Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft Deggendorf GmbH* gegründet, an welche die Stadt ab jetzt die Durchführung der Wohnungsbauten übertrug. Die Stadt beschränkte sich darauf, die Grundstücke für den Bau von Volkswohnungen an die Genossenschaft mehr oder weniger günstig zu verkaufen und die Baugesuche zu genehmigen. So wurde in der Sitzung vom 26. Oktober 1934 das erste Gesuch zum Bau eines 6 Familienwohnhauses an der Egger Straße genehmigt mit der Auflage: *Die Hausabwasser sind ordnungsgemäß an den Kanal anzuschließen*<sup>761</sup>. Hieraus ist zu ersehen, dass in diesen Volkswohnungen schon die wichtigsten hygienischen Voraussetzungen vorhanden waren. In seinem Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1934 stellt Josef Haas fest, dass die bevorstehende Eingemeindung Schachings und die Tatsache, dass Deggendorf Garnisonsstadt wird, die Schaffung von Wohnraum unbedingt nötig machten<sup>762</sup>. Er weist auch darauf hin, dass die *Wohnungsnot allmählich einen katastrophalen Umfang angenommen habe*<sup>763</sup>. Durch die Förderung der privaten Bautätigkeit, durch eigene Baumaßnahmen und durch die Gründung der *gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft* solle der Wohnungsnot abgeholfen werden. Haas zählt dann auf, welche Projekte im letzten Jahr durchgeführt wurden<sup>764</sup>:

Es wurden durchgeführt: die Er-  
richtung von 10 Kleiniedlungshäusern  
(22 000 RM. Kosten), Ausbau der Stadt-  
sparkasse (48 000 RM.), Einbau einer  
Wohnung im Vereinsanbau der Turnhalle  
(1399 RM.), Vierfamilienwohnhaus am  
Baggerfeld (20 000 RM.), Einbau von  
7 Wohnungen in der ehem. Imhoff-Villa  
(12 500 RM.), Instandsetzung an städt. Ge-  
bäuden, Reinhardtprogramm, (22 260 M.),  
Vierfamilienwohnbarade im Mühlthal (4000  
RM.). Reichszuschüsse wurden in Höhe von  
45 000 RM. vermittelt, womit im Stadt-  
gebiet für Instandsetzungen insgesamt  
225 000 RM. aufgewendet wurden.

Die starke Tätigkeit in Bezug auf den  
Neubau von Wohnungen gegenüber  
früheren Jahren erhellt aus folgender Zu-  
sammenstellung: 1930: 20, 1931: 30,  
1932: 12; 1933: 23; 1934: 60. Ge-  
genüber dem Tiefstand von 1932 ist also  
eine Verfünffachung des Baues von Woh-  
nungen eingetreten.

Unter der Federführung des Staatssekretärs im Reichsministerium der Finanzen, Fritz Reinhardt, war am 1.6.1933 das *Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit* erlassen worden. Der Staat stellte darin eine Milliarde Reichsmark für Siedlungsprojekte und zum Straßen- und Wohnungsbau zur Verfügung<sup>765</sup>. Deggendorf hatte aus diesem Programm 21.600 RM bekommen, welche die Stadt für die von Haas erwähnten Instandsetzungen und Neubauten einsetzte. Für 1935 kündigt Josef Haas den Bau von weiteren 18 Kleinwohnungen an. Im August beschließt der Bürgermeister auf Anraten der Ratsherren den Verkauf von zwei größeren Grundstücken an die Wohnbaugenossenschaft, eines zum Bau von 60 Wohnungen an der Adolf Hitler-Straße und ein Grundstück am Baggerfeld für den Bau von 12 Wohnungen<sup>766</sup>. Laut den Ratsherren sei dieser Verkauf im öffentlichen Interesse. In der Beratung vom 6. Dezember wird der Bau einer Zufahrtsstraße für die neuen Häuser am Baggerfeld beschlossen. Die Stadt ist zwar der Bauträger, braucht aber mit 785 RM nur einen Bruchteil der Baukosten tragen. Im Rahmen des Förderprogramms *Notstandsarbeiten* trägt das Reich den Rest der Kosten<sup>767</sup>. Begleitet wurden diese Aktionen von Berichten des *DB* über den Bauboom oder *rege Bautätigkeit*. wie die Zeitung es nennt. Schon 1934 erscheint dazu der erste Artikel<sup>768</sup>:

\* **Deggendorf, 5. Juli.** (Die Bautätigkeit) in unserer Stadt und Umgebung ist zurzeit eine besonders lebhafteste. An der Peripherie der Stadt, so in der Nähe des Elisabethenheims, an der Straße nach Mietraching, in Deggenu, an der Bahnhofstraße schießen kleinere Wohnhäuser wie die Pilze aus der Erde. Der Drang nach einem eigenen Heim ist derzeit ein großer. Daneben laufen noch größere und kleinere Umbauten, Fassadenerneuerungen usw. Es sind aber heuer noch mehr Neubauten geplant, so ist man zurzeit daran, den Platz rechts zur Donaubrücke (beim Pflasterzollhäusl) zu planieren, wo ein größeres Gebäude entstehen soll.

Am 4. August 1934 meldet der *DB*, dass wegen der erwarteten großen Nachfrage nach Ziegelsteinen die stillgelegte Dampfziegelei in Schaching wieder den Betrieb aufgenommen habe. Im Sommer 1935 lesen wir weitere Erfolgsmeldungen zur Wohnraumschaffung<sup>769</sup>:

\* **Deggendorf, 23. Aug.** (Die außerordentlich rege Bautätigkeit), die seit vorigem Herbst in unserer Stadt eingeseht hat, dauert trotz der Vollendung der gewaltigen Staatsbauten an der Mietrachingerstraße, die nun bezugsfertig dastehen, noch unvermindert an. Der große von der Wohnheimbaugenossenschaft erstellte Wohnhausblock (9 Häuser) auf der sogen. Reithbauerwiese steht unter Dach und Fach und wird in einigen Wochen zur Freude der sehnsüchtig wartenden Wohnungsuchenden bezogen werden können. Die Wohnheimbaugenossenschaft läßt übrigens auf dem sog. Baggerfeld noch 3 weitere Wohnhäuser entstehen, die bereits im Bau sind. Oberhalb des Baggerfeldes, rechts der Mietrachingerstraße, werden zurzeit die Grundsteine ausgehoben für 8 Siedlungshäuschen (Einfamilienhäuschen). Auch die Gemeinnützige Baugenossenschaft legt die Hände nicht müßig in den Schoß, sondern schießt ihrem großen Gebäudekomplex noch 2 weitere Neubauten an. Von den von Herrn Kaufmann Ebner bei der Siedlung erbauten zwei großen Wohnhäusern ist eines nahezu fertiggestellt, während das andere in den nächsten Tagen den Dachstuhl erhält.

Trotzdem verschlimmert sich die von Josef Haas angesprochene Wohnungsnot. Man appelliert sogar an die Bevölkerung, leerstehenden Wohnraum zu vermieten, auch wenn man diese Einnahmen nicht nötig habe<sup>770</sup>:

§§ Deggendorf, 25. April. (Wohnungsbedarf in Deggendorf.) Der Bedarf an möblierten und unmöblierten Wohnungen ist durch die Hierherversetzung einer größeren Zahl von Familien und ledigen Beamten plötzlich erheblich vermehrt worden. Die verheirateten Beamten sind gezwungen, von ihren Familien getrennt zu leben. Nach Vollendung des jetzigen Bauvorhabens wird der Wohnungsbedarf zwar gelindert, aber nicht behoben. Auf lange Sicht wird die unbefriedigte Nachfrage groß sein. Es ist daher unbedingt notwendig und im Interesse des städtischen Hausbesitzes, der Geschäftswelt u. der gesamten Einwohnerschaft gelegen, daß all verfügbaren unmöblierten und möblierten Wohnungen und Zimmer zur Verfügung gestellt werden und zwar auch von Leuten, die aus finanziellen Gründen nicht zur Vermietung gezwungen sind. Die Erfüllung der großen Aufgabe und der Notzustand verlangen Unbequemlichkeiten und Opfer auf sich zu nehmen. Es ergeht daher das dringende Ersuchen, irgendwie entbehrliche möblierte und unmöblierte Wohnungen und Zimmer beim Polizeiamt Zimmer Nr. 5 zu melden. Dabei darf darauf hingewiesen werden, daß Zweck und Zeitverhältnisse unberechtigte Mietpreisforderungen nicht gestatten und daß die Nachfrage für die Höhe der Mieten nicht entscheidend sein darf.

Zur Beschaffung von Wohnraum ist die Stadt bereit, Grundstücke an andere Organisationen und auch an Privatleute zu verkaufen. So ist der Stadtrat bereit, der N.S.K.O.V. (Nationalsozialistische Kriegsoferversorgung) am Haidengrund Bauplätze zur Errichtung von sechs Doppelhäusern abzutreten<sup>771</sup>. Vier Monate später verkauft dort der Stadtrat nochmals 1200 qm Grund zum Bau von Häusern für Kriegsbeschädigte. Es sollte sich jedoch herausstellen, dass diese Pläne nie realisiert wurden. 1936 überlässt die Stadt mit Unterstützung der Ratsherren einem Nürnberger Kaufmann einen Teil des Schreiberfeldes an der Straße zum Kohlberg zum Bau eines Fünffamilienhauses<sup>772</sup>. Als die Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz 1936 weitere 10.000 RM Baudarlehen für die Errichtung von Volkswohnungen in Aussicht stellt, beauftragt die Stadt die Wohnbaugenossenschaft mit der Errichtung weiterer Volkswohnungen in einem Wohnblock. Dadurch sollten sechs

Wohnungen mit je 39,85 qm, 6 Wohnungen mit 42,22 qm und 6 Wohnungen mit 44,51 qm geschaffen werden<sup>773</sup>. Laut *EntschlieÙung des Bürgermeisters* übernimmt die Stadt bis zu 10% der Gesamtkosten und erklärt die Bürgerschaftsübernahme für den rechtzeitigen Eingang der Mieten. Dazu muss allerdings die Stadt in einem Nachtragshaushalt 6.300 RM aus dem Erneuerungsfond des Elisabethenheims entnehmen<sup>774</sup>. Eines der größten Projekte im Volkswohnungsbau geht die Stadt 1938 an. Laut Bürgermeister Graf war in diesem Jahr die private Bautätigkeit *fast gänzlich eingestellt*<sup>775</sup>. Dies zwang wohl die Stadt, beim Wohnungsbau verstärkt aktiv zu werden. Im Juni tritt die Stadt zunächst 44 Dezimale Grund an der Hindenburgstraße zum Preis von 112,50 RM pro Dezimale an die Wohnbaugenossenschaft ab. Die Erschließungskosten von 2.560 RM zahlt die Stadt und zeichnet den Betrag in Form von Anteilen. Der Bürgermeister betont, dass der tatsächliche Wert des Grundstückes an der Hindenburgstraße wesentlich höher sei und dass man der Wohnbaugenossenschaft nur *wegen des gemeinnützigen Zweckes* entgegengekommen sei<sup>776</sup>. Schon gut einen Monat später tritt die Stadt nochmals ein direkt anschließendes Areal von 38 Dezimale zum gleichen Dezimalpreis für den Bau von weiteren 12 Volkswohnungen ab<sup>777</sup>. Die Wohnbaugesellschaft zahlt jedoch den Kaufpreis von 7.500 RM nicht in bar, die Stadt zeichnet wiederum Anteile an dem Projekt.

Interessante Informationen über den Stand des Wohnungsbaues in Deggendorf und über die Aktivitäten der gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft finden sich im Artikel des *DB* über die Generalversammlung der Genossenschaft im Rathausaal im Jahr 1939<sup>778</sup>. In Abwesenheit des Aufsichtsratsvorsitzenden, Kreisleiter Brandl, leitete Ortsgruppenleiter Weiß die Versammlung. Bürgermeister Graf informierte in seinem Geschäftsbericht, dass die Genossenschaft am 31.12.1938 194 Mitglieder mit 623 Anteilen hatte. Die meisten Mitglieder seien selbstständige Gewerbetreibende (108), aber auch Angestellte, Beamte und Arbeiter (13) gehörten zu den Mitgliedern. Nur 44 der Mitglieder seien in Genossenschaftswohnungen untergebracht, da die selbstständig Gewerbetreibenden *keinen Anspruch auf Zuteilung einer Genossenschaftswohnung erheben*. Sebastian Weiß befasste sich mit der akuten Wohnungsnot in Deggendorf, wo rund 250 Wohnungen fehlten. Selbst die im Bau befindlichen 24 Volkswohnungen an der Hindenburgstraße könnten so keine durchgreifende Besserung bringen. Neben diesen Wohnungen habe die Genossenschaft seit 1935 schon 19 Häuser mit 102 Wohnungen auf dem Baggerfeld und an der Adolf Hitler-StraÙe errichtet. Weiß gab dann die Pläne für das weitere Wohnungsbauprogramm bekannt:

Um nun der Wohnungsnot in Deggen-  
dorf zu steuern, ist, wie Ortsgruppenleiter  
Pg. Weiß bekanntgab, der Vorstand der  
Wohnheimbaugenossenschaft in Verhandlungen  
eingetreten, um ein großes Wohnungs-  
bauprogramm zu erstellen. Die eingeleite-  
ten Verhandlungen beziehen sich auf nicht  
weniger als 250 Wohnungen, darunter 70  
Kleinwohnungen (bis 75 qm Wohnfläche),  
60 Volkswohnungen, 70 Kleinsiedlungen  
(Eigenheime), 30 Landarbeiter-siedlungen  
und 20 Werksiedlungen, die im Rahmen der  
Genossenschaft in den nächsten Jahren ge-  
baut werden sollen.

Diese Pläne sollten aber durch den Ausbruch des Krieges alle zunichte gemacht werden.

Die Kleinsiedlung war keine Erfindung der Nationalsozialisten, wurde aber von ihnen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen zur Schaffung von Wohnungen gerückt. Reichskanzler Brüning hatte schon 1931 das Kleinsiedlungsprogramm initiiert, um bei relativ geringem Einsatz öffentlicher Mittel den doppelten Effekt, der Beschäftigung von Erwerbslosen und der Schaffung von Wohnraum, zu erzielen<sup>779</sup>. Die Kleinsiedlung war eine Ansammlung von meist baugleichen kleinen Einfamilienhäusern mit einem angebauten Stall und mindestens 600 qm Grund<sup>780</sup>. Wegen der Grundstückskosten wurden die Siedlungen meist an Stadträndern angelegt<sup>781</sup>. Die Siedlerfamilien sollten selbst Kleintiere halten sowie Obst und Gemüse zur Eigenversorgung anbauen können. In einem Schreiben der Regierung an sämtliche Bezirksverwaltungsbehörden wird die ideologische Begründung für die Bevorzugung der Kleinsiedlung gegeben<sup>782</sup>:

*Die Bedeutung des Wohnungs- und Siedlungswesens liegt nicht nur in der Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung, sondern darüberhinaus auf volks- und agrarpolitischem Gebiet. Denn es wird hiedurch sowohl die Wohnungs- und Arbeitslosigkeit fortschreitend verringert wie auch der Arbeiterstand wirtschaftlich gehoben und zur Überwindung von Wirtschaftskrisen widerstandsfähiger gemacht. Außerdem wird brachliegender oder ungenügend genutzter Boden wirtschaftlich besser ausgewertet, die Inlandserzeugung hiedurch gehoben und die Einfuhr vom Ausland eingeschränkt.*

Als weitere Begründung wird das Ziel der Wiederverwurzelung der Städter mit dem Boden genannt. Dies war *nicht nur hohle Phrase, sondern auch konkretes Ziel nationalsozialistischer Wohnungspolitik*<sup>783</sup>. So wird von den Behörden auf die Stallbauten größter Wert gelegt. Das Wirtschaftsministerium betont, *dass zur endgültigen Vollendung der Siedlungen die Versorgung der Siedler mit dem notwendigen toten und lebenden Inventar und die Fertigstellung des Stalles notwendig sei*<sup>784</sup>. Die Siedler seien angehalten, die Ställe nach Typenplänen einheitlich zu errichten. Bei der Hausübergabe bekommen sie eine Grundausstattung für die landwirtschaftliche Nutzung ihres Grundstückes<sup>785</sup>:

Schema für wirtschaftliche Einrichtungskosten einer Siedlerstelle.

1.) <u>Pflanzenmaterial</u> :			
2	Apfelhochstämme	RM	3.60
1	Zwetschgenhochstamm	"	1.80
2	Apfelbüsche	"	3.--
13	Spindelbäume	"	23.40
32	Beerensträucher	"	12.80
200	Erdbeeren	"	3.--
	Gemüsesämerei	"	8.--
	Heckenpflanzen	"	15.--
			70.60
			70.60
2.) <u>Kleintiere</u> :			
1	Ziege		35.-
10	Hühner		35.-
3	Kaninchen		12.-
			82.-
			82.--
3.) <u>Geräte</u> :			
1	Spaten		4.50
1	Grubgabel		3.50
4	"Wolf"-Geräte		8.--
1	Schlauch (25 m)		38.--
2	Gieskannen		12.--
1	Rechen		1.20
1	Schaufel		1.50
1	Jaucheschöpfer		1.80
1	Sichel		1.50
			72.00
			72.--
4.) <u>Bodenverbesserungsmaterial (Dünger, Torf, Kalk)</u>			25.40
			RM 250.--

Es gibt bei der Versorgung der Siedler natürlich auch Varianten. So wird in einer anderen Anweisung Bienenhaltung für die Befruchtung der Blütenpflanzen empfohlen. Wie die Siedler bevormundet wurden, zeigt die Empfehlung für die Anschaffung von *gutem Hausrat*. In einem langen Schreiben beklagt 1936 das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, dass der Hausrat, den die Bewohner sich beschafft haben, oft *in Form und Stoff nicht den geschmacklichen oder technischen Anforderungen entsprechen*<sup>786</sup>. Es wird dann vorgeschlagen, bei den Siedlern für guten Hausrat zu werben. Das Reichsheimstättenwerk habe *Richtlinien für Siedlermöbel (Siedlerhaushalt) aufgestellt*. Es sei *darauf hinzuwirken, daß die Kreise der Siedler nur solchen beschaffen, der den Richtlinien des Reichsheimstättenwerkes entspricht*.

Die Errichtung der Siedlerhäuser selbst war genauestens reglementiert. Es gab drei Haustypen, die, abgesehen vom Doppelhaus, fast gleich aussahen. Gottfried Feder vom Deutschen Siedlungswerk verglich die Siedlungen mit der Uniform: *Wie nett sieht...eine Siedlung aus, wo die Häuschen wenigstens den gleichen Baucharakter tragen, und wie schön ist schließlich die Uniform*<sup>787</sup>. Selbst die Fassaden der Deggendorfer Kleinsiedlung wurden einheitlich mit Nikarin-Wetterkalk geweißt, nur die Fensterläden hatten verschiedene Farben<sup>788</sup>. Hier das Bild einer typischen Kleinsiedlung der 30er Jahre:



(Bild: Harlander, 101)

Nicht ganz so einheitlich sieht die Deggendorfer Kleinsiedlung aus:



( Bild: BO 25.September 1937)

Die Häuser der Kleinsiedlung sind heute natürlich renoviert und umgebaut, aber die kleinen Grundrisse, die steilen Dächer und die die schönen Gartenanlagen lassen sie noch immer als frühere Kleinsiedlungshäuser erkennen. Hier ein Haus der *Kleinlandwirte in Deggendorf-Nord*:



(Bild: BO 25. September 1937)

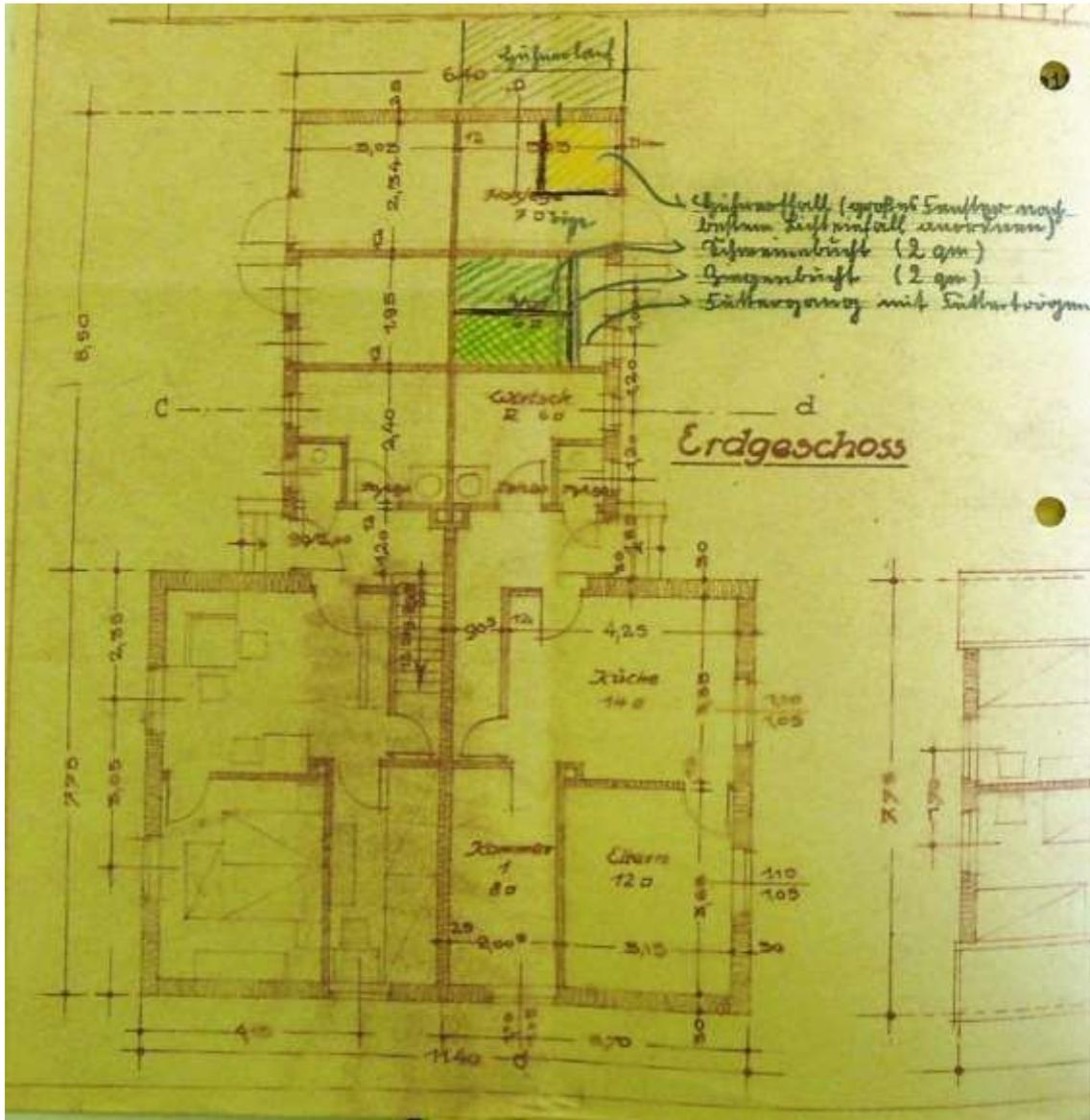
Die Höchst- und Mindestgröße der Zimmer waren in mehreren Verlautbarungen ebenfalls genau vorgeschrieben<sup>789</sup>:

*Das Siedlungshaus kann als Einfamilien- oder Doppelhaus errichtet werden und soll in den Raumabmessungen und in den Baukosten möglichst bescheiden gehalten sein (s. Ziff. 3). Übertrieben hohe Ansprüche auf Straßenausbau oder sonstige Anliegerleistungen sind zu vermeiden. Die Mindestraumzahl und Mindestraumgröße beträgt*

a) Wohn- und Kochraum	= 14 qm
b) Elternschlafraum	= 12 qm
c) Kinderschlafraum	= 8 qm
d) mindestens 1 weiterer Schlafraum bei Familien mit 4 und mehr Kindern	= 8 qm
e) Wirtschaftsraum (zum abstellen, waschen, Futterkochen usw.)	= 6 qm
Keller	= 8 qm
Stall mindestens	= 6 qm
Abort und Futterboden.	

*Die lichte Höhe der Erd- und Dachgeschoßräume muß mindestens 2.20 m betragen. Die Häuser müssen wärmewirtschaftlich einwandfrei gebaut werden, d.h. die Wärmehaltung der Umfassungsmauern muß der einer 38 cm starken Vollziegelmauer entsprechen.*

Und so sah der Grundriss eines Siedlerhauses aus:



Im Obergeschoss unter dem steilen Dach hätten noch ein weiteres Zimmer und eine Kammer ausgebaut werden können. Dies war aber nur Siedlern mit vier und mehr Kindern erlaubt. Der Grund dafür war, dass in den Anfangsjahren des Kleinsiedlungsbaues die Gesamtkosten ohne Grundstück nicht höher als 3.000 RM sein sollten. Die Gemeinden, die mit der Ausführung der Baumaßnahmen betraut waren, mussten die gesamte Bauplanung dem Gauheimstättenwerk der NSDAP zur Genehmigung vorlegen<sup>790</sup>



Die niedrigen Baukosten waren notwendig, weil das Siedlungsprogramm zunächst nur für Erwerbslose und Teilzeitarbeiter gedacht war. Das Reich gab für eine Siedlungsstelle ein Darlehen von 2.000 RM, für Kinderreiche waren es 2.250 - 2.500 RM<sup>791</sup>. Den Rest musste die Siedlerfamilie aufbringen und sie musste natürlich auch das Darlehen in kleinen Raten zurückzahlen. So versuchte man mit verschiedenen Maßnahmen die Kosten niedrig zu halten. Die Siedler wurden verpflichtet, an der Siedlungsstelle mitzuarbeiten<sup>792</sup>. Wegen der Kostenfrage vergab man die Bauarbeiten in der Regel nicht an die örtlichen Baufirmen. Die handwerklich meist unerfahrenen Siedler wurden aber von Arbeitern unterstützt, die für kurze Zeit zum Bau eingestellt wurden. So stellte die Stadt für die Durchführung des 2. Bauabschnittes vom 9. September bis 6. Dezember 1935 67 Arbeiter ein<sup>793</sup>. Die Schlussabrechnung für den 2. Bauabschnitt zeigt, dass die Deggendorfer Baufirmen nur Material lieferten und außer für die Glaserarbeiten nicht zum Bauen herangezogen wurden<sup>794</sup>. Laut Stadtbaumeister Kellner wurden die Mauern mit selbstgefertigten Schlackenbetonsteinen errichtet. Das preußische Arbeitsministerium hatte 1935 verfügt, dass die Deutsche Reichsbahn *in voller Würdigung der außerordentlichen staatspolitischen Bedeutung der Kleinsiedlung* für die Beförderung von Baustoffen für die Kleinsiedlung Frachtermäßigung erteilt<sup>795</sup>. Die örtliche Bauüberwachung sollte zur Kosteneinsparung nicht durch freischaffende Architekten sondern durch Amtstechniker der örtlichen Bauaufsicht erfolgen<sup>796</sup>. Vor allem sollte an den Kosten für die Infrastruktur der Siedlungen gespart werden, wie bei Zufahrtsstraßen, der Versorgung mit Wasser und Strom, sowie der Abwasserbeseitigung. Die Häuser sollten nur angeschlossen werden, wenn sie sich in der Nähe eines bestehenden Versorgungsnetzes befanden und dadurch die Kosten niedrig waren. Hier ein Auszug aus den Empfehlungen<sup>797</sup>:

**Befreiung von der Forderung der Einfriedigung des Grundstücks und des Anschlusses an Versorgungsleitungen und Kanalanlagen.**

(2) Einfriedigung der Siedlungsgrundstücke, Anschluß an Versorgungsleitungen (Wasser, Gas, Elektrizität) und Kanalanlage dürfen nicht gefordert werden.

**Wasserversorgung.**

(3) Die Wasserversorgung soll möglichst durch Brunnen erfolgen.

**Versorgungsleitungen.**

(4) Wasserleitungen dürfen überhaupt nur dann angelegt werden, wenn die Anlage- und Anschlußkosten niedrig sind und die Tarife der geringen Leistungsfähigkeit der Kleinsiedler und den siedlungswirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt werden. Entsprechendes gilt für sonstige Versorgungsleitungen (Gas, Elektrizität).

**Abwässerbeseitigung.**

(5) Eine Kanalanlage kommt grundsätzlich nicht in Frage. Auf jeden Fall müssen alle Abwässer und Abfallstoffe gesammelt und der Siedlerwirtschaft nutzbar gemacht werden.

**Beschaffenheit und Preis des Landes.**

9. (1) Das Siedlungsland muß geeignet sein und den Siedlern zu angemessenem Preise (Erbbauzins) übertragen werden.

**Bodengutachten.**

(2) Über die Eignung des Siedlungslandes und die Angemessenheit des Erwerbspreises (Erbbauzinses) ist ein Sachverständigengutachten beizuziehen, soweit sie der Bewilligungsbehörde nicht amtsbekannt sind.

Die Kleinsiedlung in Deggendorf hatte mit Sicherheit Wasser- und Kanalanschluss, weil laut Protokoll der Beratung vom 13. März 1940 jedes Siedlerhaus mit einer Wasseruhr ausgestattet werden sollte. Wie oben schon gesagt, sollten zu Beginn des Siedlungsprogramms die in Frage kommenden Siedler Erwerbslose oder Menschen mit nicht regelmäßiger Arbeit sein. Im Protokoll der Stadtratsitzung vom 9. Dezember 1933 wird der Zweck des Vorhabens deutlich gemacht: *Zweck der Förderung dieser vorstädtischen Kleinsiedlung ist Arbeitsmöglichkeit unter den Erwerbslosen zu schaffen und zur Verminderung der Kleinwohnungsnot beizutragen.* Als sich bis 1935 die Arbeitslosigkeit verringert hatte, änderte sich der Kreis der Kleinsiedler. In der *Verordnung über die weitere Förderung der Kleinsiedlung...* heißt es<sup>798</sup>:

(2) Die Kleinsiedlung soll in erster Linie solchen Volksgenossen zugute kommen, die berufsmäßig in der gewerblichen Wirtschaft überwiegend unselbständig tätig zu sein pflegen, und somit dazu dienen, den schaffenden deutschen Menschen, insbesondere den deutschen Arbeiter, wieder mit dem Heimatboden zu verbinden.

Da dieser neue Personenkreis über größere finanzielle Möglichkeiten verfügte, konnten jetzt die Reichsdarlehen von 2.000-2.500 RM pro Siedlerstelle auf 1.000 RM gesenkt werden und die Kostenhöchstgrenzen 1935 auf 4.500 RM und 1937 auf 7.000 RM heraufgesetzt werden<sup>799</sup>. Auch die monatliche Belastungsgrenze für die Rückzahlung der Darlehen konnte von 20 RM auf 30-35 RM heraufgesetzt werden. In den Bestimmungen des

Reichsarbeitsministers vom 21. April 1936 über die Förderung der Kleinsiedlungen wird diese Entwicklung festgeschrieben<sup>800</sup>. Ein Jahr später werden in der oft als die *Magna Carta* des Kleinsiedlungsbaues bezeichneten Verlautbarung die Bestimmungen von 1935 und 1936 im Wesentlichen wiederholt. Bewerber und deren Ehefrauen müssen *deutsche Reichsangehörige, deutschen oder artverwandten Blutes, politisch zuverlässig und erbgesund* sein<sup>801</sup>. Bevorzugt werden kinderreiche Familien, Frontkämpfer und „Alte Kämpfer“ der Partei:

(Siedler, Siedlung und Finanzierung.)	
I. Der Siedler.	
Siedlerauswahl.	7. Von entscheidender Bedeutung für den Siedlungserfolg ist, daß aus der großen Zahl der Bewerber die richtigen Menschen ausgewählt werden. Der Siedlerauswahl ist daher ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es sollen nur Siedlungsbewerber angesiedelt werden, die im Besitz eines Eignungsscheines des zuständigen Gauheimstättenamts der DAJ *) sind.
Siedlerische und charakteristische Eignung.	8. (1) Die Siedlerfamilien, namentlich auch die Siedlerfrauen, müssen sich zu m Siedeln eignen, d. h. entsprechendes Verständnis für die Bodenbearbeitung und die Kleintierhaltung aufweisen, Gemeinschaftsgeist haben, lebstüchtig, sparsam und strebsam sein. Sie dürfen nicht nennenswert verschuldet und müssen in der Lage sein, ihren geldlichen Verpflichtungen in vollem Umfange nachzukommen. (2) Ist ein Siedlungsbewerber selbst infolge körperlicher Behinderung (z. B. Kriegsbeschädigter) nicht voll geeignet, so kann er gleichwohl als Siedler zugelassen werden, wenn die besonders gute Eignung seiner Ehefrau und seiner Familienangehörigen feststeht.
Politische, gesundheitliche und sonstige Eignung.	9. (1) Die Erfüllung dieser Bedingungen (Nr. 8) vorausgesetzt, können als Siedlungsanwärter grundsätzlich zugelassen werden alle ehrbaren minderbemittelten <sup>2)</sup> Volksgenossen, und zwar vornehmlich gewerbliche Arbeiter und Angestellte <sup>3)</sup> , die ebenso wie ihre Ehefrauen deutsche Reichsangehörige, deutschen oder artverwandten Blutes <sup>4)</sup> , politisch zuverlässig, rassistisch einwandfrei, gesund und erbgesund sind. In Zweifelsfällen ist das Zeugnis eines Amtsarztes oder eines Arztes des Amtes für Volksgesundheit beizubringen.
Stammarbeiter bevorzugt.	(2) In erster Reihe sollen solche Bewerber angesiedelt werden, die sich in einem stetigen Arbeitsverhältnis befinden und die eine bestimmte Berufsstellung mit dem bodenständigen Wirtschaftsleben verbindet (Stammarbeiter).
Begünstigte Personenzreise.	10. (1) Innerhalb des hiernach zugelassenen Personenzreises sind bei sonst gleicher Eignung Frontkämpfer und Kämpfer für die nationale Erhebung, Opfer des Krieges, der nationalen Erhebung (vgl. Gesetz über die Versorgung der Kämpfer für die nationale Erhebung vom 27. Februar 1934 — RGBl. I S. 133 —) und der nationalen Arbeit, in allen Fällen kinderreiche Familien bevorzugt zu berücksichtigen.

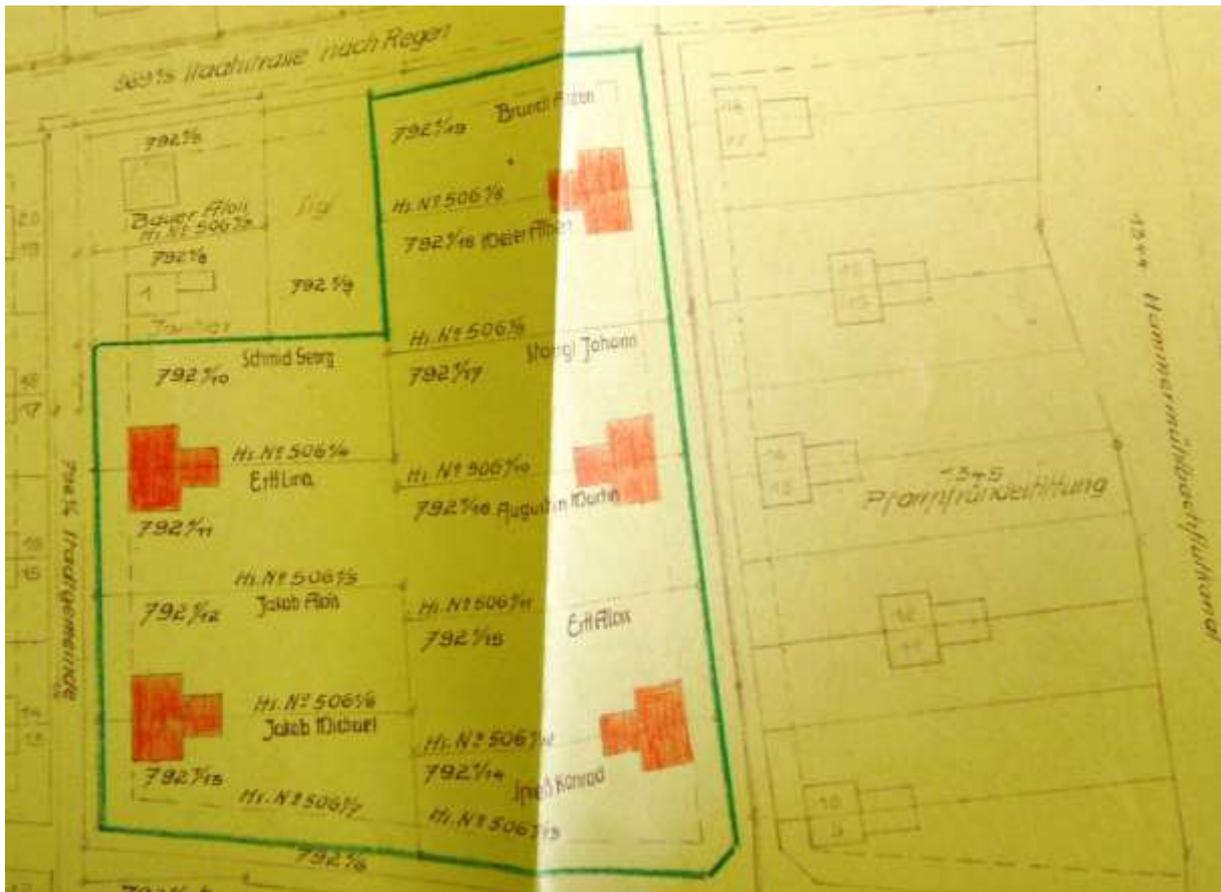
So weist das Heimstättenwerk der NSDAP bei der Kontrolle der von der Stadt vorgeschlagenen Siedlerliste darauf hin, dass unter den 18 Bewerbern nur vier SA-Männer sind, *mehr Angehörige der SA hatten sich nicht gemeldet*<sup>802</sup>. Das eigentliche Auswahlverfahren war ein relativ komplizierter Vorgang. Anträge auf Zuteilung von Kleinsiedlungsstellen waren beim Bürgermeister einzureichen. Dieser kann *ungeeignete Siedlungsbewerber* von sich aus ablehnen, bevor er dem Prüfungsausschuss, *der aus dem Bürgermeister (Oberbürgermeister), einem örtlichen Beauftragten des Gau- bzw. Kreisheimstättenwerkes und dem Ortsgruppenleiter der NSDAP besteht*, die Liste der Bewerber vorlegt<sup>803</sup>. Die Ortsgruppe händigt dann die *notwendigen Fragebogen und Werksbescheinigungen* aus. Alle Unterlagen werden an das Heimstättenwerk geschickt. Dieses trifft die endgültige Auswahl der Siedler<sup>804</sup>. Unter den Siedlern sollten sich keine Kommunisten oder Sozialisten befinden. Fand man im Nachhinein eine frühere Parteizugehörigkeit heraus, verloren diese Siedler ihre Stelle<sup>805</sup>. Dies war aber nicht überall der Fall. Ulrike Haerendel zeigt das am Beispiel München. Dort verblieben Kleinsiedler auf

ihrer Stelle auch wenn sie *nicht dem NS-Migrationstypus entsprachen*<sup>806</sup>. In Deggendorf haben wir das Beispiel des Maurers Fritz Fleischmann. Wie oben gezeigt, war er bis 1933 Stadtratsmitglied für die KPD und wurde in diesem Jahr zweimal im KZ Dachau interniert. Er befindet sich dann aber überraschenderweise auf der Liste der ausgewählten Siedler für den 2. Bauabschnitt und erhält das Haus mit der Nummer 106 1/12, das er laut Einwohnerbuch noch 1955 bewohnte.

Obwohl die Partei und das Heimstättenwerk bei der Planung und Errichtung der Kleinsiedlungen federführend waren, spielte auch der Stadtrat von Deggendorf eine wichtige Rolle bei der Errichtung der vorstädtischen Kleinsiedlung. Das erste Mal beriet der Stadtrat unter Bürgermeister Graf im Dezember 1933 über die Errichtung einer Kleinsiedlung<sup>807</sup>. Der Staat habe *zur Errichtung von 10 Siedlerstellen ein Darlehen von 22.500 RM in Aussicht gestellt*. Die oben erwähnten Auswahlkriterien für die Siedler sollen auch für die Deggendorfer Kleinsiedlung gelten. So sollen die Siedlerstellen nur an Arbeitslose, Teilzeitkräfte, und sonst finanziell schwache Familien gegeben werden. Die Bewerber werden zur Mitarbeit beim Bau an ihrer Siedlungsstelle verpflichtet. Es sollte eine öffentliche Ausschreibung des Projektes geben, und die Interessenten sollten darauf hingewiesen werden, dass sie entsprechende Eigenmittel für den Erhalt eines Darlehens nachweisen müssten. Der Darlehensvertrag mit der Deutschen Bau- und Bodenbank A.G. über die Aufnahme von 22.500 RM wurde am 12. Februar 1934 durch den Stadtrat ratifiziert<sup>808</sup>. Schon am 29. August berichtet dann der *DB*, dass die Kleinsiedlung an der Mietrachinger Straße bezugsfertig sei:

\* Deggendorf, 28. Aug. (Die Kleinsiedler beziehen ihr neues Heim.) Die von Reich, Staat und Gemeinde geförderte Kleinsiedlung an der Mietrachingerstraße ist bezugsfertig so weit hergestellt, daß die Siedler zum 1. September einziehen können. Im Beisein des Herrn Rechtsrats Pg. Haas als Vertreter der Stadtgemeinde fand am Sonntag Vormittag im Rathhause die Auslosung der Doppelhäuser nach Lageplan statt. Ferner wurde die Wohnungslage (Nord oder Süd) durch das Los bestimmt. Pg. Rechtsrat Haas wies zu Beginn der Verlosung auf die soziale Tat von Reich und Staat in Verbindung mit der Gemeindevertretungskörpern hin, die eine so schöne Siedlung zum Wohle des Arbeiterstandes erstehen ließ. Der Siedler Ertl Alois sprach namens der Siedlergemeinschaft dem Stadtrat für die finanzielle Förderung und Herrn Bauführer Kellner, der uneigernützig auch seine Freizeit dem Gelingen des Werkes widmete, den Dank aus. Durch die Fertigstellung der Kleinsiedlung an der Mietrachingerstraße können nachstehende Familien jeweils ein Doppelwohnhaus beziehen. 1. Ertl Karolina, Schmid Georg; 2. Jakob Michael, Jakob Alois; 3. Brandl Anton, Maier Albert; 4. Stangl Johann, Augustin Martin; 5. Ertl Alois, Spieß Konrad. Die Siedlung an der Mietrachingerstraße soll auch einen Namen erhalten. Die Benennung ist späterer Beschlußfassung des Stadtrates vorbehalten.

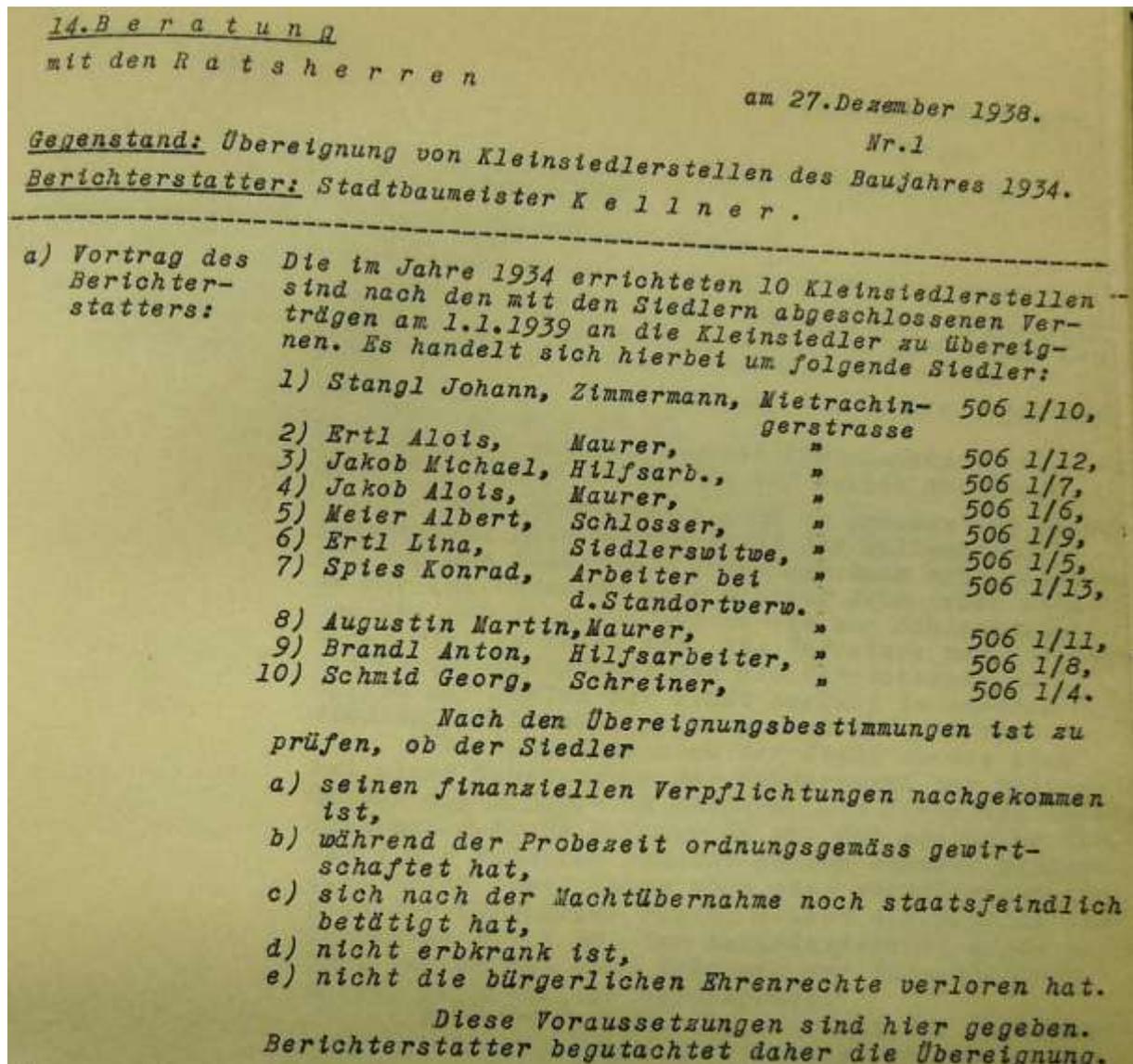
Es überrascht, dass alle 10 Siedlerstellen als Doppelhäuser gebaut worden waren, obwohl das Heimstättenwerk in einem Schreiben angemahnt hatte, dass es das Doppelhaus im Allgemeinen ablehne, besonders wenn es in Nord-Südrichtung stehe<sup>809</sup>. So musste bei der Verlosung der Doppelhäuser auch die die Wohnlage (Nord-Süd) ausgelost werden. Hier der Lageplan der fünf Doppelhäuser:



Der Bau der Siedlung war sehr schnell gegangen. Josef Haas lobte in seinem Schlussbericht an die Regierung das hohe Maß an Selbsthilfeleistungen durch die Siedler. Da diese entweder arbeitslos waren oder Teilzeitkräfte waren, hatten sie natürlich auch Zeit zur Arbeit an der Baustelle. Der Wert der Selbsthilfeleistungen mit insgesamt 19.554 geleisteten Arbeitsstunden lag bei 12.449 RM<sup>810</sup>. Dadurch betrugen die Gesamtkosten für die fünf Doppelhäuser der Siedlung nur 25.183 RM, wobei die reinen Baukosten 24.128 RM ausmachten. Dazu kamen 218 RM für Nebenanlagen wie Zäune, 336 RM für Vermessungs- und Verbriefungskosten sowie rund 500 RM für lebendes und totes Inventar. Dieser 1. Bauabschnitt wurde von allen Seiten als Erfolg gesehen. Josef Haas schreibt in seinem Schlussbericht: *Mit dieser Art der Siedlung hatte ich den besten Erfolg*<sup>811</sup>. Der Bürgermeister bestätigt 1936, dass die im Jahre 1934 errichteten 10 Kleinsiedler Stellen an der Miettrachingerstrasse fachlich und sachlich nach den vertraglichen Vereinbarungen richtig durchgeführt wurden<sup>812</sup>. Auch das Gauheimstättenwerk lobt die Qualität der Häuser, kritisiert aber die Pläne für die Ställe, verbunden mit der Bitte, dass unsere Vorschläge bei kommenden Siedlungsmaßnahmen berücksichtigt werden, damit die so gut gelungene Deggendorfer Siedlung auch in den Kleintierställen vorbildlich ist<sup>813</sup>.

Die Siedler wohnten zwar ab 1. September 1934 in ihren Häusern, doch diese sind noch nicht ihr Eigentum. Es gibt eine Art Probezeit von 4 Jahren, in der die Siedler zeigen können, dass sie die „Miete“ (Rückzahlung des Darlehens) pünktlich bezahlen und auch sonst ihre Verpflichtungen als Kleinsiedler erfüllen. Nachdem dies offensichtlich der Fall war, werden

allen 10 Siedlerfamilien in der Beratung vom 27. Dezember 1938 ihre Siedlerstellen übertragen<sup>814</sup>:



Nach dem Erfolg der ersten Kleinsiedlung geht man 1935 an die Planung eines weiteren Kleinsiedlungsbaus. Die Zielgruppe sind jetzt nicht mehr die Arbeitslosen sondern in erster Linie die Stammarbeiter<sup>815</sup>. Jan Kaufhold spricht in seiner Arbeit über die innerstädtische Mobilität von einer *Transformation der Kleinsiedlung zur sogenannten Stammarbeitersiedlung*<sup>816</sup>. Diese Entwicklung geht einher mit dem gleichzeitigen Rückzug des Reiches aus der Wohnungsbaufinanzierung durch den oben erwähnten „Ablösungserlaß“ vom 12. Februar 1935<sup>817</sup>.

Die Stadt Deggendorf bekam im Februar 1935 im Rahmen des *Außerordentlichen Wohnungsbauprogramms* des bayerischen Ministerpräsidenten Siebert für den Bau einer weiteren Kleinsiedlung ein Darlehen von 21.000 RM in Aussicht gestellt<sup>818</sup>. Offenbar hatte die Stadt vorher von diesem Darlehen gewusst, denn schon am 18. Januar hatte der Stadtrat beschlossen, das Grundstück der Pfarrstiftung für die Erweiterung des





Kleinsiedlungsgebiet eine 427 m lange Straße zu bauen. Dazu muss die Stadt 2.700 RM aufbringen, rd. 71 RM je Siedlerstelle.

Dies sind die *im Einverständnis mit dem Gauheimstättenamt* ausgewählten 18 Siedler:



## Heimstättenamt der NSDAP und der Deutschen Arbeitsfront

**Gau Bayerische Ostmark**

**Bayreuth, Richard-Wagner-Straße 46**  
Telefonanschrift: Bayreuth, Betriebsfach 51

Sprechzeiten:  
1009, 1005, 1005, 1026  
Nebenstelle 82

Postfach:  
Bayerische Staatsbahn  
Bayreuth

An  
den Bürgermeister der Stadt  
Deggendorf

Stadtrat Deggendorf  
Eingel. 23. JULI 1935  
Nr. 4245 Ref. III

R./Ho.

IHRE NACHRICHT VOM	IHR ZEICHEN	UNSERE NACHRICHT VOM	
BETRIFFT: <u>Siedlerauswahl.</u>			Tgl. Nr. 1825 Akt. Z. 909/03 Ohne diese Angaben erfolgt keine Beantwortung.

TAD  
16.7.35

Wir bestätigen, dass die nachgenannten 18 Siedlungs-  
bewerber :

- 12 Karl Kainz, Fabrikarbeiter, Deggendorf, Hafen 382
- 13 Konrad Gegenfurtner, Werftarbeiter, Deggendorf, Zwinger gasse 218
7. Xaver Mayer, Schlosser, Deggendorf, Walch 505 1/4
8. Franz Josef Friedrich, Krankenpfleger, Deggendorf, Stadttau,  
alte Simmlingerstr. 131 1/3
14. Josef Hundhammer, Kammerarbeiter, Deggendorf, Stadttau 308
- 15 Rudolf Sauer, Oberpostschaffner, Deggendorf, Amannstr. 500 1/10
3. Franz Xaver Hofbauer, Hilfsarbeiter, Deggendorf, Siedlung 528
- 5 Johann Wagner, Schreinermeister, Deggendorf, Landau, Mitrachingerstr.
6. Johann Zellner, Fabrikarbeiter, Deggendorf, Haslacherstr. 293 1/10
2. Josef Wirkert, Strassenhilfsarbeiter, Deggendorf Hs. Nr. 478 1/4
4. Michl Steininger, Maurer, Deggendorf, Landau, Mitrachingerstr.
- 16 Stefan Schmid, Hammerschmied, Deggendorf, Mühlbogen Nr. 507 1/2
10. Hans Kronschnabl, Maschinist, jetzt Invalide, Deggendorf, Dr. Pfah-  
lerstr. 249 1/2
9. Anton Gruber, Metzger, Deggendorf, Stadttau Hs. Nr. 307 1/5
1. Ludwig Janker, Hilfsarbeiter, Deggendorf, Landau 478 1/3
17. Ludwig Procher, Maurer, Deggendorf, Metzger gasse 28
- M. Friedrich Fleischmann, Maurer, Deggendorf, Siedlung 519
18. Wilhelm Sterl, Krankenpfleger, Deggendorf, Schlachthaus gasse 214  
im Einvernehmen mit dem Gauheimstättenamt ausgewählt wurden.

Wohl wegen des Kriegsausbruchs verzögerte sich die endgültige Übereignung der Siedlerstellen bis in das Jahr 1940<sup>826</sup>. Von den 18 Siedlern werden aber nur 14 zur Übereignung bedenkenlos vorgeschlagen. Die restlichen vier Siedler werden nur bedingt

vorgeschlagen, weil sie entweder im Mietrückstand sind oder ihre *Kleintierzucht* nachzuweisen haben. Zwei der auf der Liste von 1935 aufgeführten Siedler tauchen auf der Liste von 1940 nicht mehr auf. Es sind dies der Oberpostschaffner Bauer Rudolf und der Maschinist Kronschnabl Hans. Nach einem Unfall hatte Kronschnabl nur eine Unfallrente von 60 RM und konnte somit seinen Mietzinszahlungen von 21 RM pro Monat nicht mehr nachkommen. Er hatte als Nachfolger den Baggerführer Josef Helmbrecht aus der Deggenau vorgeschlagen. Nachdem Ignaz Graßl diesen als geeigneten Siedler bezeichnet hatte und Kronschnabl sich von seinem Rücktritt nicht abbringen ließ, stimmte der Bürgermeister dem Wechsel zu<sup>827</sup>. Helmbrecht erscheint aber nicht auf der Liste von 1940. Stattdessen finden sich auf dieser Liste die Hilfsarbeiter Kainz Josef und Stockinger Franz. Beide müssen aber ebenfalls erst noch die *Kleintierzucht* nachweisen.

Dies war die letzte Kleinsiedlung, die in Deggenau errichtet wurde. Auch im gesamten Reich ging ab 1935 der Bau von Kleinsiedlungen drastisch zurück. Von Sommer 1935 bis März 1937 entstanden im Reich nur ganze 26.000 Siedlerwohnungen<sup>828</sup>. Als Gründe werden in der Literatur die Probleme mit der Beschaffung von Bauland und die Knappheit von Rohstoffen genannt, vor allem aber die strikte Reglementierung des Kleinsiedlungsbaus und die Konsequenzen des Rückzugs des Staates aus der Finanzierung des Wohnungsbaus. Während sich im Februar 1935 die Höhe der gewährten Reichsdarlehen pro Siedlerstelle verringerte, stieg der jetzt geforderte Selbsthilfeanteil auf 20% der Gebäudekosten an<sup>829</sup>. Diesen Betrag konnte der für die Kleinsiedlung in Frage kommende Personenkreis nicht oder nur ganz schwer aufbringen. Stadtbaumeister Kellner bringt dies 1936 in seinem Bericht an die Regierung über die Fortführung der Kleinsiedlung auf den Punkt<sup>830</sup>. Er führt aus, dass in der Stadt zwar ein Bedarf von 20 weiteren Siedlerstellen vorhanden sei, dass aber nur 10 Siedler für die Durchführung in Frage kämen. Ein halbes Jahr später versucht er dann die Gründe dafür zu erläutern<sup>831</sup>:

An die  
Regierung von Niederbayern  
und der Oberpfalz  
R e g e n s b u r g .

**Betreff:**  
Kleinsiedlung (VI. Siedlungs-  
abschnitt).

**Referent:**  
Stadtbaumeister Kellner.

Zur Reg.entschl. vom  
17.12.1936 Nummer 8386  
30.12.1936 Nummer 6532.

Ueber die Weiterführung der  
Kleinsiedlung wird für den Stadtbe-  
zirk Deggendorf wie folgt berichtet:

Die Siedlungsbestrebungen wer-  
den zwar weitgehend gefördert, doch  
fehlt es hier immer noch an geeigneten  
Siedlern. Trotz Bewerbung von mehreren  
Siedlern konnte bisher keiner den Eigen-  
ungsgutschein erhalten. Der Grund liegt  
darin, dass den Bewerbern das Eigen-  
kapital fehlt. Durch jahrelange Arbeits-  
losigkeit war es der hiesigen Arbeiter-  
schaft nicht möglich, Ersparnisse zu  
machen. Dies wird auch künftig nur  
schwer möglich sein, da hier eine In-  
dustrie fehlt, die die Arbeiter das  
ganze Jahr hindurch beschäftigen kann.  
Bei nur saisonmäßiger Beschäftigung  
im Sommer kann nichts erspart werden.  
Meines Erachtens sind die Bestimmungen  
über 20 % Eigenkapital für hiesige Ver-  
hältnisse (vielleicht für das gesamte  
Bayerwaldgebiet) nicht tragbar. Werden  
hier keine Erleichterungen geschaffen,  
wird eine Kleinsiedlung trotz Bedarf  
auch im kommenden Jahre nicht möglich  
sein.

Kellner fährt dann fort: *Bei einem Eigenkapital von 800 RM baut hier ein Arbeiter ein Eigenheim und verzichtet auf die Kleinsiedlung.* Deshalb solle die Eigenkapitalforderung von 20% auf 10% gesenkt werden. Der Bauwillige würde dann bei einem angenommen Baupreis von 4.000 RM nur 400 RM Eigenkapital vorweisen müssen. Um die Stagnation beim Kleinsiedlungsbau zu beenden, versucht jetzt der Staat durch immer neue Verordnungen und Erleichterungen bei der Darlehensbeschaffung die Kommunen für den weiteren Bau von Kleinsiedlungsanlagen zu gewinnen. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 21.4.1936 sei hier als Beispiel aufgeführt<sup>832</sup>:

Die neuen Vorschriften bedeuten eine grundlegende Neuordnung. Sie fassen die bisher getrennt behandelten und darum viele Wiederholungen aufweisenden Darlehens-, Bürgschafts- und Anerkennungsbestimmungen zu einem Ganzen zusammen und bringen nicht nur eine starke weitergehende Dezentralisierung des Verfahrens und erhebliche Erweiterung der Befugnisse der Bewilligungsbehörden, sondern auch die Beseitigung mancher einengender Bestimmungen und zahlreiche andere für die Praxis sehr wesentliche materielle und verfahrensmäßige Vereinfachungen und Erleichterungen.

U. a. möchte ich hier nur erwähnen:

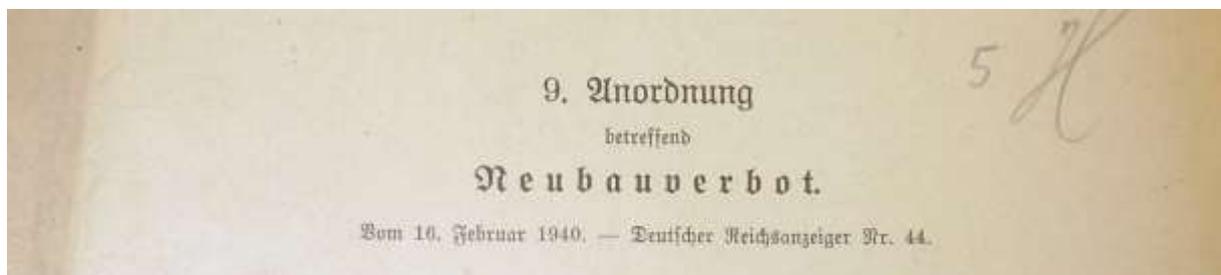
- die Beseitigung der starren 200-*RM*-Einkommensgrenze,
- die Erhöhung der Baukostengrenze,
- die Herausnahme der Kosten für Geländeerschließung aus den Bau- und Einrichtungskosten — wie bei den Volkswohnungen —,
- die Zulassung einer um weitere 1000 *RM* höheren Baukostengrenze bei erhöhter Eigenleistung,
- die Lockerung der 30-*RM*-Belastungsgrenze bei freiwilliger höherer Tilgung,
- die Herabsetzung der 65-v.-*H*-Grenze bei gleichzeitiger Gewährung von Reichsdarlehen und Reichsbürgschaften,
- die beträchtliche Erhöhung der Reichsdarlehen,

Die im Februar 1935 gekürzten Reichsdarlehen wurden schrittweise wieder auf 1.300 *RM*<sup>833</sup> und schließlich 1938 auf 2.000 *RM* erhöht. Man befreite den Kleinsiedlungsbau von der Grundsteuer und allen Gebühren<sup>834</sup> und wies immer wieder die Gemeinden darauf hin, dass der Staat bei der Landbeschaffung für die Kleinsiedlung behilflich sei. So hatte man sich mit den kirchlichen Behörden über die Bereitstellung von Kirchenland für die Errichtung von Kleinsiedlungen geeinigt<sup>835</sup>. Die Regierung von Niederbayern und der Oberpfalz erwähnt auch die Möglichkeit der Enteignung von Land für den Bau: *Soweit die erforderliche Landbeschaffung nicht auf gutlichem Wege...möglich ist, muß ...die Enteignung durchgeführt werden*<sup>836</sup>. Wie schon erwähnt, wurden auch die Kostenhöchstgrenzen bis 1937 auf 7.000 *RM* heraufgesetzt, um die Kleinsiedlung vom Image der „Armensiedlung“ zu befreien. Die monatlichen Belastungsgrenzen mussten somit auch auf 30-35 *RM* angehoben werden<sup>837</sup>. Das Reich bot für das Kleinsiedlungsprogramm immer wieder Darlehen aus dem Rückfluss früher vergebener Darlehen an. So offerierte der Staat am 20. August 1935, als der Bau der 2. Kleinsiedlung gerade begann, der Stadt ein Darlehen von 1.300 *RM* pro Siedlerstelle, falls zur Durchführung neuer Siedlungsvorhaben die Mittel aus dem freien Kapitalmarkt und Eigenleistungen nicht ausreichen sollten<sup>838</sup>. In Bayern wurde 1936 die *Bayerische Heimstätte GmbH* gegründet, damit die *Errichtung der Kleinsiedlung wieder in Fluß kommt*<sup>839</sup>. Schon am 19. September 1933 hatte der bayerische Ministerpräsident Ludwig Siebert das oben erwähnte, nach ihm benannte zusätzliche Sonderprogramm *im Umfang von 60 Millionen *RM* zur Beschaffung von 15.000 neuen Arbeitsplätzen* aufgelegt<sup>840</sup>. Die für Baudarlehen veranschlagten 16,5 Millionen *RM* reichten aber nur zur Unterstützung von 411 Bauvorhaben aus. Wie gezeigt, war Deggendorf 1935 der Nutznießer dieses Programms und bekommt im Vergleich günstige Darlehensbedingungen. Im Januar 1936 wird der Stadt nochmals ein Darlehen zur Weiterführung der Kleinsiedlung in Aussicht gestellt, und die Behörde drängt die Stadt, sich schnell zu entschließen: *Da in Bälde die Bautätigkeit wieder aufgenommen werden soll, ist bis spätestens 25. Januar zu berichten*<sup>841</sup>. Doch dann wird es sehr ruhig mit den Angeboten staatlicher Darlehen. So stellt 1938 das bayerische Staatsministerium das Landesbauprogramm ein, weil die Rückflüsse aus den bereits gegebenen Darlehen *zugunsten der gemeindlichen Grundsteuer aufgezehrt werden*<sup>842</sup>. Für

das Kleinsiedlungsprogramm sollte die Einstellung allerdings nicht gelten. Als für die Darlehen aus dem privaten Kapitalmarkt die Zinsen offensichtlich angestiegen waren, verfügte die Regierung, dass der Zinssatz für Kleinsiedlungsprojekte nicht über 5% liegen dürfe. Kurze Zeit später wurde für Reichsdarlehen wieder eine Zinssenkung angekündigt und zugleich die Darlehenssumme erhöht, wenn das monatliche Einkommen des Darlehensnehmers unter 150 RM liegt.

Anfang 1939 macht das Reich nochmals einen Versuch den Kleinsiedlungsbau anzukurbeln. In der Beratung vom 10. Februar berichtet Kellner, dass es für den Bau einer Kleinsiedlung zinslose Darlehen vom Reich gebe, deren Höhe aber nicht genannt wird. So solle die Stadt in diesem Jahr eine weitere Siedlung mit 20 Siedlerstellen errichten, sodass sich dadurch *eine zusammenhängende Siedlung vom Stauweiher bis an die Reichsautobahn ergeben würde*. Dazu braucht die Stadt das Grundstück des Erbhofbauern Löw, das durch Tausch mit einem städtischen Grundstück und der Zuzahlung von 3.400 RM erworben werden soll<sup>843</sup>. Im Protokoll wird auch auf die *Enteignungsmöglichkeit* hingewiesen. Der Bürgermeister stimmt den Plänen zu. Ob der Grundstückstausch durchgezogen wurde, ist nicht bekannt. Wegen des Weggangs des Bürgermeisters zur Wehrmacht und wegen des Kriegsbeginns wurde die geplante Kleinsiedlung auf jeden Fall nicht gebaut.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Nationalsozialisten bei der Schaffung von Wohnraum ihr Ziel nicht erreichten. Laut Tim Schanetzky wurden zwischen 1934 und 1942 nur etwa 160.000 Wohnungen in Siedlungen und von 1933 bis zum Krieg nur 170.000 Volkswohnungen gebaut<sup>844</sup>. *Entscheidend für dieses grandiose Scheitern der NS-Wohnungsbaupläne sei gewesen, dass die Aufrüstung bei Staatsfinanzen, Arbeitskräften und Baumaterialien absoluten Vorrang genoss*<sup>845</sup>. Bis 1935 war der Wohnungsbau ein Mittel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit<sup>846</sup>. Als diese 1935 deutlich reduziert war, zog sich Staat aus der Finanzierung des Kleinsiedlungsbaus durch öffentliche Mittel mit dem „Ablösungserlass“ zurück, was den Kleinsiedlungsbau weiter schrumpfen ließ<sup>847</sup>. Diese Abwärtsentwicklung im Wohnungsbau kulminierte in dem am 16. Februar 1940 erlassenen *Neubauverbot*<sup>848</sup>, auf das im Teil 2 näher eingegangen wird:



Die Stadt selbst hatte zwar enorme finanzielle Anstrengungen unternommen, die Wohnraumknappheit zu lindern, indem sie Grundstücke für den Wohnungsbau umsonst oder verbilligt abgab und indem sie die Kosten für den Aufbau einer Infrastruktur für die Wohnbaugebiete trug. Aber es stellte sich dann doch heraus, dass für viele Arbeiter in der Stadt der Erwerb von Wohnraum unerschwinglich war. So konnte die Wohnungsnot, die

durch den Zuzug von Wehrmachtspersonal noch verstärkt wurde, nicht gelöst werden. Im DB findet sich 1935 ein Artikel mit der Überschrift *Unerwünschter Zuzug nach Deggendorf*<sup>849</sup>. Damit waren allerdings nicht die Offiziers- und Unteroffiziersfamilien gemeint, sondern *bedürftige Familien, die bald nach ihrer Niederlassung die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen*. Als auch noch das Ergänzungs- und Pionierbataillon nach Deggendorf verlegt wurde, versuchte man im Stadtrat 1939 die Wohnungsnot mit administrativen Mitteln zu bekämpfen. In der Beratung vom 14. April 1939 schlägt Josef Haas eine Meldepflicht für *alle freistehenden Wohnungen in Deggendorf* vor<sup>850</sup>. Der Zweck dieser Anordnung solle sein, *zwischen Wohnungsangeboten und -gesuchen vermittelnd und ausgleichend zu wirken und auf diese Weise die Wohnungsnot wenigstens einigermaßen zu lindern*. Laut der letzten Volkszählung 1939 hatte Deggendorf im Vergleich zur Volkszählung von 1933 einen Bevölkerungszuwachs von 1.479 Menschen. Hier der Bericht des DB<sup>851</sup>:

**\* Deggendorf 6. Juli.** (Deggendorf hat rund 12 000 Einwohner.) Nach dem nunmehr vorliegenden Ergebnis der Volkszählung vom 17. Mai hr. Js. zählt die Stadt Deggendorf 11 984 Einwohner, davon 5955 männlichen und 6029 weiblichen Geschlechts, also insgesamt nur 16 weniger als 12 000. Gegenüber der letzten Volkszählung vom Juni 1933 ergibt sich eine wesentliche Bevölkerungszunahme, in der sich der Aufschwung der Stadt unter der nationalsozialistischen Führung widerspiegelt. Damals wurden in Deggendorf einschließlich der inzwischen eingemeindeten Gemeinde Schading 10 505 Einwohner (Stadt Deggendorf 8317, Schading 2188) gezählt. 1925 zählten die Stadt Deggendorf u. die Gemeinde Schading zusammen 9760 Einwohner (7843 und 1917).

Sebastian Weiß spricht im Juli 1939 in der oben erwähnten Generalversammlung der Gemeinnützigen Wohnheimbaugesellschaft die akute Wohnungsnot in Deggendorf nach sechs Jahren NSDAP Herrschaft offen an. Er stellt fest, dass in Deggendorf etwa 250 Wohnungen fehlen, die *in den nächsten Jahren gebaut werden sollen*<sup>852</sup>. Im Teil 2 dieser Arbeit wird gezeigt werden, wie sich aber während des Krieges die katastrophale Wohnungsnot in Deggendorf noch weiter verschärfte.

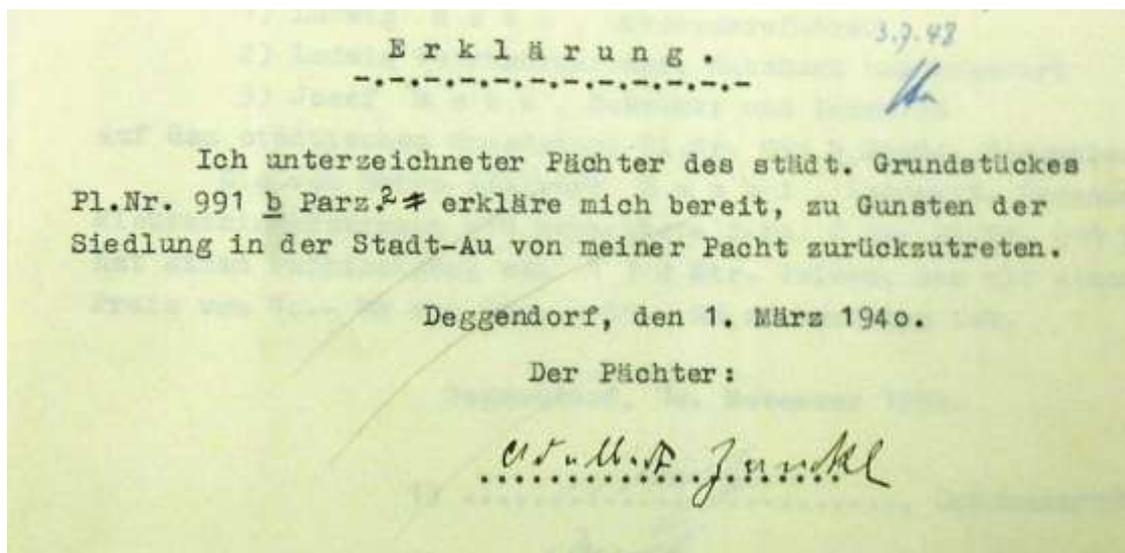
Es seien noch zwei weitere Wohnungsbauprojekte erwähnt, die im Stadtrat besprochen wurden, aber nie Realität wurden. Die Neubebauung am Haidengrund hatte schon 1933 begonnen. Für drei dort neu erstellte Anwesen beschloss der Stadtrat eine große

Wasserrohrleitung zu legen, die den Bedarf auch bei weiterer Bebauung decken soll<sup>853</sup>. Wie oben schon kurz erwähnt, trat 1934 der Stadtrat Grund zur Erbauung von 12 Häusern für Kriegsbeschädigte an die NSKOV (Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung) am Haidengrund ab<sup>854</sup>. Diese 12 Häuser sollten auf einem Grundstück von nur 1.200 qm errichtet werden, wären also Reihenhäuser mit sehr kleinem Grundriss gewesen. Dennoch sollten sie mit Lichtanschluss, Wasserleitung und Kanalisation ausgestattet sein. Die NSKOV sollte auch die *Straßenherstellungskosten* sowie die Kosten für Wasserleitung, Strom- und Kanalanschluss tragen. Doch diese Siedlung wurde mit Sicherheit nie gebaut. Schon in einer früheren Sitzung im März, als das Projekt besprochen wurde, konnte der Stadtrat eine *definitive Zustimmung* zum Vorhaben der NSKOV nicht geben, *weil nicht geklärt ist, ob die N.S.K.O.V. als Trägerin von vorstädtischen Kleinsiedlungen zugelassen wird und weil anscheinend dem Staatsm. f. Wirtschaft, Abt. für Arbeit und Fürsorge die Errichtung von eigenen Kriegsbeschädigtensiedlungen nicht erwünscht ist*<sup>855</sup>. Warum bei dieser Sachlage der Stadtrat ein paar Monate später den Grundstückverkauf an die NSKOV trotzdem billigt, ist nicht klar. Auf jeden Fall hat sich dieses Projekt zerschlagen. In den Lageplänen des Liegenschaftsamtes Deggendorf finden sich keinerlei Einträge über diese Siedlung mit 12 Kleinhäusern. Andererseits verkauft die Stadt zwischen 1933 und 1939 15 Grundstücke an Bauinteressenten und erteilt auch die entsprechenden Baugenehmigungen<sup>856</sup>. Ein Jahr später informiert Stadtbaumeister Kellner in einer Beratung die Ratsherren, dass die Stadt am Haidengrund eine Straße anlegen müsse und dass der Baugrund nur noch für 4-5 Eigenheime reiche<sup>857</sup>. Wieder ein Jahr später gibt Kellner aber den Rat, die Bebauung des Haidengrunds als *geschlossene Kolonie nach einheitlichen Plänen* vorzunehmen, weil es sich dort *um die schönst gelegenen Bauplätze der Stadt handelt*<sup>858</sup>. Der Bürgermeister beauftragt daraufhin das Stadtbauamt, für den Haidengrund Häusertypen auszuarbeiten und die *Aufteilung der Bauplätze unter Berücksichtigung der künftigen Straßenzüge vorzunehmen*. Wenn die Angabe Kellners von 1936 stimmt, scheint diese Planung sehr spät eingesetzt zu haben. Doch selbst nach zahlreichen Neubauten und Umbauten ist am Heidegrund heute noch bei zahlreichen Häusern der typische Siedlungsbaustil der Zeit mit den steilen Dächern und den kleinen Grundrissen zu erkennen.



Am Heidegrund (Foto: F. Strunz)

Die Stadt hatte auch Pläne für die Bebauung der Stadt Au am Klosterberg. So unterschreibt am 1. März 1940 der Pächter des städtischen Grundstückes in der Stadt Au, dass er zu Gunsten der Siedlung in der Stadt-Au von seiner Pacht zurücktreten wolle<sup>859</sup>.



Das Areal des Klosterbergs befand sich allerdings im Besitz des Instituts der Englischen Fräulein. In der Beratung vom 18. Dezember 1939, informierte der Berichterstatter,

Bauamtmann Oberneder, die Ratsherren über die erfolgreichen Verhandlungen mit dem Institut zwecks der *Beschaffung geeigneter Siedlungsgrundstücke* für eine geplante *Gruppensiedlung* in der Stadt am Klosterberg<sup>860</sup>. Laut Bauamtmann Oberneder habe man nach *mehrmaligen Besprechungen mit der Frau Oberin des Engl. Instituts und der Provinzialoberin in Nymphenburg einen günstigen Grundstückskauf vorbereitet*. Die Englischen Fräulein sollen für die in ihrem Besitz befindlichen 12 Tagwerk am Klosterberg ein 18 Tagwerk großes Grundstück an der Grenze der Gemeinden Fischerdorf/Natternberg (Rösslwiese) bekommen. Außerdem will die Stadt eine Brücke bauen, um die durch den Mühlgraben getrennten Teile des Grundstückes zu verbinden. Nachdem von Seiten der Ratsherren keine Einwände kommen, genehmigt laut Protokoll der Bürgermeister das Tauschgeschäft. Eine etwas andere Version dieser Vorgänge gibt Sr. M. Westerholz in ihrem Beitrag „Chronik des Gütl“, der in der Chronik des Instituts abgedruckt ist<sup>861</sup>. Sie sagt, der Schätzwert des Grundstückes am Klosterberg sei 3.000-3.500 RM pro Tagwerk gewesen, während der Schätzwert des Grundstückes der Stadt nur 800-1.000 RM pro Tagwerk war. Somit sei dieser geplante Tausch ein schlechtes Geschäft für das Institut gewesen. Sie sagt auch, dass Rechtsanwalt Dr. Reus für das Institut die Verhandlungen mit der Stadt geführt habe. Es bleibt rätselhaft, um was für eine Gruppensiedlung es sich hier gehandelt hat. Plante der RAD, der sein Lager 1938 nach Natternberg verlegt hatte, nach Deggendorf zurückzukehren? Wir wissen ja über Pläne des RAD, auf der Drahtwiese hinter der Alten Kaserne eine Gruppenwäscherei zu errichten<sup>862</sup>. Eine andere Möglichkeit wäre, dass auf dem Klosterberg eine Niederlassung für eine Gruppe der *Artamanen* geplant war. Diese Gruppe *vertrat eine völkische agrarromantische Blut- und Boden-Ideologie und propagierte einen freiwilligen Arbeitsdienst in der Landwirtschaft*<sup>863</sup>. Zu den Mitgliedern der Artamanen gehörten in den 20iger Jahren unter anderen der spätere Auschwitz Kommandant Rudolf Höß und Heinrich Himmler. Nach der Machtübernahme waren die Artamanen in die HJ eingegliedert worden. Ab 1942 durfte *in Würdigung der Verdienste der Artamanenbewegung* deren Abzeichen (blaues Schild mit Rune) zum Dienstanzug der HJ getragen werden:



Laut Sr. M. Westerholz kam aber *das Geschäft nicht mehr zustande, da der Krieg solche Aktivitäten unterbrach*. Das Bauverbot vom 16. Februar 1940 hätte zumindest bis zum Kriegsende dem Grundstückstausch jeden Sinn genommen. So blieb der Klosterberg bis vor einigen Jahren in den Händen des Instituts und blieb bis heute unbebaut. Dies soll sich jetzt aber ändern.

### **Der Stadtrat und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**



Das Versprechen *Arbeit und Brot* in den Wahlkämpfen nahm die NSDAP natürlich in die Pflicht, nach der Machtübernahme gegen die Arbeitslosigkeit von 6 Millionen Menschen vorzugehen. So forderte Hitler sofort bei seinem Amtsantritt in der Erklärung vom 1.2.1933 zur *Beseitigung der wirtschaftlichen Not* den Abbau der Arbeitslosigkeit in den nächsten vier Jahren<sup>864</sup>. Und das schien auch zu gelingen. Die Nationalsozialisten profitierten dabei allerdings von den Bemühungen der Vorgängerregierungen, denn der Konjunkturaufschwung hatte nachgewiesenermaßen schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten eingesetzt. Stimmungsberichte der Industrie- und Handelskammer zeigen, dass der *eigentliche Wendepunkt im Spätsommer 1932 gelegen hatte*<sup>865</sup>. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wandte das Regime verschiedene Mittel an. Das schon von der Regierung Schleicher geplante Sofortprogramm wurde auf 600 Millionen RM aufgestockt und zum 1. Juli 1933 wirksam. Allerdings zeigt die Tabelle, dass davon schon 190 Millionen in die Rüstung flossen<sup>866</sup>:

Tab. II/2: Verteilung der Mittel des Sofortprogramms zum Stand von 1937

<i>Maßnahmen des Reichs</i>	
1. »Sonstige Reichsmaßnahmen« [Rüstung]	190,0
2. Maßnahmen der Reichswasserstraßenverwaltung	5,8
<i>Maßnahmen anderer Körperschaften öffentlichen Rechts</i>	
1. Landwirtschaftliche Meliorationen etc.	178,2
2. Straßenbauten ohne Brücken	104,2
3. Kommunale Versorgungsbetriebe	56,4
4. Vorstädtische Kleinsiedlung	19,7
5. Brückenbauten	17,4
6. Verkehrsunternehmungen	15,6
7. Sonstige Tiefbauten (Talsperren, Flussregulierungen, Hafenbauten u. a.)	10,7
8. Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden und Brücken sowie sonstige Hochbauten	0,3
insgesamt	598,3

Die schon erwähnten zwei Reinhardtprogramme stellten fast 2 Milliarden RM zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung<sup>867</sup>. Diese Gelder wurden verwendet für Instandsetzungsarbeiten von Häusern und Betriebsbauten und für das Unternehmen Reichsautobahn. Dort waren aber nie mehr als 121.000 Personen beschäftigt. Zu den schlecht bezahlten Notstandsarbeiten wurden unter Androhung des Entzugs der Arbeitslosenunterstützung bis zu 400.000 Menschen verpflichtet. Weitere 300.000, meist Jugendliche, wurden im Zuge der 1933 eingeführten *Landhilfe* zu Bauern und auf Gutshöfe geschickt. Bei Jugendlichen war besonders die sehr schlecht bezahlte Landhilfe unbeliebt. Im Monatsbericht des Regierungspräsidenten des Bezirks heißt es, dass sich 16-19jährige Burschen wegen der niedrigen Löhne weigern, zu einem Bauern zu gehen und lieber auf die Unterstützung verzichten<sup>868</sup>. Das Arbeitsamt Deggendorf hatte schon 1934 die Haltung der jugendlichen Arbeitslosen so beschrieben: *Trotz Strafverfolgung bei Verweigerung landwirtschaftlicher Arbeit bleiben Ablehnungen vorherrschend*<sup>869</sup>. Lehnte ein Arbeitsloser eine ihm zugewiesene Tätigkeit ab, verlor er jegliche staatliche Wohlfahrtsunterstützung und zählte somit nicht mehr zu den Arbeitslosen. Auch Frauen, die sich nicht mehr beim Arbeitsamt meldeten, um der Vermittlung in die Landwirtschaft zu entgehen, zählten nicht als Arbeitslose<sup>870</sup>. Der Freiwillige Arbeitsdienst (FAD) übernahm *schon bis Ende 1933 an 250.000 aus dem Heer der Arbeitslosen*<sup>871</sup>. Später trugen dann die Einführung Reichsarbeitsdienstes (RAD) und vor allem die Wiedereinführung der Wehrpflicht 1935 zumindest zahlenmäßig zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Die Aufrüstung, für die zwischen 1933 und 1938 allein 49,9 Milliarden RM ausgegeben wurden, war wohl der wichtigste Konjunkturfaktor<sup>872</sup>.

Position	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1933 bis 1938
Rüstungsausgaben Mrd RM	0,7	4,2	5,5	10,3	11,0	17,2	48,9
davon durch Mefowechsel finanziert %	—	50	49	44	25	—	25
Rüstungsausgaben in % der Reichsausgaben	8,3	39,3	39,6	59,2	56,7	61,0	49,9
des Bruttosozialprodukts	1,2	5,0	7,1	11,2	12,0	15,7	9,5
des Volkseinkommens	1,6	6,5	9,2	14,3	15,1	19,7	12,2

Quelle: W. Fischer, a.a.O., S. 102

Diese riesigen Ausgaben für den Bau von Kasernen und Truppenübungsplätzen, sowie die Waffenproduktion wurden durch Kreditaufnahme finanziert<sup>873</sup>.

Daneben versuchte man in den Anfangsjahren den privaten Konsum anzukurbeln, indem man ab April 1933 alle Neuwagen von der Kraftfahrzeugsteuer befreite<sup>874</sup>. Eine weitere Maßnahme waren die schon in anderem Zusammenhang erwähnten Ehestandsdarlehen in Höhe von bis zu 1000 RM für neuverheiratete Paare. Die Darlehen wurden in Form von Gutscheinen ausgegeben, die man in ausgewählten Geschäften für Hausrat einlösen konnte. Dem Geschäftsführer und auch dem Ehepaar mussten dazu von der Partei *politisches Wohlverhalten* bescheinigt werden. Weitere Voraussetzung war, dass die Frau vor der Eheschließung mindestens 6 Monate berufstätig gewesen war und jetzt ihre Arbeit aufgegeben hatte. Dieses Instrument entzog dem Arbeitsmarkt bis 1935 eine halbe Million Frauen. Bis 1937 erhielten fast 900.000 frischvermählte Paare dieses Darlehen. Die bevölkerungspolitische Komponente dabei war, dass den Schuldnern *für jedes eheliche Kind ein Viertel des Darlehens erlassen wurde*<sup>875</sup>. Man versuchte, verheiratete Frauen mit der Kampagne gegen *Doppelverdiener* aus der Arbeit zu drängen. Doppelverdiener wurden schlicht als unmoralisch hingestellt: *Du sollst nicht als Doppelverdiener andere darben lassen*<sup>876</sup>. Frauen sollten vor allem als Haushaltshilfen arbeiten. Um die Einstellung von Hauspersonal attraktiver zu machen, nahm man die Hausgehilfinnen aus der Arbeitslosenversicherung heraus und erließ so den Arbeitgebern die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe<sup>877</sup>. So ging die Arbeitslosigkeit von 6 Millionen beim Regierungsantritt Hitlers bis zum 1.7.1933 auf unter 5 Millionen, bis Januar 1934 auf 3 3/4 Millionen, bis Januar 1935 auf unter 3 Millionen, bis Sommer 1935 auf 1 3/4 Millionen, bis zum Herbst 1936 auf 1 Million und bis zum Herbst 1937 auf unter 1/2 Million zurück<sup>878</sup>. Um die Gefahr einer





RM weniger als der Arbeiter<sup>890</sup>. Trotzdem lehnt der zu dieser Zeit aus sechs Stadträten bestehende NSDAP Stadtrat eine Lohnerhöhung für die beim Arbeitsbeschaffungsprogramm beschäftigten Arbeiter ab: *Der Stadtrat steht auf dem Standpunkt, dass die Leute froh sein sollen, wenn sie von der WE.-Unterstützung los und wieder ins ordentliche Arbeitsverhältnis kommen*<sup>891</sup>. Die Vergabe der Pflasterarbeiten und der daraus resultierende Streit zwischen dem Stadtrat und den Deggendorfer Baufirmen wurden schon oben behandelt.

Da die Regierung einen Anstieg der Winterarbeitslosigkeit befürchtete, bekam die Stadt im Herbst 1933 aus dem Reinhardtprogramm das oben erwähnte Darlehen von 21.600 RM, das für die *Instandsetzungsarbeiten an städt. Wohn- und Verwaltungsgebäuden* verwendet werden sollte<sup>892</sup>. Das Darlehen war zinslos auf 5 Jahre angelegt, musste aber ab Oktober 1934 zu gleichen Halbjahresraten zurückgezahlt werden. Eine weitere Bestimmung war, dass die Bauarbeiten bis zum 31. Mai 1934 abgeschlossen sein mussten. Die Stadt vergab die Instandsetzungsarbeiten allerdings erst Anfang Mai 1934 an das Baugeschäft Nunner zum Angebotspreis von 9263 RM<sup>893</sup>. Über die Verwendung des Restbetrags des Darlehens ist nichts bekannt. Wie sehr sich die Stadt bei ihren Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziell überforderte, zeigen die Probleme mit der Rückzahlung der Darlehen. Im September stellt der Stadtrat fest, dass jetzt bald die Rückzahlung beginnen muss, dass aber dafür kein Geld da sei. Man hatte von der „Landesbank bayer. Grund- und Hausbesitzer“ ein neues Darlehen von 5.900 RM aufgenommen, um damit die Rückzahlungsraten leisten zu können. Doch auch dieses Darlehen muss ab 1. Januar 1936 in sechs gleichen Halbjahresraten zurückgezahlt werden<sup>894</sup>. 1934 bekommt die Stadt aus dem Programm des bayerischen Ministerpräsidenten Siebert ein weiteres Darlehen von 12.000 RM für eine Isolierstation im Krankenhaus und 25.000 RM für den Turnhalleneinbau im Kapuzinerstadel<sup>895</sup>. Der Stadtrat plant aber nach Genehmigung durch die Behörden, den gesamten Betrag von 37.000 RM für den Krankenhausbau zu verwenden, denn dieser Betrag sei Teil des Finanzierungsplanes der Stadtkämmerei<sup>896</sup>.

Der Stadtrat macht auch von sich aus Versuche, Wohlfahrtsarbeitslose in Arbeit zu bringen. So hatte man versucht, diese zum Holzmachen für städtische Anstalten aber auch für Privatpersonen heranzuziehen. Der Versuch mit den Erwerbslosen scheiterte jedoch, weil sich die Ausführung der Arbeiten durch Wohlfahrtsarbeitslose *unrentabel gestaltet*, wie es im Sitzungsprotokoll heißt<sup>897</sup>. Auch mit administrativen Maßnahmen versuchte die Stadt, die Arbeitslosenzahlen zu senken, indem man der Landflucht entgegenwirken wollte. Da Arbeit in der Stadt besser bezahlt war, und da durch das strikte Anerbenrecht des Reichserbhofgesetzes von 1933 nachgeborene Bauernsöhne keine Chancen auf Einstieg in den elterlichen Betrieb hatten, beschleunigte sich trotz der Blut und Boden Propaganda die Landflucht<sup>898</sup>. So ermahnt der Stadtrat die Unternehmen, bei städtischen Bauaufträgen nur Arbeitslose aus der Stadt einzustellen<sup>899</sup>:

## Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Landflucht

### Der Stadtrat Deggendorf

hat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Landflucht am 19. Juni 1934 nachfolgenden Beschluss gefasst:

Unternehmer der Stadt Deggendorf, welche auswärtige Kräfte einstellen, werden in den nächsten 3 Jahren bei der Vergabe von städt. Aufträgen und sonstigen Vergünstigungen nicht berücksichtigt.

Das gleiche gilt, wenn bei der Vergabe von Unteraufträgen der Unternehmer (Auftraggeber) sich weigert, den Auftragnehmer zu verpflichten, daß er nur einheimische Kräfte einstellt, oder wenn letzterer diese Verpflichtung nicht eingeht oder nicht hält.

Der Nachweis, daß nur Arbeitnehmer der Stadt Deggendorf beschäftigt werden, oder daß die zwingende Notwendigkeit zur Einstellung eines auswärtigen Arbeitnehmers bestanden hat, wird nur dadurch geführt, daß sämtliche Kräfte beim Arbeitsamt Deggendorf, das, soweit Wohlfahrtsunterstützte in Frage stehen, in Verbindung mit dem Wohlfahrtsamt über strenge Durchführung wacht, angefordert werden.

<

Diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden begleitet von Propagandaveranstaltungen der Partei. Eine davon war die Arbeitsbeschaffungslotterie. Unter großem Werbeaufwand in Zeitungen, Kinos und Rundfunk gelang es, bis zu 6 Millionen Lose je Ziehung zu verkaufen<sup>900</sup>.



(Bildquelle. Humann, Arbeitsschlacht, 765)

Eine andere Methode, an das Geld der Bürger zu kommen, war die *Arbeitsspende*, die entweder mit Sammellisten in den Betrieben eingesammelt wurde oder oft direkt vom Lohn abgezogen wurde<sup>901</sup>. Hier wie auch bei den Sammlungen zur *Arbeitsschlacht* war der Gruppendruck enorm hoch.

Die *Arbeitsschlacht* Propaganda hatte mit der Rede Hitlers zum 1. Mai 1933 begonnen und fand ihren Höhepunkt am 21. März 1934 bei der Veranstaltung mit Hitler an der Baustelle der Reichsautobahn München-Landesgrenze<sup>902</sup>.



(Bildquelle: Humann, Arbeitsschlacht, 760)

In Deggendorf gab es Anfang 1934 zwei Veranstaltungen, die alle mit dem Thema Arbeit zu tun hatten. Im Februar fand eine Großveranstaltung der DAF statt, in der es um die Bedeutung der DAF aus der Sicht der Partei ging<sup>903</sup>. Der Redner, Reichstagsabgeordneter Erbersdobler, schloss mit den Worten: *Alle Glieder der Deutschen Arbeitsfront müssen in freudiger und opfervoller Mitarbeit nur den Willen des Führers sehen, die Einheit der deutschen Nation immer fester schmieden*. Für den 23. März ist eine große Massenkundgebung angekündigt<sup>904</sup>:



Der Ortsgruppenleiter gibt später seinen Ärger darüber Ausdruck, dass *so wenig Parteigenossen gekommen waren*<sup>905</sup>. *Man werde in Zukunft rücksichtslos vorgehen und eine reinliche Scheidung vornehmen.* Was Weiß damit genau meint, sei dahingestellt. Vielleicht war der Besuch deshalb so schlecht gewesen, weil in den nächsten zwei Tagen Großveranstaltungen des FAD und der Reichsnährstandes stattfanden. Ende März beginnt dann die eigentliche Kampagne zur „Arbeitsschlacht“. Am 29. März bringt der *DB* die Erfolgsmeldung, dass zwischen Februar 1933 und Februar 1934 die Zahl der Beschäftigten in Bayern um 54.000 (4,5%) zugenommen habe. Zum 31. März lädt Kreisleiter Brandl die Ortsgruppen-, Stützpunktleiter und Bürgermeister des Kreisgebietes zur *Erledigung der Vorarbeiten für die Arbeitsschlacht des Gaues Bayer. Ostmark ein*<sup>906</sup>. Der *DB* widmet am 1. April der Kampagne eine ganze Seite. In dieser Woche sollen Millionenbeträge gesammelt werden, die dann der *Volkswirtschaft zugeführt werden sollen*<sup>907</sup>.

Um einen Eindruck von dem Ton, in dem die Aktion von der NSDAP durchgeführt wurde, zu vermitteln, sei hier der Aufruf von Kreisleiter Brandl im *DB* angeführt. Es fällt dabei auf, dass der Text voll von militärischen Metaphern ist. Für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind in erster Linie die Bürger durch ihre Spende selbst zuständig:

# Unser Kreisleiter ruft zur Arbeitsschlacht

Die beste Waffe in jedem Krieg ist der Angriff! Das ist eine alte Erfahrung, die wir Nationalsozialisten uns besonders in den letzten Jahren des Kampfes zu eigen gemacht haben. Wir haben den Feind angegriffen, wo und wie immer er sich stellte! Wir haben die Taktik des Angrisses nicht aufgegeben, als unser Führer die Macht erobert. Immer und immer wieder haben wir den Helm fester gebunden und sind gestürmt, über alle Hindernisse hinweg.

Zum Jahre 1934 tobt die Arbeitsschlacht! Wieder greifen wir an. Am 21. März leitete der Führer die größte aller Schlachten ein.

## Anerkanntes ist geplant, Anebenprojekte sind in Vorbereitung

Nur zwei Wochen sind seit dem Signal des Führers vergangen, und schon hat der Gau Bayerische Ostmark unter seinem Führer, Gauleiter Hans Scheinm, gerüstet. Mit fliegenden Fahnen stehen unzählige Bataillone überall bereit, droben im Fichtelgebirge, drüben im Bayerischen Wald, im Donau-, Rils- und Isartal, zu kämpfen.

**Der Sturm gilt der Arbeitslosigkeit! Wir schaffen uns Mittel! Wir treffen die Arbeitslosigkeit ins Herz! Wir müssen! Wir werden! Alles hilft mit! Keiner bleibt in der Reserve!**

Ostern, das Fest der Auferstehung — Auferstehung auch für unser über alles geliebtes Heimatland! Wenn die Osterglocken läuten, wird ein Sturm brausen durch unsere Grenzmark. Auferstehungsfahnen flattern voran, Fahnen der Arbeit. Bald wird kein Fleckchen Erde mehr sein, wo nicht das Lied der Arbeit ertönt, wo nicht Sägehammer erklingen. Arbeiter wechseln die Schicht, der Bauer steht hinter dem Pflug auf seiner Scholle... Anthemis der Arbeit!

**Die Mittel müssen wir uns schaffen! Helft, gebt, opfert!**  
**Der Kreisleiter: Brandl**

Bei der Sammlung wird jeder Bürger in dieser Woche dreimal zur Spende erfasst:

1. Durch eine Straßensammlung mit Abzeichenverlauf.
2. Durch eine Hausammlung mit Listen.
3. Durch eine Sammlung in den Kreisen aller wirtschaftenden und verwaltenden Volksgenossen selbst:  
Die Industrie-Arbeitnehmer durch die NSBO.  
Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Handels und Handwerks durch die NS-Hago. Die Beamten durch die NS-Beamtenenschaft.  
Die Industrieunternehmungen haben eine Sonderaufgabe im Rahmen der Arbeitsbeschaffung.  
Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern stellen sich in den Dienst der Aufgabe. Wie anderen Verbände wetteifern an Aktivität miteinander.

Die Höhe der Spenden wird auf Listen eingetragen, in Betrieben und Ämtern ist die Kontrolle der Spendenabgabe noch intensiver. Hier die Bekanntmachung des Ortsgruppenleiters im DB vom 1. April:

## Partei-Amtliche Bekanntmachung. Die Sammlung in der Stadt Deggendorf

Die Sammlung für die Arbeitsschlacht in der „Bayerischen Ostmark“ wird für die Stadt Deggendorf in der Weise durchgeführt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter der einzelnen Betriebe (Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe) ihre Spenden dem Betriebsinhaber bezw. Betriebsleiter abliefern.

Der Betriebsinhaber oder Be-

triebsleiter hat dafür zu sorgen, daß die einzelnen in einem genauen Verzeichnis namentlich aufgeführt werden und sind die ausgefüllten Listen dem Beauftragten der NSDAP., der die Hausammlung vornimmt mit dem gesammelten Betrage auszuhändigen.

Für sämtliche Beamte wird die Sammlung in den Metern von Büro zu Büro durchgeführt.

**Die Hausammlung beginnt am Mittwoch, 4 April**

Der Ortsgruppenleiter: G. Reich.

Die Betriebsinhaber erhalten so einen genauen Einblick in die Höhe der Spende ihrer Betriebsmitglieder. Dies erhöhte den Druck auf die Arbeiter, eine möglichst große Summe zu geben. Die Straßensammlung am Samstag der nächsten Woche wurde vom FAD und am Sonntag von der *gesamten Führerschaft der Partei und der SA durchgeführt*<sup>908</sup>. Der Zeitungsbericht spricht dabei von einer *bezwingenden Liebenswürdigkeit* der Sammler, der die Passanten nicht widerstehen konnten. Wer sich weigerte, eine Spende zu geben, wurde als *Volksfeind* angesehen. Das Plakat zur Arbeitsspende macht dies deutlich:



(Bildquelle: Humann, Arbeitsschlacht, 758)

Zum Abschluss der „Arbeitsschlacht“ kommen Kultusminister Hans Schemm und der SA-Gruppenführer Rakobrandt nach Deggendorf und werden mit Propagandaaufmarsch und Reden auf dem Festplatz gefeiert.<sup>909</sup> Am 14. April gibt der *DB* das Ergebnis der Sammlungen

zur „Arbeitsschlacht“ bekannt: Die Haussammlungen erbrachten 7629,33 RM, die Straßensammlungen 1116,46 RM, *im ganzen also 8745,79 RM, was einer Durchschnittsleistung von rund 1 RM pro Einwohner in Deggendorf entspricht*. Der Betrag der Sammlungen in den Betrieben dürfte im erst genannten Betrag enthalten sein. Die mit großem Propagandaaufwand inszenierte „Arbeitsschlacht“ war also nichts anderes als eine Spendensammlung der NSDAP, und diese verfügt dann auch über die Gelder. Die Partei verspricht zwar: *Keine Mark darf fehlgeleitet werden. Jede Fehlinvestierung ist ein Unheil. Bei den Plänen der Gauleitung ist die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes an Mitteln genau überprüft und unbedingt sicher*<sup>910</sup>. Vieles spricht aber dafür, dass die Gelder der „Arbeitsschlacht“ genauso verwendet wurden wie die der Arbeitsspende, nämlich zur Finanzierung der NS-Prunkbauten, zu Sachbeschaffungen für die SA und für die Aufrüstung<sup>911</sup>.

Mit welchen Methoden es auch immer geschah, die Nationalsozialisten beseitigten die Arbeitslosigkeit in einem unerwarteten Tempo. In seinem *Tätigkeitsbericht des Stadtrates u. der Stadtverwaltung* im Januar 1935 kann Rechtsrat Haas auch beim *Bericht des Wohlfahrtsamtes* eine klare Aufwärtsentwicklung feststellen. Die Zahl der erwerbsunfähigen Personen, die von der allgemeinen Fürsorge betreut werden, sei zwar ziemlich gleich geblieben. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtsarbeitslosen sei im Laufe des Jahres 1934 von 268 auf 11 gesunken, wenn sie auch jetzt wegen der Witterung wieder auf 22 angestiegen sei<sup>912</sup>. Dies war für die Stadt sehr wichtig, weil das kommunale Wohlfahrtsamt, wenn auch mit einem Zuschuss von der Reichswohlfahrtshilfe, für die Unterstützung dieser Menschen aufkommen musste. *Anerkannte Wohlfahrtsarbeitslose* mussten in den letzten zwei Jahren mindestens 52 Wochen gearbeitet haben, nicht über 60 Jahre alt sein und arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos sein<sup>913</sup>. Auch die Zahl der nichtanerkannten Wohlfahrtserwerbslosen sank 1934 in Deggendorf von 34 auf 8. *Nichtanerkannte Wohlfahrtserwerbslose* wurden ebenfalls vom Wohlfahrtsamt unterstützt, standen jedoch *außerhalb der Definition der anerkannten Wohlfahrtsarbeitslosen*<sup>914</sup>. Drei Monate später meldet der *DB* im April 1935, dass die Arbeitslosigkeit in Bayern um mehr als 20% zurückgegangen sei<sup>915</sup>:

## Es geht aufwärts

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Bayern um über 20 Prozent.

München, 17. April. Die Beschäftigungslage Bayerns hat mit dem Eintritt milderer Witters einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern im Bereich des Landesarbeitsamts Bayern einschließlich der Pfalz gemeldeten Arbeitslosen betrug am 31. März 1935 207 602. Seit dem Vormonat ist eine Abnahme um 54 617 Arbeitslose, d. i. um 20,8 Prozent zu verzeichnen. Der Vorjahresstand von 242 321 ist um 34 719 oder 14,3 Prozent unterschritten. Der Erfolg der Arbeits-schlacht ist umso bedeutender als er gerade an den Zentren der Arbeitslosigkeit errungen wurde.

Und am 31. August 1937 berichtet die gleiche Zeitung, dass *die Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Deggendorf völlig beseitigt* sei und sogar die letzte *Unterstützungsempfängerin des Bezirks Viechtach in Arbeit* gebracht worden sei:

## Totaler Sieg in der Arbeitschlacht 1937

### Arbeitslosigkeit im Arbeitsamtsbezirk Deggendorf völlig beseitigt

Der Höhepunkt des Jahres 1937 brachte als die erfreulichste Tatsache für den Arbeitsamtsbezirk Deggendorf (zusammengesetzt aus den Bezirksämtern Deggendorf, Grafenau, Regen u. Viechtach) die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Es gelang in diesen Tagen sogar die letzte Unterstützungsempfängerin des Bezirks Viechtach in Arbeit zu bringen. Diesen großen Erfolg des heurigen Sommers kann nach den weitzielenden, gesunden Maßnahmen

der Reichsregierung und dem verständigen Eifer des Handwerks und der Baubetriebe, vor allem die tatkräftige, gewandte Vermittlung des Arbeitsamts buchen als greifbarstes Ergebnis zähester, zielbewusster Arbeit.

Der unerhörte Erfolg des heurigen Arbeitseinsatzes gibt für die nächsten Jahre die Gewähr der vollständigen Erfüllung der großen Forderung des 2. Vierjahresplanes: Jedem seinen Arbeitsplatz.

### Die Pflasterung der Adolf-Hitlerstraße<sup>916</sup> (Graflinger Straße)

Der mit hohen Kosten und großen Problemen verbundene Krankenhausaufbau war noch nicht abgeschlossen<sup>917</sup>, als die Stadt daran ging, eine weitere große Baumaßnahme zu planen, die Pflasterung der Adolf-Hitlerstraße. Allerdings sollten die Ausführung der

Straßenarbeiten wie auch deren Finanzierung viele Probleme bereiten. Geplant war, zunächst ein 1060 m langes Teilstück vom Oberen Stadtplatz bis km 77,05 (Neue Kaserne) zu pflastern.

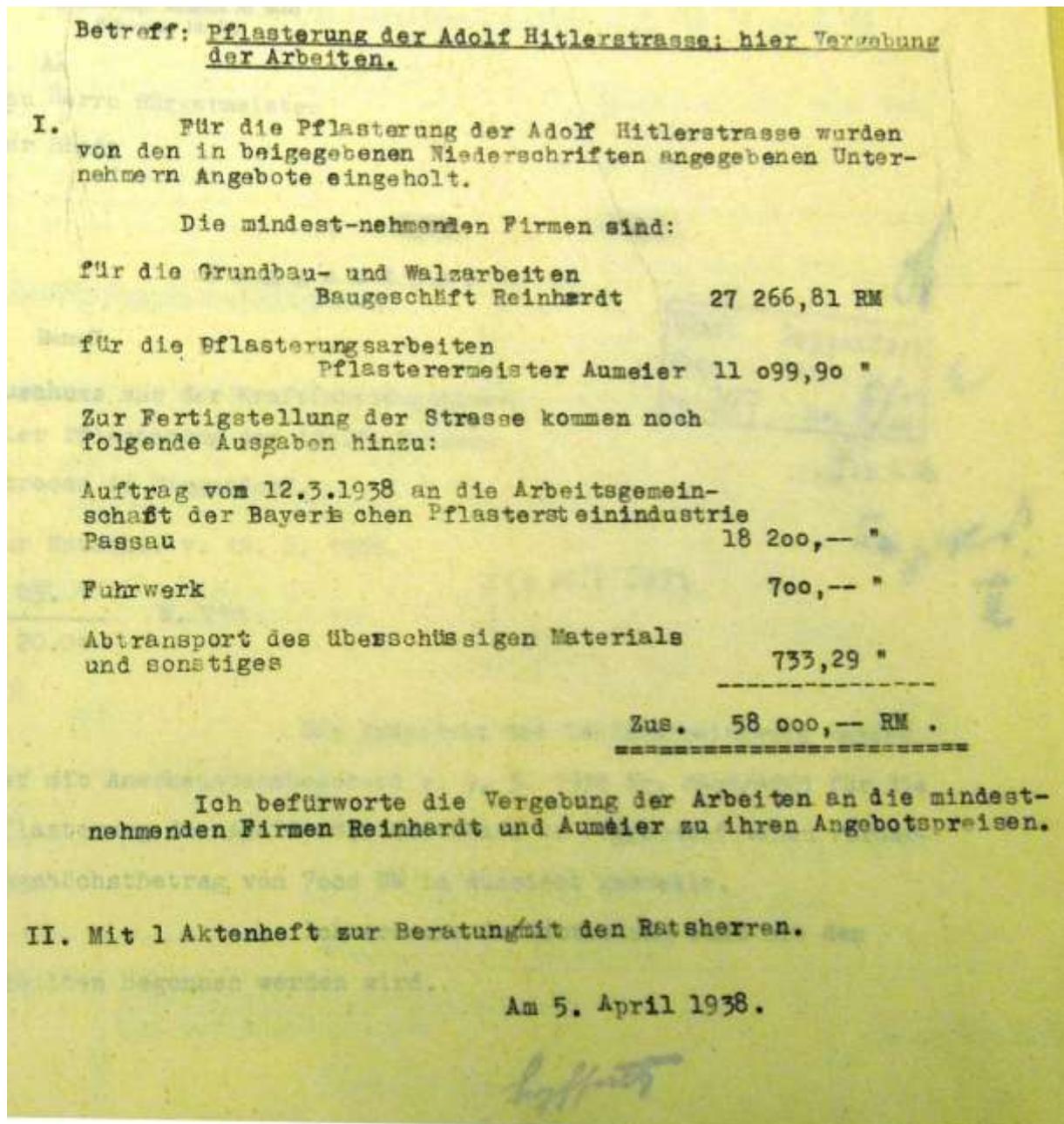
Nachdem das Landesarbeitsamt die Pflasterung als *Notstandsarbeit* anerkannt hatte, ermahnt die Gauleitung im März 1938 die Stadt, dass mit den Arbeiten *schnellstens begonnen werden solle*<sup>918</sup>.



Daraufhin vergibt der Bürgermeister in der Beratung vom 13. April die Arbeiten für die Pflasterung. Trotz einer erneuten Nachfrage der Firma Freudinger wurden dieses Mal nur Deggendorfer Firmen zur Angebotsabgabe herangezogen<sup>919</sup>:

<u>a) Für die Grundbauarbeiten:</u>	
1) Baugeschäft Gerstner, Deggendorf, mit einer	Angebotshöhe v.
	29.229.76 RM
2) " Luber, "	36.366.24 "
3) " Funner, "	29.930.80 "
4) " Reinhardt, "	27.266.81 "
Bauunternehmer Max Streicher verzichtete mit Schreiben vom 2.4.38 auf die Angebotsabgabe.	
<u>b) Für die Pflasterarbeiten:</u>	
1) Pflastergeschäft Aumeier mit einer Angebots-	höhe von 11099.90 RM
2) " Kandler, Straubing "	11281.-- "
Die mindestnehmenden Firmen sind demnach:	
<u>a) Für die Grundbauarbeiten:</u>	
Baugeschäft Reinhardt mit	27.266.81 RM
<u>b) Für die Pflasterarbeiten:</u>	
Pflastergeschäft Aumeier "	11.099.90 RM

Berichterstatter Kellner empfiehlt, die Aufträge an die mindestnehmenden Firmen zu vergeben. Trotz der schon zitierten Bedenken von Rechtsrat Haas, ob Aumeier die *allgemeinen Bedingungen erfüllen kann, die an die Vergabung von städtischen Aufträgen geknüpft werden müssten, insb. hinsichtlich Erbringung der Unbedenklichkeitsbescheinigung durch das Finanzamt und der Stadtkämmerei, entscheidet sich der Bürgermeister für das Pflastergeschäft Aumeier.* Aufschlussreich für die Bedeutung der *Beratung mit den Ratsherren* ist, dass offensichtlich die Entscheidung über die Vergabe durch Landrat Seyfferth praktisch schon 8 Tage vorher, nämlich am 5. April gefallen war<sup>920</sup>:



Der Bau beginnt am 25. April mit den Aushebungsarbeiten für Wasser- und Kanalrohre durch die Firma Reinhardt<sup>921</sup>. Am 6. Mai muss die Stadt einen Antrag auf Erteilung einer *Kontrollnummer für Eisenkontingent* stellen<sup>922</sup>. Dies zeigt die Engpässe bei der

Rohstoffversorgung, die durch die Aufrüstung und die Einfuhrbeschränkungen verursacht wurden. So war seit 1934 *ein System der Überwachungs- und Prüfungsstellen* bei der Rohstoffzuteilung aufgebaut worden<sup>923</sup>. Auch die Arbeiten der Firma Reinhardt gingen nicht ohne Probleme vor sich. Es verzögerte sich die Lieferung einer für diese Arbeiten notwendigen Explosionsramme. Die Firma Reinhardt beschwert sich am 13. Juni bei der Firma Lindenmayer, dass die Ramme noch immer nicht geliefert worden sei<sup>924</sup>. Als die Firma Reinhardt die Erdarbeiten nicht, wie vertraglich vereinbart, zum 1. Juli abschließen konnte, moniert Bürgermeister Graf, dass sich die Arbeiten *aussergewöhnlich in die Länge* ziehen und droht der Firma, dass sie für jeden Tag Terminüberschreitung 20 RM Konventionalstrafe zu bezahlen habe<sup>925</sup>. Doch Reinhardt wehrt sich. Er beklagt in sehr deutlichen Worten die Leistungen der ihm durch das Notstandsprogramm zugewiesenen Arbeiter: *Diese Baustelle war mehr ein Krankenhaus als ein Baubetrieb, da infolge der neuen Bestimmungen zu einer Notstandsarbeit nur mehr Invaliden zugewiesen werden*<sup>926</sup>. Außerdem seien auch nicht genügend Leute zugewiesen worden. Laut Reinhardt sei jedoch der wichtigste Grund für die Verzögerung der Fertigstellung das Verhalten der Firma Aumeier gewesen. Diese habe den Vertrag über die Rolliersteinlieferung *gröblich verletzt, sonst wären Rollierung und Walzung längst beendet*. Gegenüber Aumeier selbst hatte sich Reinhardt beklagt, dass er auch die Randsteine nicht wie vereinbart gesetzt habe und dass er die Lieferung der Rolliersteine verzögere, *um einen höheren als den vertraglich festgesetzten Preis zu erzielen*<sup>927</sup>. Im Schreiben an die Stadt greift Reinhardt Aumeier persönlich an und damit auch die Führung der Stadt: *Aumeier, dessen Geschäft längst in andere Hände übergegangen wäre, wenn ihm von der Stadt nicht immer wieder geholfen worden wäre, könnte höchstens durch die Mitwirkung der Stadt dazu gebracht werden, seine Verpflichtungen zu erfüllen, denn eine Klage ist bei ihm bekanntlich zwecklos*. Reinhardt hatte nicht so unrecht mit seiner Sicht der Finanzlage der Firma. Im März 1942 stirbt der Altparteigenosse und SA-Obertruppführer Josef Aumeier<sup>928</sup>.

**Altparteigenosse Aumeier gestorben**  
 Seit 1922 treuer Gefolgsman des Führers  
 Eine ungemein betäubende Nachricht durchschallte am Wochenende wie ein Lauffeuer unsere Stadt: Unser lieber Altparteigenosse und SA-Obertruppführer Aumeier Sepp ist nicht mehr. Ein tödliches Leiden hat ihn nach längerem Krankenlager dahingerafft.

Über die Beerdigung, an der anscheinend kein Geistlicher beteiligt war, bringt die BO einen langen Artikel mit der Überschrift:

**Kämpferleben fand seinen Abschluß**  
 Die Partei trug gestern Altparteigenossen Sepp Aumeier zu Grabe

Wie oft bei Begräbnissen von NSDAP Funktionären, wurde auch hier von Ortsgruppenleiter Weiß *der Gedanke ausgesprochen, daß an den Gräbern von Nationalsozialisten nicht der Tod, sondern das Leben steht*<sup>929</sup>Die Stadt kauft kurze Zeit später den mit 15.000 RM verschuldeten Steinbruch für 15.000 RM<sup>930</sup>. Er soll aber nicht weitergeführt werden, da der Steinbruch von allen Seiten mit Anwesen umgeben sei und somit *eine grosse Gefahr für die Umlieger und zwar von der Walch über die Oberschule bis zur Post* sei. Dieser Steinbruch hatte eine bewegte Geschichte hinter sich. Im Jahr 1919 hatte Aumeier den Steinbruch *als väterliches Erbgut um den Preis von 15.000 RM übernommen*. 1927 verfügte das Innenministerium die Schließung wegen *gemeiner Gefahr für Person und Eigentum*. Eine Beschwerde Aumeiers dagegen wies das Innenministerium am 10. Februar 1928 mit dem Argument zurück, dass bei Sprengungen Steine auf die Nachbarschaftsgrundstücke geschleudert würden. Auf Antrag Aumeiers wurde der Steinbruch im Januar 1932 aber wieder geöffnet. Die Nachbarn hatten sich zwar zunächst mit ihrer Unterschrift damit einverstanden erklärt, doch bald gab es Beschwerden, dass sich Aumeier nicht an die vereinbarten *Schusszeiten* hält<sup>931</sup>. Heute ist der Steinbruch an der Mühlbogenstraße mit Wasser aufgefüllt und wird vom Deggendorfer Tauchsportclub benutzt.

Anfang August beginnt dann endlich die Pflasterung, obwohl noch immer nicht alle Randsteine gesetzt waren<sup>932</sup>:

**\* Deggendorf, 3. Aug.** (Pflasterung der Adolf Hitlerstraße hat begonnen.) Die Arbeiten an der Adolf Hitlerstraße nehmen jetzt einen raschen Fortgang. Nachdem die mächtige Straßenwalze wochenlang in Tätigkeit war und die Klopplierung fast beendet ist, wurde nunmehr mit der Pflasterung begonnen. Teilweise sind die Randsteine angebracht und auf der einen Straßenseite beim Forstamt ist bereits eine größere Fläche gepflastert.

Während der Pflasterung scheint es jedoch weitere Lieferschwierigkeiten mit den Kleinsteinen gegeben zu haben. Hier das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Pflasterindustrie Passau vom 19. September<sup>933</sup>:

Betrifft: Kleinsteinslieferung für die Adolf Hitlerstraße

Wir bestätigen den Eingang Ihrer Zuschrift vom 13.9.38 und berichten Ihnen, daß wir die von Ihnen nachbestellten

50 t Kleinsteine 8/10 cm I. Kl.

erst nach Aufhebung der Wagensperre liefern können.

Die Wagensperre anlässlich des Reichsparteitages hätte am 14.9.38 aufgehoben werden sollen. Es kam aber ein neuerliches Verbot auf unbestimmte Zeit, sodaß wir Ihnen heute noch nicht sagen können, wann die Verladung vor sich gehen kann. Derzeit dürfen nur Lebensmittel befördert werden. Bei Verladung von Pflastersteinen muß ausser den roten "L-Scheinen" auch noch die Dringlichkeit von der Reichsbahndirektion Regensburg auf den Frachtbriefen bestätigt werden. Die Reichsbahndirektion bestätigt aber die Dringlichkeit nur dann, wenn es sich tatsächlich um staatspolitisch wichtige Maßnahmen handelt. Verschiedenen derartigen Anträgen konnte in den letzten Tagen nicht stattgegeben werden.

Es standen also keine Eisenbahnwaggons zur Verfügung, weil diese offensichtlich in Zusammenhang mit dem Reichsparteitag und nachher mit der Sudetenkrise, die ihren Höhepunkt vor der Münchner Konferenz am 29./30. April 1938 erreicht hatte<sup>934</sup>, für andere Zwecke vom Staat gebraucht wurden. Auch die Probleme mit der Firma Aumeier gingen noch weiter. Es schien so, dass die Firma schlechten Pflasterkitt verwendet hatte, der schon nach kurzer Zeit porös wurde<sup>935</sup>. Der Untersuchungsbericht der Bayerischen Landesgewerbeanstalt kam jedoch zu dem Schluss, dass die von der Stadt eingesandte Probe der Pflasterverfugungsmasse *den in den Vorschriften DIN 1996 festgelegten Bedingungen für diese in allen Punkten entspricht*<sup>936</sup>.

Die Pflasterung wurde, wenn auch mit Verspätung, endgültig im November 1938 abgeschlossen. Doch schon am 8. Oktober 1938 hatte Bürgermeister Graf dem Bezirksamt Deggendorf mitgeteilt, dass die Straßenpflasterungsarbeiten fertig gestellt seien und die Straße dem Verkehr übergeben worden sei<sup>937</sup>.

Noch schwerwiegender waren die Probleme der Finanzierung dieses großen Projektes. Im März 1936 hatte das Stadtbauamt einen Kostenvoranschlag für die Pflasterung der Adolf-Hitlerstraße vorgelegt. Für das geplante 1060 m lange Teilstück war ein Preis von 128.000 RM veranschlagt. Mit Kanal- und Gehsteigerstellung sollte das ganze Projekt etwa 191.000 RM kosten<sup>938</sup>. Als man sich jedoch konkret mit der Finanzierung befasst, muss man bald von den großen Plänen abrücken. So ist dann nur noch eine Länge von 420 m vorgesehen zum Kostenpunkt von 74.000 RM<sup>939</sup>. Der Bürgermeister geht nun, wie immer, mit Elan daran, die dazu nötigen staatlichen Zuschüsse zu sichern. Diese sollten ein staatlicher *Förderbetrag als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme* in Höhe von 52.050 RM und ein Betrag von 10.000 RM aus der Kfz Versicherung sein<sup>940</sup>. Aber fünf Tage später spricht der Bürgermeister in einem Schreiben an das Arbeitsamt Deggendorf erstaunlicherweise schon wieder von 115.000 RM Kosten für einen Ausbau von 700 m Länge<sup>941</sup>. Graf kommt im Juni und im Juli wegen der Zuschüsse selbst ins Innenministerium und verfasst einen Brief mit der Bitte, den Förderbetrag von 81.000 RM sowie den Zuschuss aus der Kfz Versicherung von 20.000 RM zu

genehmigen<sup>942</sup>. Bei der Vorsprache am 16. Juni wurden ihm Mittel von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in Aussicht gestellt<sup>943</sup>. Er könne auch beim Arbeitsamt einen Zuschuss aus der Kfz Versicherung beantragen. Ein solches Gesuch hatte der Bürgermeister schon vorher dem hiesigen Arbeitsamt zugeleitet<sup>944</sup>. Wie aus dem Schreiben Grafs an das Ministerium hervorgeht, hatte man inzwischen die Pläne für die Pflasterung wieder auf 420 m reduziert<sup>945</sup>. Graf begründet darin eindringlich die Notwendigkeit der Pflasterung. Die Straße sei die Durchgangstraße von Landshut nach Eisenstein, und der Verkehr habe so zugenommen, dass ihm die jetzige Auflage der Straße nicht mehr gewachsen sei. Verschärft werde die Situation durch den geplanten Bau der Reichsautobahn ganz in der Nähe der Straße. Die Stadt hatte die Arbeiten als *wertschaffende Arbeitsfürsorge* deklariert und rechnete somit auch auf Mittel von der *Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung*<sup>946</sup>. Graf bat weiterhin die Kreisleitung und die Gauleitung um Unterstützung<sup>947</sup>, und dies mit Erfolg. Die Gauleitung sagt zu, dass sie sich für einen möglichst schnellen Beginn der Pflasterung einsetzen werde. Doch bei einer weiteren Vorsprache im Innenministerium am 8. Juli 1937 wird Graf informiert, dass es von der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung keine Mittel mehr gebe<sup>948</sup>. Dafür werden der Stadt 25.000 RM aus Mitteln der Kraftfahrzeugversicherung in Aussicht gestellt. In der Beratung am nächsten Tag berichtet Graf über den Sachverhalt. Da die Stadt den gleichen Betrag aufbringen müsse, stünden jetzt für die Pflasterung 50.000 RM zur Verfügung. Damit könnten etwa 300 laufende Meter gepflastert werden<sup>949</sup>. Das Problem bleibt aber die Finanzierung des städtischen Anteils:

*Die Finanzierung des städtischen Anteils in Höhe von 25.000.- RM glaubt die Stadt wie folgt aufbringen zu können:*

- 1) 10.000.- RM aus der Rücklage
- 2) 4.000.- RM aus der laufenden Erneuerungsrücklage 1937
- 3) 11.000.- RM Restfinanzierung sollen aus eigenen Mitteln aufgebracht werden.

*b) Stellungnahme der Ratsherren: Stadtbaurat Neubauer betont, dass die günstige Finanzierungsmöglichkeit nicht ausser acht gelassen werden soll. Stadtrat Badmann ist der gleichen Ansicht und äussert sich ebenfalls im Sinne der Notwendigkeit und Vordringlichkeit des Projektes.*

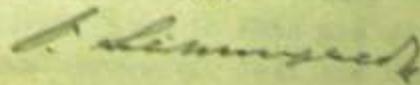
Der Bürgermeister weist die Stadtkämmerei an, Vorschläge zu unterbreiten, wie die 11.000 RM Restfinanzierung gedeckt werden könne. Offensichtlich gab es damit jedoch Schwierigkeiten, denn am 10. September wendet sich Graf, wie schon bei anderen Problemen, an Dr. Schlumprecht, den früheren 2. Staatsanwalt und NSDAP Mann in Deggendorf, jetzt Ministerialrat im Wirtschaftsministerium in München<sup>950</sup>. Und wie früher, antwortet Dr. Schlumprecht unverzüglich mit einer positiven Zusage<sup>951</sup>:

Betreff:

Pflasterung der Adolf Hitler-  
straße in Deggendorf.

Für den Fall, daß auch im Haushalts-  
jahr 38/39 Sondermittel zur Behebung  
von Notständen in der Bayerischen Ost-  
mark zur Verfügung gestellt werden, wird  
die Gewährung eines Zuschusses für die  
Pflasterung der Adolf Hitlerstraße in  
Deggendorf in Aussicht gestellt.

I.A.



Vom Innenministerium werden der Stadt im Dezember 1937 die 25.000 RM aus der Kraftfahrzeugsteuer endgültig zur Verfügung gestellt<sup>952</sup>. So kann die Stadt Anfang 1938 ernsthaft mit den Planungen beginnen. Doch es gibt weiterhin kleinere Komplikationen. Bürgermeister Graf berichtet in der Beratung vom 14. Februar, dass das Straßen- und Flussbauamt eine Fahrbahnbreite von 10 m statt 8 m fordert, was Mehrkosten von 8.000 RM verursachen würde. Um eine Verkürzung des Bauabschnittes von 420 auf 336 m zu vermeiden, werden nach Beratung mit den Ratsherren vom Bürgermeister Mehrkosten von 8.000 RM genehmigt<sup>953</sup>. Der Mehrbetrag könne *durch Mehreinnahmen aus der Grunderwerbssteuer gedeckt werden*. Man gibt also vor, dass man für 58.000 RM eine 420 m lange Strecke in 10 m Breite pflastern könne. In der Beratung vom 2. Juli 1937 hatte Graf vorgerechnet, dass nach Angaben des Stadtbauamtes mit der Summe von 50.000 RM nur *eine Strecke von 300 lfd. Meter* gepflastert werden könne, und dies bei einer Straßenbreite von 8 m. Dass diese Kalkulation nicht aufgehen kann, liegt auf der Hand. So wendet sich Graf nach Rücksprache mit Dr. Schlumprecht am 12. September 1938 erneut an das Innenministerium mit der Bitte um einen Zuschuss aus dem Ostmarkprogramm in Höhe von 8.000 RM wegen einer Überschreitung der kalkulierten Kosten von 60.000 RM um rund 11.000 RM<sup>954</sup>. Der Grund dafür sei vor allem gewesen, dass die Grundförderung von 7.000 RM nicht voll gewährt worden war, da im Laufe *der Durchführung der Arbeiten sich die Zahl der Arbeitslosen verringerte und dadurch...nicht genügend Arbeitslose zur Verfügung standen*. So musste das Bauunternehmen *voll leistungsfähige Arbeiter im freien Arbeitsmarkt* einstellen. Die Mehrkosten vergrößerten sich dann nochmals um 4.000 RM als der Bürgermeister in der Beratung vom 22. Oktober 1938 beschloss, auch noch den östlichen Gehsteig an dem Bauabschnitt mit Platten zu belegen<sup>955</sup>. Das Schreiben vom 12. September sollte der Stadt viel Ärger bringen. Am 20. Oktober schickt das Innenministerium eine geharnischte Rüge an die Stadt und eine Kopie davon an das Bezirksamt Deggendorf<sup>956</sup>:

Betreff:

Zuschuß aus Mitteln des Ostmark-  
programms der Bayer. Landesregie-  
rung 1938.

Beilagen:

2 Schriftstücke G.R.,  
2 Entschl. Abdrucke.

Wie sich aus der g.R. anru-  
henden Eingabe der Stadt Deggendorf  
vom 12.9.1938 ergibt, hat diese mit den  
Arbeiten zum Ausbau der Adolf Hitler-  
straße in Deggendorf bereits begonnen,  
obwohl der hierfür erbetene Zuschuß  
aus den Mitteln des Ostmarkprogramms  
der Bayer. Landesregierung von 8 000 RM  
gemäß ME.v.4.7.38 Nr.2756 m 40 ledig-  
lich in Aussicht gestellt und noch  
nicht endgültig bewilligt war. Die  
Finanzierung des Unternehmens war vor  
der endgültigen Bewilligung des Zu-  
schusses von 8 000 RM noch nicht ge-  
sichert, das Verhalten der Stadt ver-  
stößt daher gegen § 90 DGO und ist  
entschieden zu beanstanden, zumal die  
Stadt bereits bei anderen Bauvorhaben  
(Krankenhausumbau) die Bestimmungen  
des § 90 DGO mißachtet hat und hierwe-  
gen zur Ordnung gewiesen werden mußte.  
Der Tag des Beginns der Ausbauarbeiten  
ist festzustellen.

Weiter will das Ministerium wissen, *warum die nunmehr nachträglich zu deckenden Kosten für die Verlegung von Wasserleitung, Kabeln und Straßenbeleuchtungseinrichtungen von zusammen 6.000 RM nicht gleich von vorneherein im Kostenanschlag berücksichtigt wurden.* Die Stadt solle auch ernsthaft prüfen, ob sie die Mehrkosten von 11.000 RM nicht selbst tragen könne. Das Bezirksamt Deggendorf ist auch verärgert, weil die Stadt dem Bezirksamt bei der Vorlage des Kostenvoranschlags die ihr schon damals bekannte Überschreitung der Kosten um 11.000 RM verschwiegen habe<sup>957</sup>.

Zur beiliegenden ME vom 20.10.38  
ersuche ich eingehend Stellung zu nehmen.  
Es wolle insbesondere darüber berichtet  
werden warum in dem vorgelegten Kosten-  
voranschlag vom 14.9.1938 die Gesamtkosten  
mit 60 000.- RM angegeben werden, während  
in Ihrem Schreiben an die Staatskanzlei  
vom 12.9.1938 bereits von einer Überschrei-  
tung des Voranschlages von 60000.- RM um  
11 000.- RM die Rede ist.

Das Schreiben des Bezirksamtes endet mit der Aufforderung: *Besonderes Gewicht wolle auf die Schilderung der Umstände gelegt werden, die zum vorzeitigen Baubeginn geführt haben.*

Wie die Stadt auf diese Kritik von verschiedenen Seiten reagiert hat, ist nicht bekannt. Aber wieder einmal scheint die Taktik von Bürgermeister Graf aufgegangen zu sein. Laut Schlussbericht vom 10. März 1940 wurden gerade mal 310 m Straße gepflastert zu einem Kostenpunkt von 71.957,10 RM. Die Eigenleistung der Stadt betrug 29.125,35 RM. Der Rest wurde durch Zuschüsse finanziert<sup>958</sup>. Wie Sebastian Weiß 1940 dem Landrat meldet, sei der Zuschuss aus der KFZ Versicherung um 5.000 auf 30.000 RM aufgestockt worden. Man habe schließlich doch noch 8.000 RM aus dem Ostmarksonderprogramm 1938 und 2.000 RM aus der *Rücklage des Herrn Ministerpräsidenten* erhalten<sup>959</sup>. Am 20. Juni 1941 bedankt sich Sebastian Weiß beim bayerischen Ministerpräsidenten für den Zuschuss von 10.000 RM aus dem Ostmark Sonderprogramm. Er bedauert, dass die Straße *nur auf die halbe Länge ausgebaut* werden konnte, hofft aber, dass der Ausbau in der Nachkriegszeit fertig gestellt werden könne<sup>960</sup>.

Die Führung der Stadt hatte ähnlich wie beim Krankenhausaufbau mit Durchhaltevermögen und, man ist versucht, zu sagen, Schlitzohrigkeit ein für die Stadtentwicklung wichtiges Projekt durchgesetzt.

### **Der Weggang von Bürgermeister Graf**

Die Vorgänge dazu wurden schon in meiner Arbeit über Hans Graf ausführlich behandelt. Sie sollen hier deshalb zur Abrundung des Themas nur kurz zusammengefasst werden. Schon im Juli 1939 war der Bürgermeister 12 Tage von Deggendorf abwesend und zwar wegen einer *Beförderungsübung*, die wohl nichts anderes als Vorbereitung auf den geplanten Krieg war<sup>961</sup>. Die Beratung am 19. Mai hatte Graf noch geleitet und auch die Protokolle unterschrieben. Die Protokolle der Beratung vom 11. August wurden allerdings schon von Sebastian Weiß unterschrieben, da ja auch der 2. Bürgermeister Josef Haas am 17. August nach Lindau verabschiedet wurde<sup>962</sup>. Bei dieser Beratung fehlten 9 Räte. Graf wird, wie auch in der nächsten Beratung am 6. September, nicht als fehlend aufgeführt. Da er am 26. August zur Wehrmacht eingezogen worden war, wollte man darüber wohl Stillschweigen wahren. In der Beratung am 13. September wird dann Sebastian Weiß von Kreisleiter Brandl *die Stellvertretung des Bürgermeisters übertragen*<sup>963</sup>, und Weiß erledigt jetzt die Geschäfte des Bürgermeisters in Vertretung. Dies ist bei Verhinderung des Bürgermeisters ein ganz normaler Vorgang. Die rechtliche Lage ändert sich jedoch, als Hans Graf am 3. August 1943 *krankheitshalber aus der Wehrmacht entlassen* wird und vom Landrat *antragsgemäß aus gesundheitlichen Gründen bis auf weiteres in stets widerruflicher Weise von der Führung der Bürgermeistergeschäfte befreit*

wird<sup>964</sup>. Zugleich wird Weiß beauftragt, die Geschäfte des Bürgermeisters der Stadt Deggendorf in voller und ausschließlicher Verantwortung weiterzuführen. Lutz-Dieter Berendt lässt deshalb in seiner Stadtgeschichte auf der Liste der Stadtoberhäupter die Amtszeit von Hans Graf mit dem 12.11.1943 enden und bezeichnet Sebastian Weiß für die Zeit vom 13.09.1939 bis 27.04.1945 als „amtierendes“ *Stadtoberhaupt*<sup>965</sup>. Weiß selbst unterschreibt weiterhin mit *Der Bürgermeister i. V. Weiß*. Doch von den Menschen wird er in der Regel mit „Herr Bürgermeister“ angesprochen<sup>966</sup>. Hans Graf selbst macht verschiedene Angaben über das Ende seiner Amtszeit. Er spricht zwar einmal von 1939, doch in seiner Verteidigungsschrift zum Spruchkammerverfahren schreibt er: *Vom Jahr 1934 bis 1945 war ich ehrenamtlicher Bürgermeister*<sup>967</sup>.

Zum Schluss noch ein Blick auf die Stadt Deggendorf kurz vor Ausbruch des 2. Weltkriegs. Die Angaben beruhen auf den Informationen des Einwohnerbuches 1939. Besonders ins Auge sticht dabei die große Zahl von Gaststätten und Lebensmittelgeschäften<sup>968</sup>:

## 42 Gaststätten für 13000 Einwohner

### Interessanter Bummel durchs Berufsverzeichnis des Einwohnerbuches

Es ist immer wieder interessant in dem Einwohnerbuch zu blättern, das auf so vielfältige Art das Antlitz der Stadt spiegelt. Neulich wurde hier festgestellt, daß es 51 Deggendorfer gibt, die auf den Namen Meier hören, und 43 Schmid, 35 Müller und 43 Bauer. Dann folgen 34 Ertl, 29 Schneider, 24 Brunner und 23 Huber und Kraus. Ueber dem Durchschnitt stehen noch, wie gemeldet, die Namen Wagner, Seidl, Hofmann, Eder, Randler, Voibl, Ebner, Schwarz und Stangl.

Aber man kann noch mehr aus dem Buch und seinen 66 Seiten herauslesen. Da ist z. B. die Witwe Anna Ahas, westliche Zwingergasse 167, die erste Deggendorferin, d. h. sie steht alphabetisch an der Spitze des Einwohnerverzeichnisses, während Gastwirt Josef Zwickl, Bahnhofstraße 184, den „letzten“ macht. Man kann weiter feststellen, daß es in Deggendorf an die 70 Vereine gibt, die in ihren Zielen selten vielgestaltig sind. Man kann städtische Hundertschaften von Hausbesitzern herausknobeln. Und man kann einmal durch die Branchen und Berufe, die in Deggendorf vertreten sind, spazieren.

Deggendorfs Gesundheitswesen wird zur Zeit von neun praktischen Ärzten, vier Zahnärzten, vier Dentisten und zwei Apotheken betreut. Ferner gibt es in Deggendorf zwei Tierärzte. Für die Kraftfahrer ist mit neun Auto-Reparaturwerkstätten hinreichend geforgt. Die Zahl der Autovermietungen ist sogar auf zehn gestiegen. Das Bäckergewerbe marschiert in Deggendorf mit 21 Betrieben auf. Fünf Brauereien kredenzen süßigen Stoff. Die Friseurgeschäfte machen gerade ein Duzend aus. Stark ist das Gastwirtsgewerbe in Deggendorf vertreten; 15 Gasthöfe und 20 Gastwirtschaften — das ist ein hübsches Sämmchen. Daneben führt das Einwohnerbuch noch zwei Hotels und ferner fünf Staffeegaststätten auf. In 52 Geschäften werden Lebensmittel verkauft. Die Zunft der Maler zählt elf Mitglieder, die der Metzger 19. Ferner zählt Deggendorf ein Duzend Rechtsanwälte, vier Schmiede, 20 Schneider, zwölf Schneiderinnen, zehn Näherinnen, 21 Schuhmacher und 15 Laufstullenbesitzer.

















